



## Partei der Europäischen Linken

### Politischer Jahresauftakt

der Partei DIE LINKE und der Partei der Europäischen Linken,  
Volksbühne Berlin, 13. Januar 2013

#### Rede von Alexis Tsipras, Vorsitzender des griechischen Linksbündnisses SYRIZA

**Liebe Freundinnen und Freunde!  
liebe Genossinnen und Genossen!**

Ich freue mich, heute hier unter euch zu sein. Als linker Bürger Europas aus Griechenland, dem Labor neoliberaler Barbarei in Europa. Ich bin aber heute auch hier, um gemeinsam mit euch bis in den letzten Winkel Europas eine Nachricht der Solidarität, des Widerstandes und der Hoffnung zu tragen. Um der Barbarei des Neoliberalismus die Würde der Demokratie entgegenzustellen. Denn die Stimme Bertolt Brechts ist wieder zu hören: „Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt. Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.“

Heute sind wir mehr denn je gefragt: wir, die politischen Kräfte der Linken, die Menschen der Arbeit und der Kultur. Es ist unsere Pflicht, die Katastrophe zu stoppen und dieser Politik Einhalt zu gebieten. Denn heute versenkt der Neoliberalismus Europa in Rezession und Arbeitslosigkeit. Europa zählt 26 Millionen Arbeitslose, 19 Millionen davon in den Ländern der Eurozone und eineinhalb Millionen in Griechenland. Der Neoliberalismus bereitet den Boden für ein Wachstum leerer Zahlen mit prekärer Arbeit, Niedriglöhnen und arbeitsrechtlichem Chaos. Mit Griechenland als Sonderwirtschaftszone Europas, wie der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Hans-Peter Keitel, jüngst in einem Interview im „Spiegel“ unser Land beschrieben hat. Der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, führt die „Road Map“ zu ihrem endgültigen Ziel einer wahrlich konservativen und neoliberalen Währungsunion mit dem Kernelement des „europäischen Fiskalpakts“, einer permanenten Sparpolitik.

Wir stehen in der Pflicht, unsere alternativen und realistischen Vorschläge voranzubringen:

Für einen geordneten, sozial gerechten und nachhaltigen Ausweg unserer Länder und der Eurozone aus der doppelten Schulden- und Politikkrise. Für eine demokratische und pro-

gressive Neugründung Europas. Es sind Vorschläge, die die Eurozone aus der Falle der Sparpolitik und der Rezession befreien. Vorschläge, die ihr derzeitiges wirtschaftliches Modell revidieren und ihre Entwicklungsdynamik als selbstständige wirtschaftliche Einheit verwerfen. Die ihre neue bipolare Teilung in einen Norden der Gläubiger und einen Süden der Schuldner aufheben. Dazu gehören: der Vorschlag, der Europäischen Zentralbank die Rolle einer wahren Zentralbank zu geben. Vorschläge für eine Tobin-Steuer. Für eine demokratische und politische Kontrolle der Märkte. Für eine Garantie der Spareinlagen in der gesamten Eurozone. Für einen starken europäischen Haushalt der Umverteilung.

Gleichzeitig hat SYRIZA noch etwas vorgeschlagen, damit die Schuldenkrise in der Eurozone definitiv und kollektiv behoben wird: die Einberufung einer europäischen Schuldnerkonferenz nach dem Modell des Londoner Abkommens von 1953 über die Schulden Deutschlands. Für die steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger in den Gläubigerländern, die ihre Ersparnisse verlieren im Fass ohne Boden, das der Sparkurs in den überschuldeten Ländern öffnet. Auch, um der Explosion der Staatsverschuldung in der gesamten Eurozone entgegenzutreten, die ihr BIP im Durchschnitt um 90 Prozent übersteigt. Die deutschen Bürger müssen jetzt die ganze Wahrheit hören. Jetzt, nicht erst nach den Wahlen. Dass das Geld der deutschen Steuerzahler in die Taschen der Bankiers von Deutschland, Frankreich und Griechenland geflossen ist.

Die Regierung Merkel hat nicht nur Griechenland, sondern dem gesamten europäischen Süden ihre fehlgeschlagene katastrophale Sparpolitik auferlegt. Sie verursacht die Rezession, durch die die Staatsverschuldung Griechenlands im Verhältnis zu seinem BIP unkontrollierbar wurde. Es handelt sich um eine Politik, die Europa zerstört, wenn sie in Ländern wie Frankreich oder Deutschland umgesetzt wird.

2013 wird nicht Griechenlands letztes Rezessionsjahr sein, wie die Troika der Gläubiger und die ihren Interessen dienende Koalitionsregierung in Griechenland behaupten. In seinem Bericht vom vergangenen Dezember hat das verlässliche Prognosezentrum des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel Ökonometrie und gesunden Menschenverstand in Ein-

### In dieser Ausgabe

- Jahresauftakt EL – DIE LINKE
- Kämpfe in Mali
- Bürgerkrieg in Syrien
- Wahlen in Italien
- 18. Parteitag der KP Chinas



klung gebracht und für 2014 ein weiteres Schrumpfen unserer Wirtschaft um 1,0 Prozent sowie eine Arbeitslosigkeit von 31 Prozent vorausgesagt. Weil die Wirtschaft Griechenlands im Jahr 2014 ganze sieben aufeinander folgende Jahre schrumpfen wird, ist das Erlassen eines beträchtlichen Teils des Nominalwerts der griechischen Staatsverschuldung nicht nur unvermeidlich, sondern auch eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass das Land aus der Rezession kommt: als Initialzündung für das Wiederanspringen der Konjunktur.

Ich betone: Die gegenwärtige Lage ist eine Folge des Scheiterns der aufeinander folgenden Memoranden [der Troika von Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission]. Wir haben es jetzt mit dem dritten innerhalb von drei Jahren zu tun. Die beiden vorhergehenden Memoranden sind gescheitert, weil ihr Rezept ab-

surd war. Dabei handelt es sich nicht um eine Intrige irgendwelcher Leute, um andere mit ihren Schulden zu belasten.

Gestattet mir ein kurzes Beispiel: Griechenland schlingert heute zwischen Korruption und Armut. Aber die Politik der griechischen Regierungen und der Troika bestand darin, die Listen mit den großen Steuerhinterziehern zu verstecken und statt dessen die armen und mittleren Schichten zu besteuern. So werden diejenigen über jedes erträgliche Maß hinaus belastet, deren Einkommen bereits zwei oder drei Mal gekürzt wurden. Bezeichnend ist: Ab Oktober wurde die Heizölsteuer um 40 Prozent erhöht. Da die Menschen sie nicht bezahlen können, kaufen sie überhaupt kein Heizöl mehr. Holzöfen wurden angeschafft und darin wird alles, was greifbar ist, verbrannt, um ein wenig Wärme zu erzeugen. Die Folge: Wälder werden abgeholzt, der Himmel über Athen, Thessaloniki und anderen Großstädten verfinstert

## Inhalt

<b>Partei der Europäischen Linken</b>	<b>1</b>	→ Achim Wahl:	
→ Gemeinsamer Jahresauftakt mit der LINKEN	1	BRICS: Aufbruch der Schwellenländer	48
<b>DIE LINKE im Parlament</b>	<b>5</b>	● <b>Mali</b>	<b>51</b>
→ Jan van Aken: Für konsequente Abrüstung	5	→ Wolfgang Gehrcke: Kampf gegen Terrorismus, für soziale Gerechtigkeit	51
→ Wolfgang Gehrcke:		→ Jean Ziegler: Mali braucht die Dekolonisierung	52
Soldaten sind keine Entwicklungshelfer	6	→ Werner Ruf: Mali im Fadenkreuz der Geopolitik	53
→ Petra Pau: Demokratie neu fundieren	8	● <b>Nahost</b>	<b>55</b>
→ Axel Troost: Zehn Fehler in der Eurokrise	10	→ Hannes Hofbauer:	
→ Jean Ziegler:		Zur geopolitischen Rolle der „Arabellion“	55
Konzerne entscheiden, wer verhungert	11	→ Karin Leukefeld: Syrien, Russland und China	56
→ Niema Movassat: Hunger bekämpfen	12	→ Bahman Nirumand:	
→ Friedensdialog in Kolumbien unterstützen	13	Gefahr eines Angriffskrieges gegen Iran	59
→ Zusammenarbeit EU-Lateinamerika	14	● <b>China</b>	<b>61</b>
→ Zusammenarbeit linker Fraktionen der BRD und Frankreichs	15	→ Helmut Ettinger: 18. Parteitag der KP Chinas	61
<b>Aus der internationalen Linken</b>	<b>16</b>	→ Zwei Interviews mit Botschafter Shi Mingde	65/66
→ Front de Gauche zu Präsident Hollandes Politik	16	→ Chen Shuoying: Euro-Schuldenkrise und China	68
→ Andreas Günther: 36. Parteitag der FKP	18	→ Michael Brie/Stefan Liebich:	
→ Syriza: Klassenorientierte Lösungen	19	Kein Beifall für Hass auf geeintes China	72
→ Paola Giaculli:		● <b>Lateinamerika</b>	<b>73</b>
Parlamentswahlen in Italien	23	→ Katu Arkonada:	
→ Fausto Bertinotti zur Krise der italienischen Linken	29	Bilanz der Veränderungen in Bolivien	73
→ Heinz Bierbaum:		→ Por Jairo: Kolumbien:	
Spanische IU im Aufwind	30	Situation im Friedensprozess	75
→ Dominic Heilig:		→ Jörg Rückmann: Medienspektakel mit kubanischen „Dissidenten“	77
Linksblock Portugals: neue Parteispitze	30	<b>Analyse</b>	<b>80</b>
→ Dominic Heilig:		→ Julia Wiedemann:	
PKP: mehr Partei, weniger Europa	31	Syrien und geostrategische Machtinteressen	80
→ Holger Politt: Polen: Neuer Aufschlag	32	→ Diethelm Weidemann:	
→ Dieter Boris/Achim Wahl:		Ende des Afghanistankonflikts?	87
Linke zu Prozessen in Lateinamerika	33	→ Arne Seifert: Liaison zwischen Terroristen und Antiterrorkriegern	92
→ Die Linke in Uruguay und Argentinien	36	→ Bahar Oghalai: Irak: Konflikt Sunniten-Schiiten	94
→ Oliver Schröder:		→ Uta Gärtner:	
Bundesgeschäftsführer der LINKEN in Vietnam	40	Myanmar: Wie Phönix aus der Asche	99
<b>Internationale Umschau</b>	<b>42</b>	<b>Geschichte</b>	<b>106</b>
→ Annette Groth:		→ FIR: 70 Jahre Stalingrader Schlacht	106
Griechenland: Zerstörung der Gesellschaft	42	→ Jochen Hellbeck: Neue Dokumente zu Stalingrad	107
→ Manfred Schünemann: Ukraine nach der Wahl	46	→ Wolfram Adolphi:	
		Die deutsch-chinesischen Beziehungen	107
		→ Holger Politt: Lenin in Wuhan	110



sich vom Smog. Zugleich waren die Staatseinnahmen 2012 niedriger als im Jahr zuvor.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen!

Jeder Tag, der vergeht, offenbart das wahre Ziel der Strategie der Troika und die Rolle der Dreiparteienregierung Samaras. Die Rezession ist kein Unfall, sondern das Ziel des Programms der internen Inflation. Die Steuerhinterziehungs- und Korruptionsskandale waren die Regel und nicht die Ausnahme eines kleptokratischen Systems, das unser Land in den Bankrott geführt hat. Die Liste von IWF-Chefin Christine Lagarde mit den griechischen Oligarchen, Bankiers und Medievorständen wurde nicht zufällig von den korrupten griechischen Politikern geheim gehalten. Die EU-Spitze hat natürlich auch nicht zufällig zugelassen, dass die politische Führung Griechenlands ihre Auserwählten schützt. Diese Nachlässigkeit war Gegenleistung und Werkzeug der Manipulation zugleich.

Das Gerichtsverfahren zum Schmiergeldskandal von Siemens hat man zu den Akten gelegt, kaum dass es eröffnet wurde. Der Bericht des ehemaligen Siemens-Vorstands Christoforakos bleibt in den Tresoren der deutschen Justiz. Er darf nicht zur Rechtsprechung herangezogen werden. Die Liste der griechischen Anleger bei deutschen Banken bleibt in Deutschland. Die Liste der griechischen Anleger bei der Genfer HSBC-Bank hat über zwei Jahre lang in den Safes zweier aufeinanderfolgender griechischer Finanzminister gelegen: der Herren Papakonstantinou und Venizelos. Das ist der Grund, weshalb die griechische Seite die Bedingungen und Ziele des Memorandums niemals ernsthaft verhandelt hat. Sie hat lediglich Beschlüsse abgezeichnet. So verwundert es nicht weiter, dass Herr Samaras die Herkulesarbeit übernommen hat, den PASOK-Vorsitzenden beim Skandal der Straffreiheit für Steuerhinterziehung zu beschützen.

Jetzt sind Samaras und Venizelos bemüht, die Öffentlichkeit vom Bankrott des Sparkurses und der steuerlichen Ausplünderung der Schwachen mit einer Strategie aus Anspannung und Spaltung abzulenken. Was den Weg für die Stärkung der extremen Rechten in Griechenland ebnet, der Neonazis von der „Goldenen Morgenröte“. Aber die Forderung des Volkes nach Gesundung Griechenlands wird das Bemühen der Regierungskoalition nach Intransparenz, Einschränkung der demokratischen Kontrolle und Straffreiheit der für die Skandale Verantwortlichen überschallen. Die politische Gesundung unseres Landes ist keine Sache der institutionellen Spitze, sondern der sozialen Tiefe. Sie ist der Kern der Forderung des gesamten Volkes nach sofortiger Annullierung des Memorandums und nach einem grundlegenden Politikwechsel.

Liebe Genossinnen und Genossen! SYRIZA ist bereit und entschlossener denn je, das griechische Volk in seinem Kampf für einen großen demokratischen Wandel zu unterstützen. Wir wollen Griechenland verändern und wir sind die einzigen, die das können. Weil wir nicht der wirtschaftlichen Oligarchie verpflichtet sind, die ihre Privilegien erhalten will. Nicht wir haben die Vergangenheit verschuldet. Mit der Solidarität der europäischen progressiven und linken Kräfte, mit der Solidarität der europäischen Linken, mit der kämpferischen Vorreiterrolle der Völker Europas wird uns ein politischer Wandel in Griechenland gelingen. Er kann zum Funken werden für den Zusammenbruch des Neoliberalismus in ganz Europa!

## Rede von Maite Mola, Vereinigte Linke Spaniens, stellvertretende Vorsitzende der Partei der Europäischen Linken

### Liebe Genossinnen und Genossen!

Es ist für mich eine große Ehre heute hier erneut bei Euch zu sein und mich mit den Genossen der LINKEN über unsere Analyse der Probleme auszutauschen. Auszutauschen über die Zukunft Europas und unsere gemeinsamen Alternativen, durch die wir als linke Regierungen und von einer gesellschaftlichen Mehrheit getragen ein anderes Gesellschaftsmodell errichten werden. Eine Gesellschaft, in der – wie unsere Genossen von der französischen Front de Gauche es ausdrücken – der Mensch im Mittelpunkt steht und weder der Kapitalismus noch sein bewaffneter Arm, der Imperialismus und die NATO. Die Linke muss heute mehr denn je NEIN sagen zu Krieg, zu allen Kriegen, und hart dafür arbeiten, die Völker davon zu überzeugen. An dem Tag, an dem die Arbeiterklasse dies versteht und keine weiteren Kriege toleriert, wird Krieg unmöglich werden.

Die Vertiefung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise, einer Krise der Demokratie – noch verschärft durch die von der Troika aufgezwungenen Bedingungen – zeigt deutlich, dass wir uns einer Systemkrise des Kapitalismus gegenübersehen. Die Krise trägt die Namen und Gesichter unserer Nachbarn, Freunde und Familienangehörigen. Sie verurteilt jeden Tag weitere 70 000 Personen zu einem Leben unter unmenschlichen Bedingungen, während zugleich täglich 4,5 Mrd. Dollar für Rüstungsgüter ausgegeben werden. Besonders betroffen von der Krise sind Frauen und Jugendliche. Millionen von ihnen werden aus der Arbeitswelt nach Hause geschickt, wo sie sich unter Armutbedingungen um Kinder, Alte und Kranke kümmern und zugleich wieder dem Patriarchat unterworfen werden.

Diese Krise in Europa, liebe Genossinnen und Genossen, ist keine Zufallserscheinung.

Eine EU, die auf der Basis sozialer Kälte funktioniert und durch einen Vertrag ohne jegliche Legitimation quasi per Handstreich durchgesetzt wurde, die die Deregulierung der Märkte und des Finanzsystems sowie die Privatisierung der Schlüsselbereiche der Wirtschaft vorantreibt, eine Währung ohne öffentlichen Währungshüter und eine Zentralbank ohne die Möglichkeit tatsächlich als Notenbank zu agieren – das alles konnte uns nur in die Katastrophe führen. Eine regionale Integration zugunsten der Menschen ist auf diese Weise genauso unmöglich wie der soziale und territoriale Zusammenhalt und die Schaffung von Beschäftigung. Die europäischen Institutionen entfernen sich immer mehr von den Bedürfnissen der Bevölkerung der Mitgliedstaaten.

Die unrechtmäßige Verschuldung, die Finanzparadiese, dies alle zeigt, dass die Banken und großen Vermögen das Sagen haben. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um hier klar zu sagen: die Schuldenkrise ist die Ursache der Eurokrise. Es waren die wirtschaftlich Mächtigen in Komplizenschaft mit den Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und Konservativen, die den Euro durchgesetzt und eine Eurozone geschaffen haben, deren Institutionen das neoliberale Modell absichern.

Der Euro, weit davon entfernt, eine Gemeinschaftswährung zu sein, ist ein bloßes Austauschinstrument, das unüberbrückbare Widersprüche hervorbringt, ohne dass eine



einheitliche Fiskalpolitik oder eine abgestimmte Wirtschaftspolitik existiert. Dennoch würde das Ausscheiden von Ländern, die bisher der Eurozone angehören, ernste wirtschaftliche und soziale Probleme schaffen, die wir lösen und zugleich die notwendigen Alternativen vorbereiten müssen, angesichts jeder Entscheidung, die die neoliberale Rechte herbeiführen könnte.

Die Regierungen, die sozialen Kürzungen vorantreiben, verfolgen dabei zwei Ziele: Zu einem wollen sie uns von deren Unvermeidbarkeit überzeugen und zum anderen soll die Krise ausgenutzt werden, um Strukturreformen zur Konsolidierung ihrer Herrschaft durchzusetzen. Die Krise wird durch den Kapitalismus genutzt, um sein Modell einer Teile der Bevölkerung ausschließenden und die Demokratie einschränkenden Gesellschaft zu verfestigen. Die sozialen Kürzungen werden deshalb von Einschränkungen der Rechte und Freiheiten begleitet. Diese Strategie braucht unterwürfige Regierungen und untätige Parlamentarier, braucht das Erstarken der extremen Rechten und den Antikommunismus. Sie ignoriert die tatsächlich existierenden realen Alternativen zu den Auflagen der Wirtschaftsinstanzen der EU.

In Spanien sind die Folgen der Krise dramatisch. In den vergangenen Jahren haben wir Arbeitsrechtsreformen, harte Anpassungen, Zwangsräumungen und soziale Kürzung erlitten. 12 Mio. Menschen – darunter 2,5 Mio. Kinder – sind in die Armut abgesunken.

Spanien steht mit einer Arbeitslosenrate von 24 Prozent in der EU an der Spitze. 53 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos. Die Zerstörung der sozialen Strukturen ist alarmierend. Von der Arbeitslosigkeit sind vor allem Frauen betroffen. 20 Prozent der Bevölkerung laufen Gefahr, gänzlich von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen zu werden. Der Zusammenbruch der öffentlichen Dienstleistungen ist nicht mehr fern, die Schuldenlast ist für die öffentliche Verwaltung geradezu untragbar, der Umweltschutz bekommt das Ergebnis einer solchen Politik besonders zu spüren. Dienstleistungen werden gestrichen, Löhne gekürzt, Renten eingefroren oder in der Praxis sogar gekürzt.

Der Vertrauensverlust für die regierende Volkspartei (PP) vollzog sich so rasch wie niemals zuvor in der Geschichte unserer Demokratie. Wir Linken müssen jetzt mehr als nur der politische Ansprechpartner in diesen Kämpfen sein, die Vereinigte Linke Spaniens IU muss sich voll und ganz in den Dienst dieser Volksbewegung stellen, will sie eine reale Alternative zur Regierung werden.

Wir rufen daher zur Rebellion auf, die Rechte muss gestoppt werden. Karl Liebknecht hat gesagt: „Furcht ist der schlechteste Ratgeber.“ Wir haben keine Angst. Wenn es uns nicht gelingt, diese Entwicklung kurzfristig zu stoppen, werden wir alle unsere Rechte verlieren, die wir in so vielen Kämpfen erobert haben.

- Wir bestreiten die Rechtmäßigkeit eines Teiles der Verschuldung und fordern eine Untersuchung zu deren Entstehung. Wir lehnen jene Verschuldung ab, die nicht durch die öffentlichen Dienstleistungen und sozialen Sicherungssysteme entstanden ist.
- Politischen Vorrang haben für uns die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung von Investitionen, die Verteidigung und der Ausbau der sozialen Leistungen und der sparsame Umgang mit öffentlichen Mitteln, einschließlich Kontrollmechanismen durch die Bürger.

- Wir wollen absoluten Vorrang der öffentlichen Ausgaben für Renten, Beschäftigung und wichtige Sozialleistungen.
- Wir wollen mehr Macht für Arbeiterinnen und Arbeiter, eine Stärkung ihrer Rolle in den Betrieben, bei der Arbeit und bei allen damit verbundenen Rechten.
- Wir schlagen eine progressive Steuerreform, den verstärkten Kampf gegen Steuervergehen und die Schaffung eines öffentlichen Bankensystems vor.
- Wir schlagen eine demokratische Planung der Wirtschaft vor, die von dem neuen Modell einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft ausgeht.
- Das Recht auf Wohnung muss garantiert werden, Bildung und Gesundheitssystem müssen öffentlich und qualitativ gut sein.

Als Linke dürfen wir nicht nur von einer anderen Politik reden, sondern müssen sie praktizieren. Wir müssen zeigen, dass es reale Alternativen gibt, die eine Regierungsoption darstellen, zur Veränderung des Systems sowie zur Stimulierung des politischen Lebens führen und einen sozialen Ausweg aus der Krise eröffnen können.

Wir wiederholen deshalb unseren Aufruf an alle Völker Spaniens und Europas, sich den Generalstreiks, den Bewegungen anzuschließen, die die Straßen und Plätze erobert haben und wirkliche Demokratie fordern, wie z. B. die Bewegung „15. Mai“ in Spanien.

Wir rufen die Arbeiterinnen und Arbeiter, die feministische Bewegung, die Jugend, die Welt der Kultur und der Wissenschaft, alle Mandatsträger und überhaupt alle Menschen auf, aktiv zu werden bei der Organisation einer wirklich demokratischen und sozialen Rebellion gegen den antidemokratischen Angriff, den das Kapital gegen die Mehrheit in der Gesellschaft führt.

Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Unsere Verpflichtung ist es, diese Rebellion mit all unseren Kräften und Fähigkeiten zu organisieren und dabei stets den Blick auf den Aufbau einer anderen, neuen Gesellschaft zu richten, auf den Aufbau des Sozialismus im 21. Jahrhundert.

## Rede von Jonas Sjøstedt, Vorsitzender der Linkspartei (Schweden)

### **Liebe Freundinnen und Freunde, Liebe sozialistische Genossinnen und Genossen!**

Ich freue mich, hier sein zu können und grüße euch von der schwedischen Linkspartei. Wir zählen DIE LINKE zu unseren besten europäischen Freunden und Partnern im Kampf für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit.

Ihr habt vielleicht schon vom schwedischen Wohlfahrtsstaat gehört, der skandinavischen Gleichheit zwischen Männern und Frauen, und ihr könnt von einem Land wie Schweden eine fortschrittliche Umweltpolitik erwarten. Ich wünschte, dass ich heute hier vor euch stehen könnte, um über den Fortschritt in allen diesen Bereichen bei eurem nördlichen Nachbarn zu berichten. Aber das kann ich nicht.

Nach sechs Jahren Rechtsregierung verändert sich Schweden rapide zum Schlechteren. Wir leiden unter hoher Arbeitslosigkeit, besonders unter der Jugend, und einer steigenden Einkommensungleichheit. Und das nicht, weil uns die Krise so hart getroffen hat, sondern weil wir von einer rechten Politik betroffen sind. Die Einkommensungleichheit zwischen Männern und Frauen ist auf 40 Prozent gestiegen. Alle Ambitionen Schwedens, bei der Reduzierung von Treibhaus-



gasemissionen eine führende Rolle zu übernehmen, wurden aufgegeben. Schweden ist heute ein Experiment der neoliberalen Privatisierung. Schulen, Vorschulen, Kliniken, Krankenhäuser und Altenheime stehen zum Ausverkauf auf dem Spieltisch der Kapitalisten. Sie streben nur nach maximalen Profit, der Preis wird von den Schülerinnen und Schülern, den Arbeitenden und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bezahlt. Im Gefolge von Arbeitslosigkeit und wachsenden Klassenunterschieden erleben wir auch in unserem Land eine zunehmende Fremdenfeindlichkeit.

In der Linkspartei bereiten wir uns auf die Wahlen 2014 vor, damit die schwedische Linke gestärkt und zu einer fortschrittlichen Mehrheit wird, die diese Regierung stürzen kann. Wir regieren bereits in vielen Städten und Regionen zusammen mit Sozialdemokraten und Grünen. Wir sind bereit, auch auf nationaler Ebene zu regieren, wenn die Politik fortschrittlich genug ist.

Europa braucht dringend eine stärkere Linke. Das wichtigste Land Europas ist Deutschland. Ein politischer Wandel hier würde für ganz Europa viel bedeuten. Wir müssen zusammenarbeiten. Die Rechte hat die Macht, und sie hat versagt. Das Ergebnis ihrer Politik sind Massenarbeitslosigkeit und ein europäisches Projekt, das Banken und Banker schützt, während die Arbeitenden und der Sozialstaat den Preis für die Krise zahlen. Sie deregulieren und setzen Privatisierungen durch, haben aber keine Kraft, wenn es darum geht, die Veränderungen durchzusetzen, die notwendig wären, um unser Klima und den Planeten zu schützen. Wenn das Klima eine Bank wäre, wäre es bereits gerettet worden.

„Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“, hat Bertolt Brecht gefragt. Die Eurokrise ist die Krise des deregulierten Finanzkapitalismus. Die Lösung ist nicht, die Banken mit dem Geld der Steuerzahler zu retten, sondern sie für ihre Fehler zahlen zu lassen. Wenn sie unser Geld wollen, wollen wir über sie bestimmen, dann müssen die Finanzinstitutionen verstaatlicht werden. Wir müssen das gesamte Finanzsystem streng regulieren. Der Markt und die Banker dürfen nicht über die Regierungen bestimmen, es muss genau umgekehrt sein.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Im September 2003 hat Schweden ein Referendum über den Beitritt zum Euro abgehalten. Wir haben uns damals entschieden für ein „Nein“ eingesetzt. Trotzdem die gesamte Wirtschafts- und Politikelite geschlossen gegen uns war, haben wir gewonnen und Schweden vor dem Euro gerettet. Wir argumentierten, dass der Euro weniger statt mehr Demokratie, mehr rechte Wirtschaftspolitik und mehr Macht für die Brüsseler Bürokraten bedeuten würde. Wir brachten vor, dass eine gemeinsame Währung katastrophale wirtschaftliche Auswirkungen hat, wenn sie in Ländern mit unterschiedlichen ökonomischen Bedürfnissen eingeführt wird. Wir bedauern, dass wir recht behalten haben und sehen die schlimmen Folgen in Ländern wie Griechenland und Spanien. Heute glauben mehr Schweden an UFOs, als daran, dem Euro beizutreten.

Als Sozialisten und Internationalisten müssen wir aber auch nach gemeinsamen Lösungen suchen. Der Euro sollte abgeschafft werden. Hochverschuldeten Ländern sollten Schulden erlassen werden. Der Finanzsektor sollte streng reguliert werden. Wir müssen Steuerhinterziehung beenden und die Reichen besteuern. Der Europäischen Kommission sollte die Macht entzogen und demokratischen Institutionen

übertragen werden. Wir müssen die Gleichheit erhöhen. Wir brauchen soziale und grüne Investitionen für die Zukunft und für das Klima. Wir müssen das gemeinsam schaffen und wir freuen uns darauf, gemeinsam mit euch dafür zu arbeiten.

## DIE LINKE im Parlament

### „Das stärkste Signal ist konsequente Abrüstung“

Von Jan van Aken, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, außenpolitischer Sprecher der Fraktion der Partei im Bundestag.

Aus: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de), „Interview der Woche“, 28. Januar 2013

#### ● **Präsident Barack Obama hat seine zweite Amtszeit angetreten. Was erwarten Sie von ihm mit Blick auf die US-Außenpolitik angesichts vieler Krisenherde in der Welt?**

Obama will früher als geplant große Kontingente der US-Kampftruppen aus Afghanistan abziehen und auch keine Truppen nach Mali schicken. Man sollte das aber nicht als Zeichen für eine Neuausrichtung der US-Außenpolitik missverstehen – so gehen zum Beispiel die gezielten Tötungen mit Drohnen ungehemmt weiter. Eher sind innenpolitische Gründe für einige Veränderungen verantwortlich. Ich denke Obama wird auch in seiner zweiten Amtszeit ähnlich kriegerisch weitermachen wie bisher. Ich erwarte nicht, dass er sich jetzt noch nachträglich den Friedensnobelpreis verdienen wird.

#### ● **Sprengstoff birgt der Nahe Osten – Bürgerkrieg in Syrien, der Atomstreit mit Iran und der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Wie kann Europa verantwortungsvoll Politik machen, ohne gleich zwischen allen Stühlen zu sitzen?**

Ein erster Schritt wäre sicher, die Eskalationspolitik zu beenden. Die harten Sanktionen gegen den Iran im Atomstreit werden den Konflikt nicht beenden, sondern ihn nur verschärfen. Der NATO-Einsatz mit Patriot-Raketen in der Türkei eskaliert den Konflikt in Syrien und löst ihn nicht. Das heißt keinesfalls, zu den Konflikten zu schweigen, sondern auf der Grundlage der UN-Charta zu handeln, und nicht mit NATO-Militäreinsätzen oder EU-Sanktionen. Sowohl die Resolutionen der UN zum Israel-Palästina-Konflikt und der Zwei-Staaten-Lösung als auch die Vorschläge des UN-Sondergesandten Brahimi für eine Dialoglösung in Syrien sollten die Grundlage für das Handeln der EU sein.

#### ● **Welche Rolle sollte Deutschland dabei spielen?**

Das stärkste Signal, das Deutschland senden kann, ist konsequente Abrüstung und ein Stopp aller Waffenexporte. Es ist wirklich ein Graus zu sehen, wie diese Bundesregierung immer noch Despoten mit der modernsten Waffentechnik aufrüstet! Und Deutschland könnte in einigen Kon-



flikten – ganz besonders zum Beispiel im Atomstreit mit dem Iran – eine Vermittlerrolle spielen.

● **In diesen Tagen sollen die deutschen Patriot-Luftabwehrraketen in der Türkei an der Grenze zu Syrien einsatzbereit sein. Welche Risiken birgt der NATO-Einsatz?**

Die Stationierung der Patriots ist brandgefährliche Symbolpolitik. Der Türkei wird damit indirekt ein Okay für ihre Einmischung in den innersyrischen Konflikt gegeben. Alle Beteiligten wissen, dass die Türkei nicht von Syrien bedroht wird. Deshalb machen die Patriots, die ja vor Raketenangriffen schützen sollen, militärisch gar keinen Sinn. Wenn sich jetzt der syrische Bürgerkrieg ausweitet, oder wenn Israel iranische Atomanlagen angreift, dann stehen plötzlich deutsche Soldaten mitten in einem Nahost-Krieg.

● **In Mali setzt Frankreich seine Offensive gegen islamistische Terroristen fort. Deutschland hilft mit zwei Transportflugzeugen. Warum lehnt DIE LINKE den Militär-Einsatz ab?**

Die Ursachen der Krise in Mali werden nicht beseitigt, sondern verschärft. Bislang setzen sich die bewaffneten Gruppen vor allem aus Maliern zusammen, mit denen ein Interessenausgleich ausgehandelt werden kann. Es sind nicht alle islamistische Terroristen, diese Sichtweise ist zu verkürzt. Mit der Intervention Frankreichs wird ein neuer Kriegsschauplatz aufgemacht, der lang andauern kann und vor allem großes Leid für die Bevölkerung bringt. Die bewaffneten Gruppen werden sich in einem Guerillakrieg lange halten und sie werden Nachschub an Waffen und Kämpfern aus dem Ausland bekommen. Dieser Militäreinsatz wird unweigerlich zum Bumerang, weil er die Kräfte stärkt, die man vorzugeben bekämpfen zu wollen. Das bestätigen die Erfahrungen aus Afghanistan und Somalia. Am schlimmsten aber ist, dass es bisher vertan wurde, auf dem Verhandlungsweg eine Lösung zu finden – die Bereitschaft dazu gab es, zumindest bei einigen der Rebellengruppen im Norden Malis.

● **Stecken andere Interessen als der vermeintliche Schutz vor Terroristen hinter dem französischen Einsatz?**

Frankreich hat natürlich handfeste Interessen, die mit Demokratie und Freiheit für die Menschen in Mali wenig zu tun haben. Man darf nicht vergessen, dass die ehemalige Kolonialmacht bis heute großen Einfluss in der Region hat, viele französische Staatsbürger leben in Mali. Und französische Firmen bauen Uran im benachbarten Niger ab – eine Destabilisierung der Region, deren Landesgrenzen sehr durchlässig sind, würde Frankreich vor allem wirtschaftlich schaden.

● **In dieser Woche opponiert DIE LINKE wieder mit einem Antrag gegen die deutschen Rüstungsexporte in alle Welt. Die Regierung Merkel liefert weiter Panzer und Waffen in Krisenregionen und in Diktaturen. Gibt es bei den Rüstungsexporten einen Paradigmenwechsel, eine Merkel-Doktrin?**

Es ist schon erschreckend, wie sowohl Merkel als auch der Verteidigungsminister de Maiziere offener denn je für den weltweiten Einsatz deutscher Bundeswehrsoldaten, eigener Kampfdrohnen und einen Ausbau der Rüstungsexporte werben. Aber im Prinzip machen sie nur da weiter, wo die

Vorgänger-Regierungen aufgehört haben – vielleicht nur noch etwas enthemmter. Neu ist allenfalls, dass offener darüber gesprochen wird, als gelte es, Tabus zu brechen. Das ist auch eine Strategie, die deutsche Bevölkerung an die weltweiten kriegerischen Unternehmungen zu gewöhnen – solange, bis es fast schon als normal gilt. Aber das werden wir zu verhindern wissen.

● **Sind Entwicklungen innerhalb der Rüstungswirtschaft dafür verantwortlich, weshalb die Bundesregierung vermehrt in Drittstaaten liefert?**

Ja, natürlich. Aber wirtschaftliche Interessen sind nur der eine Grund für Waffenexporte. Der andere ist eiskalte Berechnung: Waffenexporte als Mittel der Außenpolitik, um Partnerschaften und freundschaftliche Beziehungen zu hegen und pflegen.

● **Ihre Reden im Bundestag beenden Sie immer mit dem Satz: „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland keine Waffen mehr exportieren sollte.“ Haben Sie jenseits der LINKEN im Bundestag Mitstreiter für dieses Ziel?**

Ich denke, dass es in den anderen Parteien eine ganze Reihe Abgeordnete gibt, die diese Forderung klammheimlich teilen, nur dürfen sie das nicht laut aussprechen. Auch unter Rot-Grün sind über viele Jahre die Waffenexporte gestiegen. Die SPD protestiert jetzt zwar häufiger gegen Waffenexporte – aber bei Abstimmungen im Bundestag setzt sie sich nur dafür ein, dass alles bleibt, wie es ist. Auch die Grünen können sich nicht zu einem Verbot von Waffenexporten – nicht einmal von den besonders gefährlichen Kleinwaffen – durchringen. Am Ende wird es der wachsende Druck aus der Bevölkerung sein, der den Ausschlag geben wird. Ich habe deswegen alle Hoffnung, dass wir zu echten Verboten kommen und Deutschland seine Waffenexporte beendet.

## Soldaten sind keine Entwicklungshelfer

*Wolfgang Gehrcke, Leiter des Arbeitskreises Internationale Politik und Mitglied des Fraktionsvorstands der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, über Auslandseinsätze der Bundeswehr, Militarisierung der Gesellschaft, die veränderte Rolle der Bundeswehr und Anforderungen an eine echte Friedenspolitik*

*Aus: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de), Interview der Woche, 20. November 2012*

● **DIE LINKE lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Diese Position vertritt sie konsequent, so etwa bei den Abstimmungen, wo darüber entschieden wurde, die Mandate der Bundeswehr für ihre Einsätze in Südsudan und der Krisenregion Darfur zu verlängern. Als einzige Fraktion hat DIE LINKE die Mandatsverlängerung mit großer Mehrheit abgelehnt. Viele Menschen verstehen das nicht. Wie erklären Sie denen diese kompromisslose Haltung?**

In der Tat geht DIE LINKE in der Außen- und Sicherheitspolitik einen anderen Weg als die anderen Fraktionen im



Bundestag. Der Grundgedanke der LINKEN ist, dass sich unser Land als Kriegsdienstverweigerer etabliert und an keinerlei militärischen Aktionen beteiligt. Krieg und militärische Gewalt als Mittel der Politik ächten kann man nur, wenn man sich selbst nicht an Kriegen und Militäraktionen beteiligt. Auch im Sudan haben Militäreinsätze nicht zur Sicherheit der Bevölkerung beigetragen. Deutschland sollte besser Entwicklungsexperten, Fachfrauen und -männer zum Aufbau von Gesundheits- und Bildungswesen entsenden. Soldaten, gleichgültig welche Farbe ihr Helm trägt, sind keine Entwicklungshelfer.

● **Die Bundesregierung scheint jetzt wild entschlossen, die Bundeswehr auch im Konflikt zwischen Syrien und der Türkei einzuschalten.**

DIE LINKE wird auf keinen Fall einer Stationierung deutscher Patriot-Raketen an der türkisch-syrischen Grenze und der Entsendung von 170 Bundeswehrsoldaten zustimmen. Die Begründungen aus der Türkei und der NATO für die mögliche Stationierung der Raketen sind falsch und sollen eine Situation vortäuschen, die real nicht vorhanden ist. Syrien ist nicht in der Lage und es ist auch nicht syrische Politik, die Türkei anzugreifen. Militärisch ist die Türkei außerdem den Nachbarländern weit überlegen. Die Türkei steuert im Unterschied zu Syrien und anderen Ländern eine Vorherrschaft im Nahen Osten an. Faktisch will die türkische Regierung eine Flugverbotszone etablieren und die NATO-Mächte bei der Durchsetzung dieser Maßnahme in kriegerische Handlungen hineinziehen. Es ist ein Skandal, wie willfährig die Bundesregierung sich bisher zu diesem Ansinnen der türkischen Regierung verhalten hat.

● **Kriege und das daraus entstehende Leid der Menschen sind eine sehr emotionale Angelegenheit. Ist es denn falsch, wenn viele von uns bei Berichten aus Afghanistan, Syrien, Sudan und den vielen anderen Orten auf der Welt, an denen Menschen einander Schreckliches zufügen, als Erstes fühlen: „Da muss man doch etwas tun“?**

Das ist sicher nicht falsch und ich habe das gleiche Gefühl. Nur stellt sich die klassische Frage: Was tun? Diese Gewalttaten in vielen Ländern, die Toten und Verletzten entstehen nicht, weil Menschen von Natur her böse und aggressiv sind, sondern weil Krieg wieder zum Mittel der Politik geworden ist und an Kriegen und Aufrüstung verdient wird. Das ist der gemeinsame Hintergrund. Wer Kriege verhindern oder erschweren will, sollte fordern, dass Waffenexporte verboten werden und Rüstungsproduktion in Produktion ziviler Güter überführt wird. Kriege haben immer mehrere Seiten, und Rüstung tötet bereits im Frieden. Ein Bruchteil der 1700 Milliarden Dollar, die für weltweite Aufrüstung eingesetzt werden, würde ausreichen, um in vielen Teilen der Welt eine Grundbildung und den Zugang zu sauberem Wasser sicherzustellen. Wir könnten verhindern, dass Menschen verhungern. Die Welt ist heute so reich, dass diese Armut nicht nötig ist. Sie ist systembedingt. Und dieses System trägt den Namen Kapitalismus. Letztlich: Wer Kriege auf Dauer verhindern will, braucht eine andere Gesellschaftsordnung.

● **Ist unsere Gesellschaft latent militarisiert? Akzeptieren wir Krieg als politisches Mittel zu leicht? Und wenn ja – woher kommt das Ihrer Meinung nach?**

Die Benutzung des allgemeinen Begriffes „wir“ täuscht darüber hinweg, dass die Akzeptanz von Krieg als Mittel der Politik in der Gesellschaft durchaus unterschiedlich gesehen wird. Ich bin froh darüber, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Kriegseinsätze wie in Afghanistan ablehnen und auch keinen Sinn darin sehen, dass die Bundeswehr unbedingt bei einem Militäreinsatz in Mali dabei sein muss. Aber Kriege und Gewalt ziehen sich beständig neue Kleider an. Getötet wird in der modernen Kriegführung zuerst am Computer, wo kleine Pünktchen ausradiert werden, die in Wirklichkeit Menschen sind. So beschrieb der Kundus-Oberst Klein seine Entscheidungssituation: Pünktchen ausradiieren. So sind Entscheidungssituationen von Piloten, die aus der Ferne Raketen abfeuern oder vom Boden aus Drohnen steuern. In der modernen Kriegführung sind anonyme Mächte zugleich Ankläger, Richter und Henker. Auch der deutsche Verteidigungsminister lässt afghanische Personen auf Listen setzen, die dann ausgeschaltet werden, das kann auch heißen: ermordet.

● **Der derzeitige Verteidigungsminister de Maizière sieht die zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr vor allem in Einsätzen im Ausland. Wohin geht die Reise für die deutschen Soldatinnen und Soldaten in den nächsten Jahren? Hat sich der Charakter der Bundeswehr seit der Aussetzung der Wehrpflicht geändert?**

Die Aussetzung der Wehrpflicht war Ergebnis anderer Aufgaben, Zielsetzung und Einsatzplanung der Bundeswehr. Die Bundeswehr sollte fit gemacht werden für weltweite Militäreinsätze. Das geht besser mit Berufssoldaten als mit Wehrpflichtigen. Im Leitspruch der Division Spezialkräfte heißt es: „Einsatzbereit, jederzeit, weltweit!“ Das ist die De-Maizière-Linie für die Bundeswehr. Ich habe bislang fünf Verteidigungsminister erlebt: Scharping, der den Jugoslawienkrieg mit zu verantworten hatte und über das Planschen im Swimmingpool mit seiner Gräfin stürzte. Peter Struck, der vom SPD-Fraktionsvorsitzenden zum Verteidigungsminister aufstieg und den völkerrechts- und verfassungswidrigen Satz geprägt hat, dass Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigt wird. Ihm folgte der Hesse Franz-Josef Jung, der lieber Landwirtschaftsminister geworden wäre, aber trotzdem Kundus zu verantworten hatte. Dem Filou zu Gutenberg ging es vor allem um die eigene Person. Und mit de Maizière haben wir jetzt einen Mathematiker des Krieges. Vielleicht die gefährlichste Personalie an der Spitze der Bundeswehr: einsatzbereit, jederzeit, weltweit.

● **Die Auszeichnung der Europäischen Union mit dem Friedensnobelpreis ehrt die Idee, nach Jahrzehnten martialischer Auseinandersetzungen Europa zu befrieden. Entfernt sich die EU von diesem Ansatz, der ja im Grunde friedenspolitisch ist?**

Die EU hat den Friedensnobelpreis nicht verdient, genauso wenig wie Obama ihn verdient hatte. Fast unbemerkt und über Nacht ist die EU militarisiert worden. Es gibt einen Generalstab, gemeinsame Battle Groups, und in mehr und mehr Militäreinsätzen agieren EU-Staaten zusammen auch unter dem Dach der EU. Die EU unterhält eine Rüstungsagentur, und einzelne EU-Staaten sind im Rahmen der NATO oder unter dem Dach einer „Koalition der Willigen“ an allen größeren Kriegen der letzten Jahre beteiligt. Es ist wahr, EU-Staaten haben keine Kriege mehr gegeneinander geführt,



das ist ein großer Fortschritt. Aber in anderen Teilen der Welt waren EU-Mitgliedsländer bei vielen Kriegen maßgeblich dabei. Nehmen wir nur einmal Frankreich und seine Kolonialkriege in Nordafrika und Vietnam oder Großbritannien, ebenfalls mit Kolonialkriegen. Wir könnten auch auf die Niederlande blicken oder Belgien. Kriegsgeläutert sind Europa und die Europäische Union noch lange nicht.

● **Was macht den Unterschied aus zwischen einer Politik, die Krieg als Mittel akzeptiert, und einer echten Friedenspolitik?**

Es heißt immer zur Begründung von Militäreinsätzen, sie seien die Ultima Ratio, das letzte Mittel, die letzte Vernunft. Ich erlebe aber in der Politik, dass das „letzte Mittel“ Militär immer mehr zum nächstliegenden Mittel wird. Die herrschende politische Logik hat Krieg und die deutsche Kriegsbeteiligung wieder möglich gemacht. Wer Krieg als Mittel der Politik nicht völlig ausschließt, wird allzu oft beim Krieg, beim Militärischen ankommen. Es ist also notwendig, sich in einer anderen Logik und damit in einer anderen Politik zu bewegen. Diese beginnt damit, dass die Mittel zur Kriegführung abgeschafft werden, dass globale Ungerechtigkeit durch globale Gerechtigkeit ersetzt wird, dass kulturelle Vielfalt nicht als Bedrohung, sondern als Chance begriffen wird. Für die deutsche Politik wünsche ich mir, dass ein einfacher Satz zum Gesetz wird: Deutschland holt die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurück und wird keine Soldaten mehr in Auslandseinsätze entsenden. Um einen Staat, der so handelt, kann sich weltweit ein Friedenslager gruppieren, und es können alternative Formen von Konfliktlösungen entstehen.

## Demokratie muss im 21. Jahrhundert völlig neu fundiert werden

*Petra Pau, Vizepräsidentin des Bundestages, über unverantwortlich oberflächliche Appelle von Bundespräsident Gauck, die Kaltstellung des griechischen Parlaments, die Umkehrung des Merkel-Credos und den Souverän, der nicht mehr souverän ist*

*Aus: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de), Interview der Woche, 27. Dezember 2012, Interviewer: Rainer Brand*

● **Wie geht es der Demokratie in Deutschland?**

Sehr schlecht, sie fiebert.

● **Schnupfen?**

Schwindsucht.

● **Das ist eine böse Diagnose.**

Ich fange mal abstrakt an. Das Wort Demokratie kommt aus dem Griechischen und bedeutet übersetzt: Herrschaft des Volkes. Man frage Bürgerinnen und Bürger, ob sie herrschen oder sich beherrscht fühlen.

● **Das klingt jetzt revolutionär.**

Nein, ganz irdisch. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr, eine Mehrheit im Bundestag ist dafür. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die

Rente ab 67 Jahre, eine Mehrheit im Bundestag ist dafür. Eine Mehrheit in der Bevölkerung ist für direkte Demokratie, also auch für Volksentscheide. Wieder sieht es im Bundestag anders aus.

● **Aber die Mehrheit im Bundestag wurde von einer Mehrheit der Bevölkerung demokratisch gewählt.**

Auf den ersten Blick, ja ...

● **... und auf den zweiten?**

Die größte Partei ist längst die der Nichtwähler, Tendenz steigend. Mal eine kleine DDR-Wende-Erinnerung: Die Volkskammer wurde am 18. März 1990 von 93,4 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger in befreiender Hoffnung gewählt. Inzwischen zweifeln bundesweit immer mehr daran, dass die repräsentative Demokratie ihnen etwas bringt. Im Osten übrigens noch mehr als im Westen. Hinzu kommen zwei weitere Tendenzen.

● **Erstens?**

Regierungen, nahezu alle, versuchen sich dem Parlament zu entziehen. Sie wollen möglichst ungestört und unkontrolliert schalten und walten. Das widerspricht der Demokratie-Idee.

● **Und zweitens?**

Immer mehr Entscheidungen verschwinden aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger im undemokratischen Nirwana, zum Beispiel im EU-Dschungel.

● **Gegen beide Entwicklungen hat DIE LINKE beim Bundesverfassungsgericht geklagt.**

Ja, mehrfach und weitgehend erfolgreich. Immer ging es darum, die Rechte des Bundestags und damit seiner Wählerinnen und Wähler zu wahren. Zuletzt, als hunderte Milliarden Euro – ohne Parlamentsentscheid – für die angebliche Rettung von Griechenland und weiteren EU-Staaten bewilligt werden sollten.

● **Warum „angebliche Rettung“?**

Weil es im Kern nicht um Griechenland geht, auch nicht um die Europäische Union, sondern um den Profit spekulierender Banken. Das führt jetzt zu weit, erhellt aber exemplarisch das Demokratie-Problem auf doppelte Weise.

● **Wenn doppelt, dann wieder Erstens?**

Griechenland wurden von der EU Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Vorausgesetzt, das griechische Parlament, und zwar alle Parteien, beugen sich ohne Wenn und Aber dem Diktat der EU-Kommission.

● **Damit wurde das griechische Parlament kaltgestellt?**

Ganz kalt, zum Sozial-Crash kommt der Demokratie-Crash.

● **Und Zweitens?**

Das alles wurde damit begründet, dass die Finanzmärkte beruhigt werden und Vertrauen in die Politik gewinnen müssen.

● **Ein absurdes Argument?**

Ja, aber Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es zum Pro-



gramm erhoben. 2005 meinte sie, es gäbe keinen „Rechtsanspruch auf Demokratie“. Was eigentlich ein Fall für den Verfassungsschutz wäre. Aber ich lehne den bekanntlich als undemokratischen Gesinnungsgeheimdienst ab. Also zurück zur CDU-Vorsitzenden: Aktuell plädiert sie für eine „marktkonforme Demokratie“.

#### ● **Für die Unterordnung der Demokratie unter unkontrollierte Märkte?**

Die große Verheißung von der Volksherrschaft entpuppt sich als Diktatur des großen Geldes. Kapital, meinte schon Karl Marx, ist ein Herrschaftsverhältnis. Die Politik kapituliert. Sie prostituiert sich. Das ist Verrat an der Demokratie.

#### ● **Und Stimmungsmacher, wie BILD, trommeln dazu patriotisch-deutschnational gegen faule Griechen.**

Ja, kreuzgefährlich. Hinter alledem steckt aber auch ein objektives Problem und damit eine grundsätzliche Richtungsentscheidung.

#### ● **Welche?**

Wir erleben seit Jahren: Es geht um Unsummen Geld. Banken und Börsen bewegen sie per Computer weltweit in Sekundenschnelle. Politik und Demokratie aber brauchen Zeit, manchmal Wochen, manchmal Monate.

#### ● **Ein unauflösbarer Widerspruch?**

Das wäre schlimm und das Ende einer ohnehin beschränkten Demokratie. Ganz grob gesagt: Das Merkel-Credo muss umgekehrt werden. Wir brauchen eine demokratiekonforme Marktwirtschaft.

#### ● **Was wiederum heißt?**

Die Finanzwelt muss endlich gebannt und die Wirtschaft reguliert werden. Der FDP-gelobte Markt ist sozial und ökologisch blind. Es geht um das viel zitierte Primat der Politik. Es wurde aufgegeben. Es muss zurückerobert werden.

#### ● **Wieso „ohnehin beschränkte Demokratie“?**

Zumeist sprechen wir über Demokratie im politischen Raum. Aber das ist nicht einmal das halbe Leben. Die Welt der Wirtschaft ist weitgehend demokratiefrei. Wirkliche Mitbestimmung gibt es dort nur für die Unternehmerseite oder für Aktionäre, nicht aber für die Millionen Beschäftigten.

#### ● **Es gibt Gewerkschaften ...**

... das ist auch gut so, aber keine Garantie für Demokratie. Ich bleibe mal auf meinem Gebiet, der Innenpolitik. Über soziale Probleme kann jeder Polizist ein Lied singen. Aber es geht auch um Sicherheit unter der Maßgabe garantierter Bürgerrechte. Wozu übrigens auch der Datenschutz gehört. Ein Blick in Erklärungen der Deutschen Polizeigewerkschaft reicht: In aller Regel pfeift sie auf Bürgerrechte und damit auf Demokratie.

#### ● **Was hat der Datenschutz damit zu tun?**

Es gibt ein legendäres Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das so genannte Volkszählungsurteil. Es gab dem Datenschutz Verfassungsrang.

#### ● **Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten, oder?**

Ein beliebter Spruch. Er ist grundfalsch. Das Bundesverfassungsgericht hat sinngemäß klargestellt: Bürgerinnen und Bürger, die nicht mehr wissen, wer was über sie weiß, sind nicht mehr souverän. Sie werden manipulierbar und passen sich an. Wer nicht mehr souverän ist, kann folglich kein Souverän sein. Eine Demokratie ohne Souveräne aber ist unvorstellbar.

#### ● **Das in den Gehörgang aller Facebook-Freunde, oder?**

Ja, unbedingt, wobei ich ja auch bei Facebook und Twitter dabei bin. Da ist viel Leichtsinn unterwegs. Umso weniger darf man das vergiftete Argument staatlicher Behörden gelten lassen: Was im Internet möglich ist, darf dem Staat nicht verwehrt werden. Die Datensammelwut des Staates wächst längst ins Unermessliche. Es droht ein völlig neuer Überwachungsstaat.

#### ● **Bei der Polizei und beim Verfassungsschutz?**

Nicht nur. Hartz IV ist unsozial und obendrein eine Datenkrake. Wer bedürftig wird, muss mehr als 150 ganz persönliche Daten über sich und seine Umgebung preisgeben. Das würden die Schönen und Reichen nie tun. Kurzum: Wer arm dran ist, verliert auch noch Bürgerrechte und jegliche Souveränität.

#### ● **Über ein demokratiefeindliches Thema haben wir noch gar nicht gesprochen: den Rechtsextremismus.**

Die Nazi-Ideologie folgt dem germanischen Führer-Prinzip. Artikel 1 Grundgesetz, die unantastbare Würde aller Menschen, wird bekämpft. Die NSU-Mordserie ist dabei nur die Spitze eines Eisberges. Rechtsextremismus und Demokratie sind wie Feuer und Wasser.

#### ● **Was hiermit hinreichend klargestellt ist.**

Leider nicht. Ich nehme als Politikerin wissenschaftliche Studien ernst, zum Beispiel die Langzeitstudie des Teams um Professor Heitmeyer.

#### ● **Über „Deutsche Zustände“?**

Sie besagt, dass die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland zunimmt. Ebenso die Bereitschaft, Gewalt als Problemlösung zu akzeptieren.

#### ● **Unter Nazis?**

Nein, inmitten der Gesellschaft. Und als akute Brandstifter für diese antidemokratischen Stimmungen benennt die Studie: Das Soziale wird ökonomisiert, die Demokratie wird entleert.

#### ● **Das klingt nach politischer Generalkritik.**

Ebenso bei Wissenschaftlern, die bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung publiziert haben. Ihre aktuelle Studie heißt „Die Mitte im Umbruch“. Auch sie schlagen Alarm. Sie verweisen auf beschleunigte globale Entwicklungen und die damit für viele „beständige Erfahrung von Ungewissheit“.

#### ● **Nachvollziehbar?**

Im wahren Leben erlebbar. Es sollte endlich ernst genommen werden. Auch, was die von der SPD beauftragten Wissenschaftler fordern.

#### ● **Nämlich?**



„Mehr Politik wagen!“ Das heißt für sie unter anderem einen flächendeckenden Mindestlohn, Konzepte für ein bedingungsloses Grundeinkommen sowie eine Neuverteilung und Neubewertung von Arbeit. Schließlich fordern sie: „Mehr Europa, aber anders, nämlich sozial und demokratisch.“ Ich merke an: Das alles findet man im Programm der Linkspartei.

- **Wir sind jetzt quer durch die deutsche und globale Politik gehechelt. Mein Kopf schwirrt.**

Das glaube ich gern. Ich wollte nur Zweierlei deutlich machen.

- **Wieder Erstens?**

Die Demokratie leidet wirklich an Schwindsucht, aus verschiedenen Gründen. Simple Appelle, wie die von Bundespräsident Gauck, sinngemäß „liebe Leute, seid doch bitte demokratie-eifriger“, sind unverantwortlich oberflächlich.

- **Und Zweitens?**

Mehr Demokratie ist mit einem besseren Wahlrecht oder mit mehr Volksabstimmungen allein nicht zu haben. Die gehören dazu. Aber die Problematik ist komplexer, und dabei habe ich über Chancen und Risiken des Internetzeitalters oder über das Für und Wider der überfälligen Energiewende noch gar nicht gesprochen.

- **Also klassische Frage: Was tun?**

Besorgte Wissenschaftler plädieren seit längerem für eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur „Revidierung der Demokratie“.

- **Übersetzt: zur Wiederbelebung ...**

... ja, blödes Fachchinesisch. Zumal es nicht nur um eine Erweckung alter demokratischer Tugenden geht, die es vielleicht gefühlt, aber nie ernsthaft gab. Weitgehende Demokratie muss im 21. Jahrhundert völlig neu fundiert werden.

- **Dagegen hilft eine Bundestagskommission?**

Nein, letztlich nur engagierte Bürgerinnen und Bürger, egal, ob sie friedens-, umwelt- oder sozialpolitisch unterwegs sind, souverän für die Gemeinschaft. Aber eine Enquete-Kommission des Bundestags mit kritischen Wissenschaftlern und Bürgerrechtlern könnte signalisieren: Gefahr erkannt. Auch wir kümmern uns. Endlich!

## Zehn Fehler in der Eurokrise im Jahr 2012

Von Axel Troost, MdB, Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag;  
aus: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de), 22. Dezember 2012,

Auch 2012 wurde die Eurokrise nicht gelöst, es gibt Probleme zuhauf. Wie rote Fäden ziehen sich verschiedene Fehler durch die Maßnahmen und Etappen der Krise. Hier eine Übersicht.

**1. Bundesregierung auch 2012 weiter als Schulden-Domina.** Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel. Für die Bundesregierung sind

Staatsschulden das vorrangige Übel, das es zu bekämpfen gilt. Doch die Krise ist viel mehr als eine Staatsschuldenkrise. Für seine Haushaltspolitik hat Griechenland zwar tatsächlich nicht den alternativen Nobelpreis verdient. In Irland und Spanien waren aber Finanz- und Immobilienblasen das Kernproblem. Auch das Standort- und Steuerdumping ist eine wichtige Krisenursache, weil es zu Verwerfungen und fehlenden Steuereinnahmen führt. Dennoch gebärdete sich die Bundesregierung auch 2012 weiter als Schulden-Domina und setzte ihre einseitige Sicht in vielerlei Verhandlungen durch. Ob bei Fiskalvertrag, ESM oder neuen Regeln zur haushaltspolitischen Überwachung – die Bundesregierung war immer die treibende Kraft, um Ausgabenkürzungen und Defizitabbau vorzuschreiben.

**2. Sparpolitik: auch 2012 ohne Rücksicht auf soziale Rechte.** Ähnlich wie die Bundesregierung setzte die Troika auch 2012 weiter auf Sparpolitik mit der Brechstange: Krisenstaaten haben ihre Haushalte zu konsolidieren und damit das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen. Weil die Troika ihre Finanzhilfen stoppen kann, wenn nicht zu ihrer Zufriedenheit „reformiert“ wird, wurden so die massiven Kürzungen bei Löhnen, Renten, Sozialleistungen und öffentlichen Dienstleistungen auch 2012 durchgesetzt. Soziale Rechte kommen unter die Räder.

**3. Sparpolitik: auch 2012 ökonomisch fatal.** Die Sparpolitik ist aber auch ökonomisch falsch. Die Troika legitimiert sie durch rosige Prognosen. Tatsächlich brach die Wirtschaft bislang immer deutlich stärker ein, als die Troika selbst in den pessimistischsten Szenarien vorhergesagt hatte: die Sparprogramme würgen die Wirtschaft ab und die Steuereinnahmen sinken. Die Troika hat dieses Problem lange Zeit heruntergespielt. Inzwischen gehen Ökonomen des IWF davon aus, dass jeder Euro weniger Staatsausgaben die Wirtschaftsleistung um bis zu 170 Cent reduziert, was die Haushaltskonsolidierung konterkariert. Die EU will von solchen Rechnungen nichts wissen. Derweil ist 2012 die gesamte Eurozone in die Rezession gerutscht. Auch für 2013 rechnen Ökonomen mit einer Rezession.

**4. ESM: Schlechtes Provisorium nun durch dauerhafte Einrichtung abgelöst.** 2012 trat der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) in Kraft. Dieser kann Finanzhilfen von insgesamt bis zu 500 Milliarden Euro an Staaten gewähren, wenn sich diese im Gegenzug zu einer strikten Sparpolitik verpflichten. Bisher hatte diese Rolle die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) übernommen, die aber nur als Provisorium gedacht war. Mit dem ESM wird eine mangelhafte Rettungseinrichtung nun quasi institutionalisiert.

**5. Fiskalvertrag: Mit Korsett in den Marathon.** 2012 wurde auch der Fiskalvertrag aufs Gleis gesetzt. Der Fiskalvertrag verpflichtet die unterzeichnenden Staaten (alle EU-Mitglieder außer Großbritannien und Tschechien) auf verbindliche Haushaltsregeln, insbesondere eine Schuldenbremse. Nur Staaten, die den Fiskalvertrag unterzeichnet haben, erhalten Zugang zu Mitteln des ESM. Der Fiskalvertrag engt die Spielräume für die Haushaltspolitik deutlich ein, sowohl was Investitionen als auch was Krisenreaktionsmaßnahmen betrifft. Besonders ärgerlich ist, dass es keinen europäischen Ansatz gibt, den schädlichen Steuerwettbewerb zu beenden und die Einnahmehasis zu verbessern. Die unterzeichnenden Staaten werden mit dem Fiskalvertrag also praktisch im Korsett in einen Marathon geschickt.



**6. Ungleichgewichte werden nicht abgebaut.** Seit Einführung des Euros haben sich in den Eurostaaten gigantische Ungleichgewichte aufgebaut. Die notorischen deutschen Exportüberschüsse sind nicht nachhaltig, weil sie andere Volkswirtschaften in eine Verschuldungssituation gegenüber Deutschland treiben, die sie nicht durchhalten können. Eine wichtige Ursache dafür sind die stagnierenden deutschen Reallöhne seit Einführung des Euro. Nur deutliche Lohnzuwächse in Deutschland würden es den anderen europäischen Staaten erlauben, wieder Boden gegenüber der deutschen Wirtschaft gutzumachen. Der offizielle Frühwarnbericht der EU für 2012 leugnet das Problem. Kein Wunder: Deutschland hatte verhindert, dass entsprechende Regeln vereinbart wurden.

**7. Die großen Banken und die Finanzmärkte machen weiter, was sie wollen.** Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, stellte in einem Kommentar am 20. Dezember 2012 fest: „Das Finanzsystem als Ganzes ist noch nicht viel sicherer, als es zur Zeit des Zusammenbruchs von Lehman Brothers im September 2008 war. Es ist immer noch zu komplex, die Aktivitäten sind immer noch in zu großen Institutionen konzentriert, und das Schreckgespenst des ‚too big to fail‘ lebt weiter. Anhand fortwährender Exzesse und wiederholter Skandale wird sichtbar, dass sich die Finanzkultur nicht wirklich verändert hat.“ Deutlicher kann nicht gesagt werden, dass auch 2012 keine wirkliche Re-Regulierung auf den Kapitalmärkten und im Bankensystem erfolgt ist.

**8. Fauler Kompromiss zur Bankenunion. Spanische Bankenrettung: Finanzsektor nicht vergesellschaftet**

Im Juni beschloss der Europäische Rat überraschend, dass der ESM zukünftig direkt Banken rekapitalisieren kann, sobald eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht errichtet worden sei. Dieser Beschluss entwickelte ein merkwürdiges Eigenleben. Die Bankenaufsicht war damals eher zweitrangig, es ging um Gelder für Bankenrettungsmaßnahmen, damit der Teufelskreis zwischen Staats- und Bankenschulden durchbrochen werde. Letzteres wurde wieder auf die lange Bank geschoben. Nun soll zunächst die EZB zu einer zentralen Aufsichtsbehörde aufgebaut werden, obwohl zahlreiche wichtige Fragen ungeklärt sind.

Im Sommer 2012 erhielt der spanische Staat dann Milliardenkredite aus dem EFSF für seine notleidenden Banken. Die Auflagen für die Banken gingen zwar in die richtige Richtung, z. B. die Verkleinerung des Geschäftsvolumens oder die Deckelung der Vorstandsgehälter. Es fehlte aber der Wille, dies zum Anlass zu nehmen, den spanischen Bankensektor umzubauen, d. h. auf seine Kernaufgaben zu schrumpfen und wieder unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen.

**9. Reform der Währungsunion: Aussichtsloses Unterfangen.** Europa wird zusehends gespalten. Die demokratische Legitimation der Regierungen reicht nicht aus, um die Verhandlungen zu führen. Sie tun es trotzdem. Die Parlamente sind nur Zaungäste (und die Eurozone hat nicht einmal ein eigenes Parlament). Der weitgehend unbekannt EU-Ratspräsident Van Rompuy hat zwar unlängst Vorschläge zur Weiterentwicklung der Währungsunion vorgelegt, die aber durchgefallen sind. Derzeit rächt sich, dass das Europäische Parlament so wenige Rechte hat und es keine wirklichen Verfahren gibt, wie die Bevölkerung per Referendum oder Ähnlichem an der weiteren Zukunft der Währungsunion beteiligt werden kann.

**10. Griechenland: Rettungsstrategie offensichtlich gescheitert.** Auch das zweite offizielle Hilfspaket für Griechenland hat nicht dazu geführt, dass das Land seine Schulden langfristig wieder selber bedienen kann. Stattdessen steigen die Schulden unaufhörlich weiter. Obwohl sie Anfang 2012 durch einen Schuldenschnitt abgesenkt worden waren, sorgten die Sparprogramme für einen weiteren Einbruch der Wirtschaft. Damit ist das Griechenlandprogramm offensichtlich gescheitert.

Im November 2012 mussten die Eurostaaten erneut verhandeln, nachdem ihnen der IWF gedroht hatte, aus dem Hilfsprogramm auszusteigen. Herausgekommen ist ein halbgarer Kompromiss, die Sparprogramme gehen weiter. Spätestens nach der Bundestagswahl dürfte die nächste Debatte um einen neuen Schuldenerlass beginnen.

## Zehn Konzerne entscheiden, wer verhungert

*Interview mit Jean Ziegler, aus „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE, 6. Dezember 2012, Interviewer: Steffen Twardowski*

*Der UN-Experte und Globalisierungskritiker Jean Ziegler prangert an, dass jedes Jahr Millionen Menschen an Hunger sterben. Im Exklusiv-Interview mit „Klar“ spricht er über die Macht der Konzerne, Spekulationen mit Nahrungsmitteln und das Versagen der westlichen Regierungen.*

● **Laut World Food Report der UNO könnte die Weltlandwirtschaft heute problemlos fast zwölf Milliarden Menschen ernähren. Trotzdem hungern noch immer viele Menschen.**

Das Problem ist nicht die Produktion, sondern der Zugang zu Nahrungsmitteln. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren, 57 000 Menschen sterben an Hunger pro Tag. Doch zehn transkontinentale Konzerne beherrschen 85 Prozent des Welthandels mit Grundnahrungsmitteln. Sie sind die Täter, denn sie entscheiden jeden Tag durch Preispolitik, Transport und Silohaltung, wer isst und lebt oder hungert und stirbt. Wegen der Preisspekulationen auf Grundnahrungsmittel ist beispielsweise der Preis für Mais in den letzten fünf Monaten um 63 Prozent und für Reis um 31,8 Prozent gestiegen, der für die Tonne Weizen hat sich verdoppelt.

● **Sie sagen, in der Demokratie gäbe es keine Ohnmacht. Durch Wahlen, Diskussionen und auch Streik müsse der politische Wille verändert werden.**

Wir können beispielsweise unsere Abgeordneten zwingen, das Börsengesetz zu revidieren. Spekulationen auf Grundnahrungsmittel, also auf Mais, Reis und Getreide werden verboten. Auch Agrartreibstoff wird verboten. Wir können den Agrarminister zwingen, in Brüssel sein Veto einzulegen gegen das Agrardoping: Auf jedem afrikanischen Markt können Sie heute Gemüse, Früchte und Geflügel aus Europa zur Hälfte oder zu einem Drittel des Preises gleichwertiger Produkte aus Afrika kaufen. Und ein paar Kilometer weiter steht der afrikanische Bauer mit seiner Familie, rackert sich stundenlang in der brennenden Sonne ab und hat nicht die geringste Chance. Der Zynismus der Kommissare in Brüssel ist



abgründig, sie produzieren so den Hunger in Afrika, und dann werfen sie die Hungerflüchtlinge aus Afrika mit militärischen Mitteln zurück ins Meer.

● **Die deutsche Regierung konzentriert sich aktuell auf die Eurorettung und nicht auf den Hunger in der Dritten Welt.**

Frau Merkel ist gewählt worden, um die deutsche Wirtschaft in Gang zu halten, und nicht, um die hungernden Kinder zu retten. Es geht um die strukturelle Gewalt in dieser kannibalischen Weltordnung. Jean-Paul Sartre hat einmal gesagt: „Um die Menschen zu lieben, muss man sehr stark hassen, was sie unterdrückt.“ Was und nicht den, der sie unterdrückt. Und es ist ganz gleichgültig, ob die deutsche Regierung mit netten Menschen besetzt ist oder mit zynischen Konzernlakaien – es geht um die Macht dieser Weltmacht der Finanzoligarchie, die komplett frei ist von jeglicher staatlichen Kontrolle. Der kommende Bundestagswahlkampf bietet die Chance, den Kampf gegen den Hunger zum politischen Thema zu machen.

● **Zu Hungerkatastrophe und Bankenkrise kommt nun ein Demokratiedefizit. Welchen Ausweg sehen Sie?**

Wir hätten mit dem Grundgesetz alle Waffen in der Hand für den demokratischen, legalen, friedlichen Aufstand, um Radikalreformen zu erreichen. Die Unterernährung schreitet auch in Deutschland voran. Grundschullehrerinnen in Berlin berichten von Kindern, die bleich und ohne Frühstück in die Schule kommen. Völlig absurd ist die herrschende Ideologie, die zu behaupten wagt, Hartz-IV-Empfänger vertränten das Geld, anstatt die Kinder zu ernähren. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Menschen in Spanien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, die so bedrängt werden und gleichzeitig die Ungleichheit der Verteilung der Güter erleben, das lange still hinnehmen werden.

*Siehe dazu auch: Jean Ziegler, „Wir lassen sie verhungern“, München 2012, 320 S., 19,99 €.*

## Hunger bekämpfen statt Agrarkonzerne füttern

*Rede von Niema Movassat, MdB, Fraktion DIE LINKE, im Bundestag zum Tagesordnungspunkt Nahrungsmittelspekulation am 22. Februar 2013*

**Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!**

Klimakatastrophen, Ausdehnung der Wüsten, ausgelaugte Böden, steigende Weltbevölkerung – all dies ist für Milliarden Menschen eine düstere Zukunftsperspektive. Heute schon hungern 870 Millionen Menschen. Das Menschenrecht auf Nahrung wird so häufig verletzt wie kein anderes. Fast im Sekundentakt stirbt ein Kind unter fünf Jahren an Hunger. Es ist eine Schande, dass dieser tägliche Skandal kaum mehr Aufsehen erregt.

Im vorliegenden Antrag der SPD werden Vorschläge zur Hungerbekämpfung gemacht. So soll Nahrungsmittelspekulation durch ein Verbot von Fonds, die mit Lebensmitteln zocken, eingedämmt werden. Es soll verbindliche Regeln

zur Verhinderung von Landraub geben. Agrarexportsubventionen sollen abgeschafft werden. So weit, so gut. Dies alles sind Punkte, die auch wir als Linke schon in Anträgen gefordert haben.

Sie haben aber für Ihren Antrag den Titel „Ernährung sichern ...“ gewählt. Angesichts eines so umfassenden Titels sind die Vorschläge insgesamt nicht ausreichend. So kann ich nicht verstehen, wie Sie Ernährung sichern wollen, wenn Sie keine Silbe zur neoliberalen Politik Deutschlands und der EU verlieren, welche mittels Freihandelsabkommen mit den Ländern des Südens betrieben wird.

Durch diese Abkommen werden regionale Märkte in armen Ländern für Billigwaren aus Europa geöffnet. Die einheimischen Waren können dem Preisdruck nicht standhalten. Sie werden zerstört. Menschen vor Ort verlieren ihr Einkommen und stürzen in Hunger. Wegen der neoliberalen Programme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds dürfen die Staaten im Süden ihre Landwirte nicht unterstützen: keine gesicherten Abnahmepreise, keine Zuschüsse für Saatgut und Dünger.

Wir füttern unsere Landwirtschaft mit Subventionen, verbieten es aber Ländern wie Kenia und Ghana. Das ist absurd. Deshalb sagt die Linke Nein zu solchen Freihandelsabkommen und Nein zu neoliberalen Reformen.

Im Antrag steht auch nichts zu einer weiteren wichtigen Frage: Wer produziert was unter welchen Bedingungen? Tragen Fairtrade-Rosen in Kenia und Zuckerrohranbau in Brasilien zu mehr Ernährungssouveränität bei? Wohl kaum, weil Kleinbauern erst von ihrem Land vertrieben und anschließend als billige Saisonarbeiter angestellt werden. Sie verlieren also ihr Land und ihre Unabhängigkeit.

Das Interesse der Agrarkonzerne an der Landwirtschaft ist groß wie nie. Nahrungsmittel sind für sie das neue Öl, und Land ist das neue Gold. Die Politik unterstützt sie dabei. So setzen die G8-Staaten zur Ernährungssicherung zunehmend auf die Privatwirtschaft. Mehrere Unternehmen, auch Agrarriesen wie Syngenta, Unilever und Monsanto, haben die Kampagne „Neue Allianz für Ernährungssicherheit“ für Afrika gestartet.

Auch die Bundesregierung unterstützt diese Kampagne finanziell. Um daran teilzunehmen, müssen afrikanische Regierungen ihre Politik investitionsfreundlich im Sinne des Agrobusiness gestalten. So musste sich Mosambik dazu verpflichten, den freien Austausch von Saatgut zu verbieten und stattdessen nur mit dem kostenpflichtigen Saatgut der Agrarkonzerne zu handeln. Hier geht es offensichtlich nicht um Ernährungssicherung, sondern um Gewinne für Monsanto & Co. Wer Hunger bekämpfen will, muss gegen so etwas vorgehen.

Die Bundesregierung setzt ebenfalls auf die Privatwirtschaft. So fließen öffentliche Gelder in einen Fonds für afrikanische Landwirtschaftsbetriebe, der dann aber von der Deutschen Bank gemanagt wird, von derselben Bank, die Hunger schafft, indem sie mit Lebensmitteln zockt.

Auch die neue sogenannte German Food Partnership wird mit deutschen Steuergeldern und der Gates-Stiftung Agrarkonzernen wie BASF und Syngenta neue Märkte eröffnen. Solche Kooperationen mit der Privatwirtschaft füllen keine Teller in Afrika, sondern die Taschen der Unternehmen. Deshalb sagen wir: Finger weg!

Die SPD sagt dazu in ihrem Antrag nichts. Sie von der SPD scheuen sich, die Profiteure des weltweiten Hungers zu



benennen und ihnen das Handwerk zu legen. Aber genau das muss passieren. Niemand darf am weltweiten Hunger von Menschen verdienen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## Friedensdialog in Kolumbien aktiv unterstützen

*Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.*

*Deutscher Bundestag, Drucksache 17/11839, 17. Wahlperiode, 12. Dezember 2012*

Der Bundestag wolle beschließen:

### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 17. Oktober 2012 begann in der norwegischen Hauptstadt Oslo die zweite Etappe des Friedensdialogs zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo) auf der Grundlage der „Allgemeinen Vereinbarung über die Beendigung des Konflikts und den Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens“, die unter Vermittlung der Regierungen Norwegens und Kubas und begleitet durch die Regierungen Chiles und Venezuelas am 27. August 2012 in Havanna/Kuba unterzeichnet worden war. Damit besteht die Hoffnung, dass der seit einem halben Jahrhundert andauernde bewaffnete Konflikt, der unsägliches Leid und mehr als 200 000 Opfer für die kolumbianische Zivilbevölkerung bedeutet, endlich im Rahmen einer politischen Lösung beigelegt werden kann.

Der Beginn der Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP am 17. Oktober 2012 in Oslo ist zu begrüßen. Die Verhandlungen sind mit allen Kräften zu unterstützen.

### II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich im Rahmen der Europäischen Union für den Erfolg der Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP einzusetzen;
- dafür einzutreten, dass Vertreterinnen und Vertreter von Opferverbänden, Kleinbauernverbänden und anderen sozialen Organisationen der kolumbianischen Gesellschaft an der Ausarbeitung des Friedensabkommens beteiligt werden;
- dafür einzutreten, dass dem Recht der Opfer des internen bewaffneten kolumbianischen Konflikts auf Wahrheit, Wiedergutmachung, Gerechtigkeit und Nichtwiederholung Geltung verschafft wird und dass es keine Amnestie für Straftaten gegen die Menschlichkeit gibt;
- dafür einzutreten, dass auch die ELN (Ejército de Liberación Nacional) an den Verhandlungen beteiligt wird, um eine umfassende Friedenslösung und Beilegung aller bewaffneten Konflikte in Kolumbien zu erreichen;

- anzuregen, dass die Streichung der FARC-EP und ELN von der „EU-Terrorliste“ überprüft wird, schon um Verhandlungsreisen zu ermöglichen und zu erleichtern;
- bei Gesprächen mit der kolumbianischen Regierung auf die Notwendigkeit einer baldigen vorläufigen Vereinbarung hinzuweisen, die die allseitige Einstellung der offensiven Operationen, die Bekanntgabe aller Minenstandorte, die systematische Erfassung aller verschwundenen Personen durch die Regierung und die Bekanntgabe der Identität der zivilen und militärischen Personen durch die Guerillas, die in ihrer Gefangenschaft sind oder waren, umfasst;
- sicherzustellen, dass die Zusammenarbeit europäischer Unternehmen mit paramilitärischen Strukturen in Kolumbien ausgeschlossen werden kann.

*Dr. Gregor Gysi und Fraktion*

### Begründung

Nach fast 50 Jahren militärischer Auseinandersetzung mit vielen Toten und Vertreibungen setzen die Menschen in Kolumbien Hoffnung in einen neuen Friedensprozess. In der seit 1964 bestehenden Auseinandersetzung um die politisch-militärische Macht gab es bisher drei gescheiterte Friedensprozesse. Mitte der 1980er Jahre wurde als Ergebnis von Verhandlungen zwischen der Regierung Belisario Betancur und der FARC-EP die legale politische Beteiligung der FARC vereinbart. Daraufhin gründete sich die pluralistische und demokratische Bewegung Union Patriótica, an der sich viele Kolumbianerinnen und Kolumbianer in der Hoffnung auf ein würdiges Leben, soziale Gerechtigkeit und das Menschenrecht auf Frieden beteiligten.

Damals wie heute stieß der Friedensprozess auf den Widerstand von Kräften, die sich aus Furcht um ihre Privilegien der demokratischen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenstellten. Nach der Entstehung der Unión Patriótica wurden deren Mitglieder systematisch politisch verfolgt und 5 000 von ihnen ermordet. Auch heute besteht die Gefahr, dass der in Oslo beginnende Friedensdialog von innen heraus zum Scheitern gebracht werden könnte. Eine breite Unterstützung des Friedensprozesses auf internationaler Ebene, insbesondere durch wirtschaftlich und politisch eng verbundene Partnerstaaten wie Deutschland, wäre deshalb dringend notwendig.

Außerdem ist es wichtig, dass auch die zweitgrößte Guerillagruppe Kolumbiens, die ELN, an den Verhandlungen beteiligt wird, die ihrerseits bereits öffentlich Interesse bekundet hat. Ebenso wie die FARC-EP in früheren Stellungnahmen betont die ELN die Notwendigkeit, „die Ursachen des Konflikts“ zu beseitigen.

Dem bewaffneten Konflikt in Kolumbien liegen auch soziale Ursachen, wie die ungleiche Verteilung von Land und Einkommen, zugrunde; er war begleitet durch massive Vertreibungen im Rahmen von großflächiger Landnahme. Soll eine Friedenslösung dauerhaft Bestand haben, muss die deutsche und europäische Politik vermeiden, durch ihre Handels- und Entwicklungspolitik einer weiteren Zuspitzung in der Verteilung ökonomischer Macht und Teilhabe Vorschub zu leisten. In diesem Sinne muss das aktuelle Freihandelsabkommen zwischen der EU, Kolumbien und Peru, das großflächige Plantagenwirtschaft zuungunsten kleiner ländlicher Produzentinnen und Produzenten und die Produktion von Exportgütern, wie Palmöl, zuungunsten der Nahrungsmittel-



produktion fördert, auf den Prüfstand gestellt werden. Rechte paramilitärische Strukturen, die jahrelang im Auftrag von Großgrundbesitzern gekämpft haben und sowohl mit der politischen Klasse als auch mit dem Drogenhandel eng verbunden waren, stellen trotz offizieller Demobilisierung weiterhin eine potenzielle Gefahr für den Friedensprozess dar. Vor dem Hintergrund, dass Unternehmen aus den USA und der Schweiz mit paramilitärischen Strukturen kooperierten, um gewerkschaftliche Arbeit in ihren kolumbianischen Fabriken zu behindern, muss die EU ausschließen, dass auch europäische Konzerne in eine solche Kooperation verstrickt sind.

Nach aktuellen Berichten von Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern nehmen die Verfolgung und Kriminalisierung der sozialen Organisationen, die sich für den Frieden und eine andere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in Kolumbien einsetzen, zu. Ein abermaliges Scheitern des Friedensprozesses könnte die ohnehin fortgeschrittene Militarisierung des Landes noch verstärken sowie durch weitere Vertreibungen und Verletzungen der Menschenrechte den seit Jahrzehnten andauernden internen bewaffneten Konflikt weiter verschärfen.

## CELAC-EU-Gipfel in Santiago de Chile: neue Zusammenarbeit mit neuen Partnern

*Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE*

*Deutscher Bundestag, Drucksache 17/12061, 17. Wahlperiode, 15. Januar 2013*

Der Bundestag wolle beschließen:

### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der Gründung des Staatenbündnisses CELAC (Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten) im Dezember 2011 haben sich die lateinamerikanischen und karibischen Staaten eine gemeinsame Organisation geschaffen, der alle Staaten der Region, jedoch nicht die USA und Kanada angehören. Auf dem Gründungsgipfel in der venezolanischen Hauptstadt Caracas sprachen Teilnehmer von der „zweiten Unabhängigkeit Lateinamerikas“.

Die Staaten Lateinamerikas und der Karibik streben nach politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Integration. Die Gründungsdokumente von CELAC enthalten sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Zielstellungen, mit denen das Bündnis die in vielen Mitgliedstaaten bereits begonnene Abkehr von der bisherigen Dominanz neoliberaler Politik nachvollzieht.

Darin kommt das gewachsene politische Selbstbewusstsein zum Ausdruck, das aus der vergleichsweise günstigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika resultiert. Sie steht in deutlichem Gegensatz zu den Verwerfungen in der Europäischen Union (EU) im Zuge der Euro-Krise. Während viele lateinamerikanischen Staaten heute

weitgehend unabhängig vom Internationalen Währungsfonds und ohne von außen oktroyierte neoliberale Spardiktate ihre Binnenmärkte entwickeln und soziale Programme umsetzen, werden Mitgliedstaaten der EU durch Sparzwang, Liberalisierung und Privatisierung in den wirtschaftliche Kollaps getrieben.

Ausdruck des neuen Selbstvertrauens der CELAC-Länder ist auch, dass regionale Konflikte zunehmend unter Vermittlung durch regionale Partner verhandelt und gelöst werden. Aktuelles Beispiel sind die Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP in der kubanischen Hauptstadt Havanna. Lateinamerika kann ein Kontinent des Friedens werden. Es ist bereits heute ein atomwaffenfreier Kontinent. EU-Waffenlieferungen in die Region und Sicherheitsabkommen über Ausbildung von Polizei und Militär sind hingegen kontraproduktiv.

Unter diesen veränderten Vorzeichen findet am 26. und 27. Januar 2013 der Gipfel von CELAC und EU statt. Erstmals steht der EU bei einem derartigen Gipfeltreffen eine gemeinsame Organisation der lateinamerikanischen und karibischen Staaten gegenüber. Auch dies ist eine entscheidende Neuerung im Verhältnis zwischen beiden Regionen.

Die EU hat ihre bisherige Strategie, ihre neoliberale Politik durch Handelsabkommen in den Süden, auch nach Lateinamerika, zu exportieren und so Investitionsfelder und Absatzmärkte für ihre Unternehmen zu erschließen, dennoch nicht aufgegeben. Die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Kolumbien und Peru und des Assoziierungsabkommens mit Zentralamerika durch das Europäische Parlament ist ein aktuelles Beispiel dafür, wie die EU regionale Integration durch subregionale Abkommen unterläuft.

### II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- in der Europäischen Union für eine neue Zusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik zu werben, die die regionale Integration unterstützt, die sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte sowie die vergleichsweise erfolgreiche Krisenreaktionspolitik in Lateinamerika anerkennt und diese zum Anlass nimmt, die eigenen neoliberalen Wirtschaftsdogmen zu hinterfragen;
- darauf hinzuwirken, dass die EU und CELAC zu einer gemeinsamen Initiative für eine strenge Regulierung der regionalen und internationalen Finanzmärkte kommen, anstatt diese über bilaterale Freihandelsabkommen weiter zu liberalisieren;
- sich in der EU dafür einzusetzen, dass der Handelsteil sowohl des Freihandelsabkommens mit Kolumbien und Peru, als auch des Assoziierungsabkommens mit Zentralamerika solange ausgesetzt wird, bis die Gesamtabkommen in allen Mitgliedstaaten ratifiziert sind;
- unabhängig davon, sich innerhalb der EU für ein strenges Sanktionsregime gegenüber europäischen und multinationalen Konzernen einzusetzen, die für Menschenrechtsverletzungen, soziale und ökologische Schäden in den CELAC-Ländern verantwortlich sind;
- die Initiative für einen „Solar-Fonds“ zu ergreifen, der einen umfassenden Wissens- und Technologietransfer für den Ausbau und die Verbreitung regenerativer Energien ermöglicht;
- sich dem Einsatz von CELAC gegen die wirtschaftliche Blockade Kubas durch die USA anzuschließen und sich in



- der EU für die Aufnahme von Verhandlungen über ein bilaterales Abkommen mit Kuba einzusetzen
- den Umstand, dass Lateinamerika ein atomwaffenfreier Kontinent ist, ausdrücklich zu würdigen und darauf zu drängen, dass dieses positive Beispiel durch Abrüstungsinitiativen der Atommächte beantwortet wird;
- sich in der EU für einen Rüstungsexportstopp in die CELAC-Staaten einzusetzen und mit eigenem Beispiel voranzugehen, die Planungen für ein deutsch-mexikanisches Sicherheitsabkommen nicht weiterzuführen und die kolumbianischen Friedensverhandlungen aktiv zu unterstützen;
- sich bei der chilenischen Regierung dafür einzusetzen, dass der zeitgleich geplante Gegengipfel „Enlazando alternativas“ und die Demonstrationen in Santiago de Chile ohne Repression stattfinden können.

*Dr. Gregor Gysi und Fraktion*

## **Für eine nachhaltige Kultur des Friedens, der Demokratie und der sozialen Sicherheit**

*Gemeinsame Erklärung zur parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und der Fraktion der Demokratischen und Republikanischen Linken in der Assemblée nationale*

*Aus: [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), 22. Januar 2013*

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und die Fraktion der Demokratischen und Republikanischen Linken<sup>1</sup> der französischen Assemblée nationale freuen sich, an der gemeinsamen Sitzung der beiden Parlamente teilzunehmen, die am 22. Januar 2013 in Berlin zusammengekommen sind, um den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags zu begehen. Dieser Vertrag, der auf Initiative des Generals und Präsidenten der Französischen Republik, Charles de Gaulle, entworfen wurde, markierte eine essentiell wichtige Etappe der deutsch-französischen Beziehungen. Die ursprüngliche Intention de Gaulles war es, sich mit dem Vertrag der Dominanz der USA zu entziehen und einem politischen Schulterchluss zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland zu entgehen. Indem de Gaulle mit dem Vertrag die Fundamente für eine freundschaftliche Beziehung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland legte, wollte der General zudem sich und sein Land gegen jegliches Wiederaufleben der Geister des Revanchismus und Militarismus in Deutschland wappnen. In diesem historischen Zusammenhang unterzeichneten der Präsident Frankreichs und Bundeskanzler Konrad Adenauer den Elysée-Vertrag am 22. Januar 1963.

Der Vertrag spielte eine wichtige Rolle für den Aufbau einer stabilen Beziehung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Er trug zum Prozess der Versöhnung zwischen den beiden Völkern bei.

Vor dem Hintergrund der schweren Krise des kapitalistischen Systems und des neoliberalen Wirtschafts- und Staatsmodells, das die herrschenden Eliten Europas den 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) aufzuzwingen

versuchen, wollen die beiden linken Fraktionen an einer Konsolidierung der deutsch-französischen Beziehungen mitwirken – im Rahmen einer für beide Länder fruchtbaren Partnerschaft, die andere Länder und Völker nicht ausschließt. Die Fraktionen beteiligen sich auf der parlamentarischen Ebene am Kampf gegen die herrschende Politik der Austerität. Sie wollen erreichen, dass die EU zukünftig eine entscheidende Rolle bei der Erarbeitung alternativer Entwicklungspfade zu einer Welt des Friedens und der Kooperation spielt.

Beide Fraktionen haben der Initiative der Präsidenten der Nationalversammlung und des Bundestages „Gemeinsame Erklärung aus Anlass des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages“ zugestimmt, obwohl der Wunsch, die Lehren aus der Finanzkrise präziser zu beschreiben, keinen Eingang in den Text der Vereinbarung fand. Aber für beide linken Fraktionen sind gerade diese Aussagen zielführend in ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit: „Wir müssen die Lehren aus der schweren Finanzkrise ziehen, um unserer Verantwortung gegenüber unseren Bevölkerungen in jeder Hinsicht gerecht zu werden. Es gilt, Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus konsequent entgegen zu treten. Eine nachhaltige Kultur des Friedens, der Demokratie und der sozialen Sicherheit liegt im Interesse der Bevölkerungen Frankreichs und Deutschlands.“

- Die beiden Fraktionen haben es sich zur Gewohnheit gemacht, zusammenzuarbeiten, um an ihren jeweiligen Wirkungsstätten am Aufbau eines Europa des Friedens und des sozialen Fortschritts mitzuwirken: Sie haben gemeinsame politische Positionen entwickelt und verabschiedet. Am 1. Dezember 2011 brachten sie in der Assemblée nationale und im Deutschen Bundestag eine miteinander abgestimmte parlamentarische Initiative zur Bekämpfung der Eurokrise und zur Regulierung der Finanzmärkte in die Parlamente ein. Die beiden Fraktionen stimmen in ihrer Einschätzung der Bedeutung überein, die gemeinsame Arbeit, den politischen Austausch und die parlamentarische Zusammenarbeit fortzusetzen und zu intensivieren. Sie haben daher vereinbart,
- gemeinsame Aktionen und Initiativen gegen die Austeritätspolitik der deutschen und französischen Regierungen durchzuführen;
  - die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen der Hartz-Gesetze auszuwerten und gemeinsam die Vorschläge der französischen Regierung zur Steigerung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit (den „Gallois-Bericht“) zu evaluieren. Sie entscheiden, sich an der Initiative zu den Folgen der Berichte von Peter Hartz und Louis Gallois zu beteiligen, die im Februar 2013 in Paris stattfinden wird;
  - sich im Rahmen von partnerschaftlichen Initiativen (zur Bundestagswahl im September 2013, zu den Wahlen zum Europaparlament 2014 und weiteren Initiativen) gegenseitig zu unterstützen mit dem Ziel, die öffentliche Meinung über die gemeinsamen politischen Herausforderungen und Probleme in Deutschland und Frankreich aufzuklären;
  - einen regelmäßigen Informationsaustausch über die wichtigsten parlamentarischen Initiativen und Gesetzesvorhaben durchzuführen, die in den jeweiligen Parlamenten eingebracht und debattiert werden, und sie vereinbaren nach Möglichkeit die Einbringung gemeinsamer Anträge;
  - ihren politischen Dialog über zentrale politische Themen – insbesondere zu ökonomischen, geld- und fiskalpoliti-



- schen, ökologischen und außenpolitischen Fragen – zu intensivieren mit dem Ziel gemeinsame Positionen zu entwickeln, wo immer dies möglich ist;
- sich in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Rüstungskontrolle und Abrüstung eng miteinander abzustimmen. Sie beziehen gemeinsam Position gegen die Illusion, die Probleme der Welt auch im Rahmen europäischer Missionen mit militärischen Interventionen lösen zu können. Frankreich und Deutschland haben als mächtige Staaten in der Europäischen Union eine besondere Verantwortung zur Beförderung des internationalen Friedens. Die deutsch-französische Zusammenarbeit darf keinen europäischen Interventionismus zur Folge haben, sondern muss stets an der Entwicklung und Umsetzung von Strategien der zivilen Konfliktbearbeitung ausgerichtet sein. Dies gilt auch für den aktuellen bewaffneten Konflikt in Mali;
  - sich in geeigneter Form vor jedem Gipfeltreffen des Europäischen Rates gemeinsam zu beraten;
  - Arbeitskontakte zwischen den Stiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Gabriel-Péri-Stiftung zu befördern, damit beide Parlamentsfraktionen von der wissenschaftlichen Tätigkeit der Stiftungen profitieren und einen besseren Einblick in ihre Überlegungen und Debatten gewinnen. Dies gilt insbesondere für die große Bandbreite der Themen- und Interessenschwerpunkte, die die deutsch-französischen Beziehungen betreffen;
  - im Juni jeden Jahres eine Bilanz über die Arbeit der deutsch-französischen Kooperation zwischen beiden Fraktionen zu ziehen und für das jeweils kommende Jahr politische Arbeits- und Kooperationschwerpunkte zu entwickeln. Sie streben darüber hinaus jährliche Treffen zur Vertiefung ihrer Beratungen und ihrer Kooperation an.

*André Chassaigne, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der Demokratischen und Republikanischen Linken in der Assemblée nationale*

*Dr. Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE*

#### **Anmerkung**

- 1 Dieser Fraktion gehören Abgeordnete der Linksfront, gebildet aus FKP und Linkspartei (Abspaltung von der SP) sowie die Einheitliche Linke (Abspaltung von der trotzkistisch geprägten Neuen Antikapitalistischen Partei) an – d. Red.

## Aus der internationalen Linken

### „Es gibt kein gerechtes Sparen“. Die Front de Gauche zur Politik von François Hollande

*Interview mit Hadrien Clouet, Student, Mitglied der Parti de Gauche; aus: realistisch und radikal, Debattenheft der Sozialistischen Linken, Ausgabe 2*

#### ● In den deutschen Medien wird über die Politik von Präsident François Hollande so berichtet, als mache er eine Politik der radikalen Umverteilung von oben nach unten. Ist die politische Wirklichkeit Frankreichs damit zutreffend beschrieben?

Ganz bestimmt nicht. In Wirklichkeit ist die Regierung auf offener Strecke gegenüber den mächtigen Finanzinteressen eingeknickt. Der fiskalpolitische Kurs zeigt ganz klar die Schwäche der Regierung gegenüber gut organisierten Lobbygruppen. Die Kapitulation der Regierung hat sich in drei Etappen vollzogen: Zuerst im Wahlkampf, wo Hollande einige diskussionswürdige Fragen eingebracht hat. Im Januar hatte er sich dazu bekannt, Lebensversicherungen zum selben Satz wie andere Einkünfte zu besteuern. Im März ruderte er wieder zurück, jetzt sollten die fiskalischen Privilegien durch Steuerbefreiung beibehalten werden. Nicht einmal vier Tage hatte es gedauert, bis er nach einem Treffen mit dem Dachverband der französischen Versicherungen in den Rückwärtsgang schaltete.

Einmal an der Macht, fand sich sein Wahlkampfslogan, die Einkommenssteuer ab einer Million Euro auf 75 Prozent zu erhöhen in der Schusslinie, nachdem sich Superreiche wie Bernard Arnault öffentlich beschwert hatten. Ganz abgesehen von der unzureichenden Ausgestaltung der Steuer (weil man auf das Schließen von Schlupflöchern für große Vermögen verzichtet hat), wurde sie für befristet erklärt. Und dann hat die Regierung sie auch noch ausgehöhlt, indem Kapitaleinkünfte ausgenommen wurden und man einen „Steuerschutzschild“ auf höherem Niveau bei 75 Prozent wieder hergestellt hat! Das dritte Zurückrudern gab es während der Haushaltsverhandlungen, als die Parti Socialiste (PS) Belastungen fürs Kapital wiedereingeführt hat (mit Freibeträgen von 40 Prozent bei Dividenden, gegenüber 10 Prozent bei Arbeitseinkünften, und dem Wiederherstellen steuerlicher Privilegien für Wertzuwächse mit einer Pauschalabgabe von 19 Prozent). Sprich, die so lautstark versprochene fiskalische Revolution ist einem ständigen Reformverzicht gewichen, und die einzige wirklich neue Maßnahme der Regierung ist ausgerechnet die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahr 2013, die 20 Milliarden Euro einbringen soll, um Steuergeschenke an große Unternehmen zu finanzieren!

#### ● Aber hatte nicht Hollande auf seinen Wahlplakaten dem französischen Volk versprochen „Es ist jetzt Zeit für den Wandel“? Welche fortschrittlichen Forderungen wurden verwirklicht?



Er hat die Zahlung an Eltern schulpflichtiger Kinder zum Schuljahresbeginn erhöht, den Mindestlohn (SMIC) um 0,3 Prozent erhöht, Mieterhöhungen bei Neuvermietungen verboten, den Renteneintritt ab 60 Jahren wiederhergestellt für alle, die ab ihrem 18. Lebensjahr Rentenbeiträge gezahlt haben, und wird für homosexuelle Paare das Recht auf Eheschließung einführen. Bei allen anderen Maßnahmen besitzt Hollande die Gabe, seine Vorschläge inhaltlich zu entleeren: etwa die Bank für öffentliche Investitionen. Sie wird nicht Bankguthaben von Spekulationsgeschäften trennen. Der Steuerzahler wird am Ende doch wieder für die nächsten Bankenpleiten aufkommen. Davon abgesehen verfügt die neue öffentliche Bank nur über 42 Mrd. Euro, d. h., zehnmal weniger als die deutsche KfW! Es mag aussehen, als mache Hollande fortschrittliche Politik, aber im Grunde gibt er Stück für Stück sein Programm preis.

● **Wir haben mitbekommen, dass die Grünen anders als die Mehrheit von Hollandes Sozialistischer Partei (PS) im Parlament gegen den Fiskalpakt gestimmt haben. Gibt es denn bedeutende Kritiker dieses Kurses in der PS? Könnte die Basis der Mitte-Links-Parteien nicht überzeugt werden, für andere Mehrheiten in ihren Organisationen zu kämpfen?**

Ich zitiere dazu mal Hollande selbst aus Le Point vom Donnerstag, 20.12.: „Sie stimmen alles durch. Man muss sich mal anschauen, was sie alles haben schlucken müssen: Wettbewerbspakt, europäischer Haushalt, Ausgabensenkungen ... Jetzt muss man sie etwas schonen“. Diese Verachtung ist unglaublich ... aber die ausbleibende Reaktion der Mehrheit ist noch beunruhigender! Selbstverständlich gibt es auch Kritiker/-innen, wie Abgeordnete, die sich weigern ihr Programm zu verraten. Genau das ist auch der Ansatz von Jean-Luc Mélenchon: Wir kämpfen für eine andere Mehrheit, bestehend aus der Linksfront sowie den linken Flügeln der PS und der Grünen. Wir nehmen genau zur Kenntnis, dass Teile der Mehrheit sich der Deindustrialisierung schämen, dass mehrere Dutzend sozialistische und grüne Abgeordnete gegen den Fiskalpakt gestimmt haben, und vor allem dass die Basis der PS die Hoffnung verloren hat.

● **Was denken die Französinen und Franzosen mehrheitlich über die Sparpolitik der neuen Regierung?**

Die Ablehnung ist stark. Viele fragen sich: Wozu haben wir den Präsidenten ausgewechselt, wenn die Standort-schließungen weitergehen, die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt, die Abschiebungen fortgesetzt werden, die Sparpolitik weiter Europa regiert. Dabei hatte die Mehrheit der Französinen und Franzosen schon 2005 beim Verfassungsreferendum mehrheitlich gegen so eine Politik gestimmt. Da liegt der Kern unseres Projekts einer „anderen Mehrheit“: Wir wissen, dass beim französischen Volk eine Mehrheit gegen die neoliberale Politik vorhanden ist, dass unsere Ideen in diesem Punkt mehrheitsfähig sind. In einer Umfrage vom Oktober 2012 hat über die Hälfte der Französinen und Franzosen die Sparpolitik als „Fortsetzung der Ungerechtigkeit“ zurückgewiesen. Unsere politische Aufgabe besteht darin, die Verbindung beider Probleme aufzuzeigen: wir müssen deutlich machen, dass die Sparpolitik eine europaweite Kampagne neoliberaler Eliten ist, die die EU Seit' an Seit' mit der Sozialdemokratie beherrschen, und dass ein „gerechtes Sparen“ unmöglich ist. Deutlich werden muss der politischen

Gegensatz zwischen den Vertreter/-innen einer unsozialen Politik und den Unterstützer/-innen einer sozialen Wachstumspolitik, die nicht vor dem Privateigentum zurückschreckt, wenn es darum geht eine Fabrik zu retten.

● **Welche wichtigen Entwicklungen gibt es bei den Kräften der „linken Linken“ („gauche de gauche“)? Wird die sogenannte Neue Antikapitalistische Partei (NPA) das Jahr 2013 überstehen? Welche Strategie hat die Linksfront gegenüber der klassischen politischen Rechten (von Sarkozy), die von Spaltung bedroht ist, und einer absoluten Mehrheit des Präsidenten in der Nationalversammlung?**

Die Linksfront wächst weiter. Erst kürzlich hat sich uns die Gruppierung der Alternativen als neunte Partei angeschlossen. Unsere Strategie besteht darin, weiter Druck auszuüben auf die Mehrheit des Präsidenten, die – das muss man in Erinnerung rufen – auch aus vielen Abgeordneten außerhalb der PS besteht (Linksliberale, Republikanische Bürger/-innenbewegung, Grüne). Was die NPA angeht, kann nur sie selbst ihre Überlebenschancen verbessern, und die hängen stark von ihrem Verhältnis zur radikalen Linken ab ...

Nach acht Monaten neuer Regierung unter Hollandes Präsidentschaft ist klar, dass der versprochene Wandel nicht stattgefunden hat (Verabschiedung des Fiskalpakts, 20 Mrd. Steuergeschenke an Großkonzerne, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Vereinbarungen des Arbeitsrechts), aber schlimmer noch, dass die neoliberalen Rezepte nirgendwo funktionieren. Aus unserer Sicht ist das Leben in diesem Land nicht zu ändern, solange wir nicht die Logik der Finanzmärkte bekämpfen und die Austeritätspolitik, die sie diktiert. Wir planen daher eine breite Aufklärungskampagne über mehrere Monate, um dem Sich-Abfinden entgegen zu treten und aufzuzeigen, welche linken Alternativen es gibt. Diese Kampagne richtet sich an die Wähler/-innen von François Hollande, die den Wechsel wollen, und die Bevölkerungsmehrheit, die unter zu niedrigen Gehältern und sozialer Unsicherheit leidet. Wir wollen die ganze Richtung der Debatte ändern und mit Nachdruck zeigen: Nicht die Arbeit kostet zu viel, sondern das Kapital.

Die Kampagne der Linksfront startet am 23. Januar mit den Sprecher/-innen aller beteiligten Parteien bei einem Treffen in Metz in Anwesenheit der Beschäftigten des dort befindlichen Metallwerks. Wir sagen: Ja, wir können Beschäftigung erhalten und schaffen!

● **Wie wichtig sind Euch Eure „Schwesterparteien“ in den anderen europäischen Ländern und Deutschland? Wurden die Schwierigkeiten der LINKEN 2010/2011 bei Euch registriert und diskutiert?**

Für uns ist die politische Entwicklung in Europa von größter Bedeutung. Wir sind nicht nur überzeugte Internationalist/-innen, sondern die Linksfront hat sich anlässlich der Europawahlen 2009 gegründet! Die europäische Frage ist die des eisernen Bandes unserer gemeinsamen Identität. Wir beobachten auch gespannt, was sich bei unseren Schwesterparteien abspielt. Alle unsere Genoss/-innen, die in Deutschland leben, ermutigen wir, sich der LINKEN anzuschließen, um Kontakte und Informationen auszutauschen, und wir veröffentlichen häufig Mitteilungen in Reaktion auf die aktuelle Politik in Deutschland. Jetzt, da François Hollande zunehmend die Agenda 2010 von Gerhard Schröder über-



nimmt, sind wir noch stärker dazu angehalten, wachsam zu sein und von Euren Erfahrungen zu lernen.

Die Schwierigkeiten der LINKEN sind bei uns nicht unbeachtet geblieben, und wir haben mehrfach unsere volle Unterstützung erklärt, d.h. unsere Verfügbarkeit, falls Ihr uns brauchen solltet. Man darf nicht vergessen: DIE LINKE ist das Vorbild einer linken Sammlungsbewegung, der wir die Linksfront 2009 nachgebildet haben! Wir führen auch bereits Gespräche mit der LINKEN im Hinblick auf die Wahlen 2013 und bieten Euch wiederum unsere europäische Solidarität und Unterstützung als Aktivist/-innen an. Mehr denn je steht die Wahrheit vor einer Mauer des großen Geldes. Um es mit Brecht zu sagen: „Wenn die Wahrheit zu schwach ist, sich zu verteidigen, muss sie zum Angriff übergehen“!

**Anmerkung der Redaktion:** Das Interview wurde geführt, bevor der französische Verfassungsrat am 29. Dezember 2012 die neue „Reichensteuer“ von Hollande aus handwerklichen Gründen für rechtswidrig erklärte.

## Höchste Zeit, die Sterne neu zu entflammen

*Französische Kommunistinnen und Kommunisten berieten in Aubervilliers*

*Von Andreas Günther, stellvertretender Leiter des Bereichs Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN*

„Il est grand temps de rallumer les étoiles“ (Es ist höchste Zeit, die Sterne neu zu entflammen) – unter dieses Zitat des Dichters Guillaume Apollinaire (1880 – 1918) hat die Französische Kommunistische Partei den Leitantrag ihres 36. Parteitages gestellt, zu dem fast 800 Delegierte vom 7. bis 10. Februar 2013 in ihrer Hochburg im Departement Seine-St. Denis bei Paris zusammenkamen. Nach turbulenten, von schweren Debatten geprägten Kongressen in der Vergangenheit wurde dieser Parteitag auch von den Delegierten als ein ruhiger, von solidarischer Diskussion und einvernehmlichem, kulturvollem Ringen um den besten weiteren Weg bestimmt wahrgenommen.

So stellte es sich auch den 144 Abgesandten von 95 Parteien und Organisationen aus 64 Ländern dar. Alle bewohnten Kontinente waren vertreten, darunter eine Vielzahl von Organisationen aus afrikanischen und arabischen Staaten. Das heißt nicht, dass es keine Debatten gab. Nicht nur die Frage, ob solch ein poetischer Titel für den Leitantrag angemessen sei, sondern insgesamt die Frage, wie wichtig kommunistische Begrifflichkeiten und kommunistische Symbole für die Identität der FKP seien, spielten in der Diskussion immer wieder eine Rolle. Dennoch waren es nur deutliche Minderheiten, die z. B. auf die Verwendung der Symbole von EL und Front de Gauche neben den der FKP verzichten wollten oder für die Rückkehr zu Hammer und Sichel plädierten. Größer war schon die Besorgnis, inwieweit die FKP im Linksbündnis Front de Gauche (Linksfront) mit Linkspartei (Parti de Gauche) und acht weiteren Parteien und Gruppen ihre Identität und ihr politisches Profil bewahren kann. Doch auch hier folgte die große Mehrheit der Delegierten dem Kurs, wie er in dem seit Monaten an der Basis diskutierten Leitantrag und auch in der einleitenden Rede des National-

sekretärs Pierre Laurent, der auf dem Kongress im Amt bestätigt wurde, dargelegt war. Das Bündnis soll fortgeführt, auf seine Weiterentwicklung zu einer vertieften Organisation oder gar Partei aber verzichtet werden. Damit wird der unterschiedlichen Größe und den unterschiedlichen Traditionen der einzelnen Komponenten am ehesten Rechnung getragen. Wohin sich das Bündnis schließlich langfristig entwickeln wird, hat man dabei bewusst offen gelassen.

Die Zustimmung zur Fortführung des Bündnisses schien nach den Erfahrungen des Wahljahres 2012 folgerichtig. Nicht nur die Ergebnisse von 11,1 Prozent für den gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten, Linksparteigründer Jean-Luc Mélenchon, und 6,91 Prozent in den Parlamentswahlen sprachen dafür. Auch der Gewinn von 7 000 neuen Mitgliedern, davon 37 Prozent unter 30 Jahren, zeigt, dass das Bündnis die Attraktivität der FKP nicht schmälert.

Damit zählt die FKP nach eigenen Angaben 129 125 Mitglieder, davon 41,78 Prozent Frauen. 50,21 Prozent sind älter als 50 Jahre. Mit 8 007 kommunalen Abgeordneten besitzt die Partei, wenn auch nicht mehr den Masseneinfluss der Achtzigerjahre, so doch noch immer eine solide Verankerung im Lande.

Vielleicht war es auch das Bewusstsein dieser soliden Grundlage, das zu einer gelassenen Diskussion beitrug. Pierre Laurent hatte in seiner Eröffnungsrede das Versagen des Kapitalismus neoliberaler Ausprägung in seiner gegenwärtigen Krise kritisiert, wie es sich insbesondere in steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Ungleichheit zeige. Er unterstrich die Rolle der FKP für die Wahl von Präsident Hollande. Umso größer ist die Enttäuschung über die von seiner Regierung bisher ergriffenen, mehr aber noch die diskutierten Maßnahmen, wie sie im Gutachten von EADS-Chef Louis Gallois (vergleichbar dem deutschen Hartz-Report) empfohlen werden. In der Frage der kommunistischen Identität plädierte Laurent für einen „Kommunismus der neuen Generation“, gegründet auf der „Kraft des Teilens“ („La force du partage“), so das Motto an der Rückwand des Parteitages. Dass der Kommunismus der neuen Generation auch von einer neuen Generation von Kommunisten verkörpert werden soll, machte der Nationalsekretär im Gespräch mit den internationalen Delegierten deutlich. Auch für die neuen Mitglieder (400 von ihnen wurden auf dem Parteitag empfangen) sah der Vorschlag der Personalkommission für die neue Leitung Platz vor. Insgesamt soll die Führung weiblicher werden und breitere Verantwortlichkeit für die internationale Arbeit verankern.

Dabei soll dieser Kommunismus der neuen Generation durchaus ein kämpferischer Kommunismus sein. Das wurde schon bei der Eröffnung des Parteitages deutlich, als Abordnungen streikender Arbeiterinnen und Arbeiter von Arcelor Mittal, Nestlé und dem Gesundheitswesen auftraten. Im Laufe des Parteitages erhielten immer wieder Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen wie auch Gäste, die von internationalen Kämpfen, wie aus Palästina, Kurdistan und Lateinamerika, berichteten, das Wort. Marie-George Buffet berichtete vom Abstimmungskampf aus der Nationalversammlung, wo zur gleichen Zeit die Konservativen mit Hunderten Änderungsanträgen versuchten, die „Ehe für alle“ – also auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften – aufzuhalten.

Die Französische Kommunistische Partei geht gefestigt in die kommenden Kämpfe. Und wenn sie auf diese Weise vo-



rangeht, wird sie vielleicht auch dem eingangs zitierten hohen poetischen Ziel gerecht. Auf dem Parteitag wurden jedenfalls schon einmal, nach Marseillaise und Internationale, gesungen von einer unglaublichen Soulstimme, rote Glitzerkonfetti über die jubelnden und Fahnen schwenkenden Delegierten geschossen – fast wie Sterne.

## „Einen Ausweg bieten nur klassenorientierte Lösungen“

*Nach seinem großen Wahlerfolg sieht das griechische Linksbündnis SYRIZA im Frühjahr 2013 seinem Gründungskongress entgegen. In Meinungsumfragen erzielt SYRIZA höchste Zustimmungswerte. Dazu und zu einigen Grundfragen der Strategie und des Politikverständnisses befragte die australische Wochenzeitung „Green Left Weekly“ in Athen Yiannis Bour-nous, Mitglied des Zentralen Politischen Komitees von SYNASPISMOS, der stärksten politischen Organisation von SYRIZA, und Mitglied des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken.*

Aus: Green Left Weekly, 14. Dezember 2012

### ● Mitte Oktober 2012 sagte SYRIZA-Vorsitzender Alexis Tsipras in einem Rundfunkinterview, dass „die Dreiparteienkoalition [an der Regierung] zerbrechen und die Zukunft des Landes von gesunden Kräften gestaltet werden wird“. Wie nah ist die Koalition dem Zerfall?

Zunächst einmal erleben wir bereits seit längerem eine Periode in Griechenland, in der man kaum sichere Voraussagen über zeitliche Abläufe machen kann. Mit dieser Erklärung hat der SYRIZA-Vorsitzende die Stimmung beschrieben, die wir in der Gesellschaft wahrnehmen. Menschen, die sich im Juni noch dazu entschlossen, die Befürworter des Spar-Memorandums und die Kräfte des Ausverkaufs zu unterstützen, erkennen nach und nach, dass sich die Versprechungen der Nea Demokratia und der beiden anderen Regierungsparteien in Luft auflösen.

Die Regierungskoalition stimmte für das sogenannte Dritte Verständigungs-Memorandum. Sie verabschiedete ein weiteres Paket härtester Sparmaßnahmen, wodurch der Mindestlohn in der Privatwirtschaft auf unter 500 Euro gesenkt wurde. Gestrichen wurden faktisch alle Leistungen des bestehenden Sozialstaates und der sozialen Dienste in Griechenland, mit denen bisher Grundbedürfnisse der Bürger befriedigt wurden. Seit dem September und mit dem ersten Generalstreik erleben wir zunehmende Gegenwehr. Ein wachsender Teil der Gesellschaft ist entschlossen, die extreme Sparpolitik zu Fall zu bringen.

SYRIZA hat offiziell erklärt, dass wir für das Abtreten dieser Regierung kämpfen. Das tun wir auf zwei Ebenen. Die eine ist die parlamentarische. Wir sind jetzt die stärkste Oppositionspartei. Wir unternehmen alles, um die reaktionären Sparmaßnahmen zu blockieren, zugleich legen wir eigene Alternativen vor. So hat SYRIZA ein Gesetzespaket eingebracht, das darauf abzielt, überschuldete Haushalte von der hohen Zinslast gegenüber privaten Banken zu befreien. Gleiches fordern wir für die überschuldeten kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat der traditionellen griechischen Wirtschaft bilden. Die brachen schon unter der Last des ersten Sparprogramms vor zwei Jahren zusammen.

Auf der zweiten, der gesellschaftlichen Ebene, im Bereich der sozialen Kämpfe, heizen wir kräftig ein. Seit SYRIZA sich als ein möglicher Regierungskandidat erwies, haben wir erklärt, dass wir im Falle eines Wahlsieges und der Umsetzung dessen, was wir als eine Regierung der Linken, eine Anti-Memorandums-Regierung, für notwendig halten, auch bei einem hohen Wahlergebnis ohne starke außerparlamentarische Unterstützung nicht in der Lage sein werden, tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaft zu erreichen.

Das heißt auch: Wir haben nicht die Absicht, das politische Klientel-System zu reproduzieren, das wir in den 35 Jahren seit dem Fall der Militärdiktatur erleben. Wir wollen neue gesellschaftliche Verhältnisse. Das ist eine gewaltige Herausforderung für uns.

### ● Welches sind die gesunden Kräfte, die Tsipras im Auge hat?

Ich denke, die beiden aufeinanderfolgenden Wahlen vom Mai und Juni 2012 haben an alle politischen Kräfte eine neue Botschaft ausgesandt. Die extremen Sparprogramme der letzten drei Regierungen von PASOK und Nea Demokratia haben die Bedingungen in vielen Bereichen und für viele Klassen enorm verschlechtert. Das hat zu dem historischen Bruch zwischen den Parteien Nea Demokratia und PASOK einerseits sowie den unteren und mittleren Klassen der griechischen Gesellschaft andererseits geführt und den entscheidenden Wählerwechsel ausgelöst. Es waren diese gesellschaftlichen Kräfte, die den beiden genannten Parteien in der Vergangenheit halfen, dreißig Jahre lang die absolute Mehrheit zu halten und nur die Plätze in Regierung und Opposition zu tauschen. Jetzt haben wir es mit einem ganz anderen politischen Szenario zu tun.

Das sozialdemokratische Modell bricht zusammen. PASOK erzielt in Meinungsumfragen nur noch 5 bis 6 Prozent. Nea Demokratia konnte zwar die Wahlen gewinnen, aber mit dem historisch schlechtesten Ergebnis. Es hat eine Befreiung der gesellschaftlichen Kräfte stattgefunden. Bei unserem Vorhaben einer alternativen Regierung streben wir ein neuartiges Bündnis mit diesen befreiten, emanzipierten gesellschaftlichen Kräften an – gleichgültig, wen sie in der Vergangenheit gewählt haben.

### ● Führende Vertreter von SYRIZA haben mehrfach erklärt, ein Austritt aus der Eurozone würde die griechische Wirtschaft zerstören. Was sagen Sie zu der kritischen Meinung mancher Linker, ein Verzicht auf den Euro sei die radikalere Lösung?

Unsere Hauptlösung lautet: „Keine weiteren Opfer für den Euro“. Die jüngsten Entwicklungen in Europa zeigen, dass es eine reale Gefahr des Ausschlusses Griechenlands aus dem Euro nie gegeben hat. Dieses Schreckgespenst wurde vor allem für die griechischen Wahlen gebraucht. Außerdem sollten damit die Steuerzahler in den anderen europäischen Ländern überzeugt werden, dass die Belastungen durch den „Rettungsschirm“ notwendig seien, um ein Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um Abgaben zur Rettung der räuberischen Privatbanken.

Dem griechischen Volk suchte man über die Medien einzureden, ein Austritt Griechenlands sei für Deutschland und die übrige Eurozone kein Problem, hätte jedoch verheerende Wirkung für die griechische Wirtschaft und Gesellschaft. Das



war nichts anderes als eine große Lügenkampagne. Darauf erklärten wir, eine linke Regierung werde alles tun, um die sozialen Belange der griechischen Gesellschaft zu sichern.

Wenn man eine falsche Frage zu beantworten sucht, wird jede auch noch so richtig klingende Antwort falsch. Die Frage nach der Auflösung der Eurozone steht nicht und hat nie gestanden. Ein paar neoliberale fundamentalistische Christdemokraten in Bayern, in Finnland oder den Niederlanden mögen mit diesem Gedanken gespielt haben, aber das hatte von Anfang an nur marginale Bedeutung. Eine reale Gefahr hat es nicht gegeben.

Nun zum Wesen der sogenannten linken Kritik an unserem Standpunkt gegen den Austritt Griechenlands und die Auflösung der Eurozone. Diese sogenannte linke Kritik, die die Rückkehr zur Drachme unterstützt, ist ein durch und durch keynesianischer Ansatz. Ich will kurz erklären, warum: Hinter der sogenannten linken Position für einen Austritt aus dem Euro steckt die Vorstellung: Wir scheiden aus dem Euroraum aus, kehren zur nationalen Währung zurück und sind dann in der Lage, diese mehrfach abzuwerten. Das hätte allerdings eine noch drastischere Senkung von Löhnen und Renten zur Folge. Dann – so die Theorie – werden wir beim Export wettbewerbsfähiger, und die großen Exporteure, die davon profitieren, lassen den Gewinn auf magische Weise zurückfließen.

Das ist Keynesianismus reinsten Wassers. Mit einem radikalen Standpunkt hinsichtlich der Existenz und Funktion der Eurozone und ihrer Wirtschaften hat das überhaupt nichts zu tun. Außerdem wird tatsächlich die falsche Frage beantwortet. Man spielt das Spiel des Gegners, indem man die Währung als das Hauptproblem hinstellt. Wir wollen aber nicht die Währung wechseln, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Machtverhältnisse ändern, die diese Währung widerspiegelt.

Darum rufen wir auch nicht nur zum Kampf im nationalen Rahmen auf. Wir wissen, dass die nationale Ebene für den Klassenkampf grundlegend ist. Aber selbst wenn wir in Griechenland gewinnen und eine linke Regierung bilden, wird eine linke griechische Regierung ein [einsames] „Dorf in Gallien“ bleiben, wenn wir nicht auch auf europäischer Ebene wenigstens gewisse Veränderungen der Kräfteverhältnisse erreichen.

Es wäre natürlich ein historischer Umbruch, wenn es plötzlich eine Regierung gäbe, die sich gegen den neoliberalen autoritären Kurs zur Wehr setzt. Und wir haben die Forderung nach einer europaweiten Widerstandsfront erhoben. Darum war für uns die Mobilisierung zum 14. November in ganz Europa sehr wichtig. Ich denke, das war ein historischer Durchbruch für die sozialen Bewegungen Europas.

Ich glaube, dass die Bewegung auf den Plätzen [die Occupy-Bewegung] einen fruchtbaren Nährboden für eine neue Art von Internationalismus in den sozialen Kämpfen geschaffen hat. Das ist für uns von großer Bedeutung, denn ohne massiven koordinierten Widerstand kann man vielleicht ein paar Anstöße geben, aber nicht bei weitergehenden Veränderungen vorankommen.

● **In der Linken wurde SYRIZA auch für die Forderung nach einer Nachverhandlung der griechischen Schulden statt einer schlichten Zahlungsverweigerung kritisiert. Können Sie SYRIZAs Haltung dazu erläutern?**

In unseren Augen ist die Frage der Schulden eine politische und keine technische Frage. Die Schulden wurden zur Rechtfertigung aller Sparprogramme benutzt. Wie viele europäische Staaten hat auch Griechenland jahrelang Schulden angehäuft. Selbst Deutschland hatte Staatsschulden, die die Kriterien des Stabilitätspaktes überschritten.

Auf ein politisches Problem muss man eine politische Antwort geben. Seit Beginn der Krise haben wir gesagt, dass dies nicht nur eine griechische Angelegenheit ist. Wir haben es mit einer strukturellen europäischen Krise des Weges zu tun, wie die EU und die Eurozone konstruiert wurden. Daher haben wir darauf bestanden, dass es für ein europäisches Problem keine nationale Lösung geben kann. Gemeinsam mit den anderen Kräften der europäischen Linken haben wir ein europäisches Abkommen zur Krise der Staatsschulden vorgeschlagen, das alle verschuldeten Staaten Europas einschließt. Es würde dem Modell folgen, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland angewandt wurde.

Dabei geht es um zwei Dinge: Das eine ist die Erlassung eines großen Teils der Schulden. Wir haben eine Untersuchung der griechischen Staatsschulden vorgeschlagen. Es gilt festzustellen, welcher Teil auf Korruption, spekulative Zinsraten oder Ähnliches zurückzuführen ist.

Zugleich müssen die Kleinanleger geschützt werden, z. B. private Haushalte, die ihre Lebensersparnisse für Staatsanleihen ausgegeben haben, oder soziale Fonds, die Staatsanleihen besitzen. Diese wurden beim „Schuldenschnitt“ für Griechenland im vergangenen Jahr nicht berücksichtigt. Die ersten Betroffenen, die der „Schuldenschnitt“ fast in den Bankrott getrieben hat, waren die kleinen Haushalte, die griechischen Sozialfonds und die Universitäten. Deswegen sagen wir, dass unser Programm und unsere Strategie klassenorientiert sind. Man muss die schützen, die nicht Schuld an der Krise sind, und die strafen, die sie verursacht haben.

Für die übrigen Schulden fordern wir eine Erleichterung der Rückzahlungsbedingungen – ebenfalls nach dem Vorbild der Abkommen mit Deutschland vom Jahre 1953. Das ist die Voraussetzung für jegliches Wirtschaftswachstum. In Jahren, da die Wirtschaft unseres Landes wieder wächst, können Rückzahlungen getätigt werden, in Jahren tiefer Depression – wie jetzt im sechsten Jahr einer Rezession – nicht.

Um das zu verstehen, muss man kein Ökonom sein. Wenn man in einer Rezession steckt, ist es unmöglich, Zinsen und geliehenes Kapital zurückzuzahlen und zugleich Geld für öffentliche Investitionen aufzutreiben, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Man muss sich also entscheiden, wenn man Europa als Ganzes erhalten will. Wir haben uns dafür entschieden, die Politik zu verteidigen und zu fördern, die Europa aus der Rezession führt: Schaffung von Arbeitsplätzen, öffentliche Investitionen, gesellschaftliche Kontrolle strategischer Bereiche (Banken, Energie, Verkehr usw.) und Sicherung der sozialen Daseinsfürsorge.

Aber das reicht nicht aus, denn wir haben es mit einer strukturellen Krise zu tun. Wir sagen, dass die europäischen Verträge die EU in die Lage gebracht haben, in der wir uns jetzt befinden. Gebraucht werden radikale Änderungen der Verträge, grundlegende Änderungen an den Statuten der Europäischen Zentralbank, damit sie ein „Letzter Kreditgeber“ wird, der an überschuldete Staaten Anleihen zu sehr niedrigen Zinsen ausreicht, wie sie es heute gegenüber privaten Banken tut.



Die Partei der Europäischen Linken hat den Vorschlag eingebracht, eine europäische öffentliche Bank für soziale und ökologische Entwicklung zu gründen. Diese Bank soll zinslos oder zu sehr niedrigen Zinsen ausschließlich öffentliche Investitionen finanzieren, die auf ökologisch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gerichtet sind.

● **Alexis Tsipras wurde mit der Aussage zitiert: „Das Sparsamkeitsregime versagt nicht, weil es nicht umgesetzt wird, sondern, im Gegenteil, wegen des verschärften Sparens.“ Was ist SYRIZAs Alternative zur Sparpolitik?**

Dies ist das erste Mal in unserer Geschichte, dass die Gesellschaft uns zwingt, konkrete Alternativen für den nächsten Tag vorzulegen. Das bedeutet einen grundlegenden Wandel der Rolle einer linken Partei in Griechenland.

Die Fragestellung ist von großem Gewicht. Wenn wir eine linke Regierung bilden, müssen dringend Finanzmittel beschafft werden. Wir haben zum Beispiel vor, großes Kapital, Großunternehmen und Großvermögen sofort mit einer Sondersteuer zu belegen. Zugleich brauchen wir eine rasch wirkende Strategie für die Veränderung des griechischen Steuersystems, das gegen die Verfassung verstößt. In der Verfassung ist eine progressive Besteuerung festgeschrieben. Jeder Bürger muss entsprechend seinen Möglichkeiten einen Beitrag leisten. Aber die Steuer auf die Gewinne von Großunternehmen wurde in einer Zeit, da Griechenland im sechsten Jahr in Folge in einer Rezession steckt, vom früheren PASOK-Ministerpräsidenten Georgios Papandreou gesenkt. Aus einer offiziellen Analyse geht hervor, dass die Gewinne der 500 größten griechischen Unternehmen in den letzten beiden Jahren der Rezession um 19 Prozent gewachsen sind. Hier muss sofort etwas geändert werden.

Unser grundlegendes Ziel ist, dass die Reichen zahlen und nicht die Armen. Denn die unteren und mittleren Klassen können nichts beitragen. Sie haben ihre Häuser und Arbeitsplätze verloren. Athen hat inzwischen 25 000 Obdachlose. Die Zahl der Selbstmorde wegen wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit schießt in die Höhe. All das macht es unumgänglich, bei der Erhebung von Staatseinnahmen radikale Veränderungen einzuführen. Wir brauchen ein Gesetz zur Besteuerung der Immobilien der Kirche, der größten Grundbesitzerin Griechenlands. Wir brauchen Beschlüsse zur Besteuerung der Großreeder. Sie besitzen die zweitgrößte Handelsflotte der Welt. Zugleich hinterziehen sie ganz offiziell Steuern, weil frühere Regierungen sie von 70 bis 75 Prozent der Steuern befreit haben.

Wenn man nicht mit klassenorientierten Lösungen beginnt, wird man die griechische Wirtschaft nie aus dem tragischen Zustand herausführen, in dem sie heute steckt, denn dafür fehlen dem Staat die Einnahmen.

● **Die faschistische Partei „Goldene Morgenröte“ erhält derzeit 13 Prozent der Wählerstimmen. Man hat das mit dem Aufkommen des Faschismus in Deutschland in den 1930er Jahren verglichen. Wie stellt sich SYRIZA zu dieser Situation?**

Das Wachstum der „Goldenen Morgenröte“ stellt eine komplexe Angelegenheit dar. Es ist nicht einfach damit zu erklären, dass 500 000 griechische Wähler etwa über Nacht Faschisten geworden sind. Die „Goldene Morgenröte“ bietet

radikale, das System in Frage stellende Lösungen an. Unter anderem deswegen haben viele Jugendliche sie gewählt. Der Nährboden für das Aufkommen neofaschistischer Ideen wurde bereits von der PASOK-Regierung geschaffen, die eine rassistische, fremdenfeindliche Rhetorik in die politische Debatte gebracht hat. Von einer „sozialistischen“ Regierung wurden die Leute an fremdenfeindliche Konzepte gewöhnt. Sie verfallen leicht solchen [faschistischen] Lösungen, wenn man die allgemeine Krise der politischen Repräsentanten und die Ablehnung des ganzen politischen Systems in einen Zusammenhang bringt.

Die „Goldene Morgenröte“ ist ein komplexes Netzwerk. Was einige ihrer wirtschaftlichen Auffassungen betrifft, so sind sie „nationale Sozialisten“. Sie fordern die Verstaatlichung der Banken. Im Widerspruch dazu haben sie im Parlament von der Regierung verlangt, den Großreedern keine neuen Steuern aufzuerlegen, denn diese seien „Patrioten, die unserem Heimatland helfen können“.

Wir wissen, dass sie erfolgreich dabei sind, ihren Einfluss in Gymnasien, Fußballvereinen, bei den Türstehern von Nachtclubs oder in Spezialeinheiten der Armee auszubauen. Über ihre Gewaltaktionen hinaus sind sie in weitere kriminelle Aktivitäten verwickelt. Dieses Netzwerk ist nicht leicht zu fassen und zu zerschlagen. Arbeiterkämpfen steht die „Goldene Morgenröte“ extrem feindselig gegenüber. Das hat sich u. a. beim großen Streik der Stahlarbeiter von Chalivourgia im letzten Jahr gezeigt. Die „Goldene Morgenröte“ war gegen den Streik, aber dann modifizierte sie ihr Vorgehen und brachte den Streikenden sogar Essen. Die offizielle Haltung gegen den Streik änderte sich jedoch nicht. In einer Fabrik rief sie die Arbeiter dazu auf, wieder an die Arbeit zu gehen. Die „Goldene Morgenröte“ ist ein Produkt der kapitalistischen Krise. Sie stellt sich selbst als eine anti-systemische Kraft dar, die sie in Wirklichkeit nicht ist.

Ein komplexes Problem wie dieses erfordert ein mehrgleisiges Vorgehen. Einige Anarchisten hatten die Vorstellung, schnell Gegengruppen zu schaffen, wonach sich dann Trupps der Nazis und ihrer Gegner jede Nacht prügeln.

Wir sind dabei, breite antifaschistische Komitees zu schaffen, zum Beispiel an Schulen zusammen mit den Lehrgewerkschaften oder mit den Bürgern in Wohngebieten, besonders in Athen, wo das Problem größer ist als andersorts. Im Zusammenwirken mit Künstlern und Intellektuellen organisieren wir Kulturveranstaltungen, um so eine andere Art der Kultur zu entwickeln.

Wichtig sind uns auch die Netzwerke der Solidarität, die wir in Wohngebieten geknüpft haben. Sie helfen den Menschen beim Überleben und sind zugleich eine neue Form der sozialen Organisation, die auf Solidarität aufbaut. Die Nazis dagegen setzen auf die Isolierung der Menschen, auf ihre Angst vor Kriminalität, vor dem Hunger und gesellschaftlichen Zuständen, wie wir sie jetzt erleben. Wir wollen einen kollektiven Umgang mit sozialen Problemen erreichen, was heißt, mit dem Migrantennachbarn zusammenzuarbeiten. Das ist keine Philanthropie, kein Unterordnungsverhältnis, kein Machtspiel zwischen dem, der hat und anbietet und dem, der nichts hat und abhängig ist. Es ist vielmehr eine Art horizontaler Beziehung. In unseren Netzwerken der Solidarität und über das Angebot von unentgeltlichem Essen und Bekleidung hinaus entstehen Beziehungen des Austauschs ohne Vermittlung des Geldes. Ausgetauscht werden Güter und Dienstleistungen. Wenn der Migrantennachbar zu-



vor auf dem Bau gearbeitet hat und jetzt arbeitslos ist, kann er kommen und dir das Haus streichen. Du kannst ihm dafür einen Kanister Olivenöl geben oder ihm kostenlose Nachhilfe für seine Kinder anbieten.

Hier sind auch strategische Fragen angesprochen. Denn wenn man über die Vision von einem Sozialismus mit Freiheit und Demokratie spricht, gilt es das Modell dieser Gesellschaft durch die Öffnung solcher kleinen Fenster zu fördern. Wir wollen keinesfalls den staatlichen Dienstleistungen Konkurrenz machen. Das sagen wir den Menschen, die in den Netzwerken der Solidarität mitwirken. Durch die Gründung eines lokalen freiwilligen Gesundheitszentrums wollen wir kein öffentliches Krankenhaus ersetzen. Wir helfen einander, gemeinsam zu überleben. Zugleich ermutigen wir die Menschen, die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse kollektiv einzufordern.

Dies ist auch eine Waffe gegen den Faschismus. Es ist eine kollektive antirassistische, kulturelle Antwort auf die Konzepte, welche die „Goldene Morgenröte“ zu ihrer eigenen Stärkung verkündet.

● **Es wurde öffentlich angeprangert, dass die Faschisten Verbindungen zu den Polizeikräften unterhalten. Können Sie das bestätigen?**

Das sind nicht nur Verdächtigungen. Dafür haben wir Beweise. Es gab wiederholt Vorkommnisse, die das belegen. Nicht nur die Toleranz der Bereitschaftspolizei gegenüber den Faschisten bei Zusammenstößen mit Antifaschisten, sondern auch bei Demonstrationen. Es sind Polizisten auf Motorrädern mit historischen griechischen Symbolen auf der Rückseite ihrer Helme gesehen worden, die von den [deutschen] Nazis oder von Königstreuen benutzt wurden.

Auf Polizeirevierern ist es wiederholt zu rassistischer Gewalt gekommen. Amnesty International hat derartige Vorfälle untersucht. In einem Fall, bei dem antifaschistische Demonstranten und Mitglieder der „Goldenen Morgenröte“ aneinandergerieten, hat die Polizei 15 Antifaschisten verhaftet und gefoltert. Der Guardian hat einen Artikel darüber geschrieben, in dem der Einsatz von Elektroschockwaffen und die Menschenwürde verletzende Praktiken angeprangert wurden. Darauf reagierte der für die Innere Sicherheit verantwortliche Minister mit der Drohung, er werde die Zeitung wegen Falschinformation verklagen.

In zwei Orten Griechenlands beteiligten sich Parlamentsmitglieder der „Goldenen Morgenröte“ an Attacken auf Migranten als Verkäufer auf Flohmärkten. Ihre Stände wurden verwüstet und die Betroffenen geschlagen. Es ist erwiesen, dass an einem solchen Angriff in der Stadt Messologi neben Mitgliedern der „Goldenen Morgenröte“ auch Polizisten in Zivil beteiligt waren. Eine Untersuchung wurde eingeleitet, aber wir wissen, wie diese Art von Untersuchungen enden.

Die Auswertung der Wahlergebnisse zeigt, dass in bestimmten Wahllokalen nahe zentraler Polizeiamter nach Schätzungen etwa 50 Prozent der Athener Polizisten für die „Goldene Morgenröte“ gestimmt haben.

Zu alledem kommt die Theorie von den „zwei Extremismen“, die alle Regierungsparteien, leider auch die Demokratische Linke, benutzen. Als extremistisch werden einerseits die „Goldene Morgenröte“ und andererseits SYRIZA sowie all diejenigen bezeichnet, die gegen die derzeitige Regierungspolitik demonstrieren und sich ihr widersetzen. Die Regierung benutzt nicht nur diese Rhetorik, sondern stellt sich ge-

nau in die Mitte zwischen den "beiden Extremismen". Der Minister für Bürgerschutz gibt gegen beide provokatorische Erklärungen ab.

Eine weitere Gefahr geht von Linken aus. So hat die Generalsekretärin der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) nach den Wahlen im Juni in einem Interview erklärt, vor der „Goldenen Morgenröte“ sollte man keine Angst haben. Die sei jetzt im Parlament, trage Schlips und Kragen und passe sich dem System an.

Das ist ein tragischer Irrtum. Die Geschichte hat uns die bittere Lehre erteilt: Wenn Institutionen mit dem Faschismus zusammenkommen, dann werden die Institutionen dem Faschismus angepasst, nicht umgekehrt. Wir haben dieses Argument bereits vor den Wahlen zurückgewiesen. Wir haben den Wählern klar gesagt: Auch wenn ihr mit SYRIZA nicht übereinstimmt, wenn ihr meint, wir vertreten nicht eure Interessen – wählt nicht die „Goldene Morgenröte“. Wir waren die einzige Partei, die sich so eindeutig geäußert hat.

● **Nach einer jüngsten Meinungsumfrage ist SYRIZA die stärkste Partei. Wann erwartet SYRIZA Neuwahlen?**

Damit kehren wir zur Eingangsfrage zurück. Wir sind kein Orakel. Aus unserer Sicht hängt alles vom Engagement und der Einsatzbereitschaft der Bewegung des gesellschaftlichen Widerstandes ab. Wenn es genug aktive Menschen gibt, die die Regierung bedrängen, dann sind rasche politische Entwicklungen möglich. Mangelt es an dieser Mobilisierung, dann wird es keine schnellen Veränderungen geben, und die heute Regierenden werden sich noch längere Zeit an der Macht halten können.

Ich habe bereits auf unsere offizielle Erklärung hingewiesen, dass wir diese Regierung zu Fall bringen wollen. Aber das kann nur durch gesellschaftlichen Druck geschehen. Wenn es dazu kommt, sind wir bereit, unsere historische Verantwortung zu übernehmen.

● **Im Mai kommenden Jahres werden Sie den Gründungskongress von SYRIZA als einer frisch vereinten Strömungspartei abhalten. Wird diese sich auf Neuwahlen vorbereiten?**

Seit den Wahlen im Juni hat die Mitgliedschaft von SYRIZA permanent Wahlkämpfe geführt. Für uns ist dies ein wichtiger Teil des Widerstandes. Es war ja erst der gesellschaftliche Druck, der zwei Regierungen zum Aufgeben brachte und Wahlen erzwang.

Hier unternehmen wir verstärkte Bemühungen. Am Tag nach der Wahl im Juni haben wir unseren Wählern für die 27 Prozent Zustimmung und die Übertragung einer so großen Verantwortung an SYRIZA gedankt und zugleich erklärt, dass SYRIZA in organisatorischer Hinsicht noch eine Partei der 4 Prozent ist. Wir müssen uns selbst verändern und zu einer offenen, umfassenden, demokratischen und radikalen Partei der Linken entwickeln. Und das nicht nur, um die 27 Prozent zusammenzuführen, die für uns gestimmt haben, sondern auch, um ihren Auftrag zu erfüllen.

Damit meine ich die bereits erwähnten breiten gesellschaftlichen Bündnisse, die in der letzten Zeit immer größeren Zulauf finden. Für uns ist es eine gewaltige Herausforderung, ob wir in der Lage sein werden, SYRIZA zu einem geschlosseneren politischen Akteur zu machen oder nicht.

Wir leben in einer Zeit, da das Modell ideologisch monolithischer Parteien gescheitert ist. Dies ist nach den letzten



Wahlen in Griechenland noch klarer geworden, als der Dogmatismus und das Sektiererertum der Kommunistischen Partei zu ihrer politischen Marginalisierung geführt haben. Wir glauben aber an eine politische Einheit der sozialen Bedürfnisse. Diese aufzubauen – daran arbeiten wir.

Die ersten Signale der Vorbereitungsetappe sind gut. SYRIZA hat ihre Mitgliedschaft seit den Wahlen verdreifacht. Wir haben jetzt über 30 000 Mitglieder und bewegen uns auf die 40 000 zu. Das ist die höchste Mitgliederzahl, die eine Partei links von der Sozialdemokratie in Griechenland in den letzten 20 Jahren erreicht hat. Die Analyse der neuen Mitglieder zeigt eine wachsende Bereitschaft, sich auf die Ideen einer pluralen, radikalen Linken einzulassen. Wir sprechen Menschen unterschiedlichster politischer Herkunft an. Sie kommen aus dem gesamten sozialen Spektrum der Verteidigung elementarer sozialer Bedürfnisse. Selbstverständlich ohne Einschluss der extremen Rechten. Das gibt uns den Optimismus und die Kraft, SYRIZA bis zum Gründungskongress weiter zu stärken.

Ähnlich positive Signale gehen von den Wahlen in verschiedenen Branchengewerkschaften aus. Bei der Aufstellung von einheitlichen Listen der Linken kommen wir voran. Das ist für uns sehr wichtig, denn wir wollen die Menschen überzeugen, dass das traditionelle Gewerkschaftsmodell des letzten Jahrzehnts – welches Korruption, Bürokratie und Konservatismus einschloss – sich verändern muss. Dieser Wandel kann nur gelingen, wenn die Kräfte gestärkt werden, die eine alternative Vorstellung davon haben, was von den Gewerkschaften heute erwartet wird. Wie kann z. B. Gewerkschaftsarbeit die prekär Beschäftigten einschließen, die es heute in Griechenland in großer Zahl gibt, die aber nicht in die Gewerkschaften eingebunden sind?

Die Zeichen sind positiv. Wir glauben, dass wir in der Übergangszeit bis zum Gründungskongress Ende Mai oder Anfang Juni in der Lage sein werden, unseren Einfluss weiter auszubauen.

## Der Ausgang der Parlamentswahlen in Italien vom 24./25. Februar 2013

Von Paola Giaculli, Mitarbeiterin der Bundestagsfraktion  
DIE LINKE

Mit 25,4 Prozent wird Beppe Grillos Bewegung 5 Sterne (M5S) die stärkste Kraft in der Abgeordnetenversammlung und somit die Überraschung dieser Wahl. Im Senat erobert sie mit 23,8 Prozent den zweiten Platz nach der Demokratischen Partei (PD). Verlierer sind die PD, die in der Abgeordnetenversammlung im Vergleich zu 2008 8 Prozent, das heißt, ca. 3,5 Millionen Stimmen weniger erhalten hat, dazu die mit ihr verbündete Partei Linke, Ökologie, Freiheit (SEL), die auf 3,2 Prozent kommt, und der ehemalige Regierungschef Monti, der Favorit der EU- und der Wirtschaftseliten, der in Umfragen bei 12 bis 15 Prozent lag. Er muss sich mit 9,1 Prozent im Senat und 10,5 Prozent in der Abgeordnetenversammlung zufriedengeben. Eine bittere Niederlage hat die neue linke Formation Rivoluzione civile, ein Sammelbecken von Parteien wie Rifondazione comunista, Italien der Werte (IdV) des ehe-

maligen Staatsanwalts Di Pietro sowie Verbänden erlitten: mit 2,2 Prozent für die Abgeordnetenversammlung und 1,8 Prozent für den Senat scheiterte sie an der 4-Prozent-Hürde. Trotz heftiger Verluste beeindruckt die Leistung Berlusconi, der seinem Mitte-Rechts-Bündnis dank eines fulminanten Wahlkampfes immerhin 30,7 Prozent schenkte, während er bis vor ein paar Wochen als „erledigt“ gegolten hatte.

Entgegen den Prognosen der Umfragen hat das Mitte-Links-Bündnis, das insgesamt 31,6 Prozent der Stimmen erhielt, die Wahl nicht gewonnen. Der erstaunlich geringe Vorsprung von nur 0,9 Prozent gegenüber dem Bündnis der Rechten von Berlusconi Partei Volk der Freiheit (PdL) mit 22,3 Prozent, der Lega Nord mit 4 Prozent und anderen kleineren Formationen reicht aufgrund des komplizierten Wahlrechts trotz der numerischen Mehrheit nicht aus, um eine Mehrheit im Senat zu bilden. Berlusconi Bündnis hat in großen Regionen des Nordens und Südens gewonnen, denen viele Sitze zustehen. Einen noch geringeren Vorsprung von 0,35 Prozent, bzw. 125 000 Stimmen hat das Mitte-Links-Bündnis im Abgeordnetenhaus, wo es insgesamt 29,44 Prozent erhielt. Aber hier reicht das im Unterschied zum Senat aus, um auf die absolute Mehrheit (340 von 620 Sitzen) zu kommen. Dank des absurden und ungerechten Wahlrechts, das er 2005 einführte, hat Berlusconi sein Ziel erreicht, den Störfaktor zu spielen. Fazit: Im Senat verfügt kein Bündnis über die nötige Mehrheit, um eine Regierung zu bilden.

### Porcellum – die „Schweineerei“: das italienische Wahlsystem

In Italien hat das Parlament zwei Kammern: die Abgeordnetenversammlung (620 Sitze) und den Senat (315 Sitze). Beide haben politisch das gleiche Gewicht. Für beide gilt ein Verhältniswahlrecht mit Mehrheitsbonus, das aber unterschiedlich gehandhabt wird. Wer in der Abgeordnetenversammlung die relative Mehrheit der Stimmen gewinnt, erlangt durch den Mehrheitsbonus automatisch die absolute Mehrheit der Sitze (340 von insgesamt 620). Hier gelten folgende Sperrklauseln: für Parteien 4 Prozent, für die einzelne Partei in einem Bündnis 2 Prozent. Das ist eine Lebensversicherung für kleine Parteien, die nur geringe Chancen haben, über die 4-Prozent-Hürde zu kommen. Die Sperrklausel für ganze Wahlbündnisse beträgt 10 Prozent. Im Senat gibt es ebenfalls einen Mehrheitsbonus. Dort erhält jede Region Italiens eine bestimmte Anzahl von Sitzen, die nach der Bevölkerungszahl festgelegt wird. Die Partei, die in einer Region gewinnt, erhält automatisch 55 Prozent der dieser Region zustehenden Sitze. Im Senat beträgt die Sperrklausel für Parteien 8 Prozent, für die einzelne Partei in einem Bündnis 3 Prozent und für ganze Wahlbündnisse 20 Prozent.

### Die aktuelle Sitzverteilung:

#### Abgeordnetenversammlung

- Mitte-Links-Bündnis: PD 292 + SEL 37 + Andere 11 = 340
- Mitte-Rechts-Bündnis: PdL 97 + Lega Nord 18 + Andere 9 = 124
- M5S: 108
- Monti + Andere = 45

#### Senat

- Mitte-Links-Bündnis: PD 105 + SEL 7 + Andere 1 = 113
- Mitte-Rechts-Bündnis: PdL 98 + Lega Nord 17 + Andere 1 = 116



- M5S: 54
- Monti: 18

Dank der M5S ist das Durchschnittsalter im Parlament gesunken: Es liegt jetzt in der Abgeordnetenversammlung bei 45 und im Senat bei 53 Jahren (hier gilt ein Mindestalter von 40 Jahren). Der Frauenanteil hat sich dank M5S und PD in der Kammer von 21 auf 31 Prozent und im Senat von 19 auf 30 Prozent erhöht.

### „Wir und Montis Partei stehen gemeinsam für Europa“ – die PD auf der Seite des unsozialen Europas

Angesichts der desolaten Ausgangslage des Bündnisses der Rechten hat Berlusconi trotz der schweren Verluste – sein Anteil in der Kammer sank von 47 Prozent (ca. 17 Millionen Stimmen) auf 29,17 Prozent (ca. 9,9 Millionen Stimmen) – geradezu ein Wunder bewirkt. Als er im Dezember 2012 das Ruder der Partei wieder in die Hand nahm, hätte niemand auf einen solchen Aufschwung gewettet. Das spricht für seine kämpferischen Fähigkeiten, aber auch für die Unfähigkeit des Mitte-Links-Bündnisses, eine Alternative anzubieten. Erneut konnte Berlusconi mit Lockangeboten, zum Beispiel der Rückzahlung der Immobiliensteuer und einer Steueramnestie, punkten. Da störte es nicht, dass er die Regierung Monti zusammen mit der PD unterstützt und daher selbst zur Einführung der unpopulären Immobiliensteuer beigetragen hatte (bis zu 80 Prozent der Italiener/-innen leben in Eigentumswohnungen). Mit seinen Wahlversprechen, u.a. diese Steuer abzuschaffen, konnte er wieder aufsteigen.

Der Spitzenkandidat des Mitte-Links-Bündnisses und PD-Chef Bersani reagierte darauf mit der Erklärung: „Wir machen keine Versprechungen, die wir nicht halten können.“ Da half es ihm und seinem Bündnis auch nicht, Berlusconi Populismus vorzuwerfen, denn er war nicht in der Lage, für die dramatische soziale Lage mit einer Arbeitslosigkeit von 12 Prozent und bei der Jugend gar von 36 Prozent eine konkrete Lösung anzubieten. Stattdessen versprach er die Einhaltung des Reformkurses, der europäischen Verträge inklusive des Fiskalpakts, die die Lage im Lande weiter drastisch verschärft haben. Die Einhaltung des Fiskalpakts würde Italien zwanzig Jahre lang einen jährlich um ca. 47 Milliarden Euro gekürzten Haushalt auferlegen. In mehreren Interviews mit internationalen Medien wie dem Wall Street Journal (vom 9.12.2012) oder der Financial Times (vom 26.12.2012) suchte Bersani die Finanzmärkte und die Troika von der „Zuverlässigkeit“ einer zukünftigen Mitte-Links-Regierung zu überzeugen, die die Spardiktatspolitik der EU fortsetzen werde. Er halte den Sparkurs für richtig, ebenso die Arbeitsmarktreform (Abschaffung des Kündigungsschutzes und weitere Flexibilisierung) sowie die Rentenreform (Anhebung des Rentenalters), denen er bereits im Parlament zugestimmt hatte. Trotz der zum Teil abweisenden Haltung Montis im Wahlkampf würdigte Bersani den Ministerpräsidenten weiter für seine „Leistung“ in der Krise. Außerdem erklärte er sich bereit, mit Monti zu koalieren, selbst wenn der Wahlausgang für eine Mitte-Links-Regierung ausreichen sollte. Anfang Februar traf er sich mit Finanzminister Schäuble in Berlin, um den Schulterchluss zu demonstrieren.

Stefano Fassina, der als Sprecher des linken Flügels der PD gilt, erklärte gegenüber ZEIT online (vom 14.2.2013): „Unser Parteivorsitzender Pierluigi Bersani und Bundes-

finanzminister Wolfgang Schäuble sind einer Meinung darüber, dass die Eurozone einen Super-Sparkommissar braucht, der darauf achtet, dass sich die Mitgliedstaaten an die geplanten Sparmaßnahmen halten. Wir verstehen die Bedenken der deutschen Steuerzahler gegenüber der fehlenden Haushaltsdisziplin mancher europäischen Länder und sind deshalb überzeugt, dass eine zentrale Aufsichtsbehörde dringend nötig ist.“

Die Unfähigkeit und der Unwille, die echten Probleme der Menschen anzugehen, deren Leiden ignoriert wurden, stattdessen die Absicht, ihnen weitere Opfer abzuverlangen, sind schwer bestraft worden. Vielen Menschen wird kaum aufgefallen sein, dass Monti sie oder Italien „gerettet“ hätte, wie das Mantra in der europäischen Öffentlichkeit und italienischen Medien lautet. Für ArbeitnehmerInnen, Jugendliche, Arbeitslose und Rentner/-innen hat sich die Krise noch verschärft. Im Bildungs- und Gesundheitswesen wurde wie unter Berlusconi weiter gekürzt. Ein paar grausame Beispiele unter vielen anderen: Stellen für Hilfslehrerinnen, die sich um behinderte Kinder kümmern, und Gelder für ALS-Patienten wurden gestrichen. Im „reformierten“ Rentensystem wurden ca. 400 000 Arbeitnehmerinnen im Stich gelassen, die nach Absprache mit ihrem Betrieb und den Gewerkschaften in die Frührente hätten gehen sollen. Sie wurden einfach nicht berücksichtigt und haben jetzt wegen der Anhebung des Rentenalters weder einen Job noch eine Rente. Außerdem wurde der Einkauf von F-35-Bombenflugzeugen für 17 Milliarden geplant, große Vermögen und Steuerhinterzieher wurden dagegen geschont.

Kein Wunder, dass Monti, der zum ersten Mal mit einer eigenen Parteienliste angetreten ist, nicht so erfolgreich war, wie er sich vorgestellt hatte. Zwar wurde er von EU-Institutionen und vielen europäischen Regierungen bejubelt, aber seine Regierung ist verantwortlich für die weitere Verarmung der Bevölkerung, auch der Mittelschichten. „Es gab keine Alternative zur Austeritätspolitik“, erklärte Monti ungeachtet der Quittung der Wähler für diese Politik noch am 28. Februar in Brüssel. Wie realitätsfern man sein kann, hatte bereits die PD gezeigt: „Wir und Monti stehen gemeinsam auf der Seite Europas“, sagte Fassina im ZEIT-online-Interview. Übrigens konnte der Technokrat und ehemalige Goldman-Sachs-Berater Prof. Monti seine unsoziale Politik in Ausführung des EU-Spardiktats nur dank der Zustimmung einer parlamentarischen großen Koalition mit PdL und PD durchsetzen. „Wir sind stark davon überzeugt – erklärte Fassina in seinem Interview weiter –, „dass wir über die nötige Mehrheit verfügen werden, um eine Regierung zu stellen. Außerdem glaube ich nicht, dass Berlusconi bei dieser Wahl eine Gefahr für die politische Stabilität Italiens darstellt. Die eigentliche Gefahr geht eher von Beppe Grillos Fünf-Sterne-Bewegung aus. Indem er die soziale Unruhe, die von der Krise ausgelöst wurde, für seine politischen Zwecke nutzt, schafft Grillo nur mehr Unruhe.“ Wollte sich die PD überhaupt um diese soziale Unruhe kümmern bzw. die Gründe dafür angehen? Die PD hat ein Drittel ihrer Stimmen verloren und damit ihr schlechtestes Ergebnis erzielt. Für die oben genannte Frage hatten die Wähler/-innen offensichtlich eine klare Antwort: Nein.

In Brüssel, Berlin oder Paris muss man sich jetzt fragen: Wie lange wird es noch möglich sein, den Menschen eine Austeritätspolitik aufzuzwingen, die sie in Italien, aber auch in Spanien, Griechenland und Portugal in immer größerer



Zahl ablehnen? Wie lange wird das möglich sein, ohne diesen eklatanten demokratischen Bruch zu vertiefen? Wie lange wird dieser Widerspruch noch halten, ohne in nächster Zukunft die EU zu bedrohen? Diese Fragen können die europäischen Gremien nicht mehr ignorieren (Basta cosi, Leitartikel von Le Monde, 27.2.2013)

### „Wir schicken alle nach Hause“ – Grillo und die M5S: Alles nur Populismus?

Grillo hat eine lange Theaterkarriere hinter sich. Er war in den 70er und 80er Jahren ein beliebter Fernsehkomiker, bevor er aus dem öffentlich-rechtlichen Sender RAI verbannt wurde, weil er Bettino Craxi und seine korrupten Sozialisten, die damals Italien regierten, „beleidigt“ hatte. Er hat schon immer politisches Theater gemacht und Skandale attackiert. Gegen die Atomkraft hat er Front gemacht und Verbraucher/-innen in Schutz genommen. Er war immer sehr unbequem. Seit Langem wirft er Großunternehmen vor, nicht mehr an der Produktion, sondern nur noch am Profit interessiert zu sein. Verbraucher- und Bodenschutz, Umwelt und Wasser sind seine Hauptthemen, dazu natürlich das Wettern gegen die „Politikerkaste“. Vor sechs Jahren hat mit seinem „V-Day“, Aufsehen erregt, dem „LMA-Tag“ für ein sauberes Parlament mit gleichzeitigen Live-Aktionen auf vielen Plätzen Italiens. Dadurch wollte er eine Petition für eine Wahlrechtsreform, eine drastische Reduzierung der Abgeordnetendiäten und den Ausschluss von Vorbestraften aus dem Parlament erreichen. Seitdem ist er für seinen aggressiven, vulgären Ton gegen das politische Establishment – „Die sind doch alle gleich (korrupt)!“, „Wir schicken sie alle nach Hause!“ – bekannt.

Seit 2005 betreibt er seinen eigenen Blog, auf dem er die Finanz- und Wirtschaftswelt beobachtet. Zusammen mit seinen Aktivisten setzt er sich für partizipative Demokratie (Bürgerhaushalt), öffentliche Daseinsvorsorge, erneuerbare Energien, gegen Aufrüstung und prekäre Arbeitsverhältnisse, für soziale Gerechtigkeit, gerechte Renten und die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen ein. Das sind linke Forderungen, die die sozialen Bewegungen und auch Rifondazione comunista thematisieren. Grillo hat die „NO-TAV-Bewegung“ im Susa-Tal von Piemont unterstützt, wo Gemeinden und Bauern seit Jahrzehnten gegen das umweltschädliche und verheerende EU-Großprojekt zum Bau der Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke Turin-Lyon kämpfen. Vor drei Jahren war er gemeinsam mit den Linken und vielen anderen Verbänden Initiator des Volksbegehrens für das erfolgreiche Referendum gegen Atomkraft, für öffentliches Wasser und Daseinsvorsorge.

Im Jahre 2009 gründete Grillo die Bewegung Movimento 5 Stelle (M5S). Sie hat eine vertikale Struktur; er ist der Chef und besitzt daher ihr Logo. Probleme mangelnder innerer Demokratie sind bereits aufgetaucht. 2008, 2010 und 2011 nahm M5S an Kommunal- und Regionalwahlen teil und stellte erste Stadträte. Der Durchbruch kam 2012, als in Parma, in der früheren roten Emilia Romagna, ein „Grillino“, ein M5S-Aktivist, zum Bürgermeister gewählt wurde. In Sizilien wurde M5S mit 14,9 Prozent stärkste Kraft. Die PD erhielt nur 13,4 Prozent. Grillo hat die Verarmung durch die Sparpolitik angeprangert und damit den Nerv der Menschen getroffen, während die PD und SEL ihn als „Populisten“ und Faschisten beschimpften, ohne das soziale Unbehagen wirklich anzugehen. Das zeigte sich auch bei der Abschluss-

kundgebung seines Wahlkampfes am traditionellen Ort linker Demos, der riesigen Piazza San Giovanni in Rom, an der 700 000 Menschen teilnahmen.

In Italien haben Linke und Rechte die Wut gegen die korrupten Partei- und Wirtschaftseliten gemeinsam. Korruption gab es schon immer, aber ausgerechnet in einer Zeit der tiefen Rezession, da die Sparpolitik den Menschen immer größere Opfer abverlangt, scheint sie zum System geworden zu sein. Die jüngsten Skandale betreffen das große Staatsunternehmen Finmeccanica und die älteste Bank der Welt Monte dei Paschi di Siena, in deren Vorstand und Aufsichtsrat PD-Vertreter saßen. Rechte wie linke Abgeordnete haben über die Partei- und Fraktionsfinanzierung Steuergelder veruntreut, Hochzeitsfeiern und Restaurantessen für Tausende Euros finanziert, Autos oder auch nur Bücher und Bonbons gekauft. In der Lombardei und in Latium kam es deswegen am 24./25. Februar zu Neuwahlen.

Die M5S-Abgeordneten des Regionalparlaments von Sizilien haben ihre Diäten auf 2 500 Euro reduziert, die Parlamentsabgeordneten dieser Partei von 18 000 auf 5 000 Euro. Der Rest wird für Fonds gespendet – in Sizilien für Kleinunternehmen, die von der Mafia geplagt werden. Bei der Parlamentswahl erzielte die M5S hier 33 Prozent und wurde damit in Sizilien wie auch in Piemont, Sardinien, Ligurien, Marken und den Abruzzen stärkste Partei. Staatliche Parteienfinanzierung wird von ihr abgelehnt, die Bewegung finanziert sich durch Spenden.

Was Grillo sagt, stimmt allerdings nicht immer: Er übertreibt und provoziert gern, „er hat eine groteske Art“, verteidigt ihn Literaturnobelpreisträger Dario Fo, der ihn offen unterstützt hat. Seine Sprache ist politisch nicht korrekt. Wenn er auch in Richtung der extrem rechten Bewegung „Casa Pound“ Avancen macht, kann er trotzdem nicht als Faschist bezeichnet werden, wie PD-Chef Bersani es getan hat. Im Unterschied zu ihm und anderen Politikern, die sich im Wahlkampf in teilweise halbleeren Theatern verkrochen, ist er bei Wind, Wetter und Kälte mit dem Wohnmobil durch das Land getourt und hat immer auf der „Piazza“, im Freien, auf improvisierten Bühnen gesprochen. Auf seinen Kundgebungen hat er auch gegen die Gewerkschaften gewettert und gefordert: „Weg damit!“ Sie seien so alt wie die Parteien. Betriebe sollen den Arbeitnehmer/-innen gehören. Die 163 neu gewählten „Grillini“ (Grillo selbst ist nicht angetreten) sind durchschnittlich 33 Jahre alt, Diplomwissenschaftler/-innen in prekären Arbeitsverhältnissen, Kleinunternehmer, Krankenschwestern, NO-TAV-Aktivisten, Arbeitslose, also ganz „normale“ Bürger/-innen und keine professionellen Politiker/-innen. „Wir sind weder links noch rechts“ – „Wir haben keine Ideologien“, sagt Grillo.

Laut Fausto Bertinotti, ehemaliger Parlamentspräsident und Parteivorsitzender von Rifondazione comunista ist die M5S „eine rabiate Protestformation, die eine völlig neue politische Sprache sowie neue Kommunikationsformen benutzt. ... Sie stellt nicht nur der etablierten Politik die Quidtation aus, sondern auch der Linken und den Gewerkschaften. Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit wird der Massenprotest nicht mehr von der Linken repräsentiert, sondern von einer neuen Bewegung, der Begriffe wie ‚Klassen‘ oder ‚Klassenauseinandersetzungen‘ fremd sind“. Es gibt kein definiertes Programm insbesondere im Finanz- und Wirtschaftsbe- reich. „Eure Forderungen werden online gestellt“, meint Grillo, sowie die Kandidaten online (auch mit nur ein paar



Dutzend Stimmen) gewählt wurden, mit allen Widersprüchen, die so etwas mit sich bringt. Mindestrente, Grundeinkommen von 1000 Euro, eine Mandatszeit von höchstens zwei Legislaturperioden: Viele einzelne Forderungen überschneiden sich mit dem Programm des linken Bündnisses Rivoluzione civile. Grillo hat ein Referendum über den Euro vorgeschlagen, aber das soll wohl ein Witz sein, denn dafür müsste die Verfassung geändert werden. Zum Fiskalpakt hört man von ihm kein Wort. In seinem Blog-Post vom 12. Januar „Das Europa von Goldman-Sachs“ greift er das „parasitäre“ Bankensystem und die Politik der EZB an. Am 2. März erklärt Grillo im Magazin Focus, dass die Schulden neu verhandelt werden sollen, und ruft in einem Interview mit einem griechischen Sender die PIGS-Länder (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) auf, sich solidarisch gegen die Banken zusammenzuschließen.

### 16 Millionen Stimmen: Eine präzedenzlose Wählerwanderung in Zeiten des Aufruhrs

Von dieser Wahl geht laut und deutlich ein Signal in Richtung Brüssel und Berlin aus. Die italienischen Wähler/-innen dürfen nicht beschimpft werden, sie hätten „ohne Verstand, sondern nach Spaß und Laune“ gewählt, wie es die Quintessenz der deutschen Arroganz und Besserwisserei, die Bild-Zeitung, tut (Schlechte Wahl, Italien! 27.2.2013). Sie haben bestimmt nicht „ihre eigene Ehre“ oder gar „die Zukunft eines ganzen Kontinents“ verspielt. Im Gegenteil: Sie haben bewusst ihr „Basta für Weiter so!“ gerufen und an der Urne ihrer Revolte gegen die jetzige EU-Politik Ausdruck verliehen. Damit haben sie kräftig an der undemokratischen und unsozialen Verfasstheit des gegenwärtigen Europas gerüttelt, um seine Zukunft zu retten. Auch die Mediendarstellung der italienischen Politik als ein pro-europäisches/seriöses Lager (Bersani und Monti) einerseits, und ein antieuropäisches/populistisches Lager (Grillo und Berlusconi) andererseits ist angesichts dieser Botschaft total irreführend.

Die Wahlbeteiligung ist von 80,5 Prozent auf 75,2 Prozent gesunken, die niedrigste in der Geschichte der italienischen Republik. Von ca. 50 Millionen Wahlberechtigten sind nur etwas über 35 Millionen an die Urnen gegangen. Grillo hat von allen Seiten Stimmen gewonnen: Die meisten der fast 8,7 Millionen 5-Sterne-Wählerinnen waren früher Nichtwählerinnen (ca. 3 Millionen, d. h. 37 Prozent), Mitte-Links- oder Linkswähler/-innen (33 Prozent). Die rechte PdL hat 18 Prozent an die M5S verloren, das gesamte Mitte-Rechts-Bündnis 27,3 Prozent. Laut Roberto Weber, Vorsitzender des SWG-Instituts, seien zwei Haupttendenzen in der 5 Sterne-Wählerschaft festzustellen: Einerseits fordert sie Selbstbestimmung und Demokratie vor Ort; andererseits will sie nicht länger dulden, wie das Parteiensystem und der Staat verwaltet werden.

Besonders schwerwiegend ist die Verschiebung des Kräfteverhältnisses in den „roten“ Regionen Italiens, den traditionellen Hochburgen der KPI, später der Linksdemokraten und letztlich der PD. In den Marken gewann die M5S mit 32,1 Prozent. Die PD, die 2008 41,4 Prozent (405 000 Stimmen) erhalten hatte, erreichte diesmal nur 27,7 Prozent (257 000 Stimmen). Die Region ist wie andere traditionell linke Regionen (Toskana, Emilia-Romagna, wo die PD ebenfalls abgestraft wurde), ein hochindustrialisiertes Gebiet, in dem die Krise heftig zugeschlagen hat, besonders bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Da öffentliche Aufträge nicht

bezahlt wurden, mussten viele Betriebe bei leeren Kassen ihre Angestellten entlassen und trotzdem Steuern zahlen. Wo die PD traditionell stark war, ist sie zusammengebrochen. Im roten Bologna verliert die Partei auch an Grillo: Die Hälfte seiner Wähler/-innen hatten 2008 PD gewählt. 18 Prozent gewann die M5S von der Linken. Im nördlichen Turin, einer industriellen und postindustriellen Stadt mit linker Tradition, wo die 5-Sterne-Bewegung mit 29,1 Prozent den ersten Platz errungen hat, haben ca. 47 Prozent der ehemaligen linken Wähler/-innen die M5S unterstützt, bei der IdV waren es 63 Prozent. 20 Prozent der früheren PD-Wählerinnen sind zur 5-Sterne-Bewegung übergelaufen. Die PD hat flächendeckend im Norden wie im Süden um die 33 Prozent der Stimmen verloren. Besonders düster sieht es in den südlichen Regionen Basilicata, Kalabrien und ausgerechnet Apulien aus, das von dem Linken Nichi Vendola (SEL) regiert wird. Auch das Ergebnis von dessen Formation ist ziemlich ernüchternd. Sie erhielt 6,5 Prozent. Bei den Regionalwahlen von 2010 waren es noch 9,7 Prozent. Die PD schrumpfte hier von 31 Prozent auf 18,5 Prozent. Sieger wurde Berlusconi Bündnis. In Siziliens Hauptstadt Palermo ist Grillos Wählerschaft parteiübergreifend: Alle Parteien verlieren ziemlich gleichmäßig je 23 bis 30 Prozent ihrer Zustimmung an die M5S.

Laut Valentino Parlato, Mitbegründer der kommunistischen Tageszeitung Il Manifesto gewann Grillo aus zwei Gründen: Erstens, weil er eine einfache Sprache spreche, sage was Sache ist, was das linke Lager nicht mehr tue. Zweitens, weil er Monti nicht unterstütze, was der Grund sei, warum die PD verloren habe. Er selbst habe SEL gewählt, viele Freunde dagegen die M5S. (Interview in La Stampa, 26.2.2013)

Trotz heftiger Verluste siegt das Mitte-Rechts-Bündnis in der Lombardei, paradoxerweise mit Maroni als Spitzenkandidat für die Regierungsführung (42,8 Prozent), dessen populistische Lega Nord sich halbiert hat. Hier hat das Mitte-Links-Bündnis einen aus linker Sicht nicht allzu überzeugenden Kandidaten (Ambrosoli, 38,2 Prozent) aufgestellt. Die Unternehmer, wahrscheinlich besorgt über die Wirtschaftslage angesichts der Exportstärke Deutschlands, haben sich eher für eine „unabhängige Makroregion des Nordens“ entschieden, für die Maroni plädiert hat. Die PdL von Berlusconi hat trotzdem auch in ganz Italien verloren (insgesamt 46 Prozent der Stimmen). Am schlimmsten im Zentrum, wo er satte 50 Prozent einbüßte – im Norden „nur“ 39 Prozent: insgesamt 1,6 Millionen an Grillo, genauso viele wurden Nichtwählerinnen, 700 000 Stimmen an Monti, genauso viele an andere kleine rechte Parteien, und 300 000 an die PD. Auch die Lega Nord ist eine große Verliererin dieser Wahl (von 8,3 auf 4 Prozent – von ca. 3 Millionen auf 1,39 Millionen Stimmen). Sie sinkt besonders drastisch in ihren traditionellen Hochburgen im Norden (Venetien, Lombardei, Piemont), z. B. von 35 Prozent in Venetien bei den Regionalwahlen von 2010 auf jetzt 10 bis 11 Prozent. Hier wanderten 24 Prozent ihrer Wähler/-innen in Richtung Grillo ab und 20 Prozent blieben zu Hause. Berlusconi gewann 300 000 Stimmen von der Lega Nord und weitere 200 000 von der Zentrumsparterie UDC Casinis, dem das Bündnis mit Monti kein Glück brachte (sein Anteil sank von 2 Millionen auf 610 000 Stimmen), sowie dem Parlamentspräsidenten, dem Ex-Faschisten Fini, der 2010 mit Berlusconi brach: Er wird nicht mehr im Parlament sitzen, auch nicht der ehemalige Staats-



anwalt Di Pietro, dessen Partei IdV sich der Rivoluzione civile anschloss, die den Sprung ins Parlament verpasste. Außer in der Lombardei wurden die Regionalparlamente auch in Latium (der Region um Rom) und im südlichen Molise neu gewählt. Hier haben die Mitte-Links-Kandidaten gewonnen.

## Und die Linke?

In den letzten vier Jahren stellten die SEL, die sich 2009 von Rifondazione abspaltete, und das Linksbündnis (Rifondazione mit weiteren kleinen Formationen) in Italien das parteipolitische linke Lager dar. Beide lagen in den letzten Jahren bei 3 bis 4 Prozent, und konnten daher kein veritables Gegengewicht zur PD darstellen. Eine Zeit lang schien Nichi Vendola der Hoffnungsträger zu sein, insbesondere nach seinem zweiten Erfolg 2010 in Apulien, wo er als Ministerpräsident wiedergewählt wurde. Sein Ziel bestand darin, eine demokratische Urabstimmung des ganzen Mitte-Links-Lagers (PD+Linke) über den Kandidaten für den Regierungschef zustande zu bringen. Sein Name stand für den Wandel. Wenn es 2010/2011 zu einer Urwahl gekommen wäre, hätte er gute Chancen gehabt zu gewinnen, denn seine Popularität war damals sehr groß. Aber die PD wollte zu dieser Zeit keine Urabstimmung, und obwohl ständig von Neuwahlen die Rede war, wurde daraus nichts. Nicht einmal im November 2011, als Staatspräsident Napolitano unbedingt Mario Monti als Premier wollte, statt nach dem aufgezwungenen Rücktritt Berlusconi das Parlament aufzulösen. Vendola gab zu, dass er der Regierung Monti das Vertrauen gegeben hätte, wenn er im Parlament gesessen hätte. Er hätte sie unterstützt, wenn diese eine Vermögensteuer eingeführt hätte. Vielen Linken war aber von Anfang an klar, dass Monti den Anweisungen der Troika Folge leisten würde. Vendola ging dann in ein Bündnis mit der PD, weil er „auch gewinnen und regieren wollte“. Zum Schluss beteiligte er sich im November 2012 an der Urabstimmung des Mitte-Links-Lagers, wo er nach Bersani und Renzi, dem Bürgermeister von Florenz und PD-Erneuerer von rechts, an dritter Stelle landete. Voraussetzung für die Urwahlkandidaten war die Unterzeichnung einer Absichtserklärung. Darin verpflichtete sich auch Vendola u. a. zur Einhaltung der europäischen Verträge und dazu, „bei allen wirtschaftlichen und institutionellen Maßnahmen, die in den nächsten Jahren nötig sein werden, um die Währungsunion zu verteidigen, in Richtung einer föderalistischen, politisch-wirtschaftlichen Regierung der Eurozone zu gehen“. Im Fall von Meinungsverschiedenheiten sollte „eine qualifizierte Mehrheit“ entscheiden. Als demokratische Praxis ließ die Kandidatenerwahl viel zu wünschen übrig. Dies sowie Vendolas politische und strategische Positionierung enttäuschten sehr viele SEL-Anhängerinnen, die nicht daran glaubten, dass ein Mitte-Links-Bündnis einen Kurswechsel herbeiführen könnte, weil die PD für den Sparkurs stand.

Andererseits kritisierte Rifondazione comunista das neu verfasste Europa des Spardiktats, während andere Teile des Linksbündnisses erklärten, sich bei der PD-Urwahl beteiligen und eine Mitte-Links-Regierung unterstützen zu wollen. So z. B. der Vorsitzende der Comunisti italiani, Oliviero Diliberto. Im Herbst 2012 lancierten einige parteilose Intellektuelle und Wissenschaftler einen Appell für den Kurswechsel: *Cambiare si può*, hieß er, etwa: *We can change*. Inhaltlich plädierten sie für eine Revision der europäischen Verträge, insbesondere die Abschaffung des Fiskalpakts und der Sparpolitik, für öffentliche Daseinsvorsorge, Grundeinkommen,

für Abrüstung, für öffentliche Investitionen zugunsten der Beschäftigung. Als zu Neuwahlen aufgerufen wurde, versuchten diese Aktivisten, die viele Verbände um sich gesammelt hatten, durch Versammlungen (1. Dezember), die Methode der demokratischen Teilhabe für eine eigene Listenaufstellung einzuführen. In Italien gibt es kein Parteiengesetz: Das jetzige Wahlrecht ermöglicht Parteigremien eine völlig willkürliche Kandidatenaufstellung. Die Unterstützer/-innen des Appells hatten nichts gegen Parteien, aber sie wünschten von deren Seite Zurückhaltung, denn auch im linken Lager ist das Misstrauen gegenüber Parteien und etablierter Politik sehr stark, insbesondere nach der Leistung der letzten Jahre (Regierungsbeteiligung 2006–2008, Scheitern der Regenbogen-Linken 2008 und nachfolgende Zersplitterung).

Parallel schlug Luigi de Magistris, der im linken Lager beliebte Bürgermeister von Neapel, Anti-Mafia-Staatsanwalt Antonio Ingroia als Spitzenkandidat einer linken Liste vor. Dieser beteiligte sich an den Treffen der Verbände, organisierte aber seinerseits Anfang Dezember eine Versammlung, zu der er auch die Verbände einlud. Viele hatten keine Einwände gegen ihn als Spitzenkandidat; die Art und Weise aber, wie er offiziell auf einer Pressekonferenz mit Unterstützung des Linksbündnisses und der IdV von Di Pietro mit eigenem Logo (Rivoluzione Civile) kandidierte, verärgerte viele parteilose Aktivisten. Die meisten, die in einer Petition online mitmachten, entschieden sich trotzdem, ihn zu unterstützen. Ingroias Schwerpunkt war eher der Kampf gegen die Mafia und die Korruption, aber dann übernahm er auch die programmatischen Punkte der Unterstützerinnen des Appells für einen Kurswechsel in Europa. Ingroia ist kein fulminanter Redner, außerdem wurde er von den Medien boykottiert und vom Mitte-Links-Bündnis als Konkurrenz verachtet, weil er die Politik Montis heftig kritisierte. Dieses versuchte die Wähler/-innen zu überzeugen, dass Stimmen für Rivoluzione civile verschenkt seien. (Das Wahlprogramm von Rivoluzione civile siehe Anlage.) Wie schon 2008 bleibt die Linke mit ca. 765 000 Stimmen weit unter der 4-Prozent-Sperrklausel. Die SEL liegt in der Kammer bei 3,2 Prozent (ca. 1 Millionen Stimmen) und im Senat bei 2,97 Prozent. Die Regenbogenlinke (Sinistra Arcobaleno) lag 2008 bei 3 Prozent (ca. 1,25 Millionen Stimmen). Genaue Zahlen gibt es nicht, aber laut Renato Mannheimer soll die PD auch an die SEL verloren haben.

„Der Erfolg der M5S zeigt, dass die Linke in Italien verschwunden ist – nicht die „radikale Linke, die schon 2008 hinweggefegt wurde“. Diesmal wurde an der Stammwählerschaft der früheren KPI, jetzt PD heftig gerüttelt (Allegrì/ Ceccarelli).

Aus dem politisch-parlamentarischen System ist die Linke endgültig verschwunden. Das spricht für eine Krise des Systems der repräsentativen Demokratie. Die Linke „in der Gesellschaft, in den Bewegungen gibt es schon“, meint Bertinotti. Früher war nur Rifondazione als Partei in der Lage, sich mit den Bewegungen auseinanderzusetzen. Viele Forderungen von beiden sind von den 5-Sterne-Aktivisten auf eine unstrukturierte und nicht ideologische Art übernommen worden: Die M5S hat auch aus diesem Grund gewonnen. Wie sie sich trotz aller Widersprüche weiter entwickelt, wird sich mit der Zeit erweisen. Das linke Milieu muss sich jetzt darüber Gedanken machen – und die Debatte hat gerade erst angefangen.

## Anlage:

### Das Programm von „Rivoluzione Civile“

- Für ein Europa der Rechte, gegen das Europa der Wirtschafts- und Finanzoligarchien. Wir wollen ein von den Finanzmächten unabhängiges Europa und eine demokratische Reform der europäischen Institutionen. Wir sind gegen den Fiskalpakt, nach dem der italienische Haushalt in den nächsten zwanzig Jahren um 47 Milliarden pro Jahr gekürzt werden muss. Das wird schwere Folgen für das Leben der Arbeitnehmer/-innen und der schwächeren Schichten haben, die sozialen Rechte werden weiter zerschlagen werden und die Wirtschaftskrise wird sich vertiefen. Das Problem des Haushaltsdefizits muss mit einer gerechten und radikalen Politik angegangen werden, die bei der drastischen Senkung der hohen Zinsraten anfängt und auf Entwicklung setzt. Neben dem BIP muss ein weiterer Indikator für sozialen Wohlstand und Umweltschutz entwickelt werden.
- Für Legalität und eine neue Anti-Mafia-Politik, die darauf abzielt, nicht nur die Mafia einzudämmen sondern sie aus der Welt zu schaffen. Die Mafia muss im Kern ihrer Finanzstruktur und ihrer Beziehungen zu den anderen Mächten, insbesondere zur politischen Macht, getroffen werden. Wir wollen konsequent gegen organisierte Kriminalität und Korruption kämpfen, Bilanzfälschung als Straftat wieder einführen und die Gefährdung der Umwelt strafbar machen. Solche Maßnahmen sind notwendig, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.
- Für Laizität und Freiheit. Unserer Meinung nach soll der Staat laizistisch sein, und die Menschen müssen das Recht auf Selbstbestimmung haben. Für eine Kultur, die die Unterschiede anerkennt. Wir ächten Frauenmorde, kämpfen gegen alle Formen von Sexismus und stehen für Gender-Demokratie. Wir kämpfen gegen Homophobie und wollen die Anerkennung der Rechte für Menschen und Paare unabhängig vom Geschlecht. Wir kämpfen gegen alle Formen von Rassismus, wollen alle Menschen, die in Italien geboren wurden, einbürgern und eine migrantenfreundliche Politik betreiben.
- Für die Rechte der Arbeitnehmer/-innen. Wir wollen keine Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Wir unterstützen Tarifverträge, wollen die Wiedereinführung des Kündigungsschutzes sowie ein Gesetz für die Vertretung der Arbeitnehmer/-innen im Betrieb und für Demokratie am Arbeitsplatz. Durch Investitionen in Forschung und Entwicklung, durch eine Industriepolitik zur Erneuerung der Produktionsstrukturen und den ökologischen Umbau der Industrie wollen wir Arbeitsplätze schaffen. Wir fordern ein Mindesteinkommen für Arbeitslose. Wir fordern die Erhöhung der Gehälter und Löhne, beginnend mit Steuerfreiheit für den 13. Monatslohn (Weihnachtsgeld – Anm. d. Ü.) und der Abschaffung der ungerechten kalten Progression. Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz müssen geschützt und gewährleistet werden.
- Für die Unterstützung der KMU, des Handwerks und der Landwirtschaft. Die Unternehmen sollen vom Druck des organisierten Verbrechens und der erstickenden Bürokratie befreit werden. Unternehmen, die in Forschung und Innovation investieren sowie feste Arbeitsplätze schaffen, wollen wir steuerlich begünstigen. Spitzenleistungen in Landwirtschaft, Mode, Tourismus, Kultur und umweltfreundlicher Wirtschaft sollen gefördert werden.
- Für die Umwelt. Wir wollen ein anderes Entwicklungsmodell statt des jetzigen, das für Klimawandel, Ressourcenverschwendung, Armut, Ungerechtigkeit und Kriege verantwortlich ist. Wir wollen die Ausplünderung des Bodens stoppen, die Landschaft schützen und Großbauprojekte wie den TAV (Hochgeschwindigkeitsbahn im Susa-Tal – Anm. d. Ü) und die Brücke über die Straße von Messina (zwischen Kalabrien und Sizilien – Anm. d. Ü) ad acta legen. Wir wollen die Privatisierung der Daseinsvorsorge, beginnend mit dem Wasser, verhindern. Wir wollen Qualitätsprodukte der Landwirtschaft, biologische Vielfalt, den Schutz von Tierrechten und sind gegen genetisch veränderte Organismen. Mit einem Plan für Energieeinsparung, durch die Entwicklung erneuerbarer Energien, die Sicherung des Bodens und eine nachhaltige Mobilität, die unsere Städte von der Luftverschmutzung befreit, wollen wir neue Arbeitsplätze schaffen.
- Für Gleichheit und soziale Rechte. Wir wollen die Grundsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum abschaffen, sie dagegen für Kirchenimmobilien mit kommerzieller Nutzung und für Bankenstiftungen einführen, ebenso die Besteuerung großer Vermögen. Wir wollen Steuerhinterziehung bekämpfen sowie niedrige und mittlere Einkommen steuerlich begünstigen. Wir wollen das öffentliche Gesundheitssystem stärker unterstützen und einen Plan für Pflegefälle entwickeln. Wir fordern das Recht auf Wohnen und die Sanierung des Gebäudebestandes. Wir wollen eine Höchstgrenze für hohe Renten. Wir wollen die unsoziale Rentenreform abschaffen, indem wir die großen Ungerechtigkeiten wiedergutmachen, die dadurch entstanden sind.
- Für Kultur, Bildung und freie Information. Wir bestehen auf dem universellen Wert von Bildung, Universitäten und öffentlicher Forschung. Wir wollen den freien Zugang zur Kultur, denn nur so können freie und selbstbewusste Bürgerinnen heranwachsen. Der Staat soll dabei eine wichtige Rolle spielen, wie es ihm laut Artikel 9 der italienischen Verfassung zukommt. Wir wollen das Kulturgut fördern. Wir wollen eine demokratische Reform der Informationsstrukturen und des Fernsehens, damit diese von der wirtschaftlichen und finanziellen Macht unabhängig werden. Wir wollen ein Gesetz, das Interessenkonflikte regelt. Parteienvertreter dürfen nicht mehr Vorstandsmitglieder des öffentlichen-rechtlichen Senders RAI sein. Wir wollen den freien, für Jugendliche kostenlosen Internetzugang und Breitbandanschluss im ganzen Land.
- Für Frieden und Abrüstung. Die Armee soll ausschließlich eine defensive Rolle spielen, wie es ihr laut Artikel 11 der Verfassung zukommt, und aus allen internationalen Missionen abgezogen werden. Wir wollen die internationale Entwicklungshilfe fördern. Europa muss insbesondere im Mittelmeer für Frieden und Abrüstung agieren. Das Militär soll reduziert und die Pläne für den Ankauf von F-35-Bombenflugzeugen sollen gestrichen werden.
- Wir stellen die Frage der Moral in der Politik und wollen eine andere Politik. Wer in einem Prozess verurteilt wird, gegen wen ein Ermittlungsverfahren wegen Schwerverbrechen, Finanz- und Steuerverbrechen oder Verbrechen gegen die öffentliche Verwaltung eingeleitet worden ist, soll nicht als Kandidat für eine Wahl aufgestellt werden



dürfen. Wir wollen alle Privilegien für Politiker streichen, die Diäten von Parlaments- und Regionalabgeordneten kürzen, eine Mandatshöchstgrenze von zwei Legislaturperioden einführen. Wir wollen eine neue Ära der Demokratie und Teilhabe.

## Es geht nicht mehr um Berlusconi

*Fausto Bertinotti über die Krise der Linken und die große Transformation Italiens*

*Paola Giaculli und Marian Krüger sprachen für „ND“ mit dem früheren Präsidenten des italienischen Abgeordnetenhauses, Fausto Bertinotti (72), der zugleich Vorsitzender der Rifondazione Comunista war; aus: Neues Deutschland, 23. Februar 2012*

### ● **Wie erklärt sich das starke politische Comeback von Silvio Berlusconi?**

Berlusconi ist in der Tat im Aufschwung. Noch vor Kurzem war die Lage seiner Partei PdL hoffnungslos, nun ist Berlusconi Trumpf. Aber für Italien geht es nicht mehr um Berlusconi, sondern darum, wie das Land in die neuen europäischen Strukturen, das heißt den Fiskalpakt, das Schuldenregime eingepasst wird. Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds geben die Anweisungen. Deutschland macht das Tempo. Die herrschende Klasse hat sich mehrheitlich entschlossen, auf diese Option zu setzen und Berlusconi stört dabei. Da die Fortsetzung der technokratischen Regierung Monti unmöglich ist, muss sich die herrschende Klasse ein neues mehrheitsfähiges Bündnis suchen.

### ● **Wie könnte dieses Bündnis aussehen?**

Das dazu passende Regierungsbündnis ist eine Koalition des Mitte-Links-Bündnisses um die Demokratische Partei mit Monti. Eine Große Koalition mit der PdL wäre für sie durchaus wünschenswert. Aber das hat Berlusconis Comeback unmöglich gemacht. Soziale Bewegungen, alternatives Denken, die Zurückweisung der Sparpolitik Montis werden in diesem Wahlkampf kaum repräsentiert. Auch aus diesem Grund kann Berlusconi wieder mit Populismus von rechts punkten.

### ● **Mario Monti wird in Deutschland als Reform- und Hoffnungsträger wahrgenommen. Entspricht dies der Stimmung in der italienischen Öffentlichkeit?**

Monti war in Italien nie so beliebt wie in Deutschland. Wie schwierig es für ihn wird, hat er wohl aber erst gemerkt, als er als Spitzenkandidat seines Wahlbündnisses antrat. Monti verfolgt ein in Italien undurchführbares Ziel, nämlich eine bürgerliche Massenpartei aufzubauen. Das gilt übrigens auch für das Projekt, eine sozialdemokratische Massenpartei aufzubauen. Monti steht für das Comeback der Wirtschaftseliten in der politischen Führung der europäischen Staaten. Das ist ein Symptom für die fortschreitende Suspendierung der repräsentativen Demokratie. Er trat unter der scheinlichen Losung an, „das Land zu retten“, ordnete es aber tatsächlich den Forderungen der Troika und der Austeritätspolitik unter. Ich habe die Regierung Monti immer für

eine Regierung gehalten, die ein neues politisches Regime konstituieren will.

### ● **Die rechte PdL wettet gegen die Sparpolitik, die als links geltende PD stützt Monti. Hat die italienische Politik das Rechts-Links-Schema hinter sich gelassen?**

Ich würde eher sagen, in Italien steckt die Linke tief in der Krise. Das wird vor allem deutlich am Beispiel Beppe Grillos, dessen „Bewegung der Fünf Sterne“, M5S, den Protest gegen die herrschende Politik, die systematische Korruption der Eliten, die allgemeine soziale Unzufriedenheit artikuliert.

### ● **Wieso ist M5S so erfolgreich?**

M5S ist eine rabiate Protestformation, die eine völlig neue politische Sprache sowie neue Kommunikationsformen benutzt. Sie könnte bei den Wahlen einen sensationellen Erfolg von bis zu 20 Prozent erzielen. Das stellt nicht nur der etablierten Politik eine Quittung aus, sondern auch der Linken und den Gewerkschaften. Zum ersten Mal in der italienischen Nachkriegszeit wird der Massenprotest nicht mehr von der Linken repräsentiert, sondern von einer neuen Bewegung, der Begriffe wie „Klassen“ oder „Klassenseinsetzungen“ fremd sind. Es ist also nicht so, dass es keine Rechts-Links-Dialektik gibt, sondern es gibt keine Linke im politischen System. In der Gesellschaft, in den Bewegungen, sozialen Auseinandersetzungen gibt es sie schon.

### ● **In Italien halten sich die Proteste gegen die Sparpolitik in engen Grenzen – im Unterschied zu Spanien und Griechenland. Worin sehen Sie die Ursachen?**

Natürlich gibt es auch in Italien Proteste, aber hier stehen keine großen Organisationen und Verbände dahinter. Die sozialen Bewegungen sind schwach. Europäische wie italienische Institutionen und Parteien haben sich gegen die sozialen und politischen Auseinandersetzungen hermetisch abriegelt. Es ist, als hätten sie einen Zaun um sich errichtet. Dies verhindert, dass aus den Protesten Akteure für den politischen Prozess erwachsen.

### ● **Wie konnte es so weit kommen?**

Die jetzige Lage in Italien ist schwer zu verstehen, wenn man eine Zäsur nicht beachtet: Die Phase der Nachkriegszeit, in der demokratische Kompromisse erreicht wurden und zugleich Klassenkampf herrschte, in der linke Volksparteien wie die PCI enormen Einfluss hatten, in der ein starkes Tarifrecht herrschte, ist in den 80er Jahren mit einer Niederlage zu Ende gegangen. Die aktuellen Verhältnisse würde ich im Sinne Karl Polanyis als „große Transformation“ bezeichnen.

### ● **Wohin führt diese Transformation Ihrer Meinung nach?**

Die Krise des politischen Systems und die Wirtschaftskrise gehen in einander über. Lassen Sie mich daran erinnern, dass sich die politischen Eliten nur noch mit Hilfe eines infamen Wahlrechts an der Macht halten. Genau in diesen Tagen kommen mit den Skandalen um die Banca Monte dei Paschi und die Finmeccanica weitere Beispiele der systemischen Korruption ans Licht. Aber innerhalb der herrschenden Klasse gibt es ein klares Projekt, die Überwindung des in der Nachkriegszeit entstandenen europäischen Sozialstaatsmodells. Wir erleben derzeit die Errichtung eines Europas des globalen Finanzkapitalismus.



# Die spanische Vereinigte Linke im Aufwind

Von Heinz Bierbaum, Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstandes der LINKEN

Unter dem programmatischen Motto „Von der Mobilisierung zur Organisation, vom Widerstand zur Alternative und von der Alternative zur Regierungsübernahme“ fand vom 14. bis 16. Dezember 2012 in Madrid die X. Bundesversammlung der Vereinigten Linken Spaniens (Izquierda Unida – IU) statt. Die Versammlung fiel in eine Zeit, in der die spanische Linkspartei, die auch Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL) ist, sich deutlich im Aufwind befindet. Dies drückt sich nicht nur in guten Wahlergebnissen aus – so hat die IU nach dem Erfolg bei den nationalen Wahlen im November 2011 auch bei den Regionalwahlen von 2012 deutlich zugelegt –, sondern auch in Massenprotesten und Streiks gegen die europäische bzw. nationale Kürzungspolitik. Diese Aufbruchstimmung prägte die Versammlung.

Der Kongress verlief recht harmonisch und offenbarte eine neue Geschlossenheit. Ausdruck davon ist, dass zum ersten Mal eine gemeinsame Liste aller Mitgliedsorganisationen für die Führungsgremien vorgelegt wurde, die die Unterstützung von rund 85 Prozent der Delegierten fand. In dem aus 158 Mitgliedern bestehenden Consejo Político Federal, der politischen Führung der IU, sind alle wesentlichen Strömungen vertreten, darunter auch führende Repräsentanten der Gewerkschaft CCOO (Comisiones Obreras) und der sozialen Bewegungen. Dem voraus ging eine interne Verständigung mit der Gruppe Izquierda Abierta um den früheren Koordinator der IU Gaspar Llamazares. Diese Gruppierung hat der Vereinbarung entsprechend einen Anteil von zirka 20 Prozent an den Leitungsgremien. Cayo Lara wurde als Generalkoordinator einstimmig wiedergewählt.

Cayo Lara sieht die IU nach dem Kongress als deutlich gefestigter an. Sie habe auch an ökologischer, feministischer und republikanischer Ausstrahlung gewonnen. Im Mittelpunkt stehen der Widerstand gegen die neoliberale Politik der konservativen Regierung Rajoy und die Weiterentwicklung der Proteste gegen den Sozialabbau zu einer politischen Alternative. Ein wichtiges Ziel besteht darin, das Zweiparteiensystem aus konservativer Volkspartei (Partido Popular – PP) und sozialdemokratischer PSOE (Partido Socialista Obrero Español) aufzubrechen. Die IU macht den Sozialisten den Hegemonieanspruch unter den Linken streitig und versteht sich selbst als die führende Kraft der Linken.

Die Vereinigte Linke sieht sich vor vier Herausforderungen gestellt und verfolgt dementsprechend vier Ziele: Erstens geht es darum, eine ökonomische Alternative für das Land vorzulegen. Mit der herrschenden neoliberalen Politik soll radikal gebrochen und eine Alternative entwickelt werden, die in der Perspektive des Sozialismus des 21. Jahrhunderts die Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik stellt. Zweitens soll der demokratische Widerstand des Volkes gegenüber dem kalten Staatsstreich, der auf die Liquidierung errungener Rechte und Freiheiten unter der Losung der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise hinausläuft, organisiert werden. Dies stellt im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen eine fundamentale Aufgabe der IU dar. Drittens will die IU sich selbst als politische Alternative zum Neoliberalismus der beiden

Parteien PP und PSOE entwickeln und sich mit ihren Verbündeten als eine Regierungsalternative darstellen. Das Ziel ist die Errichtung eines breiten alternativen gesellschaftlichen Bündnisses, das es auch politisch zu repräsentieren gilt. Und viertens soll die IU in ihrer Organisation grundlegend verändert werden, um sie zu einer starken politischen Kraft für die Linke und für die gesellschaftliche Mehrheit aufzubauen. Die IU ist sich bewusst, dass sie mit ihrer gegenwärtigen Organisationsform nicht den Anforderungen entspricht, die sowohl von den sozialen Bewegungen, dabei besonders der 15.-Mai-Bewegung, der Bewegung der Empörten (Indignados vom 15. Mai 2011) als auch bei den nachfolgenden Streiks und Aktionen der Gewerkschaften gestellt wurden. Ihr Ziel ist es, deutlich mehr Mitglieder zu gewinnen und die Organisation effizienter zu gestalten.

Neben der inhaltlichen Debatte auf der Bundesversammlung, wo es auch um die Frage ging, inwieweit das kapitalistische System überhaupt durch Reformen transformierbar ist, ist es vor allem die Entwicklung der Massenproteste zu einer politischen Alternative, die im Zentrum der Politik der IU steht. Dazu bedarf es einer grundlegenden Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses. Diese erscheint durchaus möglich. Die IU befindet sich in der Wählergunst im Aufwind. Ihr Anteil wird gegenwärtig auf 15 bis 16 Prozent geschätzt, was mehr als eine Verdopplung gegenüber dem Wahlergebnis von 2011 wäre. Entscheidend wird allerdings sein, inwieweit sich die noch mit der PSOE verbundenen Linkskräfte bewegen, ob sie bereit sind, sich von dieser zu lösen und sich dem von der IU angestrebten breiten gesellschaftlichen Bündnis anzuschließen.

## Die Troika bezwingen.

*Linksblock Portugals mit neuer Parteispitze*

Von Dominic Heilig, Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN, Referent der Bundestagsfraktion;  
aus: <http://dominic.linkeblogs.de/2012/11/12/>

Zum Auftakt der Protestwoche mit Demonstrationen und Generalstreik gegen die Politik der rechtskonservativen Regierung in Portugal und die Diktate der Troika gab es am 10. und 11. November 2012 den VIII. Kongress des Linksblocks (Bloco de Esquerda – BE).

Es war ein emotionaler Parteitag mit Fernsehinterviews für die Parteiführung im Minutentakt. Denn nach 13 Jahren an der BE-Spitze übergab Francisco Louça die Führung des Linksblocks. Zwar wurde auf dem Parteitag selbst „nur“ der Parteivorstand bestimmt. Alle Beobachter gehen aber davon aus, dass dieser im Nachgang Catarina Martins und João Semedo zu den neuen „Koordinatoren“ der Partei wählen wird. Diese erste Doppelspitze hat dabei nichts mit einem Ausgleich zwischen Parteiströmungen zu tun. Martins und Semedo arbeiten seit Jahren als Abgeordnete zusammen: Sie, die 39 Jahre alte Theaterschauspielerin, für Kulturpolitik verantwortlich, er, der 61 Jahre alte Arzt mit Vergangenheit in der Kommunistischen Partei (PCP) im Bereich der Gesundheitspolitik. Besonders in Bildungs-, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen wurde angesichts der EU-Sparauflagen fast alles zusammengekürzt.



So soll die Doppelspitze auch mehr die Breite und Traditionen des „Bloco“ nach außen symbolisieren. Die 1999 gegründete Partei (Mitglied der Partei der Europäischen Linken) wird vor allem von Akademikern und jungen Menschen unterstützt. Doch auch Arbeiter und die durch harte Kürzungen betroffenen Rentner dürften sich in dieser Krise vom Linksblock vertreten fühlen. Die Umfragen für die Partei ziehen an.

Mit der Wahl von Martins und Semedo wird nun die „zweite Generation“ der Partei deren Führung übernehmen. Francisco Louça, einer der Initiatoren der Parteigründung, trat am Wochenende aus der ersten Reihe zurück. Und im April verstarb viel zu früh ein zweiter populärer Parteigründer, der Europa-Abgeordnete Miguel Portas, der maßgeblich die internationale Politik der Partei prägte. Ihm zu Ehren wurde der Parteitag mit einem Film über sein Leben eröffnet, der die 519 Delegierten sichtlich berührte.

Der scheidende Vorsitzende Louça begeisterte die Delegierten danach noch ein letztes Mal mit einer kämpferischen Rede. „Wir leben in einer Zeit des Populismus. Der ‚Bloco‘ war immer die Barriere gegen den Populismus, denn dieser ist es, der die Demokratie zerstört. Wir aber sind die Partei, die die Debatte will, den Streit, die inhaltliche Auseinandersetzung.“ Wenn die Menschen die Partei darum bitten würden, müsse sie auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. „Der ‚Bloco‘ ist keine reine Protestpartei, er ist vielmehr eine Partei für die Lösung der Krise, eine Partei für eine linke Politik.“ Dafür, so Louça weiter, sei es notwendig, so schnell wie möglich die rechtskonservative Regierung abzulösen und durch eine Linksregierung, unter Einbeziehung von PCP, sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und Sozialistischer Partei (PS) zu ersetzen.

Vor allem Letzteres dürfte schwerfallen. Vor ihrer Wahlniederlage 2011 hatte die PS das erste Memorandum mit der Troika ausgehandelt. Davon ist jetzt, auf den harten Oppositionsbänken, kaum mehr die Rede. Klar ist deshalb für den Block, dass eine Linksregierung zuallererst die Diktate der Troika zurückweisen und die Sozialsysteme wiederbeleben müsse. Wie in Athen haben auch in Portugal die Kürzungsdiktate ein ziemlich finsternes Gesicht bekommen – das der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. Diese darf sich, wenn sie heute mit einer Wirtschaftsdelegation nach Lissabon fliegt, auf einen breiten und lautstarken Protest gefasst machen. Einen Vorgeschmack darauf bot der Parteitag des „Bloco“ allemal.

## Mehr Partei und weniger Europa

*Portugals Kommunisten diskutierten auf ihrem Kongress über Krisen und die EU.*

*Von Dominic Heilig;*

*aus: <http://dominic.linkeblogs.de/2012/12/03/>*

Zwei Wochen nach dem Parteitag des portugiesische Linksblocks (Bloco de Esquerda – BE) traf sich vom 30. November bis 2. Dezember 2012 die zweite im Parlament vertretende Linkspartei, die traditionsreiche Kommunistische Partei Portugals (PCP), in Almada. Eine Zusammenarbeit beider Parteien scheint danach erneut in weite Ferne gerückt zu sein.

Ein Jahr vor den Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag des ehemaligen, noch immer populären PCP-Führers Álvaro Cunhal kamen seine Nachfolger zu ihrem 19. Parteitag zusammen. Unter dem Titel „Demokratie und Sozialismus – Die Werte des (25.) April für die Zukunft Portugals“ versuchte sich die Partei an einer Standortbestimmung in Zeiten der Krise. Die über 1200 Delegierten verwiesen auf ihre Erfolge in den vergangenen vier Jahren. So stieg die Mitgliederzahl leicht auf 60484. Stolz blickte man auf Großdemonstrationen zurück – im September waren etwa eine Million auf Portugals Straßen – oder auf den gemeinsam mit dem Gewerkschaftsverband CGTP organisierten Generalstreik am 14. November. Auch die „Kaderschulung“ und der „Erhalt der Mitarbeiterstellen der Partei“ wurden hervorgehoben.

Doch die PCP hatte schon bessere Zeiten: Nur 16 Prozent der Mitglieder sind unter 40 Jahre alt, 39 Prozent älter als 64 Jahre. Der Frauenanteil liegt bei nur 30,1 Prozent, finanzielle Probleme erschweren die Arbeit. Entlassungswellen schlagen direkt auf die Partei durch: Die PCP als „Partei des Marxismus-Leninismus und Partei der Arbeiterklasse“ übt ihren gesellschaftlichen Einfluss, der in Wahlen mit acht bis zehn Prozent messbar ist, vor allem durch ihre Mitglieder an der Basis aus, in Unternehmen und Betriebsgruppen. Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes verlieren sich indes auch wichtige Parteibindungen.

So konzentrierte sich die PCP auf ihrem dreitägigen Parteitag in Almada vor allem auf ihre Stärken und versuchte sich an einer Analyse der Gegenwart Portugals. Zwar begrüßt sie die zunehmenden Proteste im Land, bemerkt aber kritisch, dass es den unterschiedlichen Gruppen an einem gemeinsamen Ziel mangelt. Eine Orientierung auf eine Politik „des Patriotismus und der Linken“ könne die PCP bieten. Der Partei geht es, wie dem Linksblock, in erster Linie um die Ablösung der Rechtsregierung. Dennoch erteilten die Kommunisten allen Bündnisbemühungen des „Bloco“ eine Absage. Nach ihrer Ansicht gehört etwa die Sozialistische Partei (PS), die rechnerisch für eine linke Regierungsmehrheit nötig wäre, längst dem rechten Lager an. Rufe des Linksblocks nach einer „breiten und modernen Linken“ weist die PCP als eine Form „inakzeptabler Arroganz“ zurück.

Auch in einer zweiten Frage setzt sich die PCP von anderen linken Kräften ab. Zwar will sie „weiter in der gemeinsamen Europafraktion GUE/NGL“ wirken, doch an die Reformierbarkeit der EU glaubt sie nicht mehr. Unter dem alten und neuen Vorsitzenden Jeronimo de Sousa orientiert sie auf die Rückgewinnung der Unabhängigkeit Portugals. Der Kampf für eine „alternative, patriotische und linke Politik“ führe nicht über das Modell der Neugründung der EU. Vielmehr müssten zunächst die Partei und die nationalen Kämpfe selbst gestärkt werden.



# Polen: neuer Aufschlag

Von Holger Politt, Warschau

Womöglich könnte die konservativ-liberale Tusk-Regierung von der linken Seite nun unter Druck geraten. Bisher eher Wunschtraum, soll das laufende Jahr den Durchbruch bringen. Aber weil das Jahr noch lang ist, so gilt auch hier, man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Doch die Ausgangslage ist zu Beginn des Jahres die schlechteste nicht oder zumindest besser als in den Vorjahren.

Der Konflikt auf der rechten Flanke zwischen den Nationalkonservativen der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und der regierenden Bürgerplattform (PO) ist seit langem festgefahren. Nachdem Jarosław Kaczyński sich im Herbst 2012 noch einmal und womöglich endgültig in die Smolensk-Ecke manövriert hat, die ihm aber kaum noch Chancen lässt, die 30-Prozent-Marke zu überwinden, kann er nur noch von einem großen Krach träumen, den die heranziehende neue Welle der europaweiten Finanz- und Wirtschaftskrise diesmal auch Polen bescheren könnte. Vorsichtshalber hat er bereits ein Schattenkabinett ins Rennen geschickt, welches vor allem technokratisch ausgerichtet ist.

Aus dieser Konstellation schöpften Donald Tusk und die PO bisher ihre Stärke: Wer die Rückkehr von Jarosław Kaczyński an die Regierungshebel verhindern wolle, müsse die liberalere PO wählen. Alles andere seien verlorene Stimmen. Hier misst sich auch das Gewicht des konservativen Parteiflügels der PO, der wohl annähernd ein Drittel der Gesamtstärke bei Mitgliedern und Wählern ausmacht, was auch ungefähr dem Verhältnis in der Fraktion entspricht. Denn dieser Flügel wirkt als Damm, den die Nationalkonservativen bei ihren Versuchen, mehr Einfluss in der sogenannten Mitte der Wählerschaft zu bekommen, bisher nicht überwinden konnten. Freilich zum Preis, dass in den allermeisten weltanschaulich relevanten und insbesondere in den das Verhältnis von Staat und Kirche betreffenden Fragen die Konservativen der PO sich um kein Jota von der nationalkonservativen Konkurrenz unterschieden. Uneingeschränkt verteidigen sie genau wie PiS den im Konkordat von 1993 verbrieften Grundsatz, wonach der katholischen Kirche in Polen in allen die gesellschaftliche Moral betreffenden Fragen Mitsprache-, also de facto Vetorecht eingeräumt werden muss. Dass das der Verfassung von 1997 widerspricht, die von einer Trennung von Staat und Kirche ausgeht, stört dabei wenig.

Es musste bislang auch den liberalen Flügel der Regierungspartei weniger stören, denn im Grunde traute sich nur ein einziger aufzumucken. Janusz Palikot begründete im Dezember 2010 mit diesem Widerspruch seinen Auszug aus PO-Fraktion und Parlament, kehrte an der Spitze einer eigenen Partei nach den Wahlen im Oktober 2011 allerdings mit glatten zehn Prozent der Wählerstimmen erfolgreich zurück. Ansonsten hatten die Liberalen in der PO in dieser Frage immer leichtes Spiel, denn die Linksdemokraten von der SLD schleppten tapfer ihren faulen Kompromiss, den sie 2003 mit dem Episkopat abschlossen, um das Referendum für Polens EU-Beitritt abzusichern. Es gab ein Quorum von 50 Prozent der Wahlberechtigten, weshalb nun die Kirche ihre Gläubigen demonstrativ aufrief, an der Abstimmung auch bei Ablehnung des Beitritts wenigstens teilzunehmen. Als Gegenleistung sicherte SLD-Vorsitzender Leszek Miller, damals Ministerpräsident, zu, den Status quo in den die Gesellschaft

betreffenden moralischen Fragen zu belassen. Freimachen konnten sich die Linksdemokraten von diesem Kotau nicht, auch nicht in der Oppositionsrolle, die sie seit 2005 einnehmen. Sie sahen es als eine Minderheitenfrage an, die der Mehrheit der Bevölkerung gleichgültig sei, und wollten der PO keinen zusätzlichen Vorwand liefern, sie als eventuellen Juniorpartner in der Regierung ablehnen zu müssen. Wenn man so will, ein stiller Rückzug vor dem konservativen, dem kleineren Teil in der PO.

Anders nun Janusz Palikot, der mit seiner Gruppierung nach den Wahlen im Oktober 2011 in den Sejm einzog, und das mit wehenden Fahnen, auf denen wie in der Verfassung die strikte Trennung von Staat und Kirche geschrieben stand. Diese Konsequenz wurde beibehalten, sie ging im parlamentarischen Alltag nicht verloren. Insofern gerieten Tusks Liberale erstmals unter Druck, außerdem wurde den Linksdemokraten gezeigt, wie scharf diese politische Waffe sein kann, wenn man sich nur konsequent auf die Verfassung stützt. Auch die SLD bezeichnet sich gern als sogenannte Verfassungspartei, trägt diese doch in großen Teilen ihre Handschrift. Keine kleine Herausforderung.

Auch deshalb forcierte Leszek Miller, Fraktionschef der Linksdemokraten und seit 2011 wieder ihr Parteivorsitzender, ein anderes Profil, um sich von den forschen Palikot-Leuten abzugrenzen. Die Palme, wirkliche Sozialdemokraten zu sein, schrieb er kurzerhand seiner SLD zu. Als Beweis gilt noch immer die Abstimmung über die Heraufsetzung des Renteneinstiegsalters auf einheitliche 67 Jahre, bei der die SLD komplett dagegen stimmte, während die Palikot-Leute fast geschlossen für den PO-Vorschlag votierten. Doch diese Abstimmungsschlacht um die Rentenreform zementierte eher die gehabte Gewichtsverteilung im Sejm, kostete die Palikot-Bewegung nur wenig Ansehen, denn ihr neigen vor allem jüngere Wählerschichten zu, denen die zeitnahen angeblichen Vorteile solcher Reformwerke augenfälliger sind.

Anders Ende Januar 2013, als es wesentlich auf Initiative der Palikot-Fraktion im Parlament zu einer Zuspitzung kam, die Donald Tusk erstmals die tiefe Kluft zwischen seinen beiden so ungleichen Flügeln vor Augen führte und ihm die erste parlamentarische Abstimmungsniederlage seit Herbst 2007 einbrachte. Abgestimmt wurde über Vorschläge, die dann in den Ausschüssen eventuell zu einem Gesetzespaket über die gesetzliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften geschnürt werden sollten. Doch die einfache Hürde erwies sich als zu hoch. Das Zünglein an der Waage spielte der konservative Teil der regierenden PO. Zur Auswahl standen drei Projekte, je von der Palikot-Fraktion, der SLD und der PO. Die beiden ersten Vorschläge fielen deutlich durch. Spannend wurde es im dritten Fall, denn der kam von der Regierungspartei selbst und wurde von Donald Tusk unterstützt. Dem war allerdings von vornherein klar, dass der kleine Koalitionspartner, die bauernpolitische PSL, aus Rücksicht auf Wählerpräferenzen hier konservativ entscheiden und ihn nicht unterstützen werde.

Da nun Palikot-Leute und Linksdemokraten wenigstens den PO-Vorschlag durchbringen wollten, entschied über den PO-Vorschlag das Stimmverhalten der PO-Fraktion. Im Vorfeld wurde die Fraktionsdisziplin aufgehoben, als erster nahm Justizminister Jarosław Gowin das Wort, der prompt und eiskalt erklärte, auch der PO-Vorschlag widerspreche der Verfassung! Tusk konterte, erklärte den Parteikonser-



vativen, es gehe nicht darum, was man selbst von solchen Lebensgemeinschaften halte, sondern allein darum, diesen Menschen rechtliche Bedingungen zuzugestehen, die deren Leben würdiger und leichter machten. Die Abstimmung zementierte den Riss in der konservativ-liberalen PO. Gowin und seine Leute stimmten wie die Nationalkonservativen (PiS) und gingen gemeinsam mit diesen als Sieger vom Platz. Eine völlig neue Situation, denn der Damm nach weiter rechts funktionierte hier nicht.

Wasser auf die Mühlen für Aleksander Kwasniewski, dem ehemaligen Staatspräsidenten, der das linksgerichtete Lager in Polen noch einmal aus dem Schatten der PO herausholen möchte. Sein bester Verbündeter dabei ist bislang Janusz Palikot, nicht Leszek Miller. Kwasniewski geht davon aus, dass beide Gruppierungen – die Palikot-Leute und die Linksdemokraten – nur zusammen in der Lage sein werden, die erforderliche 25-Prozent-Marke zu erreichen. Also streitet er für ein Projekt, welches künftig in gemeinsamen Wahllisten münden solle. Weniger Schwierigkeiten damit hat Palikot, dessen sich Bewegung nennende Partei ohnehin schwach verwurzelt ist und Stärke kaum aus Tradition, sondern aus aktuellen Konstellationen schöpfen kann. Schnell griff er die Initiative auf, versammelte kleinere linksgerichtete und liberale Parteien um sich und meldete – natürlich – Führungsanspruch an.

Dem widersetzte sich Miller, der als wackerer Verteidiger des SLD-Parteischilds in die Schlacht zog. Zunächst mit dem Argument, die Palikot-Bewegung sei nicht sozialdemokratisch und folge in Wirtschaftsfragen klar dem Kurs der Tusk-Regierung. Später dann immer mehr mit dem Verweis auf aktuelle Wählerumfragen, bei denen die SLD seit Monaten nun wieder stärker abschneidet als Palikot. Daraus münzte Miller nun recht offensiv und selbstbewusst die Forderung, linksgerichtete Bündnisse, die er begrüße, müssten unter Führung der SLD gestaltet werden.

Während es bis Mitte Februar noch so aussah, als ob Kwasniewski die Palikot-Variante favorisiere, also eine deutliche Stärkung des liberalen Elements, um möglichst weit in die Gefilde des liberalen Flügels der PO einzubrechen, ist er nunmehr eher bemüht, beide Streithähne zum Einlenken zu bewegen. Die allerdings haben entsprechend der eigenen Strategie bereits vorgebaut: Millers Linksdemokraten wollen am 1. Mai einen Kongress der „sozialen Linken“ durchführen, auf dem demonstrativ das Bündnis mit der großen Gewerkschaftszentrale OPZZ bekräftigt werden soll. Und Palikot möchte am 3. Mai, dem Staatsfeiertag für die Verfassung von 1791, einen Kongress der – jetzigen – Verfassung in Szene setzen. Wer Kwasniewski kennt, weiß, dass dessen Geduld bei schwierigen politischen Projekten mit Ecken und Kanten nicht unerschöpflich ist. Und doch hängt wohl in diesem Fall fast alles von ihm ab – ohne den Ex-Präsidenten werden Palikot und Miller nicht zusammenfinden. Sollte Kwasniewskis Vorhaben scheitern, hätte Donald Tusk einen neuen Rettungsanker.

Keinen dummen Vergleich fand Polens jetziges Staatsoberhaupt Bronisław Komorowski, der seinem Amtsvorgänger im liberalen Wochenblatt „Polityka“ empfahl, allmählich in den Hintergrund zu treten und jüngeren Kräften Platz zu machen. So wie es 1989/90 erfolgreich funktioniert habe, als auf der linken Seite für den jungen Aleksander Kwasniewski die Stunde der entscheidenden Tat anbrach. Der Witz liegt nur darin, dass Kwasniewski bereits 2005 eine deutli-

che Verjüngung in den SLD-Führungsstrukturen – übrigens gegen Leszek Miller – durchdrücken half, was nur bedingten Erfolg zeitigte. Auch deshalb wurde der Haudegen Leszek Miller wieder ans Ruder der Partei geholt.

## Die Prozesse in Lateinamerika und die Positionierung der Linken

*Von Dieter Boris, Prof. em., Universität Marburg, und Achim Wahl, AK Lateinamerika der LINKEN*

### Venezuela polarisiert

Wie verärgert und ungehalten die deutschen Medien das Wahlergebnis vom 7. Oktober 2012 in Venezuela zur Kenntnis nahmen, bestätigte einmal mehr die FAZ vom 17. Oktober, die in einem Kommentar meint, dass „der Venezolaner Chávez der Garant für den Machterhalt (in Lateinamerika) ist. Doch“ – so die FAZ – „auch dessen Zeit läuft ab.“ Sollten diejenigen recht behalten, die sich ein Venezuela ohne Chávez wünschen? In welcher Weise wird die Erkrankung von Präsident Chávez die weitere Entwicklung Venezuelas beeinflussen?

In einem Land, das wie kein zweites in Lateinamerika politisch polarisiert ist und in dem die Opposition, unterstützt von den alten Eliten und äußeren Kräften, alle Mittel einschließlich ihrer Vormachtstellung in den nationalen Medien nutzt, um die „bolivarianische Revolution“, wie sie in Venezuela genannt wird, zu diskreditieren, hat die Bevölkerung sich mehrheitlich für den Weg entschieden, der in den letzten Jahren eingeleitet wurde. Die Gründe für die Ablehnung der Entwicklung in Venezuela sind durchschaubar. Seit dem Antritt Hugo Chávez' als gewählter Präsident im Februar 1999 haben sich wesentliche politische und soziale Veränderungen vollzogen. Trotz vielfältiger Schwierigkeiten, darunter Putschversuche und erheblicher wirtschaftlicher Probleme, wurden im Verlaufe der dreizehn Jahre drei grundlegende Aufgaben in Angriff genommen: 1. Die Rückeroberung der Kontrolle über die nationalen Ressourcen des Landes; 2. die deutliche Reduktion der Armutquote und der ungleichen Verteilung; 3. das Vorantreiben realer Demokratie.

Vorrangig waren die Rückführung des nationalen Erdölunternehmens PDVSA in die Kontrolle des Staates und die Verwendung der Einnahmen des Erdölexportes für soziale Maßnahmen sowie die Umstrukturierung der Wirtschaft. Die erweiterten Spielräume wurden auch für eine fortschrittliche, solidarische Außenwirtschaftspolitik und die Förderung des lateinamerikanischen Integrationsprozesses genutzt. Über zahlreiche Wege (Bildungs- und Gesundheitsreform, Wohnungsbauprogramme, subventionierte Grundnahrungsmittel etc.) wurde in dem genannten Zeitraum die Armutquote von weit über 50 Prozent auf ca. 30 Prozent gesenkt. Venezuela gilt mittlerweile als das Land Lateinamerikas, in dem die ungleiche Verteilung der Einkommen am geringsten ist.

Die Verfassung von 1999 schreibt Prinzipien partizipativer Demokratie fest. Mit dem Gesetz der Poder Popular (Volksmacht) vom Dezember 2010 wurde den Kommunen das Recht übertragen, eigene Unternehmen zu gründen, die gemeinsam mit den Consejos Comunales (Gemeinderäten)



Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Wohnungen etc. verwalten.

Angesichts der überkommenen Wirtschafts- und Sozialstrukturen und der politischen Kultur des Landes sowie der zahlreichen Barrieren für einen umfassenden, tief greifenden Umwandlungsprozess gibt es noch viele Defizite, die im Wahlkampf auch angesprochen wurden: zu wenig kollektive demokratische Führung, zu geringe und wenig nachhaltige Veränderungen der Wirtschafts- und Agrarstrukturen, zu hohe Kriminalität, neue Formen von Korruption und Klientelismus usw. Trotz dieser Mankos waren die Errungenschaften und Fortschritte für die Mehrheit der Bevölkerung offenbar so deutlich, dass diese bestrebt war, sie durch ihr Wähler-votum abzusichern und auszubauen. Dieses vergleichsweise schlichte Faktum nachzuvollziehen übersteigt offensichtlich den intellektuellen und politischen Horizont nahezu der gesamten westlichen demokratischen Medien.

Mit dem Ableben von Präsident Chávez wird sich die Hoffnung der Gegner der bolivarianischen Revolution auf einen Kurswechsel nicht erfüllen. Ein Zurück zu den Zuständen vor 1999 wird kaum möglich sein. Das deutete sich sogar in den programmatischen Äußerungen der Opposition im Wahlkampf an. Große Teile der Bevölkerung sind durch den bolivarianischen Prozess im emanzipatorischen Sinne politisiert worden. Innere Zerwürfnisse im bolivarianischen Lager, wie sie die Opposition und der Westen erhoffen, erscheinen gegenwärtig noch als bloße Wunschvorstellung. Trotz aller organisatorischen und institutionellen Defizite kann eine einvernehmliche Nachfolgeregelung als durchaus realistisch angesehen werden. Auch in anderen Ländern Lateinamerikas haben Führungswechsel stattgefunden. Warum sollte dies in Venezuela nicht auch gelingen?

## Die Veränderungen in Lateinamerika

In gewisser Weise repräsentiert die Entwicklung in Venezuela die Veränderungen, die sich seit 1999 in Lateinamerika vollzogen haben. Nicht nur in Venezuela sondern auch in Bolivien, Ecuador, Brasilien, Uruguay und Argentinien kamen im Ergebnis von Wahlen linksgerichtete Regierungen zum Zuge. Übereinstimmend wird immer wieder festgestellt, dass diese Veränderungen in fast allen Ländern des Kontinents von breiten Volksbewegungen erkämpft wurden, die sich gegen die Auswirkungen neoliberaler Politiken ihrer Regierungen und der herrschenden Eliten richteten. Die Hegemonie dieser Eliten wurde erstmalig in der Geschichte dieser Länder zumindest in Frage gestellt, ohne sie jedoch endgültig zu brechen.

Jedes Land geht dabei eigene, originelle Wege, um seine spezifischen Probleme zu lösen, die in Brasilien anders gelagert sind als z. B. in Bolivien. Erreicht wurden überall wesentliche Ergebnisse bei der Bekämpfung der Armut, besonders der extremen Armut. Gestärkt wurden nationale Souveränität und Nationalstaatlichkeit. Mit der Ablehnung neoliberaler Politik ist der Weg zu mehr regionaler Zusammenarbeit und Integration gebahnt worden. Aber weder in Venezuela noch in Brasilien oder anderen Ländern haben die linksgerichteten Regierungen strukturelle Veränderungen erreicht, die sich in einer wesentlichen Veränderung der Eigentumsverhältnisse und der Wirtschaftsweise widerspiegeln. Bislang verfolgen sie eher gradualistische und pragmatische Politiken. Gleichwohl stellt sich die Frage nach den mittel- und langfristigen Orientierungen.

## Zeit der Herausforderungen und der Konflikte

Es ist offenkundig, dass bei langfristig wirkenden Entscheidungen der linken Regierungen die Konfliktpotenziale nicht nur gegenüber den notorisch rechten Kräften, sondern teilweise auch gegenüber der eigenen Basis und einzelnen sozialen Bewegungen zunehmen können. Dabei ist das Spektrum möglicher und tatsächlicher Konfliktfelder relativ breit: der Ausbau von materiellen Infrastrukturen und Kraftwerken, die Expansion des Bergbaus und des Agrobusiness, die Umsetzung neuer Mediengesetze, welche die privatwirtschaftlichen Interessen zurückdrängen sollen, Klientelismus und Korruption in neuen Formen etc.

Bezüglich der langfristigen Entwicklung sind in der Region einige Konzept bzw. Schlagwörter aufgetaucht wie jenes vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ oder vom „buen vivir“, dem guten und erfüllten Leben, das aus andinen Weltdeutungen stammt. Allerdings sagen diese z. T. als allgemeine Leitideen in den neuen Verfassungen von Bolivien und Ecuador niedergelegten Prinzipien wenig über die konkret einzuschlagenden Wege oder die Strukturen und Institutionen einer neuen Gesellschaft aus.

Daher kann es kaum als hilfreich empfunden werden, wenn einige Gruppierungen der Linken in Lateinamerika und in Europa bzw. Deutschland jedes einzelne Investitionsvorhaben oder Infrastrukturprojekt von der abstrakten Maßplatte solcher Konzepte her beurteilen und gegebenenfalls pauschal ablehnen. In dieser Diskussion gilt es die historisch gewachsenen und die aktuellen gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen, die jeweils nationalen und internationalen Kräfteverhältnisse sowie die als gangbar anzusehenden Alternativmöglichkeiten sorgsam abzuwägen.

## Einige Problemdebatten

Die Debatte um das gegenwärtige und zukünftige Wirtschaftsmodell hat viele Facetten. Dabei scheinen im Augenblick weniger Eigentums- und Verfügungsrechte oder die Formen der künftigen Arbeitsorganisation eine Rolle zu spielen als vielmehr die Frage der Außen- und Binnenorientierung sowie die mit der Außenorientierung verbundene Konzentration auf den Abbau mineralischer und agrarischer Rohstoffe. Zutreffend an der Kritik des neuen Extraktivismus scheint zu sein, dass keine Vorstellungen über mittelfristige Alternativen existieren, wenn dieser mit elementaren Nachteilen für die betroffene Bevölkerung und die Natur einhergeht. Überzogen und teilweise falsch wird die Kritik, wenn sie behauptet, dass die günstige wirtschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre allein oder vorrangig auf diese Faktoren zurückzuführen sei. Eine sofortige Abkehr von diesen in Jahrzehnten gewachsenen Wirtschaftsstrukturen scheint nicht möglich zu sein, wenn nicht eine katastrophale Absenkung des allgemeinen Lebensstandards der Bevölkerung hingenommen werden soll. Es sind also Lösungen anzustreben, die kurz-, bzw. mittelfristig eine pragmatische, für alle Beteiligten tolerable Form des „gemäßigten Extraktivismus“ (wie selbst der scharfe Kritiker der Linksregierungen E. Gudynas einräumt) beinhalten.

Wie bei jedem Transformationsprozess steht im Mittelpunkt die umstrittene Frage, wohin und wie sich die Umwandlungen und Veränderungen vollziehen sollen: sozialstaatlicher Kapitalismus mit einzelnen Reformen, Staatskapitalismus mit noch größerer Staatsintervention, Sozialismus,



d. h. eine vollständige Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft mit ganz anderen Eigentums- und Wirtschaftsformen?

In den meisten Ländern, die tief greifende Veränderungen anstreben, wurde dafür bislang kein exaktes Ziel definiert, was, nüchtern betrachtet, im Augenblick auch gar nicht möglich und realistisch ist. Noch überwiegt die Abgrenzung gegenüber „vorher“: Abbau von Armut und Ungleichheit, stärkere Intervention des Staates in den Wirtschafts- und Gesellschaftsprozess bei gleichzeitiger Demokratisierung der staatlichen Institutionen, Rückeroberung des öffentlichen Raums und Entwicklung von Formen partizipativer, unmittelbarer Demokratie, Wiedererlangung nationalstaatlicher Souveränität bzw. Ausbau der lateinamerikanischen Regionalprojekte.

Damit steht die Rolle des Staates im Zentrum der Debatte. Weder eine radikal anti-etatistische Position, die jegliche staatliche Form als Kern allen Übels (und der Entfremdung) begreift, noch eine „staatsvergötternde“ Position (Staatsidolatrie im Sinne Gramscis), die dem Zentralstaat die absolute und detaillierte Ordnungskompetenz zuweist, sind im Transformationsprozess sinnvoll und realistisch. In Lateinamerika kann der Staat in solchen Perioden – bei Kontrolle und Modifizierung seiner bisherigen Formen und Funktionen – von progressiven Regierungen genutzt werden. Allerdings ist es dann kein Staat mehr im herkömmlichen Sinne, der gegenüber der Gesellschaft und den sozialen Bewegungen mehr oder minder verselbständigt agiert, sondern er handelt in einer Konstellation, in der Führung und Basis in einem ständigen Austausch – und Kommunikationsprozess stehen. Dass dieses Postulat eines „Staates im Umbau“ nicht leicht umzusetzen ist, zeigt der politische Alltag. Das ändert aber nichts an der prinzipiellen Richtigkeit dieser Position.

Charakteristisch für die Politik der linksgerichteten Regierungen ist der vorherrschende Pragmatismus. Für eine neue Etappe fehlt es aber offenbar an der erforderlichen strategischen Zielstellung, die über das bisher Erreichte hinausweist. So betrachtet, ist die Entwicklung nach vorn hin offen.

Die internationale Krise und die Kräfte der Gegenreform schaffen eine Situation beständiger Unruhe und politischer Instabilität. Valter Pomar, Exekutivsekretär des Forums von Sao Paulo, schreibt in einem Essay vom März 2012, dass „die Möglichkeiten der gewählten Regierungen zur Realisierung grundlegender Transformationen nicht für immer fort-dauern werden. Das Fenster, das sich Ende der 90iger Jahre dafür öffnete, ist noch nicht geschlossen. Aber die Stürme, die absehbar sind, können es schließen.“

Die ökonomisch herrschenden Kräfte sind nirgendwo in der Defensive, auch nicht in den von Mitte-Links regierten Ländern, sondern nach der fast 10-jährigen Prosperitätsperiode eher ökonomisch gestärkt. Sie arbeiten beständig an ihrem politischen Comeback. Jede Schwächung und jede Konflikteskalation innerhalb der aktuellen Linkskoalitionen sind für diese Kräfte ermutigende Signale. Im Streit um den sogenannten Neo-Extraktivismus spielen sie sich neuerdings als Verbündete der eigentlichen „Naturbewahrer“ in Form einiger NGOs und anderer Kräfte auf.

Die jüngsten Äußerungen des US-Verteidigungsministers erinnern im übrigen daran, dass die USA ihre einstige „Hinterhof“-Region noch keineswegs abgeschlossen haben. Die Rechtsputsche in Honduras (2010) und in Paraguay (2012) sowie die Rechtsschwenks in Chile oder Peru signalisieren

auch, dass das Voranschreiten und die Konsolidierung linker Regimes alles andere als gesichert ist.

### Was ist zu tun?

Eine politisch wache Linke müsste die hier erwähnten und weitere Problemfelder in solidarischer und offener Diskussion aufgreifen und gemeinsam nach alternativen Wegen suchen. Dabei muss zwischen machbaren, naheliegenden Aufgaben einerseits und abstrakter Zivilisationskritik andererseits unterschieden werden. Letztere kann höchstens eine langfristige Orientierungsgröße sein. So sympathisch und zutreffend viele Elemente des bien-vivir-Diskurses sein mögen, sie ersetzen kein umfassendes, realistisches Programm für eine Gegenwartsgesellschaft in Lateinamerika. Auch scheinen sie wenig zur Analyse gegenwärtiger Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse beizutragen. Die bloße Wiederholung der „buen-vivir“-Prinzipien von Komplementarität, Reziprozität, Schenken etc. hilft nicht weiter.

Daher ist es Aufgabe der Linken scheinbar unversöhnliche Gegensätze zwischen partikularen Interessen/Ansichten und relativ allgemeinen Interessen aufzugreifen und entsprechende Kompromissformeln zu entwickeln. Ein quasi fundamentalistisches Insistieren auf einseitigen Positionen kann – wenn auch ungewollt – zum Scheitern des gesamten linken Projekts beitragen. In diesem Sinne sollten sich hiesige linke Lateinamerikakenner einmischen und diskutierend, beratend, lernend tätig werden. Mit dem Export postmoderner Theoriefetzen ist der Linken in Lateinamerika in der Regel weniger gedient, als wenn ernsthafte Analysen der lateinamerikanischen Realität vorgelegt oder gefördert werden.

Eine enge Zusammenarbeit auf theoretischer und politischer Ebene kann und muss durch praktische Zusammenarbeit ergänzt werden. Dazu zählen z. B. Öffentlichkeitsarbeit hierzulande im Sinn der fortschrittlichen Regierungen und Kritik hiesiger Regierungspolitik, die die lateinamerikanischen Regierungen für ihre entwicklungspolitisch förderlichen Maßnahmen, z. B. die Nationalisierung der eigenen Rohstoffressourcen, „bestraft“. Positiv ist es, wenn in neuen Publikationen und bei öffentlichen Veranstaltungen auf diese kontraproduktive Einmischung der bundesrepublikanischen Außen- und Entwicklungspolitik deutlich hingewiesen wird. In dieser Hinsicht scheinen die Möglichkeiten der Linken in der BRD und Europa und viele Potenziale der Artikulation noch nicht ausgeschöpft zu sein.



## Lateinamerika – die Linke im Übergang (2)

Fortsetzung der in Heft 2/2012 begonnenen Serie von Artikeln aus der Zeitschrift „América Latina en Movimiento, Nr. 475 vom Mai 2012 über die Linke in wichtigen Ländern Lateinamerikas. Die erste Folge enthielt Beiträge über Bolivien, Ecuador und Nicaragua.

### Uruguay: Die Linke angesichts der Herausbildung eines neuen Machtblocks

Von Raúl Zibechi, Analytiker und Berater sozialer Bewegungen

Die beiden Amtszeiten von Regierungen der Frente Amplio, der von Tabaré Vázquez (2005 – 2010) und der gegenwärtigen von José Mujica, sind zugleich die des stärksten Wachstums der uruguayischen Wirtschaft, die vor allem auf den Warenexport setzt. Das Land ist zu einem im Verhältnis zum Umfang seiner Wirtschaft bedeutenden Empfänger ausländischer Investitionen geworden. In den Jahren 2010 und 2011 gingen mehr als 5 Mrd. Dollar ein, ein wesentlicher Teil davon für die Errichtung eines zweiten Zellulosewerkes der chilenischen Gesellschaft Arauco, die eine Investition von 2 Mrd. Dollar aufbrachte.<sup>1</sup>

Parallel dazu wird seit 2003 eine starke Konzentration des Grundbesitzes und dabei eine Zunahme ausländischen Eigentums festgestellt, was die bedeutendste Umschichtung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande seit mehr als einem Jahrhundert darstellt. Große argentinische Unternehmensgruppen haben sich in den Landstreifen am Río Uruguay angesiedelt, um Soja zu produzieren. Brasilianische Multis haben sich der Ketten der Fleischproduktion und der Reiserzeugung bemächtigt, zwei der drei Hauptexportgüter des Landes. Die beiden Regierungen der Frente Amplio haben diese Flut von Investitionen gefördert, den Investoren Rechtssicherheit und Stabilität, niedrige Gewinnsteuern und Vorzugsbehandlung versprochen. Der neue Wirtschaftszyklus, den manche als Reprimarisierung der Wirtschaft bezeichnen, hat als langfristigen Effekt die Entstehung eines neuen Machtblocks hervorgebracht.

### Die multinationalen Unternehmen setzen auf Land

Im letzten Jahrzehnt haben sich die ausländischen Großunternehmen 1,8 Millionen Hektar Boden angeeignet, mehr als 10 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Uruguays. Die größten Ländereien von 234 000 Hektar gehören dem chilenisch-schwedisch-finnischen Unternehmen Montes del Plata, gefolgt von der Forestal Oriental (finnischen Ursprungs) mit 200 000 Hektar. Die US-amerikanische Gesellschaft Weyerheuser mit 140 000 Hektar und die argentinischen El Tejar und Agronegocios del Plata (ADP) mit 140 000 und 100 000 Hektar vervollständigen die Liste der großen ausländischen Investoren. Außerdem gibt es Investitions- und Rentenfonds mit geringeren Ankäufen zwischen 5 000 und 50 000 Hektar sowie weitere Käufe, die wir wegen des Fehlens statistischer Daten nicht kennen. Drei große Unternehmen kontrollieren die Hälfte der Flächen in der Forstwirtschaft.<sup>2</sup>

Niemals in der Geschichte Uruguays hat ein einziger Eigentümer so viel Land unter seiner Kontrolle gehabt. Der

größte Teil dieser Flächen dient der Forstwirtschaft, gefolgt von der Sojaproduktion. Die Vorgehensweise des Sojakomplexes ist die gleiche, wie sie die Saatgut-Pools in Argentinien anwenden: Sie kaufen eine kleine Fläche, wo sie die Operationsbasis des Unternehmens einrichten und den Maschinenpark konzentrieren, und pachten dann das umgebende Land. Diese Strategie hilft ihnen Anlagekapital zu sparen, das heißt, die gefürchteten „Risiken“ zu begrenzen.

In der Saison 2001/2002 wurden nur auf 28,9 Hektar Sojabohnen ausgesät. 2010 wurde eine Million Hektar erreicht.<sup>3</sup> Die Gründe für diese brutale Ausdehnung sind in Argentinien zu suchen, dem Land, aus dem diejenigen kommen, die 54 Prozent der Soja in Uruguay anbauen. Obgleich der Boden in Uruguay weniger produktiv ist, scheinen die von der Regierung Cristina Fernández beschlossenen Steuern in Argentinien diese Welle von Unternehmern ausgelöst zu haben, die seit 2003 in Uruguay investieren.

Heute nimmt Soja bereits etwa 60 Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche ein. Aber dieser Anteil wächst von Jahr zu Jahr weiter. Sechs Unternehmen, in der Mehrheit ausländische oder mit ausländischem Kapital verbundene, bearbeiten annähernd 25 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen.<sup>4</sup> Allein die Gruppe Los Grobo des Argentiniers Gustavo Grobocopatel besitzt unter dem Namen Agronegocios del Plata 90 000 Hektar Sojakulturen und ist der sechstgrößte uruguayische Sojaexporteur. Die Gruppe El Tejar, ebenfalls aus Argentinien stammend, baut 150 000 Hektar Soja an und ist damit der größte Sojaproduzent. Dazu kommen MSU (Manuel Santos Uribebarrea), die Gruppe Ceres Tolvas und Calyx Agro (verbunden mit dem Multi Dreyfus), alle aus Argentinien.

Eine Besonderheit des Sojakomplexes in Uruguay: Ihm fehlt fast völlig die industrielle Verarbeitungsstufe. 2008 wurden 88 Prozent der Sojabohnen exportiert, 7 Prozent waren als Saatgut vorgesehen und nur aus 5 Prozent wurde Öl gepresst. Während Uruguay Soja als Bohnen exportiert, deckt die einheimische Ölproduktion den Bedarf nur zu 44 Prozent, der Rest wird durch Importe aus Brasilien und Argentinien bestritten.<sup>5</sup>

94 Prozent der Exporte von Sojabohnen werden über den Hafen Nueva Palmira ausgeführt. Er ist an der Mündung des Paraná gelegen, wo die Wasserstraße Paraná-Paraguay beginnt, eine der zwölf großen Achsen der IIRSA (Initiative für die Integration der Regionalen Infrastruktur Südamerikas, ein Planungskomplex infrastruktureller Großprojekte zur Erschließung des Inneren des Kontinents – d. Ü.). Der Hafen ist eine Freizone, wodurch die Waren, wenn sie die Terminals erreichen, juristisch das Land verlassen und in eine Zone des Freihandels eintreten. Deshalb ist Nueva Palmira nach Brasilien das zweitwichtigste Ziel der uruguayischen Exporte. Dort werden 90 Prozent der Soja der Corporación Navíos gehandelt, die zu dem griechischen Multi Navíos Maritime Holding Inc. gehört.<sup>6</sup>

Vor kurzem hat die Regierung des Präsidenten José Mujica, der in den fünf Jahren der Regierung Vázquez Minister für Viehzucht und Landwirtschaft war, beschlossen, eine geringe Steuer für die großen landwirtschaftlichen Unternehmen einzuführen.

Die landwirtschaftliche Produktion wächst jährlich um 7 Prozent und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu den Staatsfinanzen durch Export, Einnahmen und Beschäftigung. Regierungskreise, die die Wirtschaft und die Finanzen kon-



trollieren (wie die Gruppe des Vizepräsidenten Danilo Astori) befürchten, dass höhere Steuern Investoren abschrecken könnten.

### Brasilien investiert stark

Der Zufluss ausländischen Kapitals beschränkt sich nicht auf die Sojaproduktion. Brasilianische Unternehmen kauften die größten Anlagen der Fleischindustrie Uruguays. Die Gruppe Marfrig erwarb die Schlacht- und Gefrierbetriebe Colonia, Tacuarembó, La Caballada, Fray Bentos und San José, womit allein diese brasilianische Gruppe 30 Prozent der Schlachtbetriebe kontrolliert. Insgesamt haben die Brasilianer über 45 Prozent des Fleischexports in der Hand.<sup>7</sup>

Mit der Reisproduktion verhält es sich ebenso. Der Hauptteil der Kette der Reisproduktion (Anbau, Lagerung und Export) befindet sich in den Händen brasilianischer Unternehmen. Dorthin wird auch fast der gesamte Reis exportiert. Im Jahre 2007 kaufte das Unternehmen Camin aus Rio Grande do Sul den größten uruguayischen Reisproduzenten. Es wird geschätzt, dass die Hälfte der Ernte und der Exporte von diesem Unternehmen kontrolliert wird.<sup>8</sup>

Die staatliche brasilianische Erdölgesellschaft Petrobras beherrscht 22 Prozent des Treibstoffmarktes. Die multinationale Gesellschaft Ambev monopolisiert 98 Prozent der Kette der Bierbrauerei von der Malzherstellung bis zur Produktion und Vermarktung der uruguayischen Biersorten. Von den zehn größten Exportunternehmen Uruguays sind fünf brasilianische, eine für den Reisexport und vier im Fleischexport, eine finnische, eine USA-Gesellschaft, eine argentinische und nur zwei uruguayische Exporteure. Dieser Prozess der Zunahme von Auslandskapital und der Konzentration in der Landwirtschaft, der Fleisch-, Reis- und Bierindustrie sowie im Exportgeschäft hat Uruguay in eine sehr verwundbare Lage gebracht.

Uruguay ist eines der wenigen Länder der Region, die keine Gesetze erlassen haben, welche den Kauf von Boden in den Grenzgebieten durch Ausländer verbieten. Ein großer Teil des Landes an der Grenze zu Brasilien ist in den Händen brasilianischer Grundbesitzer. Dagegen erlaubt Brasilien nicht, dass Ausländer in einem Bereich von weniger als 150 km von seinen Grenzen Boden erwerben. Dies wird als eine Angelegenheit der Sicherheit und Souveränität des Landes angesehen.

### Ein neuer Block an der Macht

Wie die übrigen Länder des Südkegels kommt Uruguay in der internationalen Arbeitsteilung die Rolle eines Produzenten landwirtschaftlicher Rohstoffe zu. Eine der entscheidenden Veränderungen, die durch die Soja eingeführt wurden, ist die Modifizierung der Unternehmensorganisation. Die Achse der Kette verlagerte sich vom Erzeuger zum Aufkäufer der Bohnen, er wurde zum Hauptfinanzier. Das ergibt sich aus der Rolle der großen multinationalen Unternehmen, der Konzentration der Produktion und auch daraus, dass die Landwirtschaft nur noch ein Spekulationsgeschäft ist.

Ein zweites Element ist die fast völlig fehlende Industrialisierung der Sojaproduktion. Es liegt auf der Hand, dass allein der Export der Bohnen sehr wenig Arbeitsplätze schafft. Argentinien erhöhte die Exportsteuern für Sojabohnen, um seine Lebensmittelindustrie zu stärken, die von der Regierung subventioniert wird. In bestimmtem Maße begünstigt die argentinische Politik so das Wachstum der Beschäftigung.

Ein drittes Problem hängt mit den weniger sichtbaren Veränderungen zusammen, die Folge der beherrschenden Position der Multis in der landwirtschaftlichen Produktion und der Ausfuhr Uruguays sind. Mit der Forstwirtschaft und der Sojaproduktion wird der Hauptakteur in den Gebieten mit Forst- und Landwirtschaft der Geschäftsführer oder der Supervisor des Unternehmens. Deren Vertragspartner für Dienstleistungen nimmt den Platz ein, den die Viehzüchter und ihre Hirten aufgeben müssen.

Alle diese ökonomischen, sozialen und kulturellen Veränderungen haben die lokale Macht auf dem Lande modifiziert. Entscheidende Akteure leben gar nicht mehr dort. Das erklärt die distanzierte Position dieser neuen Schicht von Technokraten zu den Umweltfragen, da sie nicht mehr im ländlichen Raum zu Hause sind. Ihr Verhältnis zu der verstreut lebenden Landbevölkerung unterscheidet sich sehr vom traditionellen Paternalismus des Grundbesitzers, der auf seine Weise enge Beziehungen zu „seinen“ Hirten unterhielt.

Die Viehzüchter und ihre Arbeitskräfte bildeten zwei Jahrhunderte lang einen Kern der politischen Macht in Uruguay. Deshalb muss man sich fragen, welche politische Orientierung die neuen Zwischenschichten des forstwirtschaftlichen und Agrobusiness einnehmen werden. Sie sind die neuen Machtfaktoren im Lande. Die fortschrittlichen Regierungen haben sich bisher auf diesen neuen Block von lokalen Eliten gestützt, die mit dem Agrobusiness verbunden sind, der großen Triebkraft des Wirtschaftswachstums, die die deutliche Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, seine Verdoppelung in weniger als einem Jahrzehnt erklärt.

So wie die traditionellen Parteien (die Nationalpartei und die Colorados) sich fast zwei Jahrhunderte lang auf die Großgrundbesitzeroligarchie und später auf den aus dieser hervorgegangenen Finanzsektor stützten, setzen die progressiven Regierungen auf den neuen ökonomischen Block, der im Entstehen ist und in den verschiedenen Zweigen des modernen Agrobusiness seinen hauptsächlichsten Ausdruck findet. Man kann allerdings argumentieren, dass die Monokulturen gegen die Ernährungssouveränität wirken, dass sie die „Überbevölkerung“ in die Peripherie der Städte abdrängen, dass sie sozioökonomische Polarisierungen und Umweltschäden hervorbringen. Aber niemand kann den „Erfolg“ des Modells der multinationalen Unternehmen in der Lebensmittelindustrie vom Standpunkt des ökonomischen Wachstums bestreiten.

Die Wandlungen im Weltsystem sind immer von Veränderungen in den Blöcken an der Macht, von tiefgreifenden Umschichtungen der herrschenden Klassen begleitet. Das war der Fall in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als unsere Länder die Unabhängigkeit gewannen, und ein Jahrhundert später mit den Prozessen der Importsubstitution. Die Ironie der gegenwärtigen Geschichtsperiode ist, dass diese Prozesse wie auch in anderen Ländern der Region unter linken und fortschrittlichen Regierungen vor sich gehen. Zu denken, dass sie etwas anderes tun könnten, als diese Veränderungen zu begleiten, wäre höchst naiv. Im Falle Uruguays gibt es nicht einmal eine Diskussion – wie sie sogar die Regierung Brasiliens seit einiger Zeit anregt – über die Probleme, die das gegenwärtige Entwicklungsmodell mit sich bringt.

## Argentinien: Das Dilemma der marxistischen Linken

Von Atilio A. Boron, Direktor des Lateinamerikanischen Fernstudienprogramms der Sozialwissenschaften (PLED), Buenos Aires

Gleich Hamlet läuft die argentinische Linke unablässig in den Schranken der Opposition umher und fragt sich, warum es ihr nicht gelingt, sich zu einer wirkungsvollen Regierungsalternative zu konstituieren. Aber dieses Bild ist trügerisch, weil es nicht einen umherirrenden Prinzen Hamlet gibt, sondern zwei.

Der erste, der eine Minderheit innerhalb der Linken darstellt, fragt sich bedrückt nach der Bedeutung und Wirkung der Veränderungen, die der argentinische Kapitalismus in der jüngsten Zeit erfahren hat, zu deren vielen Folgen die Fragmentierung und Desorganisation des Volkes und seine Unterordnung unter die klientelistische Politik gehören, die der Staat entwickelt hat. Und das in einer Periode, die auf die Währungskrise folgte und höhere Raten des Wirtschaftswachstums aufwies, was aber nicht dazu führte, dass die Armut auf das Niveau vor der Krise zurückging. Zweifellos gab es eine Verbesserung im Vergleich zu dem Höhepunkt der Krise (Ende 2001 bis weit ins Jahr 2002), als die Indikatoren von Armut und Ungleichheit auf Höhen stiegen, die in der nationalen Geschichte ohne Beispiel sind und sich denen des subsaharischen Afrikas näherten. In der kapitalistischen Wiederherstellung, die zuerst durch die Regierung von Eduardo Duhalde und seinen Wirtschaftsminister Roberto Lavagna betrieben und dann, zum Teil durch denselben Minister, in der ersten Hälfte der Amtszeit Nestor Kirchners fortgesetzt wurde, konnte eine rasche Erholung des Wirtschaftswachstums erreicht werden, aber die Ergebnisse bei der Verteilung der Einkommen sind im besten Falle bescheiden zu nennen.

Zehn Jahre nach der Einleitung dieses Prozesses hat die Armut nach Schätzungen verschiedener Quellen (Provinzregierungen unter Verwaltung kirchneristischer Kräfte, private Berater, die Argentinische Katholische Universität u. a.) fast ein Viertel der Bevölkerung erfasst. Die offiziellen Ziffern des Nationalen Instituts für Statistik (INDEC), das den Weisungen der zentralen Regierung folgt und keinerlei Glaubwürdigkeit besitzt, geben dagegen den Anteil der Personen, die unter der Armutsgrenze leben, mit weniger als 10 Prozent an. Diese Zahl wird jedoch nicht einmal von den kirchnertreuen Gewerkschaften ernst genommen, wenn sie mit den Unternehmerverbänden ihre Tarifverträge aushandeln.

Das Paradox, das diesem ersten Hamlet der Linken innewohnt, besteht in Folgendem: Da sich die kapitalistische Wirtschaft selbst in Zeiten höheren Wachstums über acht Jahre lang als unfähig erwiesen hat, eine Umverteilung herbeizuführen, sehen die Volksschichten die Linke nicht mehr als eine Regierungsalternative an, die in der Lage wäre, eine bessere Gesellschaft aufzubauen.

Der zweite Hamlet, der in der Linken die Mehrheit stellt, gefällt sich als Dr. Pangloss und meint wie dieser von Voltaire geschaffene unverbesserliche Optimist, dass „die Wahrheit der Revolution“ früher oder später im Schoße des Proletariats heranreifen werde und dass man daher nichts verändern müsse. Durch die eigene politische Bedeutungslosigkeit und ihr geringes Gewicht in Wahlprozessen und sozialen Auseinandersetzungen wie auch in den komplizierten

Fragen der Tagespolitik lassen sie sich den Glauben an den Endsieg nicht nehmen. Für die Vertreter solcher sektiererischer Positionen hat die Tragödie einer praktisch nicht vorhandenen Linken nichts zu tun mit der erneuerten Fähigkeit des heutigen Kapitalismus zur Zersplitterung der sozialen Proteste, mit seiner Wirksamkeit bei der Kooptierung von Führungsfiguren der Protestbewegungen, mit der Macht seiner Kulturindustrie zur Manipulierung des Massenbewusstseins trotz der Gehaltlosigkeit seiner Angebote, mit seinen autoritären Organisationsformen, mit seinen archaischen Diskursen gegenüber der Gesellschaft oder seinem Ignorieren der sozialen Bedürfnisse unserer Zeit.

Selbstkritik ist ein Wort, das im Vokabular der linken Fundamentalisten nicht vorkommt; Korrektur ist für sie ebenfalls ein unbekannter Begriff. In ihrem Kern beruht diese Haltung auf einem unerschütterlichen Axiom: Wenn es nicht zur Revolution gekommen ist, dann, weil bestimmte Führer der traditionellen Linken an dem Auftrag des Volkes Verrat begangen haben.

Diesen beiden Haltungen begegnet man bei ausnahmslos allen Kräften und Organisationen der Linken wenn auch in unterschiedlichem Grade. Getreu der peronistischen Tradition verstärkte der Kirchnerismus durch seine Regierungspraxis die Fragmentierung der Linken. Damit nicht genug: Er spaltete auch die Gewerkschaftszentrale der argentinischen Arbeiter (CTA) in einen Pro-Kirchner- und einen konsequenten Anti-Kirchner-Flügel. Gleiches geschah mit der Organisation der kleinen und mittleren Unternehmer und selbst mit dem bedeutendsten Unternehmerverband, der Argentinischen Industrieunion. Parteien mit hundertjähriger Geschichte wie die Radikale Partei und die Sozialistische Partei wie auch wichtige Gruppierungen der Studenten entgingen nicht der Losung „Abgrenzung zuerst, Zusammengehen danach“, die den Peronismus seit seinen Anfängen charakterisiert.

Diese Spaltung im Lager der Linken konnte deren Schwäche nur noch vertiefen. Eine ihrer Kräfte, die Kommunistische Partei (PC), bewegt sich auf dem schmalen, gefährlichen Pfad der „kritischen Unterstützung“ der Regierung von Cristina Kirchner Fernández, ausgehend von der Anerkennung des fortschrittlichen Charakters einiger politischer Maßnahmen wie die massive gerichtliche Verurteilung der Genozid-Verantwortlichen, die Reorientierung der Außenpolitik auf lateinamerikanische Interessen, einige Schritte der Sozialpolitik wie das allgemeine Kindergeld, die Ausweitung des Rechts auf Rente, die Verstaatlichung der privaten Rentenfonds, das Mediengesetz, die Ehe gleichgeschlechtlicher Personen und in jüngster Zeit die teilweise Renationalisierung des Erdölkonzerns YPF durch Enteignung der Aktien der spanischen Erdölgesellschaft Repsol. Aber neben diesen Initiativen gibt es andere, die eindeutig reaktionäre Züge tragen, wie die Verabschiedung von vier – nicht einem, sondern vier – Antiterrorgesetzen zwischen 2007 und 2011 auf Wunsch „der Botschaft“ (der USA – d. Ü.) und andere von rückwärtsgewandtem Charakter wie die Unterstützung von Megabergbauprojekten im Tagebau, die „Sojaisierung“ der Landwirtschaft, den Ausverkauf der Wirtschaft an ausländische Investoren, die Mitschuld an dem gigantischen Skandal der Aussaugung der YPF durch Repsol, die Aufrechterhaltung einiger maßgeblicher Pfeiler des neoliberalen Modells, das die zivil-militärische Diktatur errichtet hatte (zum Beispiel das Gesetz über Finanzkörperschaften, das den Vor-



rang des Finanzkapitals und die Spekulationsgewinne absegnen), die Unfähigkeit des Staates zu regulierender Tätigkeit und die skandalöse regressive Besteuerung, die die argentinische Wirtschaft kennzeichnet.

Diese instabile und widersprüchliche Kombination bewirkt, dass einige politische Kräfte, nicht nur die KP, glauben, es handle sich um eine Regierung, „in der gerungen wird“, dass es die Risse und Differenzen in der Regierung von Cristina Fernández zu nutzen gelte, um einen Plan zur Radikalisierung der vor sich gehenden Transformation voranzubringen. Das ist eine risikoreiche Option und die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Ausgangs ist gering, obwohl die Geschichte nicht selten unerwartete Wege geht, die selbst die erfahrensten Akteure überraschen.

Die These von der „Regierung, in der gerungen wird“ findet ihre Anhänger unter vielen fortschrittlichen Kräften Argentiniens, vor allem, wenn sich beweist, dass, zumindest in Hinblick auf die Wahlergebnisse, die wahrscheinlichste Alternative zum Kirchnerismus Träger eines beträchtlichen Rückschritts auf fast allen Gebieten – von den Menschenrechten bis zur makroökonomischen Ausrichtung – wären.

Ablehnung jeder Art „taktischer oder kritischer Unterstützung“ kommt von Organisationen der Linken mit trotzkistischem Einschlag wie der Arbeiterpartei (Partido Obrero, PO) und der Partei der sozialistischen Werktätigen (Partido de los Trabajadores Socialistas, PST), die einen Kurs der unbeugsamen, radikalen Opposition zum Kirchnerismus verfolgen. Das ist nicht verwunderlich, denn das Gleiche fordern sie für Regierungen wie die von Evo Morales in Bolivien, Rafael Correa in Ecuador und Hugo Chávez in Venezuela. Selbst zur kubanischen Revolution nehmen sie eine höchst kritische Haltung ein. Grundlage dieser maximalistischen Politik ist die Aversion, die aus der Erkenntnis der konservativen Züge des Kirchnerismus (siehe oben) herrührt, begleitet von einer ebenso großen Blindheit für die Tatsache, dass ungeachtet des weiter hohen Niveaus der Armut und sozialen Ausgrenzung die Lage der am meisten benachteiligten und ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung nach der Horror-situation Ende 2001 und Anfang 2002 eine relative Verbesserung erfahren hat, dass die Erfolge der Regierungspolitik kein „Märchen“ sind, sondern auf dem ganz prosaischen, aber ausschlaggebenden Terrain des Haushalts der Volksschichten eine gewisse Bestätigung finden. Das ergeben nicht nur die objektiven Tatsachen, sondern, was noch wichtiger ist, so sehen es in ihrer Mehrheit auch die arbeitenden Klassen.

Anders ist nicht zu verstehen, dass die „harten Linken“ von PO und PST bei den letzten Präsidentenwahlen mit ihren Losungen wenig mehr als 2 Prozent der Wählerstimmen erzielten. 54 Prozent stimmten für Cristina. Mit fehlendem proletarischem Bewusstsein allein ist eine solche Differenz nicht zu erklären. Da muss es noch etwas anderes geben.

Die Zersplitterung der marxistischen Linken berührt weitere Bereiche der progressiven Kräfte, die von ähnlichen Widersprüchen geplagt sind. Dazu kommt als verschärfender Umstand, dass sie sich auf Grund ihrer großen ideologischen Labilität leicht für den Kirchnerismus gewinnen lassen.

Die Humanistische Partei und bedeutende Sektoren des Neuen Treffens zum Beispiel näherten sich in ihrer Bündnispolitik so stark dem Cristinismus an, dass sie sich, ohne sich darüber im klaren zu sein, schließlich innerhalb der Front für den Sieg (Frente para la Victoria) der Präsidentin Cristina

Fernández wiederfanden. Das zeigt erneut die große Schwierigkeit, die der Peronismus als Massenphänomen und als Erbe der radikalsten populistischen Erfahrung darstellt, die man in Lateinamerika kennt und die in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre in Argentinien zu einer besseren Verteilung der Einkommen als in jedem anderen Land der Region vor dem Sieg der kubanischen Revolution führte.

Genau deshalb ist der Peronismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen – der keynesianische Populismus der ersten Periode Perón, der Ultraneoliberalismus von Menem oder der neodesarrollistische Kirchnerismus – eine Art politischer Jupiter, der alle anderen Kräfte in sein Gravitationsfeld zieht. Verführt von seiner ebenso kämpferischen wie inkonsequenten Rhetorik oder von seinen mehr reformistischen Komponenten, versuchen sie seine Politik zu begleiten in der heimlichen Hoffnung, diese auf einen Weg zu führen, der fern von der durch das Kapital vorgezeichneten Richtung verläuft. Aber die Gefahr für jene, die mit einem so mächtigen Verbündeten „taktische Allianzen“ schließen wollen, ist ihr Verschwinden, ihr Untergang im Magma eines Populismus, der sich in beständiger Umformung befindet und in dem die rechten Elemente immer mehr Kraft gewinnen. Andererseits gehen jene, die sich ihm radikal entgegenstellen, als wäre er eine weitere Regierung der Rechten – als ob Cristina das Gleiche wäre wie Calderon (bis 2012 Präsident Mexikos – d. Ü.) oder Chinchilla (Präsidentin Kostarikas – d. Ü.) –, und sich von seinem Gravitationsfeld fernhalten wollen, das Risiko ein, auf ewig eine Sekte zu bleiben, die ihrem Bekenntnis zu einem makellosen Radikalismus die Treue hält, aber jeder praktischen Relevanz beraubt ist (was, nebenbei gesagt, nicht unbedeutende Probleme der politischen Verantwortung heraufbeschwört, die wir hier nicht analysieren wollen).

Es gibt also keine einfache Lösung für das Rätsel, das der Peronismus in der argentinischen Politik darstellt: ein bürgerliches Projekt ohne Zweifel, wie denn Cristina selbst tausendundeinmal gesagt hat, dass das, was sie erstrebt, ein „seriöser Kapitalismus“ in Argentinien ist, der aber auf einer wünschenswerten Basis im Volk ruht, das dem Peronismus seit den fernen Gründungsaktionen vom 17. Oktober 1945 77 Jahre lang die Treue gehalten hat. Es ist für die Linke nicht das Gleiche, ihre Position gegenüber Piñera (Präsident Chiles – d. Ü.), Calderon, Santos (Präsident Kolumbiens – d. Ü.) oder Chinchilla zu bestimmen, als dies gegenüber Cristina zu tun oder – bei einigen Unterschieden – gegenüber Dilma in Brasilien. Daher die enorme Schwierigkeit für die marxistische Linke, Politik zu machen, von ihren mehr als berechtigten Anklagen in ethischer, ökonomischer und politischer Hinsicht zur Entwicklung einer Alternative für die Massen überzugehen, die auf die historische Überwindung des Kapitalismus zielt. *(Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko)*

#### Anmerkungen

- 1 CEPAL, La inversión extranjera directa en América Latina, Cepal, 2011, S. 34.
- 2 Oyhançabal, Gabriel, und Ignacio Narbondo, Radiografía del agrogocio sojero, Redes, Montevideo, 2011, S. 120.
- 3 Ebenda, S. 53.
- 4 El País Agropecuario.
- 5 Oyhançabal und Narbondo, S. 54.
- 6 Ebenda, S. 76.
- 7 Blixen, Samuel, „La creciente extranjerización de la economía uruguaya“, Brecha, 28 de noviembre de 2008.
- 8 Oyhançabal u. Narbondo, S. 121.



# Vietnam nach wie vor im Umbruch

*Zu einem Besuch des Bundesgeschäftsführers der LINKEN*

*Von Oliver Schröder, Leiter des Bereichs Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN*

Die Reise des Bundesgeschäftsführers, Matthias Höhn, und des Leiters des Bereichs Internationale Politik, Oliver Schröder, vom 18. bis 22. Dezember 2012 nach Vietnam geht auf eine Einladung des stellvertretenden Leiters der Kommission für Internationale Beziehungen des ZK der KP Vietnams, Nguyen Manh Hung, zurück, die dieser bei einem Besuch in Berlin im Oktober 2012 aussprach.

Die Beziehungen der LINKEN zur KP Vietnams waren in den letzten Jahren wenig intensiv. Zwar sind immer wieder eine Reihe Delegationen bei Partei und Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Gast, um sich über spezifische Themenbereiche zu informieren, doch der direkte Austausch mit der KP Vietnams kam dabei etwas kurz. Die vietnamesische Seite organisierte den „Aufenthalt als Arbeitsbesuch, d. h. ohne aufwendiges Protokoll. Dies tat der Qualität der Gespräche, ihrer Vielzahl und Ebene jedoch keinen Abbruch.

Insgesamt führte die Delegation Gespräche mit elf Institutionen und Ministerien. Der Empfang durch das Mitglied des Politbüros Dinh The Huynh, über den auch im Fernsehen berichtet wurde, war zwar eher protokollarischer Natur, zeigte aber das Interesse und die Wertschätzung für DIE LINKE. Zentrale Aussage war hier die angestrebte Intensivierung der Kontakte zwischen beiden Parteien.

Das umfangreichste Gespräch fand mit dem stellvertretenden Leiter der Internationalen Kommission beim ZK der KP Vietnams, Nguyen Huu Tang statt. Er machte zu Beginn deutlich, dass Vietnam als sozialistisches Land in einer kapitalistischen Welt agieren muss. Ein großer Einschnitt sei der WTO-Beitritt im Jahr 2007 gewesen. Das deutsch-vietnamesische Verhältnis nannte er sehr gut, insbesondere seit der Vereinbarung einer „strategischen Partnerschaft“ im Jahr 2011 und der Veranstaltung eines Vietnam-, bzw. Deutschland-Jahres in beiden Ländern. Man sei sehr dankbar für die bisher geleistete Entwicklungshilfe, die sich seit 1990 auf circa 1,8 Milliarden Euro beläuft. Die KP Vietnams unterhalte Beziehungen zu allen im Bundestag vertretenen Parteien, besonders zur SPD.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise habe auch Vietnam erreicht. Das Land habe kaum Erfahrung im Umgang mit derartigen Krisen des kapitalistischen Systems. Das Wachstum der vietnamesischen Wirtschaft, das jahrelang bei 7 bis 8 Prozent lag, sei unter dem Eindruck der Krise 2012 auf circa fünf Prozent gesunken.

Große Schwierigkeiten habe das Land bei der Umstrukturierung der Volkswirtschaft und des Bankwesens. Als Hintergrund sei erwähnt, dass große Staatskonzerne, die sich an internationalen Spekulationen beteiligt hatten, 2012 schlechte Bilanzen aufwiesen. Zudem wurde das Land von schweren Korruptionsfällen erschüttert, die bis in die höchste Ebene reichten. Doch seien in diesem Kampf dank der von der KP Vietnams getroffenen Maßnahmen erste Erfolge zu verzeichnen. Die wichtigste Veränderung sei die Entscheidung, die Steuerung der Wirtschaft einschließlich der Korruptionsbekämpfung wieder direkt der Partei zu unterstellen.

In mancher Beziehung sei 2012 aber auch ein erfolgreiches Jahr gewesen: So konnten nach der ausgesprochen guten Ernte sieben Millionen Tonnen Reis exportiert werden – ein Rekord. Insgesamt habe Vietnam Rohstoffe und Waren für mehr als 100 Milliarden US-Dollar exportiert, und somit erstmals seit 20 Jahren mehr Waren aus- als eingeführt.

Die großen Fortschritte Vietnams bei der Armutsbekämpfung seien erst durch die Doi-Moi-Politik möglich geworden. 1986 betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen jährlich 300 Dollar – heute sind es 1 300 Dollar. Seit dem WTO-Beitritt habe sich allerdings auch die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet. Trotzdem sei man stolz darauf, bei der Armutsbekämpfung die Millenniumsziele der UNO erreicht zu haben. Für 2013 rechnet die KP Vietnams mit einem Wirtschaftswachstum von 6%.

Nguyen informierte über die jüngste Entwicklung in der KP Vietnams. Seit September 2011 habe es drei Kongresse auf höchster Ebene gegeben, darunter den 11. Parteitag. Als zentral bezeichnete Nguyen hier den Beschluss des ZK über Aufbau und Struktur der Partei. Schwerpunkte seien die Auseinandersetzung mit rückschrittlichen Auffassungen der Mitglieder (was wohl insbesondere auf das Problem Korruption gemünzt ist), die Qualifizierung des Personals in allen Bereichen und auf allen Ebenen sowie eine Neubestimmung der Zuständigkeiten der Parteiführung, den Ausbau ihres Zusammenwirkens mit den staatlichen Stellen.

Das Jahr 2012 sei eine Zeit der Kritik und Selbstkritik in der Partei gewesen. Darüber sei auch in den Medien berichtet worden. Selbst der Generalsekretär habe Fehler eingestanden und sich dafür entschuldigt. Man wisse sich darin mit Ho Chi Minh einig, der gesagt habe: „Eine starke Partei ist die, die eigene Fehler nicht verdeckt.“ Diese Offenheit habe das Ansehen der Partei in der Bevölkerung verbessert.

Zur Einordnung in die jüngste Geschichte bemerkte Nguyen, dass die KP Vietnams nach dem Untergang der Sowjetunion eine sehr schwere Zeit durchlebt habe. Dank der seit 1986 initiierten Politik des Doi-moi (Erneuerung) sei diese bewältigt worden. Es sei ein großer Glücksfall, dass die Partei damals die richtigen Entscheidungen getroffen habe. Viele kommunistische und Arbeiterparteien seien in dieser Zeit in existentielle Krisen geraten und hätten Korrekturen vornehmen müssen. Im Auf und Ab der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung befinde man sich jetzt wieder in einer positiven Phase.

Gegenwärtig unterhalte die KPV Kontakt zu 206 Parteien aus 114 Ländern. Die Priorität liege auf guten Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien, aber auch der Kontakt zu Regierungsparteien sei für die KP Vietnams als staatstragende Partei wichtig. Mit der LINKEN sei man an einem ständigen Erfahrungsaustausch und einer weiteren Verbesserung der Beziehungen interessiert.

Zur Außenpolitik erklärte Nguyen, der Kampf um internationale Machtpositionen werde zusehends heftiger. Die USA seien nicht mehr die einzige Macht, es entstehen neue Zentren und es sei eine Entwicklung zu einer multipolaren Welt zu beobachten, was die KP Vietnams grundsätzlich begrüße. China habe sich gemausert, nicht nur wirtschaftlich, und habe eine starke Position gegenüber den USA erreicht. Die ohnehin scharfe Konkurrenz zwischen beiden werde sich weiter verschärfen.

Die USA erlebten gegenwärtig eine Rezession, blieben aber weiterhin stark. Allerdings sei ihre Position nicht mehr



unerschütterlich. Das Schwergewicht ihrer Politik liege jetzt wieder mehr auf Asien und dem Pazifik. China habe die gleichen Prioritäten. Vietnam sei in diesen Entwicklungen mitdrin – siehe die Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer um die Spratly- und Paracel-Inseln. Vietnams Prioritäten seien dabei eine friedliche Lösung entsprechend dem Völkerrecht, die Einhaltung eines Verhaltenskodex im Südchinesischen Meer durch alle Seiten und die Gewährleistung der Sicherheit des Schiffsverkehrs.

Der Leiter des Instituts für Rechtliche Studien bei der Nationalversammlung Vietnams, Dr. Dinh Xuan Thao, informierte über die Aufgaben und Tätigkeit dieser Institution, die juristisch einem Ausschuss der Nationalversammlung gleichgestellt ist. Da die Mitglieder der Nationalversammlung keine Vollzeit-Abgeordneten sind und sich nur zwei Mal im Jahr für einige Wochen in Hanoi zu Sitzungswochen treffen, informiert sie das Institut über neue Gesetzesvorhaben, liefert Analysen und Informationen und macht selbst Vorschläge für die Gesetzgebung. Das Institut kann sich zu diesem Zweck selbstständig nach Partnern im In- und Ausland umsehen. Es kooperiert auch mit der RLS. Dabei geht es um Themen wie gesunde Böden, das Problem der Umweltverschmutzung und Bodenerosion am Mekong, wozu ein Seminar mit Experten aus Vietnam, Laos, Kambodscha und Myanmar veranstaltet wurde, oder Formen der lokalen Selbstverwaltung, eine Frage, die im Zusammenhang mit der laufenden Verfassungsreform akut ist.

Zu dieser informierte Dr. Dinh, dass die Nationalversammlung nach breiter öffentlicher Diskussion bis Ende 2013 eine neue Verfassung anstelle des Grundgesetzes von 1992 annehmen werde. Diese solle u. a. eine Anerkennung aller Menschenrechte nach internationalen Standards enthalten und die Gewaltenteilung anstelle der alleinigen Machtausübung durch die Partei einführen. Das Institut habe Studienreisen nach Polen, Frankreich, der Schweiz, Kanada, den Vereinigten Staaten, Russland, der Ukraine, China, Südkorea, Japan, Australien, Neuseeland, den Philippinen, Malaysia und Indonesien unternommen, um sich über die jeweiligen Rechtssysteme und besonders über Verfassungsmodelle zu informieren. Das deutsche Grundgesetz sei ein wichtiges Referenzmodell. Man werde jedoch kein Modell kopieren.

Die Arbeitsfähigkeit und Bedeutung der Nationalversammlung nimmt nach Einschätzung von Dr. Dinh kontinuierlich zu. Bei der praktischen Anwendung der Gesetze gäbe es jedoch große Defizite. Generell gehe die Entwicklung im Lande in die richtige Richtung. Noch vor Jahren sei Vietnam eine geschlossene Gesellschaft wie Nordkorea gewesen. Das habe sich grundsätzlich geändert.

Als weiterhin offene Probleme, mit denen sich das Institut im Zusammenhang mit der Verfassungsreform beschäftige, nannte Dr. Dinh Konflikte über Kompetenzen zwischen den einzelnen Institutionen, die Aufstellung der Kandidaten für die Nationalversammlung „von unten“ und die Überwindung der wachsenden sozialen Unterschiede bei der Entwicklung der Marktwirtschaft.

In dem Gespräch mit dem Minister für Planung und Investitionen, Vu Quang Vinh, ging es um die Funktionsweise der vietnamesischen Wirtschaft und ihre Entwicklungsperspektiven. Vietnam befinde sich nach wie vor im Übergang von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft sozialistischer Prägung. Dabei gehe man nach der Methode Learning by Doing vor, denn die Geschichte biete keine Bei-

spiele für einen solchen Übergang. Die Marktwirtschaft biete große Wachstumschancen, habe aber auch ihre Schattenseiten. Man wolle diese eingrenzen und die sozialen Errungenschaften verteidigen, bzw. ausbauen.

Seit dem WTO-Beitritt bestimme in Vietnam mit Ausnahme des Energiesektors der Markt die Preise. Der Staat behalte jedoch eine Steuerungsfunktion, was auch anderswo der Fall sei, zum Beispiel in Südkorea. Von 2007 bis Anfang 2012 litt Vietnam an zu hoher Inflation, was zu Problemen bei der Kreditbeschaffung und -Bedienung geführt habe. Seitdem habe man die Inflation in den Griff bekommen und versuche nun verstärkt, die Devisenreserven Vietnams aufzustocken. Als ein aktuelles Problem nannte der Minister die Überhitzung des Immobilienmarktes bei einem Mangel an preiswertem Wohnraum.

Der Fünfjahrplan sah vor, die Zahl der armen Haushalte jährlich um 2 Prozent zu reduzieren. Es wurden jedoch nur 1,6 Prozent erreicht. Allerdings sei in den besonders armen Bergregionen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung von Existenzgründungen und die Verbesserung der Infrastruktur eine Reduzierung von vier Prozent jährlich erreicht worden.

Als grundsätzliche Aufgaben bei der weiteren Umstrukturierung der Volkswirtschaft Vietnams nannte der Minister die Verbesserung der Steuerungsmechanismen, eine höhere Bildung und Qualifizierung der 52 Millionen Vietnamesen im arbeitsfähigen Alter und die weitere Modernisierung der Infrastruktur.

Das Projektpartnertreffen der RLS fand in ungezwungener Atmosphäre statt. Mehr als 20 Partnerinnen und Partner berichteten über Projekte mit den Schwerpunkten Frauenrechte und Umweltschutz. Die Stiftung unterstützt nicht nur Projekte in Vietnam, sondern auch in Laos und Kambodscha.

Der Bundesgeschäftsführer erläuterte in den geführten Gesprächen eine Vielzahl von Positionen der LINKEN in der Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik. Er erläuterte Rolle und Funktion der Partei DIE LINKE im politischen System Deutschlands, machte die Positionen und alternativen Ansätze der Partei und der Europäischen Linken in der Finanzmarktkrise deutlich, informierte über Gründung und Geschichte der Partei sowie die Diskussionen um das Erfurter Parteiprogramm.

Die KP Vietnams ist kein monolithischer Block. In der Partei gibt es verschiedene Strömungen. Die Bereitschaft zur offenen, auch selbstkritischen Diskussion war bei den Ministerien und besonders im Institut für Rechtliche Studien stärker vorhanden, als bei den Vertretern der Partei. Die KP Vietnams betonte mehrfach ihre Nähe zur SPD und zur Friedrich Ebert Stiftung, was seitens der deutschen Botschaft bestätigt wurde.

Erklärungen über die Veränderung und Öffnung des zentralistischen Systems für Reformen und demokratische Ansätze stehen Aussagen entgegen, die unklar erscheinen lassen, ob der avantgardistische Führungsanspruch der Partei grundlegend in Frage gestellt wird. In der Handels- und Wirtschaftspolitik agiert Hanoi recht pragmatisch. Dabei ist stets zu bedenken, woher das Land kommt, dass nach dem verheerenden Krieg und absoluter Armut eine bedeutende Verbesserung des Lebens aller Bevölkerungsgruppen erreicht worden ist. Die Verteilung des geschaffenen Reichtums funktioniert mittlerweile analog zu der in den Gesellschaften in der westlichen Welt. Die Frage nach der Möglichkeit einer



drastischen Besteuerung von Reichtum wurde von Frau Truong vom Sozialausschuss der Nationalversammlung unter Hinweis auf die Stabilität in der Gesellschaft verneint.

Das Ansehen der Partei geht zu einem guten Teil auf ihre Rolle im Befreiungskrieg, besonders auf die Person des Volkshelden Ho Chi Minh zurück. Dieser erfährt noch heute tiefe Verehrung der überwiegenden Mehrheit der Vietnamesen, auch der Jugend. Aus Gesprächen mit Vietnamesinnen und Vietnamesen im Umfeld des RLS-Büros wurde allerdings deutlich, dass sie – bei großen Unterschieden in der Beurteilung und dem Verständnis der Rolle der KP Vietnams – verknöcherte Parteistrukturen, überholtes Denken und die allgegenwärtige Korruption als die größten Hemmnisse für eine erfolgreiche Entwicklung des Landes ansehen. Dabei ist für sie die Demokratie westlicher Art nicht der erste Orientierungspunkt. Sie wünschen sich einen eigenen vietnamesischen Weg mit einer Kommunistischen Partei, die zum Dialog bereit ist, die Mitsprache und Innovation zulässt.

DIE LINKE wird durchaus als interessant empfunden. Der vietnamesischen Seite ist bewusst, dass die Partei einen Faktor in der deutschen Politik darstellt. Der KP Vietnams fällt es jedoch schwer, DIE LINKE politisch einzuordnen. In mehreren Gesprächen wurde deutlich, dass die Pluralität der Partei, das Neben- und Miteinander von Sozialisten, linken Sozialdemokraten, Marxisten und Antikapitalisten auf sie verwirrend wirkt und dass das Fehlen einer „eindeutigen“ Weltanschauung kritisch gesehen wird. Die Gesprächspartner fragten, wie das denn alles zusammenginge und woher die ideologische Orientierung komme. Warum bezieht eine linke Partei mit sozialistischer Orientierung in Deutschland sich nicht zuvorderst auf Marx und Engels? Obschon letztere Frage nicht offen ausgesprochen wurde, so schwang sie zwischen den Zeilen mit.

Der Besuch hat gezeigt, dass es wichtig und lohnenswert ist, die Kontakte zur KP Vietnams zu intensivieren, den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch zu verstärken und regelmäßig zu pflegen.

## Internationale Umschau

### Griechenland: Eine Gesellschaft wird systematisch zerstört. Die ökonomische und soziale Situation in Griechenland verschlechtert sich weiter

*Von Annette Groth, Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestags*

Die ökonomische und soziale Situation in Griechenland zeigt deutlich, dass die radikale Austeritäts- und Sparpolitik, die Griechenland durch die Troika aufgezwungen wurde, nicht funktioniert: Die Wirtschaft schrumpft im vierten Jahr, die öffentlichen Schulden steigen weiter an; der Staat steht trotz Zerstörung immer größerer Teile seiner öffentlichen Infrastruktur weiterhin vor der Staatspleite. Auch der Versuch, durch den Verkauf von öffentlichem Eigentum Geld in die staatlichen Kassen zu bringen, scheitert an der allgemeinen Rezession in Griechenland.

Schon heute sind große Teile der griechischen Wirtschaft und Infrastruktur Eigentum internationaler Konzerne: Der Flughafen in Athen gehört zu mehr als 40 Prozent dem deutschen Baukonzern Hochtief, internationale Ketten wie Lidl, Media-Markt oder Carrefour beherrschen auch in Griechenland das Einzelhandelsgeschäft. Die Telefonnetze sind mehrheitlich im Eigentum der Deutschen Telekom. Diese starke Präsenz der internationalen Unternehmen in Griechenland hat nach Untersuchung des Ökonomen Leonidas Vatikiotis dazu geführt, dass sich die griechische Wirtschaft wesentlich weniger produktiv entwickelt hat als in anderen EU-Mitgliedstaaten.

Die Entwicklung der auf Schulden aufgebauten griechischen Volkswirtschaft lag im Interesse der kapitalistischen Hauptländer der EU, allen voran Deutschlands, die durch den riesigen Importüberschuss der griechischen Volkswirtschaft einen weiteren Absatzmarkt für ihre exportorientierte Politik besaßen. Aber auch Banken, Versicherungen und die Teile des spekulativen Kapitals, welches von der Verschuldung der öffentlichen Haushalte hohe Gewinne generiert hat, konnten von der importorientierten Ökonomie Griechenlands profitieren.

Die Behauptung, ein Hauptgrund der griechischen Finanzkrise bestünde darin, dass der griechische Staat zu hohe Ausgaben hätte, entbehrt einer seriösen ökonomischen Analyse. Griechenland hat eine Staatsquote, die deutlich niedriger lag und liegt als die Deutschlands. Die griechische Wirtschafts- und Finanzkrise ist nicht das primäre Ergebnis des „Versagens der griechischen Politik“, sondern unmittelbare Folge der falschen Konstruktion der EU-Wirtschafts- und Währungsunion. Die Krise Griechenlands ist vor allem auch das Resultat einer „Beggar-my-Neighbour-Politik“, der aggressiven exportorientierten Wirtschaftspolitik gerade auch der Bundesregierung.

Laut EUROSTAT waren im November 2012 in der Europäischen Union 26,1 Millionen Menschen arbeitslos, davon



knapp 19 Millionen in der Eurozone. Das bedeutet eine Steigerung um zwei Millionen Arbeitslose gegenüber dem Vorjahr. Es entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,7 Prozent in der Europäischen Union und 11,8 Prozent im Euro-Raum. Diese Entwicklung hat zu einer immer größer werdenden Kluft zwischen den Kernländern der EU (Deutschland, Belgien, Österreich, Finnland, Niederlande und Frankreich) und den Ländern der südlichen Peripherie (Spanien, Griechenland, Zypern, Malta, Portugal, Slowenien und Slowakei) geführt. Neben den Staaten Südeuropas ist aber auch die Mehrzahl der östlichen Staaten der EU betroffen. In Bulgarien ist nach Angaben von EUROSTAT knapp die Hälfte der Bevölkerung sozial ausgegrenzt, in Rumänien und Lettland sind es jeweils gut 40 Prozent der Menschen, in Litauen 33,4 Prozent und in Ungarn 31 Prozent. Insgesamt sind etwa 120 Millionen Menschen in der EU von Armut betroffen, das ist fast ein Viertel der Bevölkerung in der EU.

In Griechenland hat sich die soziale Situation durch die öffentlichen Kürzungsprogramme der letzten Jahre dramatisch verschlechtert. Ein/e Lehrer/-in verdient heute rund 630 Euro netto im Monat; nach zehn Jahren Dienstzeit verdient ein/e Grundschullehrer/-in heute gerade noch 900 Euro netto im Monat. Bis zum Jahr 2009 lag ihr Nettogehalt noch bei 1500 Euro. Auch die Polizeibeamten mussten drastische Einkommenseinschnitte hinnehmen. Heute verdient ein/e Polizist/-in bis zu 45 Prozent weniger als 2009. Das Grundgehalt für Polizist/-innen liegt gerade noch bei 685 Euro netto im Monat. Bei Mieten von bis zu 500 Euro ist es für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst nicht mehr möglich, ihre monatlichen Ausgaben zu decken. Über 40 Prozent der Griech/-innen müssen mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für Miete oder die Bezahlung von Wohnraum durch Rückzahlung von Hypotheken ausgeben. Auch die Zahl der Griech/-innen, die ihre Stromrechnungen nicht mehr begleichen können, ist mittlerweile auf fast 10 Prozent gestiegen.

Die Zahl der Obdachlosen in Griechenland ist seit 2009 um mehr als 25 Prozent auf zwischenzeitlich mindestens 20000 Menschen angewachsen. Ein Großteil der Obdachlosen lebt in Athen und Piräus, wo trotz der deutlichen Senkung der Löhne und Einkommen die Mieten weiter gestiegen sind. Die EU-Kommission hat in ihrem jüngsten Bericht über die ökonomische und soziale Lage der Menschen in der EU eingeräumt, dass etwa 68 Prozent der griechischen Bevölkerung zwischenzeitlich unter der Armutsgrenze leben müssen, da ihr Einkommen unterhalb von 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens gerutscht ist. Aufgrund des allgemeinen Rückgangs der Einkommen eines großen Teils der griechischen Bevölkerung wird die Armutsgrenze statistisch nach unten korrigiert und führt in Realität zu einer völligen gesellschaftlichen Ausgrenzung des unteren Teils der Einkommensbezieher/-innen. Ergebnis all dessen ist, dass sich heute fast zwei Drittel der Griech/-innen im Alter zwischen 15 und 35 Jahren vorstellen können, aus Griechenland auszuwandern.

Durch die neoliberalen Austeritätsprogramme werden in Griechenland die öffentlichen Dienstleistungen zunehmend zerstört. Fast scheint es so, dass in Griechenland eine Gesellschaft ohne funktionierenden öffentlichen Sektor experimentell ausgetestet werden soll: Schulen, die nicht mehr funktionieren und Menschen zwingen, ihre Kinder in privaten Bildungseinrichtungen anzumelden; ein Gesundheitssystem,

in dem nur noch diejenigen, die genügend Einkommen haben, sich Arztbesuche und Medikamente leisten können; ein öffentlicher Nahverkehr, der immer weiter eingeschränkt wird und damit den Umstieg auf den Individualverkehr notwendig macht. So führen die zunehmende Armut und massenhafte Prekarisierung immer mehr zur Ausgrenzung großer gesellschaftlicher Gruppen.

### Wirtschaftlicher Abschwung und soziale Zerstörung der Gesellschaft

Die Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission hat Griechenland ein Spardiktat aufgezwungen, das die griechische Wirtschaft zerstört und dem griechischen Staat seine Einnahmen entzieht. Die öffentlichen Haushalte sind dadurch de facto zahlungsunfähig geworden. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben zu einer Zerstörung der öffentlichen Haushalte geführt. Im Jahr 2009 betrug das Haushaltsdefizit über 15 Prozent, 2011 über 9 Prozent. Durch die Rezession ist die Gesamtverschuldung des Landes mittlerweile bei über 160 Prozent des Bruttosozialprodukts angelangt, gleichzeitig bleiben die hohen Einkommen bisher jedoch relativ unangetastet. Während die Lohnkürzungen, Renteneinschnitte und die Streichung von sozialen Transferzahlungen für viele Griech/-innen einen Reallohnverlust von bis zu 45 Prozent bedeuten, erhalten die Gewinnerstaaten dieser Austeritätspolitik, allen voran Deutschland, durch die Zinszahlungen des griechischen Staates zusätzliche Steuereinnahmen.

Griechenland spart. Gleichzeitig versucht der griechische Staat verzweifelt an Einnahmen zu kommen, zum Beispiel durch Sondersteuern auf die Wasserrechnungen. Die griechische Wirtschaftslage hat sich seit 2009 dramatisch verschlechtert, im Jahr 2010 betrug der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes viereinhalb Prozent, 2011 waren es fast sieben Prozent. 2012 ist die griechische Wirtschaftsleistung im dritten Jahr in Folge um fast sechs Prozent zurückgegangen. In einem Bericht der Zentralbank an das griechische Parlament wurde darauf hingewiesen, dass seit Ausbruch der Krise die Wirtschaftsleistung um über 20 Prozent gefallen ist. Die Autoren dieses Berichtes verglichen das mit der großen Rezession in der Weltwirtschaftskrise 1929, die ähnlich dramatische Folgen für die griechische Wirtschaft hatte. Alle vorliegenden wirtschaftlichen Prognosen weisen darauf hin, dass Griechenland frühestens 2015 wieder mit einem positiven Wirtschaftswachstum rechnen kann. Ökonomen gehen davon aus, dass es mindestens 15 Jahre dauern wird, bis Griechenland wieder die Wirtschaftsleistung von 2009 erreicht haben wird.

Durch die Politik der Troika wurde Griechenland ein Sparprogramm aufgezwungen, das die gesamte Wirtschaft lähmt und die öffentliche Daseinsvorsorge immer mehr zerstört. Diese Austeritätspolitik hat zu einer zunehmenden sozialen Spaltung mit Massenarmut in den betroffenen Krisenländern geführt.

In Griechenland ist die Arbeitslosenquote zwischenzeitlich auf fast 25 Prozent angestiegen, die Jugendarbeitslosigkeit nimmt weiterhin zu und hat mittlerweile einen Wert von über 60 Prozent erreicht. Laut statistischem Amt in Griechenland sind mehr als 1,3 Millionen Griech/-innen ohne Arbeit, das entspricht einer Steigerung von mehr als 38 Prozent. Seit 2008 hat sich die Arbeitslosenquote in Griechenland mehr als verdreifacht.



Auch die EU-Kommission stellt in ihrer Bilanz zu Griechenland fest, dass nach fünf Jahren Wirtschaftskrise und einem erneuten Konjunkturerinbruch im Jahr 2012 die Arbeitslosigkeit Werte erreicht „die es seit rund 20 Jahren nicht mehr gegeben hat“. Weiter führt die Kommission aus, dass „die Einkommen der Haushalte geschrumpft sind und das Armuts- und Ausgrenzungsrisiko steigt“.

Griechenland ist heute das Experimentierfeld für einen Neoliberalismus der „Chicago-Boys“, wie er in Lateinamerika bereits in den 80er Jahren gescheitert war. In den Staaten, in denen die Theorie der „Chicago-Boys“ damals konsequent umgesetzt wurde, kam es zu radikalen sozialen Verwerfungen. Wirtschaftswachstum kann durch solche Sparkonzepte nicht erreicht werden.

## Flüchtlinge in Griechenland: diskriminiert und ausgegrenzt

Die Krise ist zur Katastrophe für Migrant/-innen und Flüchtlinge in Griechenland geworden. Noch nie waren Menschen auf der Flucht in den Staaten der EU willkommen. Durch die zunehmende systematische Abriegelung der EU-Außengrenzen sollen Flüchtlinge nun schon von vornherein daran gehindert werden, überhaupt in die EU zu kommen. Dazu werden um die EU-Außengrenzen hochtechnisierte, unüberwindbare Mauern zur Abschreckung und Abweisung der Flüchtlinge gebaut.

Ein besonders perfides Instrument der Flüchtlingsabwehr ist die im Jahr 2004 eingerichtete Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX. Mit vielen hundert Millionen Euro werden Grenzanlagen und Zäune gebaut, High-Tech Überwachung installiert und Menschen ins Meer gedrängt. Seit 2009 beträgt das jährliche Budget für FRONTEX etwa 88 Millionen Euro. Durch diese Politik hat die EU das Asylrecht de facto so weit eingeschränkt, dass es für einen Großteil der Menschen unmöglich wird, vor Verfolgung, Krieg und Hunger aus ihrem Heimatland nach Europa zu flüchten und Asyl zu beantragen.

Die Fluchtrouten nach Europa haben sich in den letzten Jahren verschoben. Immer mehr Menschen aus Afrika, Asien, Afghanistan und den arabischen Staaten versuchen, über Fluchtwege durch die Türkei an die EU-Außengrenze in Griechenland und zunehmend auch Bulgarien zu kommen. Die Evros-Region hat sich dadurch zu einem Hotspot der Fluchtbewegungen entwickelt. In Folge der Hochrüstung der Grenzanlagen, des Baus eines Grenzzauns und der hochtechnisierten Flüchtlingsabwehr an diesem Teil der EU-Außengrenzen suchen die Flüchtenden zur Zeit wieder nach alternativen Fluchtrouten. Der Grenzübertritt wird immer schwieriger und vor allem auch gefährlicher. Nach jüngsten Medienberichten ertrinken durch die Verlagerung des Grenzübertritts jede Woche bis zu zehn Flüchtende in den Fluten des Evros.

Der griechisch-türkische Fluss Evros ist der moderne Festungsgraben der EU. Auf 185 Kilometern trennt er die Europäische Union von der Türkei. Bis vor kurzem kamen etwa 80 Prozent aller Flüchtlinge, die sich aufgrund der Festung Europa erst einmal „illegal“ in die EU begeben müssen, über Griechenland in die EU. Die Situation von Flüchtlingen an der griechisch-türkischen Grenze in der Evros-Region ist dramatisch. Die meisten von ihnen stammen aus Afghanistan, dem Irak, aus Pakistan, Syrien und anderen asiatischen und nordafrikanischen Ländern. Viele Flüchtlinge schlagen sich in der Türkei auf dem Landweg durch, andere kommen per Flugzeug nach Istanbul. Von dort werden sie häufig mit Hilfe von

Schleppern an die türkisch-griechische Grenze gebracht und überqueren mit kleinen Booten den Evros. Von den 128 000 Menschen, die über die Grenze nach Griechenland geflohen sind, haben die meisten in der Evros-Region die Grenze überschritten.

In einem Interview mit der US-Nachrichtenagentur UPI behauptete der Polizeichef von Orstida im Januar dieses Jahres, es sei gelungen, die griechisch-türkische Grenze am Grenzfluss Evros „dicht zu machen“. Nach seinen Angaben seien im Juli letzten Jahres 6 500 Flüchtlinge in der griechischen Grenzregion aufgegriffen worden, im darauffolgenden Monat etwa 1 800 und im Oktober nur noch 26. Jetzt würden „gar keine mehr“ aufgegriffen.

Um den Zugang von der Türkei nach Griechenland in der Evros-Region völlig zu verhindern, wurde auf der Landgrenze ein mächtiger Zaun gebaut. Um die totale Überwachung der Grenze möglich zu machen, wurden in zwölf Metern Höhe Kameras installiert. Sie beobachten das gesamte Grenzgebiet und zeichnen alle Bewegungen und Geräusche auf. Sobald sich jemand nähert, wird die Grenzpolizei kontaktiert und zur Verhinderung des Grenzübertritts in Gang gesetzt. Allein dieser Zaun hat rund 30 Millionen Euro gekostet. Laut Informationen der Regierung sollen solche Infrarotkameras auch auf allen griechischen Inseln installiert werden, um eine totale Überwachung sicherzustellen.

Wie sich die Fluchtrouten in den nächsten Monaten entwickeln werden ist noch unklar. Die Behörden in Bulgarien rechnen mit einer Verlagerung an die türkisch-bulgarische EU-Außengrenze. Deswegen wurde auch dort damit begonnen, die Grenzanlagen aufzurüsten und zu technisieren.

## Delegation des Europarats zur Situation der Flüchtlinge in Griechenland

● **Petrou Ralli.** Im Januar 2013 besuchte ich mit einer Delegation des Europarats verschiedene Gefängnisse in denen Flüchtlinge vegetieren, unter anderem auch Petrou Ralli. Dort waren 51 Frauen aus vielen Ländern, unter anderem Irak und Syrien, teilweise seit drei Monaten unter inhumanen und völlig inakzeptablen hygienischen Bedingungen in Zellen eingeschlossen. Die Frauen haben keinerlei Toiletten- oder Hygieneartikel, Hofgang ist ihnen einmal wöchentlich erlaubt. Den Rest der Zeit sind sie zu fünft in fensterlosen Zellen eingesperrt, ohne Licht und ohne jegliche Kommunikationsmöglichkeiten.

Die harsche Kritik unserer Delegation, der auch der Präsident des Europarates angehörte, hatte Erfolg. So verkündete die griechische Regierung, das Gefängnis Petrou Ralli Ende März zu schließen und die Frauen und Minderjährigen aus allen „Flüchtlingsgefängnissen“ freizulassen. Der Migrationsausschuss des Europarats wird sehr genau beobachten, wo und wie die Flüchtlinge dann untergebracht werden.

● **Fylakia.** Das Gefängnis in Fylakia wurde in den letzten Monaten renoviert – im Hinblick auf unseren Besuch wurden einige Änderungen vorgenommen; so haben die Zellen nun endlich Betten. Die Flüchtlinge berichteten, am Tag unseres Besuchs seien zwei Mütter mit ihren Babys weggebracht worden – wohin war unbekannt. Auch ist am Tag unserer Ankunft eine Vereinbarung zur Gewährleistung der medizinischen Behandlung und Versorgung mit dem staatlichen Gesundheitsdienst in Kraft getreten.

In diesem Abschiebegefängnis saßen im Januar 222 Migrant/-innen und Flüchtlinge, darunter auch einige unbeglei-



tete Minderjährige. Sie waren in Zellen mit jeweils 72 weiteren Menschen untergebracht; einen Monat lang hatten sie kein warmes Wasser. Die Frauen im Lager erzählten, dass sie zwar Kleidung erhalten hätten, diese aber bei den kalten Temperaturen keinesfalls ausreichend sei. Ihnen allen wurde mitgeteilt, dass sie mindestens für ein Jahr in Fylakia bleiben müssten.

● **Komitini.** In Komitini, einem anderen Abschiebegefängnis in der Evros-Region, befinden sich zur Zeit fast 400 Erwachsene. Nach offiziellen Polizeiangaben sind pro Zelle vier bis fünf Erwachsene untergebracht, nach Angaben der Sozialarbeiter acht bis zehn Leute. Auffällig in Komitini waren ca. zehn Psycholog/-innen und Sozialarbeiter/-innen in einem Raum, die berichteten, dass sie erst seit dem 1. Dezember letzten Jahres angestellt seien und nur einen Arbeitsvertrag bis Ende Juni hätten. Aufgrund der ökonomischen Krise in Griechenland würden die Stellen eventuell einige Monate vakant bleiben, um Geld zu sparen.

● **Amigadaleza.** In Amigadaleza/Athen haben wir zwei Abschiebegefängnisse besucht. Eines für Erwachsene, in dem rund 1 000 Flüchtlinge und Migrant/-innen, vor allem aus Bangladesch, Afghanistan und Pakistan, interniert sind, und dann abgesondert ein anderes Haus, in dem 30 Minderjährige untergebracht sind. Der jüngste war elf Jahre alt, Pakistani und sichtlich traumatisiert. Männer sind in Amigadaleza in Zimmern mit vier Betten und jeweils einer Toilette und einer Dusche untergebracht. Da dies im Vergleich zu den anderen Lagern eine Ausnahme darstellt, wird in den Medien schon vom „Fünf-Sterne-Abschiebegefängnis“ gesprochen. Diese etwas besseren Unterkünfte schaffen jedoch auch keine menschenwürdigen Zustände.

Auch in dieser Einrichtung können die Inhaftierten nicht mit ihren Familien kommunizieren. Sie erfahren nicht, wie lange sie inhaftiert bleiben. Ein Flüchtling berichtete, dass er bereits acht Monate inhaftiert sei. Unsere Gesprächspartner erklärten, die fehlenden Informationen über den weiteren Verbleib in den Lagern seien das Schlimmste. Sie seien doch keine Kriminellen.

Die griechischen Behörden versagen den Flüchtlingsorganisationen den Zugang zu den in den in letzter Zeit neu eingerichteten Abschiebegefängnissen. NGOs und etliche internationale Organisationen haben dagegen protestiert, dass in Zukunft das Ministerium für öffentliche Ordnung die Kontrolle über die Gelder des europäischen Flüchtlingsfonds erhalten soll. Durch diese Entscheidung bekommt das Ministerium, das für die Unterbringung der Flüchtlinge verantwortlich ist, auch die Kontrolle über die Gelder aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds, die für die NGOs vorgesehen sind. Restriktionen gegen kritische NGOs können so nicht ausgeschlossen werden.

### Dublin-II-Verordnung: Abschottungsinstrument der EU-Kernstaaten

Das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) geht davon aus, dass die Zahl der Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in der gesamten Europäischen Union etwa 2,8 bis 6 Millionen Menschen beträgt. Wenn dann von angeblichen „Flüchtlingsströmen nach Europa“ gesprochen wird, ist das demagogische Propaganda, die mit der Realität der Flüchtlingszahlen nichts zu tun hat. Die große Mehrzahl der Flüchtlinge wird von armen Ländern aufgenommen. So leben mo-

mentan 1,9 Millionen Flüchtlinge in Pakistan und 1,1 Millionen im Iran.

Nach offiziellen Schätzungen leben derzeit etwa eine Million Flüchtlinge in einer für sie aussichtslosen Situation in Griechenland. Viele von ihnen wollen eigentlich in einem anderen EU-Land ihren Asylantrag stellen, dürfen jedoch aufgrund der 2003 erlassenen Dublin-II-Verordnung Griechenland nicht verlassen.

Die Dublin-II-Verordnung regelt, dass jede Asylbewerberin und jeder Asylbewerber grundsätzlich nur in dem EU-Staat ein Asylverfahren beantragen kann, in das er/sie zuerst gelangte. Durch diese Verordnung haben sich vor allem die Staaten ohne EU-Außengrenze immer weiter aus der Verantwortung für die Flüchtlingspolitik der EU zurückgezogen. In Deutschland sind die Asylerstanträge von über 438 000 im Jahr 1992 auf 27 600 im Jahr 2009 und 41 000 Erstanträge im Jahr 2010 deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2011, in dem insbesondere die Springer-Presse über ein „dramatisches Ansteigen der Asylanträge“ geschrieben hat, haben lediglich 45 700 Menschen einen Asyl-Erstantrag gestellt. Nur durch Dublin II ist es den Flüchtlingen nicht möglich, in Deutschland Asyl zu beantragen.

Die EU-Binnenstaaten weigern sich somit, eine solidarische Verteilung der in die EU kommenden Flüchtlinge zu vereinbaren. Wäre Deutschland in der gleichen geographischen Lage wie Griechenland, hätte die Bundesregierung wohl schon lange durchgesetzt, dass die Verordnung so geändert würde, dass alle Flüchtlinge gerecht auf die EU-Staaten verteilt werden.

### Griechenland – Experimentierfeld für die Abschaffung des Asylrechts in der EU

Griechenland hat eine mehrfache Bedeutung für den neoliberalen und autoritären Umbau der Europäischen Union. Auf der einen Seite wird in Griechenland der Ausbau der „Festung Europa“ mit einer unüberwindbaren, hochtechnisierten Grenzsicherung immer weiter perfektioniert. Gleichzeitig wird die Lebenssituation für die Flüchtlinge und Asylsuchenden unerträglich gestaltet, um von der Flucht nach Europa abzuschrecken.

### Chrisi Avgi

Aufgrund der zunehmenden Verelendung der Bevölkerung ist in Griechenland eine hochexplosive Stimmung gegen Flüchtlinge und Minderheiten entstanden. Während auf der politischen Linken mit Syriza eine solidarische und demokratische Kraft gestärkt wurde, die sich dafür einsetzt, dass die zerstörerische Sparpolitik der Troika sofort beendet wird, greifen bei einem Teil der Griech/-innen offen faschistische und rassistische Stereotype um sich. Aus dem gastfreundlichen Land, das Menschen mit Migrationshintergrund traditionell freundlich empfangen hat, ist ein überfordertes Land mit einem sich ausbreitenden ausländerfeindlichen und rassistischen Grundtenor geworden.

Profiteur dieser gefährlichen Entwicklung ist die neofaschistische Partei „Chrisi Avgi“, zu deutsch „Goldene Morgenröte“. Bei den Wahlen im Juni erzielte die Chrisi Avgi knapp sieben Prozent der Wählerstimmen und konnte damit 18 Abgeordnete ins Parlament entsenden. Anhänger der Chrisi Avgi verteilen Lebensmittel an arme Griechen und Griechinnen und begleiten Ältere beim Einkaufen in Athen, wodurch sie sich gesellschaftliche Akzeptanz erwerben. Laut



Umfragen würde die neofaschistische Partei „Goldene Morgenröte“ heute mindestens 10 Prozent der Wählerstimmen erhalten.

Übergriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund sind in den griechischen Städten alltäglich geworden. Im August 2012 lieferten sich Anhänger der Partei in Korinth Prügeleien mit der Polizei. Demagogisch heizten sie die Stimmung gegen die geplante Unterbringung von 300 Flüchtlingen in einer Kaserne an. Die Schläger waren mit armdicken Holzknüppeln bewaffnet, eingewickelt in die griechische Flagge, so dass sie wie Fahnenstangen aussahen. Vorbild für ihr politisches Auftreten sind die autonomen Nationalisten in Deutschland und die NPD. Mit ihrem uniformierten Auftreten, das sich ähnlich in den Neonazistrukturen in Ungarn, Bulgarien und Rumänien findet, erinnern diese Schlägertrupps an die SA.

Durch Einschüchterung, brutale Gewalt und das Schüren von Ängsten vor einer angeblichen „Überfremdung Griechenlands“ wollen sie die gesellschaftliche Akzeptanz für ihre faschistische Propaganda erhöhen. Kürzlich rief ein Chrysi-Avgi-Politiker in der Provinz Messenien auf dem Peloponnes über die lokale Presse alle Männer im Alter von 15 bis 70 Jahren auf, „wachsam zu sein“ und sich zu organisieren. Athener Zeitungen berichten, die Neonazipartei sei dabei, „Sicherheitsbataillone“ im ganzen Land zu bilden. Der griechische Minister für Bürgerschutz, Nikos Dendias, sieht bereits „die Gefahr eines sozialen Umsturzes“. Tatsächlich mehren sich die Gewalttaten von Anhängern der Chrysi-Avgi gegen Migrant/-innen und Linke.

## DIE LINKE im Bundestag

Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag bringt seit mehr als drei Jahren aktiv das Thema Griechenland auf die Tagesordnung. Mit Kleinen Anfragen, Anträgen und Aktuellen Stunden hat DIE LINKE dazu beigetragen, dass sich in Deutschland eine Gegenöffentlichkeit entwickeln konnte, die dem neoliberalen Einheitskanon der anderen Fraktionen eine solidarische und internationalistisch ausgelegte Politik entgegensetzt.

Hier eine Auswahl von Kleinen Anfragen und Anträgen, die von der Fraktion DIE LINKE in den Deutschen Bundestag eingebracht wurden:

- **Bundestags-Drucksache 17/12326**  
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Anpassungsprogramme, Rezession und soziale Notlage in Griechenland“
- **Bundestags-Drucksache 17/11996**  
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in Griechenland im Rahmen der Anpassungsprogramme“
- **Bundestags-Drucksache 17/11774**  
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Rassistische Gewalt von Polizei und Neonazis in Griechenland und die Rolle der EU“
- **Bundestags-Drucksache 17/11706**  
Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen „Fortschritte beim Anpassungsprogramm für Griechenland“
- **Bundestags-Drucksache 17/9138**  
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Wiedergutmachungsleistungen für italienische Militärinter-

nierte und Opfer von Besatzungsverbrechen in Italien und Griechenland“

- **Bundestags-Drucksache 17/8743**  
Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin „Finanzhilfen für Griechenland und Europäischer Rat am 1./2. März 2012 in Brüssel“
- **Bundestags-Drucksache 17/8741**  
Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin „Finanzhilfen für Griechenland und Europäischer Rat am 1./2. März 2012 in Brüssel“
- **Bundestags-Drucksache 17/8139**  
Antrag der Fraktion DIE LINKE, „Menschenrechtliche Situation für Flüchtlinge in Griechenland verbessern – Für eine solidarische Flüchtlingspolitik der EU“
- **Bundestags-Drucksache 17/7210**  
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Aktuelle Lage von Asylsuchenden in Griechenland“
- **Bundestags-Drucksache 17/6666**  
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Die menschenrechtliche und soziale Situation von Flüchtlingen in Griechenland“
- **Bundestags-Drucksache 17/6312**  
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Daten zum Engagement von Finanzinstituten in Griechenland“
- **Bundestags-Drucksache 17/6162**  
Gemeinsamer Entschließungsantrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen „Stabilität der Eurozone sichern – Reformkurs in Griechenland vorantreiben“
- **Bundestags-Drucksache 17/2889**  
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Rüstungsexporte an Griechenland“

## Nach den Parlamentswahlen in der Ukraine

*Von Manfred Schünemann, Vizepräsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V.*

Verfassungsgemäß fanden in der Ukraine am 28. Oktober 2012 Wahlen zum Parlament, der Werchowna Rada, statt. Sie haben zu keinem politischen Machtwechsel geführt und brachten keine eindeutigen Entscheidungen über den künftigen innen- und außenpolitischen Kurs der Ukraine, insbesondere hinsichtlich der Einbindung in die EU bzw. des Verhältnisses zu Russland. Gewählt wurde nach einem neuen Wahlgesetz, das im November 2011 auch mit Stimmen der Opposition von der Werchowna Rada beschlossen worden war und die Billigung der sogenannten Venedig-Kommission (Kommission des Europarates für Demokratie und Recht) gefunden hatte. Das seit 2005 geltende reine Verhältniswahlrecht wurde durch ein gemischtes Wahlsystem ersetzt. Die Hälfte der 450 Abgeordnetensitze wird proportional nach dem Wahlergebnis für die Parteien über Parteilisten vergeben. Die Sperrklausel wurde von 3 auf 5 Prozent erhöht. Zur



Wahl waren nur noch Parteien, keine Wahlblöcke, zugelassen. Die andere Hälfte der Mandate wird durch Mehrheitsentscheid direkt an Wahlkreiskandidaten vergeben (1 Mandat je Wahlkreis). Um die Wahlkreismandate konnten sich sowohl Kandidaten der Parteien als auch unabhängige Kandidaten bewerben. Zur Wahl waren von der Zentralen Wahlkommission 87 Parteien zugelassen worden. 21 davon traten zur Listenwahl an. Für die 225 Wahlkreise wurden insgesamt 2 846 Direktkandidaten registriert, davon 1 634 von Parteien und 1 212 als Unabhängige.

Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen erfolgten unter breiter öffentlicher Kontrolle. Neben den Beobachtern von allen zur Wahl zugelassenen Parteien und den ukrainischen Medien verfolgten etwa 4 000 internationale Beobachter von der OSZE, der EU und NATO sowie der GUS und einzelner Staaten (darunter aus den USA, Deutschland und Russland) den Verlauf des Wahlkampfes, den Wahlablauf und die Stimmenauszählung.

Nach übereinstimmender Einschätzung verlief die Wahlhandlung am Wahltag ohne nennenswerte Zwischenfälle und „korrekt“. Der Wahlprozess insgesamt wurde allerdings von den ukrainischen Oppositionsparteien und westlichen Wahlbeobachtern als „Rückschritt“ gegenüber den Wahlen von 2007 und 2010 eingeschätzt. Zur Begründung wurde vor allem auf Benachteiligungen der Opposition durch den Einsatz finanzieller und materieller Ressourcen des Staates und der „Oligarchen“ zur Unterstützung von Kandidaten des Regierungslagers und den Ausschluss von Oppositionskandidaten durch Verhaftungen und Gerichtsurteile (Julia Timoschenko u. a.) hingewiesen. Als weitere Mängel wurden die ungenügende Vertretung der Oppositionsparteien in den Wahlkommissionen aller Ebenen und Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenauszählung und der Feststellung des offiziellen Wahlergebnisses kritisiert. Diese, bereits Monate vor den Wahlen getroffenen Einschätzungen zur inneren Situation in der Ukraine, dienten nach den Wahlen insbesondere der EU dazu, ihre im Zusammenhang mit dem Gerichtsurteil gegen die frühere Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erhobenen Forderungen nach Einhaltung der „Grundprinzipien von Freiheit und Demokratie“ sowie der „Achtung der Menschenrechte“ entsprechend den europäischen Standards gegenüber der ukrainischen Regierung zu bekräftigen.

Das offizielle Wahlergebnis konnte von der Zentralen Wahlkommission erst nach langwierigen Auseinandersetzungen über die Ergebnisse in einzelnen Stimmbezirken und Wahlkreisen festgestellt werden. In fünf Wahlkreisen muss die Wahl auf Grund von Unkorrektheiten bei der Stimmenauszählung und Verlusten von Wahlunterlagen wiederholt werden. Die Wahlbeteiligung lag mit 57,43 Prozent etwa 5 Prozent niedriger als 2007. Stärkste politische Kraft bleibt trotz etwa 5 Prozent Stimmenverlusten mit 30 Prozent bei der Listenwahl und 115 Direktmandaten die in der Ostukraine verankerte Partei der Regionen (PdR). Die Vereinte Opposition „Batkivtschina“ (Partei von Julia Timoschenko und Front „Smin“) wurde mit 25,54 Prozent sowie 40 Direktmandaten zweitstärkste Kraft. Die Partei von Vitali Klitschko „UDAR“ errang 13,96 Prozent und 6 Direktmandate. Die Kommunistische Partei (KPU) konnte mit 13,18 Prozent ihre Stimmenzahl im Vergleich zum Wahlergebnis bei den Parlamentswahlen 2007 mehr als verdoppeln, errang aber keine Direktmandate. Sie profitierte vor allem von der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit den Ergebnissen

der Regierungspolitik und konnte in den industriellen Ballungszentren das unzufriedene Wählerpotenzial der PdR auffangen. Die nationalistische Sammlungspartei „Swoboda“ erhielt 10,44 Prozent der Stimmen und errang 11 Direktmandate. Sie zieht damit erstmalig in Fraktionsstärke in die Werchowna Rada ein. Alle anderen Parteien scheiterten an der 5-Prozent-Sperrklausel, konnten aber einzelne Direktmandate gewinnen.

Die Wahlergebnisse bestätigen das seit Jahren bestehende politische Kräfteverhältnis in der Ukraine und die tiefe regionale Unterschiedlichkeit im Abstimmungsverhalten. Die PdR erzielte wie bei früheren Wahlen ihre besten Wahlergebnisse in den östlichen und südlichen Gebieten (z. B. Donezk – ca. 65 Prozent und alle Direktmandate). In den westlichen und zentralen Landesteilen konnte sie aber trotz des Einsatzes erheblicher finanzieller und organisatorischer Mittel ihre Positionen nicht stärken (z. B. Lwiv – 4,7 Prozent und kein Direktmandat). Die Oppositionsparteien („Batkivtschina“, „UDAR“, „Swoboda“) behaupteten ihre starken Positionen in den westlichen und zentralen Gebieten (z. B. Lwiv: „Swoboda“ – 38,01 Prozent; Winniza: „Batkivtschina“ – 44,94 Prozent; Kiew: „UDAR“ = 25,48 Prozent), gewannen aber in den östlichen und südlichen Gebieten nur geringfügig Stimmen hinzu. Der „Swoboda“-Partei gelang es, mit ihren nationalistischen und populistischen Positionen den Einfluss in den westlichen Gebieten noch auszubauen und einen Stimmenzuwachs in den zentralen Landesteilen zu erzielen. Entgegen vieler Prognosen wurde die Vereinte Opposition „Batkivtschina“ (Partei von Julia Timoschenko und Front „Smin“) zum Sammelbecken für die meisten früheren Juschtschenko-Anhänger und nicht die mit aktiver westlicher Unterstützung neu gegründete Partei des Boxweltmeisters Vitali Klitschko „UDAR“. „Batkivtschina“ profitierte dabei ganz offensichtlich von den Kampagnen im In- und Ausland zur Freilassung von Julia Timoschenko.

Die Wahlkampagne und das Wahlergebnis verdeutlichen eine weitere Ausprägung des pluralistischen Parteiensystems in der Ukraine, das bereits wesentlich gefestigter und differenzierter ist als in anderen postsowjetischen Staaten. Die hinter den Parteien (mit Ausnahme der KPU) stehenden wichtigsten Wirtschafts- und Finanzkreise (Erdöl/Erdgas- und Rohstoffsektor; Finanz- und Bankwesen; Technologie- und Rüstungsindustrie) konnten ihren Einfluss sowohl im Regierungslager als auch in den Oppositionsparteien stärken. Besonders die Gruppierung um Präsident Janukowitsch (der sogenannte Familienclan) festigte mit den Wahlen ihre personellen und organisatorischen Positionen innerhalb des Regierungslagers. Die Oppositionsparteien entschlossen sich erst nach längeren internen Beratungen (auch mit westlichen Ratgebern), das Wahlergebnis anzuerkennen, ihre Mandate anzunehmen und auf öffentliche Protestaktionen gegen die Konstituierung der Werchowna Rada zu verzichten. Sie trugen damit der Tatsache Rechnung, dass derzeit angesichts der Wahlmüdigkeit (Rückgang der Wahlbeteiligung) und allgemeinen Politikverdrossenheit breiter Bevölkerungsschichten im Unterschied zu 2004/2005 („Orangene Revolution“) keine Massenbasis für dauerhafte Protestaktionen vorhanden ist.

Die Wahlen führten zu keinen klaren Mehrheitsverhältnissen in der Werchowna Rada. Weder die PdR noch die Oppositionsparteien verfügen über eine eigene Mehrheit. Durch Gewinnung „unabhängiger“ Mandatsträger gehören gegen-

wärtig 210 Abgeordnete zur PdR-Fraktion. Das Oppositionslager kommt zusammen auf 178 Stimmen („Batkivtschina“ – 99; „UDAR“ – 42; „Swoboda“ – 37). Der KPU-Fraktion gehören 33 Abgeordnete an. 24 Abgeordnete sind unabhängige Mandatsträger und haben sich bisher keiner Fraktion angeschlossen. Für eine Parlamentsmehrheit (bis zur Nachwahl in 5 Wahlkreisen – 223 Stimmen) benötigt die PdR die Unterstützung „unabhängiger“ Mandatsträger bzw. der Kommunisten, was in den ersten Parlamentsabstimmungen auch problemlos gelungen ist. So wurde Ministerpräsident Mikola Asarow mit insgesamt 252 Stimmen (208 – PdR; 32 – KPU; 12 – Unabhängige) in seinem Amt bestätigt und bei den Abstimmungen über den Parlamentspräsidenten, seinen Stellvertretern und die Zusammensetzung der Kommissionen konnte sich die PdR eine Parlamentsmehrheit sichern. Allerdings beteiligen sich die Kommunisten (anders als in der abgelaufenen Legislatur) nicht an der Regierung, sondern machen ihr Abstimmungsverhalten jeweils von ihren politischen Zielsetzungen abhängig. Auch die unabhängigen Abgeordneten betonten vor den Abstimmungen ausdrücklich ihre Eigenständigkeit. Somit wird die Regierungsarbeit für die PdR in dieser Legislatur wesentlich komplizierter und hängt stärker als in der Vergangenheit von ihrer Kompromissbereitschaft ab. Auch wenn eine Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Oppositionsparteien vereinbart werden konnte, bleibt die Opposition organisatorisch zersplittert. Gestritten wird vor allem um die Führungsrolle innerhalb der Opposition sowie um das taktische Vorgehen zur Durchsetzung ihrer Hauptziele, schnellstmögliche Ablösung von Präsident Janukowitsch und der Regierung Asarow sowie definitive Entscheidungen für eine Anbindung der Ukraine an die EU und gegen einen Beitritt zur Zollunion von Russland, Kasachstan und Belarus.

Angesichts der komplizierten Wirtschafts- und Finanzlage des Landes und der tiefen inneren Spaltung der ukrainischen Gesellschaft in den Hauptfragen der Innen- und Außenpolitik stehen die Machtstrukturen um Präsident Janukowitsch vor großen Herausforderungen. Vor allem geht es um die Konsolidierung des Staatshaushalts (das Defizit beträgt etwa 5 Prozent des BIP), die Sicherung der Zahlungsfähigkeit (2013 sind etwa 10 Mrd. Dollar fällig, davon allein beim IWF knapp 6 Mrd.) und um die Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungskraft nach einem Nullwachstum im Jahre 2012. Eine Lösung dieser Aufgaben wird nur möglich sein, wenn es gelingt, die Erdgaslieferverträge mit Russland zu korrigieren und ein Umschuldungsabkommen bzw. neue Kreditverträge mit dem IWF und anderen Kreditgebern auszuhandeln. Sowohl von Russland als auch von westlicher Seite werden dafür harte Bedingungen gestellt. Russland verknüpft seine Bereitschaft zum Abschluss eines neuen Gasabkommens direkt mit einem Beitritt der Ukraine zur Zollunion von Russland, Kasachstan und Belarus, was klaren Entscheidungen zur Fortsetzung des Kurses der europäischen Orientierung widersprechen und am Widerstand der Opposition im Parlament scheitern würde. In dieser Situation sucht die ukrainische Führung verstärkt nach Kompromisslösungen für eine Teilintegration in die Zollunion, stößt damit aber auf russischer Seite bisher auf Ablehnung. Andererseits haben die EU und die USA nach den Wahlen nochmals ihre Forderungen an die Janukowitsch-Führung (Demokratisierung der ukrainischen Gesellschaft; Rechtsstaatlichkeit; Fortführung der wirtschaftlichen Reformpolitik) bekräftigt und versuchen mit einer Hinhalte-taktik definitive Entscheidungen zur EU-Assoziierung mög-

lichst bis zu den Präsidentschaftswahlen 2015 hinauszuzögern.

Durch die unsicheren Mehrheitsverhältnisse in der neu gewählten Werchowyna Rada wird es schwierig werden, zu den Kernfragen der ukrainischen Innen- und Außenpolitik konsensfähige Entscheidungen herbeizuführen. Vielmehr besteht die Gefahr, dass es in der Parlamentsarbeit immer wieder zu Blockierungen kommt und die teilweise Unberechenbarkeit in der ukrainischen Politik bis zur Präsidentschaftswahl 2015 erhalten bleibt.

## Die BRICS-Staaten und der Aufbruch der Schwellenländer

Von Achim Wahl, AK Lateinamerika der LINKEN

Wenn wir von den BRICS-Staaten sprechen, dann ist von 40 Prozent der Weltbevölkerung, von mehr als einem Viertel des Weltterritoriums und von 40 Prozent der Weltwährungsreserven die Rede. Gemessen an den Indizes der Industrieländer weisen sie relativ hohe Wachstumsraten auf: China 10 Prozent, Russland 4 Prozent im Jahre 2010. Die Krise, die 2007/2008 von den USA ausging, haben sie im Wesentlichen besser überstanden als die Länder des Zentrums.

Im globalen System des Kapitalismus und der weltweiten Arbeitsteilung spielen sie eine wachsende Rolle. Sie arbeiten angestrengt an ihrer Industrialisierung, verbleiben aber bislang noch im Rahmen der vorhandenen weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten – China und Indien als Ausfuhrländer für Fertigwaren, Russland und Brasilien als Rohstoffexporteure. Die anhaltende Dominanz des US-Dollars und die Anhäufung riesiger Schulden in den USA behindern ihre Entwicklung. Da die Gefahr besteht, dass eine weitere Abwertung des Dollars ihre Exporte verteuert, sind Bestrebungen in Gang gekommen, den Dollar durch eine andere internationale Leitwährung abzulösen.

Indien und China waren bis zur Mitte des XX. Jahrhunderts Kolonien der Länder der kapitalistischen Zentren, und Lateinamerika galt als *patio traseiro*, als Hinterhof der USA. Im XXI. Jahrhundert stellt sich die Lage völlig anders dar. In Gestalt der BRICS ist ein neuer Machtblock mit weltweiter Ausstrahlung entstanden. Diese Staaten verstehen sich keineswegs als eine politische Allianz, sondern als ein loser Zusammenschluss pragmatischer Interaktion, der auf der Basis gegenseitiger Achtung und nationaler Souveränität beruht. Objektiv wirken sie zunehmend als ein Gegenpol zur angelsächsischen Vorherrschaft. Interessanterweise wurde der Begriff BRIC (noch ohne Südafrika) von einem Ökonomen der Goldman Sachs Bank geprägt, der die Gruppe als „Building better Global Economics BRIC“ zusammenfasste.

### Die Formierung der BRICS

Die erste informelle Zusammenkunft der BRIC-Staaten fand im Mai 2008 im russischen Jekaterinburg auf der Ebene der Außenminister statt. Als Initiatoren traten der russische Präsident Putin und Außenminister Lawrow auf. Bedeutsam war die Tatsache, dass China und Russland Mitglieder der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit sind, Indien dort Beobachterstatus hat und Brasilien, Indien und die Re-



publik Südafrika sich im Rahmen des Trilateralen Forums IBSA regelmäßig treffen.

Die Präsidenten der Staaten kamen im Mai 2009 abermals in Jekaterinburg zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung forderten sie ein größeres Gewicht in internationalen Organisationen, besonders im IWF, und wandten sich gegen die Versuche des Westens, die Folgen der Krise auf andere Länder abzuwälzen.

Das zweite Treffen der BRIC wurde 2010 in der Hauptstadt Brasiliens abgehalten. Hier erneuerten die vier Präsidenten ihre Forderung nach einer Reform des internationalen Wirtschaftssystems, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Besprochen wurde die Schaffung einer Investitions- oder Entwicklungsbank, deren Fonds zur Realisierung von Infrastrukturprojekten und zur Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelproduktion eingesetzt werden sollen.

Im April 2011 folgte das nächste Treffen der BRIC im Kurort Sanya auf der südchinesischen Insel Hainan. Dort trat die Republik Südafrika der Gruppe bei. Es wurde ein weiterer Schritt zur Festigung der Zusammenarbeit zwischen den fünf Ländern gegangen, wobei die Schaffung eines internationalen Währungsreservefonds zur Überwindung der Krise in Erwägung gezogen wurde. Die Investitionsbank soll Kredite in den nationalen Währungen ausgeben, wobei der Dollar ausgeschlossen wird. Damit sollen Handel und Investitionen zwischen den Mitgliedsländern gefördert werden.

Das vierte Gipfeltreffen fand im April 2012 in Indien statt. Indiens Premierminister Manmohan Singh erklärte, dass die Zusammenarbeit sich auf „verschiedene Schlüsselgebiete wie nachhaltige Entwicklung, ausgewogenes Wachstum, Energie und Nahrungsmittel, Reform der internationalen Finanzorganisationen und ausgeglichener Handel erstrecken wird. Wir werden unsere Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil entwickeln.“ Die gemeinsame Erklärung übte dezidierte Kritik an der Geldpolitik der Zentralbanken der entwickelten Länder. Dort werde an Stelle wirtschaftlicher Erholung eine Politik exzessiver Liquidität und Geldemission betrieben, was zur monetären Instabilität beitrage. Beschlossen wurde die Bildung einer Arbeitsgruppe, die die Möglichkeiten der Schaffung einer Entwicklungsbank der BRICS prüfen soll. Diese wird auf dem nächsten Treffen der BRICS im März 2013 in Südafrika einen Bericht vorlegen.

## Veränderungen im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem

Das Aufkommen von Schwellenländern wie China, Indien, Brasilien u. a. hat die Entwicklung der Weltwirtschaft in den letzten zwanzig Jahren geprägt. Ihre wirtschaftlichen Fortschritte besonders während der globalen Wirtschaftskrise haben diesen Trend verstärkt. Einige von ihnen nähern sich mit ihren Wirtschaftsindikatoren hochindustrialisierten Ländern wie England oder Spanien an. China hat Japan beim BIP überholt und nimmt jetzt den zweiten Platz nach den USA ein. Brasilien hat Spanien und Italien hinter sich gelassen und nähert sich Großbritannien. Indien und Russland nehmen unter den Volkswirtschaften der Welt den neunten und elften Rang ein. Diese Entwicklung vollzog sich schneller als erwartet. Die BRICS werden demnächst weltweit unter den ersten zehn Ländern zu finden sein.

Das drückt sich auch im Umfang ihrer gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen aus. Der Handelsaustausch zwischen

den BRICS, der 2002 lediglich 27 Milliarden US-Dollar betrug, ist bis 2011 um das Zehnfache gewachsen. Brasilien hatte 2003 mit den BRICS ein Handelsvolumen von 10 Milliarden US-Dollar. Dieser erreichte 2011 96 Milliarden US-Dollar. 80 Prozent davon entfiel auf China. Voraussagen gehen davon aus, dass der Gesamtanteil der BRICS am Welthandel in den nächsten Jahren auf 56 Prozent ansteigen wird. Diese Voraussagen ziehen in Betracht, dass China und Indien über einen großen Binnenmarkt verfügen, der mit sogenannten Manufakturwaren, zum Beispiel billigen PKW, effektiv entwickelt werden kann.

Bei den sozialen Indikatoren liegen die BRICS allerdings noch weit hinter den westlichen Industrieländern zurück. Dort beträgt das Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt 38 100 US-Dollar, in China dagegen 7 500 US-Dollar, in Indien 3 300 US-Dollar, in Brasilien 11 200 US-Dollar und in Russland 15 900 US-Dollar.

Im Sinne der fixierten Zielstellung wird der bilateralen Zusammenarbeit größere Bedeutung beigemessen. Begonnen wurde mit dem Abschluss direkter Abkommen technischer Zusammenarbeit zwischen den Ländern. Vereinbarungen bestehen zwischen der russischen Entwicklungsbank, der Entwicklungsbank Chinas, der Exim-Bank Indiens und der brasilianischen Nationalen Entwicklungsbank BNDES. Im Rahmen dieser Vereinbarungen kann ein beliebiges Unternehmen ein Projekt in einem anderen Land realisieren und dafür Kredite seines Mutterlandes oder des Gastlandes in Anspruch nehmen.

An dieser Entwicklung wird sichtbar, dass das wachsende Gewicht der BRICS-Gruppe in erster Linie auf wirtschaftlichen Faktoren beruht. Mit dem Treffen von 2011 wandte sie sich auch ihren politischen Positionen zu. Eine der diskutierten Fragen ist die Repräsentanz der Schwellenländer im UN-Sicherheitsrat, dem gegenwärtig China und Russland angehören. Lateinamerika ist nicht repräsentiert und Indien steht als asiatische Großmacht ebenfalls außerhalb.

Die Abschlusserklärung des vierten Gipfeltreffens wiederholte die Forderung nach Sicherung des Friedens im Nahen und Mittleren Osten. Sie betonte die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung der Konflikte in Syrien und Afghanistan. Ebenso fordert sie eine friedliche Lösung des Konfliktes um das iranische Nuklearprogramm.

## Asymmetrien und Konflikte

Wenn die BRICS auch in vielen Fragen übereinstimmen, so gibt es zugleich eine bedeutende Anzahl von Konfliktpunkten. Als Akteure der kapitalistische Weltwirtschaft sind die Mitgliedstaaten in ihren Beziehungen nicht frei von Problemen. Dabei spielen nicht allein die Unterschiede zwischen einzelnen Ländern in Größe und Bevölkerungszahl eine Rolle.

China, das ökonomische Schwergewicht der Gruppe, betreibt eine staatlich gelenkte Marktwirtschaft. Seine Entwicklungsbank ist in ihren politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen weitgehend autonom und verfügt über einen Kapitalstock von 800 Milliarden US-Dollar. Die rasante wirtschaftliche Entwicklung erfordert den Import wichtiger Rohstoffe wie Erdöl, Metalle, Nahrungsmittel, Eisenerz. Allein von Letzterem entfielen 63 Prozent der Weltimporte zeitweilig auf China. Das Land zeichnet damit für den Rohstoffboom der letzten Jahre verantwortlich.

Indien, das als Beispiel für eine funktionierende asiatische Demokratie gilt, durchlief ebenfalls eine Phase schnell-



ler industrieller Entwicklung, besonders auf dem Gebiet der Informationstechnik. Das Land verfügt über potente Wirtschaftsunternehmen, die sich mit anderen asiatischen Großunternehmen messen können.

Das brasilianische Modell beruht auf einer stark ausgeprägten Basis staatskapitalistischer Unternehmen wie PETROBRAS, einem der weltweit größten Erdölkonzerne, oder der Entwicklungsbank BNDES, die allein 2010 Kredite im Umfang von 96 Milliarden US-Dollar – doppelt so viel wie die Weltbank – für Entwicklungsprojekte zur Verfügung stellte. Wesentliches Merkmal dieses Modells war die Realisierung umfangreicher Sozialprogramme, wodurch circa 30 Millionen Menschen aus der Armut befreit wurden.

Russland erscheint nach wie vor als ein Land im Umbruch und in einem Transformationsprozess zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Mit dem Ende der Sowjetunion brach die einheimische Industrie zu circa 50 Prozent zusammen. Russlands wesentliche Exporte sind Erdöl und Erdgas.

Die Republik Südafrika ist mit 50 Millionen Einwohnern ein relativ kleines Land, spielt aber auf dem afrikanischen Kontinent eine bedeutende Rolle. An seiner Aufnahme in die Gruppe zeigte sich besonders China interessiert.

Schon aus dieser kurzen Darstellung geht hervor, dass die Entwicklung in den BRICS-Ländern Gemeinsamkeiten aufweist: Sie durchlaufen eine Periode nachholender Entwicklung, die der Bourgeoisie dieser Länder neue Möglichkeiten eröffnet hat, ihren Reichtum zu vermehren. Es wird geschätzt, dass es in China und Indien zusammen 300 Milliarden gibt. Gleichzeitig entsteht in allen diesen Schwellenländern eine breite Mittelklasse, die sich bewusst am westlichen Lebensstandard orientiert. In China zählen dazu rund 160 Millionen Menschen, das heißt, circa 12 Prozent der Bevölkerung. Für Indien wird geschätzt, dass 2040 mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Mittelklasse angehören wird.

Die volkswirtschaftlichen Strukturen der einzelnen Länder weisen jedoch große Besonderheiten auf, die sich in neuen Abhängigkeiten zeigen. Für ein Land wie Brasilien, das schon immer vorwiegend Rohstoffexporteur war, haben sich im Wesentlichen die Handelswege verändert, nämlich von Nord-Süd nach Süd-Süd. Probleme zeigen sich zum Beispiel darin, dass Brasilien vor allem zum Rohstoffexporteur für China wurde. China wird vorgeworfen, seine Währung, den Yuan, künstlich niedrig zu halten. Dagegen hat sich der Wert des brasilianischen Reals gegenüber dem Dollar fast verdoppelt, was die Exporte nach China bedeutend verteuert. Brasilien fordert von China, nicht nur Rohstoffe zu kaufen, sondern auch brasilianische Fertigwaren zu importieren.

Zu Rivalitäten kommt es auch in den Beziehungen zwischen China und Indien, wobei es nicht nur um die Vorrangstellung in Asien geht. Indien hat auf Grund forcierter chinesischer Exporte ein Handelsdefizit von circa 25 Milliarden US-Dollar.

Weitere Probleme ergeben sich aus den Beziehungen Chinas zu afrikanischen Staaten, mit denen Brasilien ebenfalls neue Direktbeziehungen entwickelt. Besonders betreffen könnte das die Stellung Chinas innerhalb der zu schaffenden Entwicklungsbank, in der es auf Grund seiner Größe und Wirtschaftskraft die führende Rolle beanspruchen könnte.

China spielt im Konzert der fünf BRICS schon deshalb eine besondere Rolle, weil es eine sehr ambivalente Beziehung zu den Vereinigten Staaten unterhält. China verfügt über einen enormen Zahlungsbilanzüberschuss mit den USA. Ein Groß-

teil des für China positiven Saldos wurde in nordamerikanische Staatsanleihen investiert.

Das chinesische Wachstum wirkt als eine Art Bremse für eine globale Rezession und ist somit ein Ausdruck für die Veränderungen, die im globalen Wirtschaftssystem eingetreten sind. Dieser geopolitische Status Chinas führt zugleich zu Konflikten und Asymmetrien im Rahmen der BRICS.

## Multipolarität oder neue Hegemonien

Vordringlich ist für die BRICS-Staaten die Forderung nach Schaffung gleichberechtigter und multipolarer Beziehungen. Ihr Zusammenschluss ist, politisch gesehen, Ergebnis der Widersprüche zwischen der Peripherie und dem industriell hochentwickelten Zentrum, das nicht erst seit 2008 in einer sich vertiefenden Krise steckt. Die Forderung nach Multipolarität bedeutet vor allem mehr Mitspracherecht in den internationalen Finanzorganisationen, wodurch der dominierende Einfluss der USA eingeschränkt werden soll.

Wie die bisherigen Gipfeltreffen zeigen, bleiben die BRICS aber nicht bei rein wirtschaftlichen Forderungen stehen. Das vierte Treffen zeigt ihre politischen Positionen, wenn sie zum Beispiel im Hinblick auf die Lage im Nahen und Mittleren Osten verlangen, die anstehenden Probleme auf friedlichem Wege zu lösen.

Die Positionierung der BRICS verdeutlicht die Veränderungen, die in den internationalen Beziehungen vor sich gegangen sind. Eine neue Weltwirtschaftsordnung kann nicht mehr in dem engen Kreis der G7 (oder G8) ausgehandelt werden, sondern erfordert die Einbeziehung anderer aufstrebender Länder, zu denen nicht nur die BRICS gehören. Die Abstimmung unter ihnen ermöglicht einen größeren Einfluss im Rahmen der G20, an denen auch die Türkei, Indonesien und weitere Akteure beteiligt sind.

Die USA, die im globalen Maßstab auf der Basis des Dollars agieren, können sich den Forderungen dieser Länder nach Reformen nicht länger verschließen. Die reichen Länder des Nordens werden gezwungen sein, sich den Veränderungen zu stellen. Sie können nicht mehr ignorieren, dass die Bedeutung der BRICS-Staaten weiter zunimmt. Unterstützt von anderen aufkommenden Ländern, fordern die BRICS bei der Wahl der Präsidenten der Weltbank und des IWF einen offenen, transparenten Prozess, der Kandidaten zulässt, die auch die Interessen der Entwicklungsländer vertreten.

Die Entwicklung in Richtung Multipolarität verändert die Beziehungen der Peripherie zu den Mächten des Zentrums. Die herrschenden Eliten der aufkommenden Staaten fordern dringend eine größere Teilhabe an der Gestaltung zukünftiger Beziehungen sowohl im Rahmen der UNO als auch anderer internationaler Organisationen. Das diesjährige Treffen in Davos zeigt, dass sie damit sogar Erfolg haben. Allerdings sind weder BRICS, noch G8 oder G20 demokratisch legitimierte Zusammenschlüsse. Sie handeln im Interesse der jeweiligen Eliten.

Die neue Süd-Süd-Allianz gegen die alten Nord-Nord-Bindungen gestellt, ergibt noch keine anders gestaltete Globalisierung. Vielmehr wird versucht, neben den BRICS weitere andere Länder in die G20 aufzunehmen, um den Kapitalismus in der Krise zu retten. Ein Indikator dieser Veränderung ist die Verteilung der Weltwährungsreserven: 6,5 Billionen US-Dollar in den Händen der Schwellenländer und nur 3,2 Billionen in denen der Industrieländer des Nordens.



Auch die Auslandsverschuldung der Schwellenländer hat sich verringert. Einige von ihnen gehören sogar zur Gruppe der Kreditgeber. Dagegen hat die Verschuldung der Industrieländer massiv zugenommen.

Es sollte nicht übersehen werden, dass die beschriebenen Veränderungen nicht alle Länder der Peripherie betreffen. Die Lage der ärmsten Länder hat sich verschlechtert. Arbeitslosigkeit, Migrantenströme, Umweltzerstörung und Ausbeutung der Naturressourcen sind Anzeichen für die zunehmenden Folgen der Krise. Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Trinkwasser, zu Bildung und medizinischer Versorgung.

Die Krisen- und Stagnationserscheinungen des Zentrums ermöglichten das Aufkommen der BRICS-Staaten und anderer Schwellenländer. Daraus ergibt sich die Frage, wie sich im weiteren Verlauf die Beziehungen zwischen ihnen gestalten werden. Gelingt es den BRICS und anderen, eigene Entwicklungsmodelle zu etablieren, die weniger Umweltbelastung, Nichtnutzung fossiler Brennstoffe, keine Nutzung der Atomenergie einschließen, oder folgen sie dem Muster der westlichen Zivilisation, dem kapitalistischen Reproduktionsmodell?

Die These von Arrighi und Harvey, dass sich mit jeder heftigen Krise in der kapitalistischen Entwicklung bzw. dem Durchlaufen eines „systemischen Akkumulationszyklus“ eine hegemoniale Transition vollzieht, die sich durch regional-räumliche Umgruppierungen auszeichnet, scheint sich aktuell zu bestätigen. Festgehalten werden kann, dass das Kräfteverhältnis im Weltmaßstab sich verändert. Die zukünftige Entwicklung wird davon abhängen, welche der existierenden Kräfte die Oberhand behält und welche alternativen Entwicklungsmöglichkeiten sich aus den neuen Bedingungen ergeben.

## Postskriptum

Die westlichen Länder, angeführt von Washington und Berlin, haben während der Tagung der Finanzminister der G20 Mitte Februar dieses Jahres in Moskau nur vage Zusagen gemacht, eine Reform des IWF – entsprechend der Forderungen der BRICS – durchzuführen. Die BRICS fordern seit geraumer Zeit, die Länderquoten zu verändern, da diese nicht mehr mit den weltwirtschaftlichen Realitäten übereinstimmen. Wörtlich heißt es in Pressekommentaren: „Die Russen wie auch die Chinesen und Inder verlieren langsam die Geduld mit den westlichen Ländern, wenn es um die Disproportionen zwischen ihnen und den westlichen Ländern im globalen Maßstab, bezogen auf Territorium, Bevölkerungszahl und Wirtschaft geht.“

## Kampf gegen den Terrorismus muss ein Kampf für soziale Gerechtigkeit sein

*Rede von Wolfgang Gehrcke, Außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Sitzung des Bundestages zu den Anträgen der Bundesregierung zur Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte nach Mali (Beteiligung an europäischer Ausbildungsmission und Unterstützung der Mission AFISMA) am 20. Februar 2013*

Aus: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

### Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann vieles von dem teilen, was hier von der Analyse her gesagt worden ist – darauf werde ich zurückkommen –, aber komme zu anderen Schlussfolgerungen. Die Linke wird den beiden Anträgen, die bedeuten, dass bis zu 330 Bundeswehrsoldaten – das ist die Obergrenze – in den Einsatz in Mali geschickt werden, nicht zustimmen; wir werden sie ablehnen. Für uns bleibt es dabei: Es werden in der Politik falsche Schwerpunkte gesetzt. Dazu möchte ich ein bisschen argumentieren.

Erstens. Der Außenminister war hier gefordert, zur Politik zu reden. Es ist eine interessante Arbeitsteilung, Herr Westerwelle, die Sie hier akzeptieren: Der Verteidigungsminister ist für das Militär zuständig; dazu äußern Sie sich nicht. Und während der Verteidigungsminister wenig zur Politik sagt, äußern Sie sich dazu. Ich hätte mehr erwartet.

Meine Fraktion möchte, dass die Bundesregierung andere Schwerpunkte setzt. Ich möchte, dass die Bundesregierung hier deutlicher macht, welche diplomatischen Initiativen tatsächlich unternommen werden. Ich möchte, dass es mehr gibt als nur eine Reise des Außenministers. Dazu, wie es zu einer Aussöhnung und zu einer Verbesserung der Situation in Mali kommen soll, haben Sie überhaupt nichts gesagt.

Wer sich etwas mit der Situation in Mali beschäftigt hat und mehr als eine Panorama-Sendung gesehen hat – Sie haben sie offensichtlich auch gesehen –, konnte seit langem mitbekommen, dass sich in Mali etwas zusammenbraut; und es gab keine politische Reaktion darauf. Ich stelle mir angesichts dessen selbst die Frage und möchte sie auch Ihnen stellen: Brauchen wir nicht eine ganz andere Friedens- und Konfliktforschung, um solch einer Entwicklung längerfristig vorzubeugen oder sie zu bekämpfen? Ist das nicht eine Frage, die hier erörtert werden muss? Brauchen wir nicht eine andere Entwicklungsarbeit, die zu einer gerechteren Verteilung des Reichtums auch in solchen Ländern beitragen kann? Das muss zumindest thematisiert werden.

Auch nachdem ich hier die Reden der beiden Minister gehört habe, habe ich den Eindruck, dass leider auch für die Bundesregierung gilt: Soldaten vor Diplomaten. Für uns gilt umgekehrt: Diplomaten vor Soldaten. Das erachten wir für politisch notwendig.

Meine zweite Überlegung. Ich möchte ja, dass in Mali geholfen wird. Ich habe von der Bundesregierung erwartet, dass sie etwas mehr zu dem sagt, was sie den Vereinten Nationen vorschlägt. Ich will nur einige Fakten nennen: Mali leidet darunter, dass es wie die ganze Sahara-Region über

einen großen Reichtum an Ressourcen, über Naturreichtümer verfügt. Da wird der Reichtum – Uran, Gold, Phosphate, Bauxit – zum Fluch. Man muss sich dann vor Augen führen, dass in Mali 500 000 Hektar Land an internationale Konzerne zum Anbau von Erdnüssen und nachwachsenden Rohstoffen verkauft worden sind. Der Verkauf weiterer 400 000 Hektar steht jetzt an. Auch diese ökonomischen Probleme führen dazu, dass es zu solchen politischen Auseinandersetzungen kommt. Die alte Kolonialmacht Frankreich – das sage ich ganz offen – ist für diese Zustände mitverantwortlich. Sie ist daher nicht geeignet, diese zu beheben.

In dieser Situation müssen die Vereinten Nationen eine Rolle einnehmen; und das muss auch von der Bundesregierung gefordert werden.

Drittens gibt es natürlich auch eine innenpolitische Auseinandersetzung; das verhehle ich überhaupt nicht. Ich bin dagegen, dass immer mehr Soldaten in Auslandseinsätze geschickt werden. Herr Westerwelle, ich stehe wieder vor dem Problem, dass ich Sie verteidigen muss. Das tut mir furchtbar leid, das wird auch Ihnen unangenehm sein. Ich habe im Spiegel gelesen, dass der Parteivorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, im Gespräch mit einem US-Vertreter bei der Münchner Sicherheitskonferenz gesagt hat: „Der pazifistische Westerwelle“, der sich bei internationalen Konflikten gern heraushalte ...

Das hat Cem Özdemir gesagt, das ist nicht dementiert worden. Wenn Sie Pazifist wären, dann würde ich gerne sagen: Willkommen im Klub! Da könnten wir uns gut treffen.

Aber ich glaube es ja nicht. Ich fand es nur ganz interessant, dass Özdemir dazu gesagt hat: Ein grüner Außenminister hätte sich bei der militärischen Hilfe nicht so bescheiden gegeben.

Ich glaube, es gibt hier eine gewisse Umkehrung. Es war richtig, dass sich die Bundesregierung in der Libyen-Frage enthalten hat. Das werde ich immer wieder verteidigen, auch wenn ich gerne ein Nein gehört hätte. Ich möchte nicht, dass die Situation in Mali unter außerordentlich lautem Geschrei dazu missbraucht wird, noch mehr Militär zu schicken. Das ist die innenpolitische Auseinandersetzung. Wenn Sie also zum Pazifismus überlaufen: Herzlich willkommen! Dann können wir uns freundlich verständigen.

Sie müssen aber noch eine weitere Frage beantworten. In den Mali-Mandaten ist der Einsatz von Transall-Maschinen vorgesehen. Sie haben jetzt beantragt, den Einsatz der Transall zu mandatieren. Sie hatten mich hier früher einmal aufgefordert: Wenn ich der Auffassung sei, dass der Einsatz der Transall rechtswidrig gewesen sei, dann sollte ich klagen. Wäre es nicht anständig gewesen, wenn Sie jetzt gesagt hätten: „Sie haben recht gehabt, es war rechtswidrig, wir haben das jetzt korrigiert!“? Ich habe mit Vergnügen gesehen, dass Sie es korrigiert haben und jetzt ein Mandat beantragen; denn das Verfassungsgericht und andere sagen: Der Parlamentsvorbehalt soll pro Parlament und nicht contra Parlament ausgelegt werden.

Ich will Ihnen ein letztes Problem vortragen. In der Schilderung fängt alles so harmlos an. Ich habe überall gelesen, dass Sie sagen: Es handelt sich nicht um einen Kampfeinsatz. Ich sage Ihnen: Wer Soldaten einer gespaltenen Armee für einen Einsatz ausbildet, ist Teil des Kampfes. Erzählen Sie der Bevölkerung doch keinen Unsinn.

Wer Flugzeuge zur Verfügung stellt, um militärische Güter und Soldaten zu transportieren, ist Teil des Kampfes in Mali.

Das ist ein Kampfeinsatz, und das sollten Sie der Bevölkerung ehrlichkeitshalber auch sagen.

Ich nehme sehr ernst, was Sie zum Terrorismus und zu den islamistischen Banditen gesagt haben. Sie müssen mir aber die Frage beantworten, warum Sie in Syrien genau jene islamistischen Banditen mitfinanzieren und unterstützen, die in Mali bekämpft werden. Das ist wieder diese Doppelbödigkeit. Dahinter ist keine Botschaft zu erkennen.

Sie müssen mir auch beantworten, wieso man mit Saudi-Arabien, mit Katar und anderen Staaten weiterhin so gut zusammenarbeitet, wo doch jeder weiß, dass Gelder aus Saudi-Arabien, Katar und anderen Staaten in diese Gruppen fließen. Wenn man hier keinen Strich zieht und sagt: Terrorismus muss politisch bekämpft werden, dann werden wir diese Probleme immer wieder haben.

Ich möchte gern, dass der Kampf gegen den Terrorismus ein Kampf gegen den Hunger ist. Das wäre ein sinnvoller Kampf. Ich möchte gern, dass der Kampf gegen den Terrorismus ein Kampf für soziale Gerechtigkeit ist. Ich möchte gern, dass, wenn man gegen Terrorismus kämpft, zugleich für kulturelle Vielfalt kämpft. Auch das hat eine erhebliche Bedeutung.

Der Kampf gegen den Terrorismus kann gewonnen werden. Den Krieg gegen den Terrorismus, den Sie seit Jahren führen – vieles erinnert mich an Afghanistan –, werden Sie nicht gewinnen. Deswegen ist die politische Richtung, die Sie eingeschlagen haben, falsch. Das wollte ich Ihnen vortragen. Das hat meine Fraktion überzeugt. Deswegen werden wir dagegen stimmen. Ich glaube nicht, dass ich Sie überzeugt habe, aber man soll die Hoffnung ja nicht aufgeben.

## „Mali braucht die Dekolonisierung“

*Jean Ziegler über Frankreichs Intervention, den Kampf gegen die Dschihadisten und den Hunger im Land*

*Aus: Neues Deutschland, 24. Januar 2013*

● **Herr Ziegler, in einer Nachrichtenmeldung hieß es dieser Tage: „Viele Menschen in Mali setzen ihre Hoffnungen in die französische Armee.“ Kann der Westen mit der Intervention die Probleme dieses afrikanischen Landes militärisch lösen?**

In keiner Weise. Denn der Westen ist der Hauptverantwortliche für diese fürchterliche Situation. Mali ist heute eines der ärmsten Länder der Welt. Aber es hat eben auch unglaubliche Bodenschätze, darunter Uran und Gold. In meinem Buch „Wir lassen sie verhungern“ habe ich einige Zahlen genannt: Nur ein Viertel aller malischen Mütter sind imstande, ihre Kinder zu stillen, 62 Prozent der malischen Bevölkerung sind nach Angaben der Welternährungsorganisation schwer und permanent unterernährt. Seit der Kolonisierung ist Mali in der absurden Situation, dass es als großes, mächtiges Bauernland Hunger leidet. Die Bambara-Kultur und andere Ethnien haben eine lange landwirtschaftliche Tradition. Dennoch musste Mali im vergangenen Jahr 71 Prozent seiner Nahrungsmittel importieren, weil die Regierung wegen der Auslandsverschuldung keine Investitionen in die Subsistenzlandwirtschaft tätigen konnte.



### ● Erklärt sich so die politische Instabilität?

Mali musste vor allem Reis aus Vietnam und den Philippinen importieren. Nun sind die Reispreise wegen der Börsenspekulation mit Grundnahrungsmitteln explodiert. Nach 2009 sind die größten Banken und Hedgefonds auf die Rohstoffbörsen umgestiegen, nachdem sie die Finanzbörsen ruiniert haben. Sie machen seitdem an der Chicago Commodity Stock Exchange und anderen Rohstoffbörsen astronomische Profite auch mit Getreide. In der Folge steigen die Preise. Länder wie Mali können nicht mehr genug Nahrungsmittel importieren. Mehr Menschen sterben.

### ● In der Berichterstattung der vergangenen Tage und Wochen ist davon nur wenig zu hören. Stattdessen ist viel von Krieg gegen den Terrorismus die Rede.

Natürlich geht es auch gegen den Terrorismus. Zwei Drittel Malis sind Sahara- und Steppengebiet. Dort, im Norden und Osten, sind auch die großen Minen des Landes, die im Wesentlichen von drei terroristischen Organisationen kontrolliert werden. Darunter die Al Qaida im Maghreb und algerische Dschihadisten. Hinzu kommen Tuareg-Gruppen.

### ● Wie kam es zum Erstarken des islamistischen Einflusses?

Die Tuareg stellen die Mehrheit im Norden des Landes. Seit der Unabhängigkeitserklärung 1962 wurden sie, ebenso wie im benachbarten Niger, von der landesweit schwarzafrikanischen Mehrheit unterdrückt. Viele Tuareg sind vor dem Elend nach Libyen geflohen und wurden dort von Muammar al-Gaddafi rekrutiert. Nachdem die libysche Diktatur vor zwei Jahren zusammengebrochen ist, sind die Tuareg zurückgekommen – schwerstbewaffnet. Ihre Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad, die MNLA, wurde dann von dschihadistischen Truppen verdrängt, die nun in der Region die absolute Macht haben.

### ● Kann man dieser Lage durch Luftangriffe beikommen?

Dass Frankreichs Präsident François Hollande den Vormarsch auf die Hauptstadt Bamako durch die Angriffe hat stoppen lassen, ist verständlich. Diese Dschihadisten sind eine ganz fürchterliche Bande, die übrigens auch die übrigen MNLA-Reste verfolgt. Die wüten ebenso wie die Taliban, ebenso fanatisch. Wenn die Bamako erobert hätten, hätte das für die Menschen dort großes Elend gebracht.

### ● Was erleben wir also gerade in Mali: humanitäre Hilfe oder Neokolonialismus?

Beides. Formaljuristisch gibt es zunächst einen Beschluss des Sicherheitsrates, der das Verteidigungsrecht aus Kapitel sieben der Charta der Vereinten Nationen anspricht. Hier wurde also nicht, wie bei George W. Bush in Irak, eine einseitige Räuberaktion gestartet. Hollande interveniert auf der Basis eines Sicherheitsratsbeschlusses, um den Bestand eines UNO-Mitgliedstaates zu erhalten. Die Intervention ist dann juristisch und moralisch legitim, wenn sie keine imperialistischen Fernziele hat, wenn sie zeitbeschränkt ist und die Souveränität Malis wiederherstellt. Aber der Verdacht besteht natürlich, dass es eine neokoloniale Wiedereroberungsaktion ist. Die Frage ist also, ob die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft, die ECOWAS, das Heft in die Hand nimmt und nach der Herstellung der Souveränität wieder zieht.

### ● Welche Lösungen gibt es für Mali, wie kann das Land aus der Krise herausfinden?

Es gibt im Grunde zwei Stufen der Lösung. Zum einen müsste die westafrikanische ECOWAS-Truppe endlich konstituiert werden und eingreifen. Sie müsste gemeinsam mit der malischen Armee vorgehen, um die Dschihadisten zu verjagen. Präsident Hollande gibt ja an, dass seine Intervention lediglich zum Ziel hatte, den Vormarsch dieser Kräfte zu stoppen, bis die ECOWAS eingreift. Aber dann, und das ist die zweite Stufe, muss die Dekolonisierung vorangetrieben werden – auch von Frankreich. Die Uranvorkommen in Niger und Mali werden vom französischen Staatskonzern AREVA ausgebeutet. Die AREVA ist lebenswichtig für Frankreich, das einen Großteil seiner Elektrizität in Atomkraftwerken produzieren lässt. Der Eingriff von Hollande war auch durch die Bedrohung dieser Versorgung motiviert. Die Beziehung zu den Regierungen in Bamako und (der nigrischen Hauptstadt) Niamey ist eine neokoloniale Ausbeutungsbeziehung. Niger und Mali gehören zu den ärmsten Ländern der Welt und haben zugleich mit die größten Uranvorkommen der Welt. Da müsste es einen absoluten Bruch mit dieser neokolonialen Erbschaft geben. AREVA müsste endlich einen vernünftigen Preis für das Uran zahlen. Dann gäbe es in einem Jahr keinen Hunger mehr, keine Epidemien. Dann würden Mali und Niger ein blühendes Staatswesen aufbauen können.

## Mali im Fadenkreuz der Geopolitik

*Frankreich: Sahel-Abenteurer für Atomanlagen-Betreiber und auch Menschenrechte?*

*Von Werner Ruf, Politologe und Friedensforscher, aus: Neues Deutschland, 16. Februar 2013*

Der Zerfall von Mali ist eine der Konsequenzen des vor allem von Frankreich betriebenen Krieges in Libyen. Die Afrika-Politik Muammar al-Gaddafis gefährdete jenes aus Korruption, Ausbeutung, Waffenhandel und Kriminalität bestehende neokoloniale System, das unter dem Namen *Françafrique* Eingang in die politikwissenschaftliche Literatur gefunden hat. Gaddafis Unterstützung für unterschiedliche Tuareg-Gruppen verfolgte das Ziel, in all jenen Staaten eine Mitsprache zu erreichen, in denen – wie auch in Libyen – neben Arabern berberische Tuareg (Singular *Targi*) leben: Algerien, Niger, Tschad, Burkina Faso. Diese Gruppen – zum Teil militärisch gut ausgebildet – wandten sich nach der Zerstörung der Staatlichkeit Libyens unter Mitnahme hochmoderner Waffen ihren Heimatregionen zu.

Der Sahel und die Sahara sind längst zu einem für Banditen und Kriminelle lukrativen Raum geworden: Durch die Wüste führt die wichtigste Straße des Handels mit kolumbianischem Kokain in Richtung Europa. Die zweite Einkommensquelle ist das Abpressen von Schutzgeldern von den Tausenden afrikanischen Migranten, die durch die Wüste ans Mittelmeer streben. Die Dritte sind Lösegelder für entführte Touristen, Diplomaten, Techniker, aber auch Geheimdienstagenten: Allein die ominöse Gruppe Al Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI) soll derzeit über 60 Geiseln in ihrer Hand haben.



Die Sahelstaaten Tschad, Niger, Mali, Mauretanien und Burkina Faso gehören zu den ärmsten Ländern der Welt. Seit über zehn Jahren bleiben die regelmäßigen Regenfälle aus, mit katastrophalen Folgen für die Nomaden, also auch die Tuareg, deren Herden weitestgehend vernichtet sind.

In der fast ausschließlich von Muslimen mit einem sehr toleranten Religionsverständnis bewohnten Region haben sich in den letzten zwanzig Jahren pakistanische und saudische Prediger breit gemacht, die den dogmatisch-fanatistischen Wahhabismus vertreten und – auch dank finanzieller Förderung – bei perspektivlosen Jugendlichen Anhänger gewinnen.

Die medial bekannteste und wohl auch stärkste „terroristische“ Gruppe ist die AQMI. Sie stammt von den so genannten Bewaffneten Islamischen Gruppen (GIA), die einst im algerischen Bürgerkrieg nach den durch Putsch abgebrochenen Wahlen von 1992 vor allem gegen die Zivilbevölkerung wüteten. Dabei folgten sie einer vom algerischen Geheimdienst entwickelten, von Frankreich und den USA in den 60er und 70er Jahren vorgedachten Counter-Insurgency- (Aufstandsbekämpfungs)-Strategie.

Die GIA lösten sich 1999 auf, ein kleiner Teil von ihnen unter dem Namen Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) erlangte danach Aufmerksamkeit mit der Entführung von 32 deutschen, österreichischen und schweizerischen Touristen, die fast sechs Monate lang von Südalgerien durch Mali und Niger und wieder zurück nach Algerien verschleppt wurden. Anführer der Banditen war Amari Saifi alias El Para, ein Agent des algerischen Geheimdienstes. Er wurde 2004 von Tuareg gefangen genommen, an Gaddafi überstellt und von diesem an Algerien ausgeliefert. Dort soll er seitdem im Gefängnis sitzen, Prozesse gegen ihn wurden immer wieder vertagt.

Am 27. Januar 2007 benannte sich die Bande um in AQMI – ein international Furcht einflößendes Etikett. Die Antwort der USA kam postwendend: Am 7. Februar 2007 richteten sie ihr African Command (Africom) ein, dessen Ziel die Bekämpfung des Terrorismus in Afrika sein sollte. Zuvor schon hatten die USA mit ihrer Pan-Sahel-Initiative und mehreren Großmanövern unter dem Namen Flintlock ihren militärischen Ordnungsanspruch bekräftigt. Die Existenz von GSPC/AQMI rechtfertigte so einerseits den militärischen Griff der USA nach Afrika, andererseits war sie Grundstein für die seither enge militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit Algeriens mit den USA.

Die zweite im Sahel aktive Gruppe ist MUJAO (Bewegung für die Einheit und den Dschihad in Westafrika). Sie wird geführt von dem Ex-AQMI-Kämpfer Mokhtar Belmokhtar, der auch den Angriff auf das algerische Gasfeld bei Ain Amenas am 16. Januar kommandiert haben soll. Es darf vermutet werden, dass die Abspaltung vorwiegend aus dem Streit um die Kontrolle der Pfründe resultiert, möglicherweise aber auch eine Art Arbeitsteilung zwischen den beiden Gruppen darstellt. MUJAO ist hauptverantwortlich für die unter Berufung auf die Scharia begangenen barbarischen Akte in der nordmalischen Stadt Gao.

Schließlich ist da noch Ansar el-Din (Unterstützer des Glaubens), eine vorwiegend aus Tuareg bestehende Truppe, die zuvor im Dienste Gaddafis stand. Ihr Führer ist der Targi lyad Ag Ghaly.

Als säkulare Gruppe agiert in Mali die MNLA, die Bewegung für die Befreiung von Azawad, wie das Tuareg-Gebiet in

der Targi-Sprache heißt. Für eine kurze Zeit kämpften MNLA und Ansar el-Din gemeinsam. Die MNLA besteht nur aus einer kleinen Gruppe von Angehörigen eines Tuareg-Stammes. Sie wurde von französischen Diensten aufgebaut und genießt seit Anfang 2011 die uneingeschränkte Unterstützung Frankreichs. Ihr Name ist auch nicht Programm: Ihr Führer erklärte jüngst, sie kämpfe nicht für die Unabhängigkeit eines Tuareg-Gebiets. Inzwischen hat die Bewegung kaum mehr militärischen Einfluss und genießt bei der Tuareg-Bevölkerung keinen nennenswerten Rückhalt.

Warum benutzt Frankreich, das gerade seine Truppen aus Afghanistan abgezogen hat, in Mali nun genau jene Begründung, es müsse dem islamistischen Terror gegen die Bevölkerung ein Ende setzen? Gelänge es den Banden, die wohl auch den Vormarsch auf die Hauptstadt Bamako planen, in Mali Fuß zu fassen, könnten sie tatsächlich die Kontrolle über die gigantischen Energieressourcen der ganzen Region erlangen: In jüngster Zeit wurden im Raum von Mauretanien bis Niger große neue Öl- und Gasfelder entdeckt, an deren Ausbeutung vor allem die französische Total, die italienische ENI und die algerische SONATRACH (unter den weltgrößten Energiekonzernen auf Platz elf) beteiligt sind.

In Mali selbst gibt es Gold, Diamanten und Phosphat. Letzteres wird immer wichtiger für die weltweite Düngemittelproduktion. Und es gibt Hinweise auf erhebliche Öl- und Gasreserven sowie auf Vorkommen von Uran in der Region um Kidal. Damit schließt sich der Kreis: Wie in Mali, so gibt es in Niger ein Tuareg-Problem – und im ganzen Raum agieren AQMI & Co. Niger aber ist der drittgrößte Uranproduzent der Welt, Frankreichs über 80 Atomkraftwerke beziehen 70 Prozent ihres Brennstoffs aus Niger. Ausgebeutet wird das Uran unter unsäglichen Bedingungen für Mensch und Umwelt von dem halbstaatlichen französischen Unternehmen Areva, das sich auf seiner Homepage „größter Atomanlagenbauer der Welt“ nennt.

Von Nigeria durch Niger und Algerien wird die riesige fast 4 000 Kilometer lange Transsahara-Gas-Pipeline gebaut, die, finanziert von SONATRACH und Gazprom, von Nigeria zur algerischen Mittelmeerküste geführt wird. Der Sahel, und in seinem Zentrum Mali, ist daher von herausragender Bedeutung, zumal inzwischen auch China begonnen hat, in Niger Uran abzubauen: Die derzeitigen Geostrategien richten sich nicht nur auf die Kontrolle der Rohstoffe und ihrer Transportwege, sondern auch auf die Kontrolle der Fördergebiete und Transportwege der konkurrierenden Mächte.

Erstaunlich ist, dass in diesem Konflikt die USA bisher so gut wie nicht in Erscheinung treten: Mit Africom haben sie ein gewaltiges, offiziell eigens für die Terrorismusbekämpfung geschaffenes militärisches Instrument. Im Schlüsseljahr 2007 erklärten sie, ihre Ölzufuhr aus Afrika von damals 13 Prozent bis zum Jahre 2013 (!) auf 25 Prozent ihrer Gesamtimporte steigern zu wollen. Scheuen sie die Risiken eines zweiten Afghanistans in den endlosen Weiten der Wüste? Lassen sie Paris in einen unlösbaren Konflikt laufen, oder lernen sie aus den Misserfolgen von Africom, das in Mali vier Anti-Terror-Einheiten ausgebildet hat, von denen drei zu den Rebellen übergelaufen sind, während die Reste von Malis Armee sich selbst bekriegen?

Im Interessengeflecht um die Ressourcenkontrollen erscheinen jenseits des um Diskretion bemühten China neue Akteure: Seit der Arabellion treten die Staaten des Golf-Kooperationsrats unter Führung von Saudi-Arabien und Katar



massiv in die Weltpolitik ein. Sie waren es, die jene Entscheidung in den Sicherheitsrat einbrachten, die dann die Resolution 1973 und die Verhängung der „Flugverbotszone“ über Libyen zur Folge hatte. Sie sind es, die in Ägypten und Tunesien für die Verbreitung des Wahhabismus und die Unterstützung salafistischer Gruppen sorgen und die dschiha-distische Nusra-Front in Syrien unterstützen.

Katar, der neue militärische Partner Frankreichs am Golf, lässt der militantesten Gruppe MUJAO mindestens finanzielle Unterstützung zukommen. So versuchen die arabischen Despoten, sich als zentrale Macht in der aufscheinenden multipolaren Welt zu positionieren, die die Ressourcen unter der Erde zumindest der sunnitisch- islamischen Länder kontrolliert. Die gezielte Unterstützung von „Terroristen“ wird zum Angelpunkt geostrategischer Pläne – ebenso wie deren mit medialem Spektakel betriebene Bekämpfung.

Nahost

## Der arabische Winter und die Revolutionsillusionisten

*Worin besteht die geopolitische Rolle der Umstürze und inneren Kämpfe in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien?*

*Von Hannes Hofbauer, Journalist und Publizist, Wien; aus: Neues Deutschland, 9. Februar 2013*

Eine Frage treibt die Linke im Angesicht der arabischen Rebellionen um: Wie sich dazu stellen? Die Beantwortung bedarf einer nüchternen Betrachtung der Geschehnisse.

Beginnen wir mit Syrien. Vor bald zwei Jahren hat sich dort eine Oppositionsbewegung formiert, die in kürzester Zeit von der Geschichte überrollt wurde. Unterschiedliche interne und externe Interessen haben dazu geführt, dass aus anfänglicher Unzufriedenheit ein heftig tobender Bürgerkrieg geworden ist. Cui bono? Die Frage muss erlaubt sein.

Von einer Revolution kann jedenfalls keine Rede (mehr) sein, die ganze Region steckt mitten in einem territorialen und ökonomischen Neuordnungsprozess, der – über golfmonarchische Umwege – vom Westen dynamisiert wird, zu seinem Vorteil. Und das gilt bis Kairo und Tunis: Statt mehr oder weniger laizistisch orientierter Autokraten wird mit der islamischen Karte eine „politische Reserve“ aus dem Köcher gezogen, die seit dem Krieg gegen sowjetische Truppen in Afghanistan von Seiten der USA aufgepöppelt worden ist. Die Muslimbrüder, auch von Israel dereinst gegen die palästinensische Linke verstärkt, sind ihr massenwirksamster Ausdruck.

Der kritischen europäischen Wahrnehmung der „Arabellion“ muss man zwei wesentliche Versäumnisse vorwerfen: Das Kleinreden des externen Faktors und das Unterschätzen einer fehlenden Programmatik des Aufstandes. Unbestritten ist: Die breite Oppositionsbewegung wurzelt in hausgemachter politischer Unzufriedenheit: mit den Autokraten, einer durch diese verschärften gesellschaftlichen Blockade und den sozialen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise an der Peripherie, wobei letzteres freilich auch äußeren Einflüssen geschuldet ist.

Übersehen wird in der mit den Aufständen solidarischen

Linken, mit welcher Wucht und mit wieviel Geld die oppositionelle Mobilisierung von externen Akteuren betrieben worden ist. Da sind in erster Linie die großen sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu nennen: National Endowment for Democracy, National Democratic Institute, International Republican Institute, Konrad Adenauer Stiftung, Westminister Foundation ... Die allermeisten tragen das „N“ von „NGO“ zu Unrecht im Namen. Seit unter Bill Clinton lokale serbische Gruppen wie „Otpor“ gegen missliebige Potentaten unterstützt wurden, hat sich eine wahrhafte Industrie im Umfeld von zivilgesellschaftlichen Interventionen entwickelt. Sie ziehen mit gefüllten Konten von Krisenherd zu Krisenherd, orten lokale Unzufriedenheit, organisieren Seminare und rekrutieren Meinungsführer, die den US-amerikanischen und EU-europäischen Neuordnungsplänen positiv gegenüber stehen. Das gemeinsame Ziel lautet: Regimewechsel. Dort, wo zivilgesellschaftliche Krieger für eine dem wirtschaftlichen Liberalismus verpflichtete Demokratisierung nicht genügen, werden die Mittel der zivilen Interventionen militärisch ergänzt. Dass dies ausgerechnet gegen zwei laizistische Regimes mit sozialistischen Versatzstücken, Libyen und Syrien, der Fall war bzw. ist, gibt Aufschluss über die politische Stoßrichtung des äußeren Eingriffs, der im Falle Libyens und Syriens medial herbeigeschrieben oder zumindest wohlwollend kommentiert, im Falle Saudi-Arabiens oder Marokkos nicht einmal in Erwägung gezogen wird.

Was jedem Beobachter der „Arabellion“ ins Auge stechen müsste, wird dennoch weitum totgeschwiegen: die fehlende Programmatik des Aufstandes. Da hatte Syriens Präsident Baschar al-Assad schon Recht, als er Anfang dieses Jahres bei seinem Auftritt in der Damaszener Oper meinte, er sehe nirgends eine Revolution, denn für eine solche bräuchte es eine Idee. Die gibt es nicht. Nun kann man über den Revolutionsbegriff trefflich streiten, schon deshalb, weil sich häufig ein erträumtes hehres Ideal von ihm unserer Gedanken bemächtigt. Ob ein Aufstand das Eigenschaftswort revolutionär verdient, hängt auch nicht davon ab, wie eruptiv oder chaotisch bzw. geplant ein solcher ist, aber einem muss eine Revolution schon genügen: ihrem Wortstamm entsprechend umwälzend, eigentlich „zurückwälzend“ sein, die Umkehr der Verhältnisse bewirken. Und da die gesellschaftlichen Verhältnisse im Zeitalter globaler Kapitalakkumulation – wie zuvor natürlich auch schon – ökonomiegeleitet sind, muss Veränderung im Wirtschaftlichen (und Sozialen) ihren Kulminationspunkt haben. Bloßes Reformieren der Verhältnisse bringt diese nicht zum Tanzen.

In diesem Sinne vermisst man bei den arabischen Oppositionen, mit Ausnahme von relativ unbedeutenden kleineren Gruppen, umwälzende sozioökonomische Vorstellungen für eine gerechtere Welt. Allenfalls kulturelle Programmatik wird deutlich, wenn man Islamismus als kulturelle Identitätsstiftung begreifen möchte. Statt revolutionären Neuerungen für eine bessere Gesellschaft, ist die Rebellion von einem einzigen konsensualen Gedanken getragen, der da lautet: Regimewechsel.

Wer sind nun die Träger der arabischen Wende, die ziemlich genau 20 Jahre nach der osteuropäischen – auch damals hörte man allenthalben hinter vorgehaltener linker Hand vom besseren Deutschland, von einer gerechteren Verteilung, ja von demokratischem Sozialismus etc. – Platz greift. Es sind, so viel kann nach fast zwei Jahren des Umbruchs gesagt werden, die Muslimbrüder mit all ihren Schattierungen und



internen Querelen. Linke und westlich-bürgerliche Kräfte mögen anfangs initialzündend an den Aufständen mitgewirkt haben, Profiteure der Wende sind sie nicht. Als Gewinner vor Ort hat sich eine stark- bis ultra-konservative Strömung etabliert, die mittels gottesfürchtiger Ideologie die Massen in Krisenzeiten auf ein besseres Jenseits vertrösten kann. Führende Familien der Muslimbrüder z. B. in Ägypten verfügen auch im Diesseits über entsprechende Mittel.

Die geopolitische Rolle der Muslimbrüder scheint vergleichbar jenen von Reservespielern auf der Ersatzbank, die zum Einsatz kommen, weil sich die Autokraten verletzt, sprich: gesellschaftlich diskreditiert haben. Entscheidend für deren Unterstützung durch die internationalen Finanzorganisationen und weltweit tätigen Kapitalgruppen wird sein, dass sie sich den ökonomischen Neuordnungsplänen der Wende unterordnen. Ihre Eliten garantieren aus eigenem wirtschaftlichen Interesse die Aufrechterhaltung bzw. Erweiterung der vier kapitalistischen Freiheiten, die da sind: freier Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und (quotiert) Arbeitskräften.

Diesbezüglich hat die Transformation von Tripolis über Tunis bis nach Kairo funktioniert: Nirgendwo wurden neue, wirtschaftlich oder sozial argumentierte staatliche Reglementierungen durchgeführt, im Gegenteil: Jede in den vergangenen Jahrzehnten betriebene Schutzmaßnahme einheimischer ökonomischer Akteure gegen allzu starke Konkurrenz von außen, mag sie unter sozialistischer oder nationalistischer Flagge gesegelt und wie immer pervertiert und voll von Elementen der Korruption gewesen sein, muss den Interessen der Marktöffner weichen. Dafür hat sich – ähnlich, wie bei der Wende in Osteuropa – eine Allianz aus willfähriger Diaspora, international agierendem Kapital und ebenso aufgestellten Medien gebildet, denen es über das Umdefinieren von einst linken Begriffen wie „Revolution“ und „Solidarität“ zu gelingen scheint, die Definitionsmacht über das Geschehen bis weit in die Linke hinein zu hegemonisieren.

## Kein zweites Jugoslawien

*Russland und China treten für ein selbstbestimmtes Syrien ein. Politische, ökonomische und defensive militärische Maßnahmen sollen das Ziel befördern*

*Von Karin Leukefeld; aus: Junge Welt, 4. Oktober 2012*

In Syrien tobt ein „Krieg niedriger Intensität“. Die Protestbewegung, die zunächst friedlich mit Angriffen der Sicherheitskräfte konfrontiert war, wurde bald von bewaffneten Gruppierungen benutzt, die andere Ziele als die Demonstranten verfolgten: Austragen alter Konflikte, religiöser Eifer gegen modernen Säkularismus, Ausnutzen des zunehmenden Chaos für eigenen Profit oder im Auftrag anderer. Die bewaffnete Auseinandersetzung hat eineinhalb Jahre nach Beginn der Proteste im März 2011 die politische Protestbewegung beiseitegeschoben; in Syrien herrscht die Sprache der Gewalt. Auf der einen Seite kämpfen Geheimdienste und Milizen an der Seite oder auch in den Reihen der regulären syrischen Streitkräfte, auf der anderen Seite kämpft eine Vielzahl bewaffneter Gruppen: „syrische Bürger, die zu den Waffen gegriffen haben“, Deserteure der syrischen Armee, Einheiten der in Syrien verbotenen Muslimbruderschaft, stammesbe-

zogene Milizen, Dschihadisten, Salafisten und bezahlte Söldner mit Kampferfahrung aus Zentralasien, Afghanistan, Irak und Libyen, zu denen hier auch Al-Qaida gezählt werden soll.

Die jeweiligen Parteien werden finanziell, militärisch, logistisch und nicht zuletzt propagandistisch unterstützt. Der syrischen Armee stehen Russland und Iran zur Seite. Berater helfen bei Vermittlungsversuchen. Um die neue Kommunikationstechnologie überwachen zu können, mit der die Aufständischen aus dem Westen versorgt wurden und sich unerkannt verständigen können, hilft Russland bei der Aufklärung. Die bewaffneten Assad-Gegner werden regional von Türkei, Saudi-Arabien und Katar sowie international – anderen voran – von den USA, Frankreich und Großbritannien unterstützt. Auch der deutsche Bundesnachrichtendienst hat seine Ohren im Kampfgetümmel.

Die in der westlichen Hemisphäre um die USA gruppierten europäischen Großmächte und die Golfmonarchien machen Russland und China dafür verantwortlich, dass der UN-Sicherheitsrat keine harte Resolution verabschiedet. Russland wiederum macht den Westen für das anhaltende Blutvergießen mitverantwortlich, da die Vetostaaten im UN-Sicherheitsrat ursprünglich zwar ein gemeinsames Vorgehen beschlossen haben, sich aber mit ihrer einseitigen und finanziell massiven Unterstützung der bewaffneten Aufständischen völlig entgegengesetzt verhalten. Sie verlängern so nicht nur den Konflikt, sondern heizen ihn auch an. Handeln Russland und China einfach nur interessengeleitet „böse“, wie es der westliche Blick vermittelt? Was sind die russischen und chinesischen Interessen in Syrien? Wie wollen sie den innersyrischen Konflikt lösen?

### Russland im Mittleren Osten

Die Beziehungen Russlands zum Mittleren Osten haben Tradition. Im 18. und 19. Jahrhundert stand das Zarenreich mit Großbritannien und anderen europäischen Staaten in wirtschaftlicher Konkurrenz. Ende des 18. Jahrhunderts durchfuhr die russische Flotte das östliche Mittelmeer, um den Expansionsbestrebungen des Osmanischen Reichs Grenzen aufzuzeigen, das mit den Kolonialstaaten Europas verbündet war. Die russische Armee besetzte die Krim, die später dem Russischen Reich eingegliedert wurde. Der Einfluss der Osmanen im Schwarzen Meer wurde zurückgedrängt und die russische Flotte im Hafen Odessa stationiert. Das Manöver sollte auch die wachsende Bedeutung des Islam in den von orthodoxen Christen bewohnten Gebieten im Südwesten des Zarenreichs stoppen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts lieferten sich Großbritannien und Russland ein Rennen um Autorität in Zentralasien und um den Zugang zum Indischen Ozean. Der Konflikt wurde unter dem Namen „The Great Game“ (Das große Spiel) bekannt. Russland wollte am Indischen Ozean einen eisfreien Hafen bauen, London wollte das verhindern.

Nachdem das Osmanische Reich sich im Ersten Weltkrieg mit Deutschland und Österreich gegen die Triple Entente (Großbritannien, Frankreich, Russland) verbündete, wurden die arabischen Provinzen zum Kriegsschauplatz. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs und dem Ende des Ersten Weltkrieges wurden die ehemaligen osmanisch-arabischen Provinzen Groß-Syrien und Mesopotamien unter den Franzosen und Briten aufgeteilt. Russland wurde die Kontrolle über die Meerengen Bosphorus (Schwarzes Meer/Marmara-Meer) und die Dardanellen (Marmara-Meer/Mittelmeer), über Is-



tanbul und die ehemaligen armenischen Provinzen im Osten der Türkei (Westarmenien) als Einflussosphäre zugestanden. Waren im 18. und 19. Jahrhundert die Kolonialstaaten Europas Gegner der Großmacht Russland, verließ die Front im 20. Jahrhundert – nach der Gründung der Sowjetunion (UdSSR) und mehr noch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – zwischen den beiden Weltmächten USA und UdSSR und ihren jeweiligen Einflussosphären. Syrien, das 1946 Gründungsstaat der Vereinten Nationen war, lehnte sich an die UdSSR an, ohne seine Kontakte zu Europa aufzugeben. 1961 wurde das Land Mitglied der Staatenbewegung der Nichtpaktgebundenen.

### Brzezinskis „Schachbrett“

Zbigniew Brzezinski, von 1977 bis 1981 nationaler Sicherheitsberater von US-Präsident James Carter, brachte die US-Strategie um die Vorherrschaft in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ (1997) auf den Punkt: Für die USA steht die Kontrolle „Eurasiens“ im Zentrum jeder Außenpolitik, die Europa, den Mittleren Osten, Russland und Asien betrifft. Eurasien als weltweit größter zusammenhängender Kontinent verfüge über die meisten Rohstoffe und Rohstoffwege, die größte Bevölkerung und die wichtigsten Waffenproduzenten (nach den USA). Zum Glück für die USA herrsche keine Einigkeit auf dem „Megakontinent“, den der Politikwissenschaftler als „Schachbrett“ definiert, auf dem es gelte, geschickt zu spielen. Er teilt den Kontinent in „mittlere, westliche, südliche und östliche Regionen“ ein, wobei die „südliche Region“ vom östlichen Mittelmeer über die Golfstaaten, Indien und Ostchina bis in die zentralasiatische Region reicht. Brzezinski formuliert seine Strategie vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, in dem die USA sich zur Weltmacht entwickelten. Er zitiert die kulturellen, ethnischen und religiösen Unterschiede, die die Sowjetunion schließlich zu Fall gebracht hätten.

20 Jahre später haben sich neue Machtzentren gebildet: Russland, China, Indien auf dem „Megakontinent Eurasien“, Südafrika und Brasilien auf anderen Kontinenten. Diese sogenannten BRICS-Staaten haben neue wirtschaftliche und politische Räume geschaffen. China und Russland dehnten ihren wirtschaftlichen Einfluss bis weit nach Afrika und Europa aus; die US-Finanzkrise, der Währungsverfall des Dollars, die festgefahrenen Kriege in Afghanistan und Irak haben die USA geschwächt. Ihr Image als Leuchtturm für „Freiheit und Demokratie“ hat insbesondere in der arabischen Welt enorm gelitten. Mit subtiler Interventionspolitik und Kriegen niedriger Intensität – für die sich die USA Söldnertruppen wie Al-Qaida bedient – versuchte Washington, die russische und chinesische Konkurrenz aus Afrika und der arabischen Welt zu vertreiben. Es gelang in Afghanistan, Sudan, Irak und – nach Beginn des „Arabischen Frühlings“ – mit Gewalt auch in Libyen. Allerdings verloren die USA durch Umstürze in Tunesien und Ägypten wichtige Bündnispartner, die mit den Kernstaaten Europas jahrzehntelang die „Pax Americana“ im südlichen Mittelmeerraum (Maghreb) und gegenüber Israel garantiert hatten. Das US-Imperium wankt, Kontrolle und Zugriff des „eurasischen Schachbretts“ sind in Gefahr. Neue Krisen und Stellvertreterkriege läuten das möglicherweise letzte Kapitel in der Geschichte der „einzigen Weltmacht“ USA ein. Diese versucht, das mit allen Mitteln abzuwehren.

### Einfluss radikaler Muslime

Die Konflikte in Syrien haben eindeutig innenpolitische Ursachen. Der reformorientierte Präsident Baschar Al-Assad hat die Dynamik, die der „Arabische Frühling“ in der US-Politik ausgelöst hat, nicht rechtzeitig erkannt. Fehler in den ersten Tagen beim Umgang mit den Protesten wurden nicht rechtzeitig korrigiert, die Reformangebote an die syrische Bevölkerung konnten mangels Zeit nicht getestet werden, weil sie von einer rasch gestrickten Opposition im Ausland (Syrischer Nationalrat) abgelehnt und demontiert wurden. Das setzte die innersyrische Opposition unter Druck, die von Syrern im Ausland als „Verräter“ oder „Opposition von Assad“ denunziert wurde. Mit der Einmischung der Regionalmächte Türkei, Saudi-Arabien und dem finanzstarken Katar wurde der Konflikt gegen den Willen der Protestbewegung der ersten Stunde militarisiert. Das US-Imperium hat mit seinen Verbündeten in Europa und am Golf auf allen Ebenen – politisch, wirtschaftlich, militärisch und propagandistisch – eine neue Front in der „südlichen Region Eurasiens“ eröffnet. Russland und China halten dagegen, unterstützt, wenn auch weniger exponiert, von Indien, Südafrika, Brasilien und den blockfreien Staaten. Die Welt ist in zwei multipolare Blöcke geteilt, die Front verläuft durch Syrien.

In westlichen Analysen werden allgemein zwei Gründe genannt, warum Russland die syrische Führung unterstützt: der Mittelmeerhafen Tartus und die Waffenlieferungen an Syrien. Tatsächlich ist der Hafen von strategisch geringer Bedeutung, zumal die russische Militärpräsenz sich in Grenzen hält, schreibt der türkische Journalist Mehmet Ali Birand am 12.7.2012 in der türkischen Tageszeitung Milliyet. Nur fünf Prozent der russischen Waffenexporte würden an Syrien geliefert, neue Verträge seien auf Eis gelegt. Birand verweist auf einen Kommentar von Ruslan Puchow, Direktor des Zentrums für strategische und technologische Analysen in Moskau. In dem Beitrag für die New York Times vom 6.7.2012 schreibt Puchow: „Der wirkliche Grund, warum Russland sich einem starken internationalen Eingreifen gegen das Assad-Regime widersetzt, ist die Angst, dass der islamistische Radikalismus sich ausbreitet“ und zwar auch nach Russland. Dadurch würde die russische „Position als Supermacht geschwächt in einer Welt, in der westliche Nationen immer häufiger einseitige Militärinterventionen durchführen“.

Tatsächlich haben sowohl die Veränderungen durch den „Arabischen Frühling“ als auch die Kriege in Afghanistan und Irak vor allem eine Entwicklung deutlich gemacht: Repressive, aber dennoch säkular orientierte Regime wurden zerstört, islamistische Radikale gewannen an Einfluss. Organisationen und Parteien der Muslimbruderschaft und, in ihrem Windschatten, der Salafisten haben in Tunesien und Ägypten die Macht übernommen. In Marokko und Jordanien wächst ihr Einfluss, in der syrischen Opposition dominieren sie den Syrischen Nationalrat und haben bewaffnete Gruppen vor Ort. Sowohl die Muslimbrüder als auch die Salafisten werden finanziell von Katar und Saudi-Arabien unterstützt.

Jenseits der auch von Russland vorgetragenen Kritik am Umgang des syrischen Regimes mit der Protestbewegung steht Assad für ein säkulares Staatsmodell und gilt als Garant für religiöse und ethnische Vielfalt. Das ist besonders für die russischstämmigen Minderheiten in Syrien (Tscherkessen) und die orthodoxen Christen von großer Bedeutung. Die russisch-orthodoxe Kirche ist in Syrien mit den altrömi-



schen und orthodoxen Gemeinden eng verbunden. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten sind intensiv, eine große binationale Gemeinde lebt in Syrien. Viele Syrer haben in Russland studiert, dort geheiratet und pflegen soziale, kulturelle und wirtschaftliche Kontakte. Für sie alle ist der Säkularismus des syrischen Regimes von unschätzbarem Wert.

### Lawrows Grundregeln

Russland versteht die geostrategischen Ziele der USA – wie von Brzezinski formuliert – genau. Es will „kein zweites Jugoslawien“ und konzentriert sich international auf eine intensive Diplomatie. Regional und in Syrien sind Moskauer Berater auf vielen Ebenen aktiv, um die Militarisierung zu stoppen. Für die Ende September in Damaskus tagende Oppositionskonferenz erwirkte Russland beim syrischen Regime Sicherheitsgarantien. Wie schwer es für Russland ist, seinen Einfluss geltend zu machen, zeigt die Festnahme von zwei führenden Mitgliedern des Nationalen Koordinationskomitees für Demokratischen Wandel (NCC), vermutlich durch den Geheimdienst der syrischen Luftwaffe. Sie waren gerade von Gesprächen aus China zurückgekehrt und wollten an der Konferenz teilnehmen.

In einem Beitrag für das US-Internetportal The Huffington Post ordnete der russische Außenminister Sergej Lawrow bereits Mitte Juni 2012 die Ereignisse in der arabischen Welt als historisch ein und erklärt den russischen Standpunkt: Der Prozess, der „zu einer neuen Weltordnung“ der Multipolarität führe, sei in eine „turbulente Phase eingetreten“.

Er unterscheidet prinzipiell zwei Ansätze von Staaten und internationalen Organisationen im Umgang mit den Umbrüchen: „entweder den arabischen Völkern helfen, ihre Zukunft selbst zu bestimmen, oder versuchen, eine neue politische Realität zu gestalten, die dem eigenen Wunsch entspricht“. Letzteres geschehe, indem man die „Schwächung staatlicher Strukturen, die lange schon zu starr waren“, ausnutze. Russland fördere, wie die meisten Länder der Welt, „die Bestrebungen der arabischen Völker für ein besseres Leben, Demokratie und Wohlstand“, so Lawrow. Man habe die Mittelmeerpartnerschaftsinitiative begrüßt und setze sich „nachdrücklich“ gegen jede Gewaltanwendung „insbesondere gegen die Zivilbevölkerung“ ein. Kaum ein Land kenne „den wahren Preis von Revolutionen“ besser als Russland. Die Transformation einer Gesellschaft sei „komplex, dauert in der Regel lange und (verlaufe) selten reibungslos“. Die Vielschichtigkeit der internationalen Beziehungen habe zugenommen, und es sei klar, „dass die Anwendung von Gewalt zur Konfliktlösung keine Aussicht auf Erfolg hat“. Der russische Außenminister zählt Beispiele auf: „die komplizierte Lage im Irak und die Krise in Afghanistan, die noch lange nicht vorüber ist“. Libyen sei nach dem Sturz von Muammar Al-Ghaddafi von Wohlstand weit entfernt, statt dessen verbreite sich Instabilität über die Sahara und die Sahel-Zone und habe zu einer dramatischen „Verschlechterung der Situation in Mali“ geführt. Man müsse „verstehen, was wirklich in Syrien geschieht“ und dem Land helfen, „diese schmerzhafteste Phase seiner Geschichte zu überwinden“.

Russland verteidige nicht das Regime, weder politisch noch wirtschaftlich gebe es dafür einen Grund. Doch Syrien sei ein „multireligiöser Staat (mit) muslimischen Sunniten und Schiiten, Alawiten, Orthodoxen und Christen anderer Glaubensrichtungen, Drusen und Kurden“. Gewissensfreiheit sei „in den letzten Jahrzehnten“ unter der „weltlichen Füh-

rung der Baath-Partei respektiert“ worden, nun seien die religiösen und andere Minderheiten voller Angst, dass all das nach dem Sturz des Regimes zerstört werde. Auch in Russland lebten Menschen verschiedener Glaubensrichtungen, die meisten von ihnen orthodoxe Christen und Muslime, seit Jahrhunderten Seite an Seite, heißt es weiter. „Unser Land hat nie Kolonialkriege in der arabischen Welt geführt, sondern im Gegenteil, die Unabhängigkeit der arabischen Nationen und deren Recht auf unabhängige Entwicklung kontinuierlich unterstützt.“ Russland habe somit keine Verantwortung für die Folgen der Kolonialherrschaft, die Spannungen in den sozialen Strukturen geschaffen habe, „bis heute“.

Man wisse, dass ausländische Interventionen in Syrien – die Blockade von unerwünschten Fernsehsendern, Zunahme von Waffenlieferungen an die Aufständischen oder gar Luftangriffe – weder „dem Land noch der Region Frieden bringen“ würden. Russland wolle auf „der richtigen Seite der Geschichte“ stehen, resümiert Lawrow. Syrien soll nicht zerschlagen werden wie die Sowjetunion, wie Jugoslawien, Afghanistan, Irak oder Libyen. Syrien soll als selbstbestimmter, unabhängiger Staat erhalten bleiben. Das bestimmt das russische Engagement.

### Chinas ökonomische Unterstützung

Die meisten der russischen Bedenken über die westlichen Expansionsbestrebungen dürfte China teilen. China hat sich in den letzten 20 Jahren zu einer wirtschaftlichen Weltmacht entwickelt. Auch China sieht seine Interessen im Mittleren Osten durch den Westen bedroht. Wie Russland gleicht China Engpässe der syrischen Wirtschaft aus, die durch die Sanktionen von USA und Europa das Land bedrücken. China ist ebenso ein Vielvölkerstaat, der im Westen des Landes einen schwelenden Konflikt mit uigurischen Muslimen auszufechten hat. Journalisten trafen radikale Uiguren in Lagern im Nordlibanon, wo sie sich auf den „Heiligen Krieg“, den Dschihad, in Syrien vorbereiteten.

Die Debatte um Syrien auf der internationalen Bühne überlässt Peking derzeit Russland, zumal die chinesische Führung nicht nur mit innenpolitischen Turbulenzen konfrontiert ist, sondern auch mit dem plötzlich erwachenden nationalen Interesse der Japaner über (rohstoffreiche) Inseln im Ostchinesischen Meer in Streit geraten ist. In Peking weiß man, dass sich die geostrategischen Interessen der Weltmacht USA in Asien sowohl gegen Russland als auch gegen die aufstrebende Wirtschaftsmacht China richten und sieht die Gefahr, militärisch in einen Stellvertreterkonflikt von US-Interessen zu geraten. In Afrika und der arabischen Welt unterhält China bilaterale militärische Beziehungen, dennoch ist die chinesische Außenpolitik von dem nationalen Interesse an Rohstoffen, Wirtschaftsbeziehungen und Nahrungssicherung seiner 1,344 Milliarden Einwohner geprägt. Militärisch scheint Peking den Rat des chinesischen Philosophen und Generals Sunzi zu beherzigen, der etwa 500 Jahre vor unserer Zeitrechnung lebte. Mit seinen Gedanken über „Die Kunst des Krieges“ verfaßte Sunzi einen Klassiker. Ein zentraler Satz darin lautet: „Die größte Leistung besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne einen Kampf zu brechen.“

Die Beziehungen zwischen China und dem Mittleren Osten sind sehr viel älter als die zwischen Russland und der Region. Seit dem zweiten vorchristlichen Jahrhundert führten zwei zentrale Handelswege mit unzähligen Nebenstraßen von China durch Zentralasien zum Mittelmeer. Erst 1877 er-



hielt die Verbindung den vom deutschen Baron Ferdinand von Richthofen erfundenen, romantisierenden Namen „Seidenstraße“. Diplomatische Beziehungen nahmen die Volksrepublik China und Syrien 1956 auf und bauten im wesentlichen auf den uralten Handelsbeziehungen auf. Dabei fließen die Waren weit weniger aus dem Entwicklungsland Syrien nach China als umgekehrt. Die Chinesen spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Energiesektors, in der Öl- und Gasförderung. China unterstützt den Ausbau der syrischen Industrie beispielsweise im Textilbereich oder bei der Reifenherstellung. Vertraglich wurde der Bau eines Wasserkraftwerks vereinbart. Die militärische Zusammenarbeit beider Staaten war während der Gründungsphase der Baath-Herrschaft, Anfang der 1960er Jahre, von großer Bedeutung. Inzwischen stehen eindeutig wirtschaftliche Interessen im Vordergrund.

International folgt China auch in Syrien einem stillen Kurs von Druck und Verhandlungen und bietet sich als Vermittler an. Zuletzt empfing man in Peking Al-Assads Beraterin Boutaina Shaaban. Dabei dürfte es neben wirtschaftlichen Vereinbarungen auch um die Umsetzung des Genfer Abkommens gegangen sein. Wie Russland führt China mit verschiedenen Gruppen der Opposition Gespräche mit dem Ziel, die Gewalt und eine westliche Intervention zu stoppen und das Land durch Dialog zu verändern. Wie der russische nahm auch der chinesische Botschafter an der Konferenz der syrischen Opposition Ende September in Damaskus teil.

## Es wäre eine Katastrophe ...

*Bahman Nirumand über die Gefahr eines Angriffkrieges gegen Iran und die Notwendigkeit einer besonnenen Nahostpolitik. Vor dem Hintergrund massiver Drohungen Israels gegenüber dem Iran warnt der iranischstämmige Literaturwissenschaftler und Publizist Bahman Nirumand, der emigrieren musste und heute in Berlin lebt, vor den Gefahren für den Weltfrieden. In seiner soeben erschienenen Studie „Iran. Israel. Krieg“ (Verlag Klaus Wagenbach, 112 Seiten, br., 9,90 €) sucht er sachlich und kritisch nach den Gründen für die vorgebliche Feindschaft. Mit Bahman Nirumand sprach Adelbert Reif.*

Aus: *Neues Deutschland*, 27. Dezember 2012

### ● Herr Nirumand, nicht erst seit Beginn der Präsidentschaft von Mahmud Ahmadinedschad liefern sich Iran, Israel und die USA aggressive verbale Attacken. Und diese haben sich jüngst drastisch verschärft. Warum?

Zum einen hat das iranische Regime aufgrund zahlreicher Fehlentscheidungen des Westens in der Region an Boden gewonnen. Durch die Kriege gegen Irak und Afghanistan konnte es in beiden Ländern großen Einfluss erlangen. Iran ist auf dem Weg zu einer regionalen Großmacht. Je mächtiger das Land wird, desto schwieriger wird es für den Westen, seine Interessen in der Region durchzusetzen. Auch kam es, beginnend mit dem „Arabischen Frühling“, zu einem Prozess der Veränderung in den arabischen Staaten, der nicht unbedingt zugunsten des Westens und schon gar nicht zugunsten Israels verläuft.

Zum anderen ist Israel nach dem Libanon-Krieg zunehmend in eine Isolation geraten. Die Politik, die die israelische Regierung im Nahen und Mittleren Osten und insbesondere

gegenüber den Palästinensern verfolgt, ist nicht zum Vorteil des Landes. Im Gegenteil, Israel muss fürchten, dass der Westen aufgrund der Ereignisse in der arabischen Welt und der wachsenden Kritik an der israelischen Siedlungspolitik seine Unterstützung reduziert. Selbst die Juden in den USA kritisieren, was Benjamin Netanjahu in Tel Aviv veranstaltet.

### ● Das hält ihn aber nicht davon ab, offen seine Bereitschaft zu einem militärischen Schlag gegen Iran zu signalisieren. Was treibt Tel Aviv dazu, eine kriegerische Katastrophe zu beschwören?

Die israelische Regierung meint, sie könne die Bevölkerung auf einen Krieg vorbereiten, wenn sie Ängste schürt und den iranischen Teufel an die Wand malt. Außerdem hofft sie, wieder mehr westliche Unterstützung zu erhalten, wenn sie Bedrohungsszenarien entwirft. In der Lieferung deutscher U-Boote an Israel zeigte sich schon ein Erfolg dieser Strategie.

### ● Erfolgreich ist Israel mit dieser Politik aber allenfalls nach außen. Innerhalb des Landes zeichnet sich eine wachsende kritische Haltung gegenüber der Politik der Regierung ab.

In der Tat ist die israelische Regierung innenpolitisch einer schwierigen Lage ausgesetzt. Die Bevölkerung fragt sich, warum sie immer in Angst leben soll. Warum sie ein feindliches Verhältnis zu den Palästinensern haben muss. Und warum sie kein friedliches Leben in der Region führen kann. Seit seiner Gründung befindet sich Israel im Krieg. Das ist für die Menschen unerträglich. Die Politik, die Netanjahu betreibt, schadet nicht nur den Nachbarstaaten, sondern auch der eigenen Bevölkerung. Noch nie in seiner Geschichte sah sich Israel in einer so kritischen Situation wie heute. Das Land ist umgeben von Staaten und Völkern, die ihm nur feindlich gesonnen sind.

### ● Und wie bewerten Sie das Verhalten Teherans? Die Äußerungen iranischer Politiker, insbesondere des Präsidenten Ahmadinedschad, sind ebenfalls nicht dazu angetan, die Lage zu beruhigen.

Auch das Regime in Teheran schürt den Konflikt nicht aus Feindschaft gegenüber Israel. Vielmehr geht es ihm darum, Anhänger in der arabischen Welt zu gewinnen. Wenn Sie heute durch die arabischen Länder fahren, dann hängen in den Hütten ärmerer Menschen die Bilder von Ahmadinedschad. Obwohl er von Vielen gehasst wird, gilt er als der einzige Politiker, der den Mut hat, Israel und die USA zu kritisieren und zugunsten der Palästinenser zu sprechen. Zum anderen will das Regime von der innenpolitischen Situation ablenken. Die Unzufriedenheit im Lande wird größer. Das Regime hat große Schwierigkeiten, sich gegenüber der Bevölkerung zu behaupten. Die Flucht nach vorn anzutreten und äußere Feinde schlimmer auszumalen, als sie sind, das ist doch die übliche Methode aller Diktaturen.

### ● Heißt das, dass die iranische Bevölkerung die Attacken ihrer Regierung nicht mitträgt?

Das Bild, das der westlichen Bevölkerung von der iranischen Gesellschaft vermittelt wird, ist verzerrt und weitgehend falsch. Die Gleichsetzung von Regime und Volk führt in die Irre und beleidigt das Volk, weil ein Großteil mit dem Regime überhaupt nicht einverstanden ist. Die überwiegende



de Mehrheit der Iraner will diese Islamische Republik nicht. Iran ist eine lebendige, vielfältige Gesellschaft. Denken Sie nur daran, wie viele Künstler, Schriftsteller und Filmemacher das Land hervorgebracht hat! Das ist keine zurückgebliebene Gesellschaft, die im Mittelalter lebt. Auch die feindliche Haltung dem Westen gegenüber wollen die Iraner nicht. Sie wollen Freiheit. Das haben sie mehrfach gezeigt, zuletzt 2009, als Millionen Menschen auf die Straße gingen, insbesondere Frauen. Seit dreißig Jahren führen sie einen unerschrockenen Kampf, in dem sie zu selbstbewussten Individuen wurden.

● **Welche Wirkungen haben denn die Sanktionen, die der Westen fortlaufend gegen den Iran verhängt?**

Sie treffen das Volk. So lange Iran Öl hat, können die westlichen Staaten Boykotte erlassen, so viel sie wollen. Mit den Einnahmen aus dem Ölverkauf überlebt das Regime. Das Volk aber leidet unter Entbehungen. Der UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon wies darauf hin, dass durch die Sanktionen humanitäre Maßnahmen sehr stark reduziert wurden.

● **Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass Teheran einen Angriff auf Israel riskiert?**

Was sollte Teheran für einen Grund haben, Israel anzugreifen? Selbst wenn das Regime Atomwaffen hätte, gäbe es keinen Anlass. Es bestehen zwischen Iran und Israel keine territorialen Streitigkeiten. Abgesehen davon ist sich Teheran bewusst, dass Israel mit geballter Kraft zurückschlagen würde. Israel hat 250 Atomsprengköpfe. Auch die NATO wäre sofort zur Stelle, um Israel beizustehen. Es wäre ein selbstmörderisches Abenteuer. Teheran würde das niemals wagen. Die Führung der Islamischen Republik ist verbrecherisch, aber nicht dumm. Sie erkennt sehr wohl, wo ihre Vorteile liegen. Sonst könnte sie sich nicht so lange an der Macht halten.

● **Und wenn es zu einem Militärschlag der USA oder Israels auf Iran käme?**

Iran ist nicht Irak und auch nicht Afghanistan. Es wird schwieriger sein, Iran anzugreifen. Und das iranische Regime ist entschlossen, sich zu wehren. Im Fall eines Angriffs muss man auch mit der iranischen Bevölkerung rechnen. Iran hat 80 Millionen Einwohner. Ungeachtet der Tatsache, dass die meisten Iraner mit dem politischen System unzufrieden sind, bleiben sie doch Patrioten. Und wenn ihr Land angegriffen wird, verteidigen sie es.

● **Israel ist ein mit westlicher Technik hochgerüstetes Land. Hätte Iran da eine Chance?**

Die Hisbollah steht an der Grenze Israels, und sie würde, wie bereits offen bekundet, Israel mit Raketen angreifen. Israel hat ein kleines Territorium und ist sehr gefährdet, wenn seine Feinde beginnen, es anzugreifen. Man konnte das im Fall des Libanons sehen. Trotz seiner militärischen Stärke musste sich Israel sehr schnell aus Libanon zurückziehen.

Im asymmetrischen Krieg kann eine moderne und gut ausgerüstete Armee wenig ausrichten. Wenn Sie die Entwicklung in Afghanistan anschauen, da kämpfen die Taliban, eine Gruppe islamistischer Terroristen oder Fundamentalisten, seit Jahren gegen das stärkste Militär der Welt. Und nach elf Jahren Krieg verhandeln die USA auf einmal mit den Taliban, damit sie in ein, zwei Jahren ihre Truppen einigermäßen

friedlich abziehen können. Iran ist sehr stark in asymmetrischer Kriegsführung. Es gibt dort über eine Million Basidsch. Das sind ideologisch geschulte Milizen, die auf einen asymmetrischen Krieg sehr gut vorbereitet sind. Vor allem aber würde es kein Krieg zwischen Iran und Israel oder Iran und den USA bleiben. Dieser Krieg würde sich zum Flächenbrand in der ganzen Region ausweiten. Er würde auch Europa in Mitleidenschaft ziehen. Deswegen sollten sich die Regierungen in Israel und den USA sehr wohl überlegen, ob sie dieses Risiko eingehen wollen.

● **Weil ein solcher Krieg auch den islamistischen Terrorismus im Westen befördern könnte?**

Der islamistische Terrorismus ist ein Produkt dieser Politik. Al-Qaida und die Taliban wurden erst von den USA auf die Beine gebracht. Die US-Regierung ließ Hunderttausende Islamisten aus allen arabischen Ländern nach Afghanistan schaffen, um gegen die Sowjetunion einen Heiligen Krieg zu führen. In Afghanistan nahm der islamistische Terrorismus seinen Anfang. Bin Laden war jahrelang Mitarbeiter des US-amerikanischen Geheimdienstes. Heute haben wir überall in der Welt diese terroristischen Gruppen, und wenn Iran angegriffen wird, entwickelt sich dieses Terrornetz weiter und erstreckt sich auch auf Europa und die USA.

● **Für die USA wäre ein Krieg gegen Iran also wohl ein noch größeres Desaster als die Kriege gegen Afghanistan und Irak. Hätten die USA dann überhaupt noch Einfluss in der Region?**

Zweifellos würde die US-Regierung noch schwerer als heute ihre Interessen in der Region durchsetzen können. Beim Irak sehen wir, was aus dem Land geworden ist und in Afghanistan werden demnächst die Taliban wieder an die Macht kommen. Ein solches Ergebnis ist doch ein politisches Armutszeugnis. Im Iran wäre das noch viel schlimmer. Noch nie in ihrer Geschichte waren die USA im gesamten Nahen und Mittleren Osten, ausgenommen in Israel, so verhasst wie heute. Und jetzt greift dieser Hass allmählich auf Europa über. Denn Europa verfolgt im Nahen und Mittleren Osten die gleiche Politik wie die USA.

● **Propagiert wird ein Militärschlag gegen den Iran von US-Seite mit nahezu identischen Argumenten wie seinerzeit der Krieg gegen Irak. Man verdächtigt das iranische Regime, heimlich Atomwaffen entwickeln zu wollen.**

Dass man immer wieder auf den Atomkonflikt zurückkommt, ist eine Irreführung der Bevölkerung. Ginge es darum, hätte man den Konflikt schon unter Mohammad Chatami lösen können. Chatami bot selbst Verhandlungen an. Als man verlangte, Iran solle während der Verhandlungen die Urananreicherung einstellen, kam er der Forderung nach. Auch das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag unterzeichnete er. Damit konnten Inspektoren der Atomenergiebehörde jederzeit unangemeldet Untersuchungen durchführen.

Selbst US-Geheimdienste erklären, es gebe absolut keine Beweise, dass Iran an einer Atombombe arbeite. Es geht in Wirklichkeit um wirtschaftliche sowie militär- und geosterege Interessen. Der gesamte Nahe Osten ist ein unglaublich wichtiges Gebiet. Das wird auch im neuen Jahr so sein.



## Das Reich der Mitte vor neuen Herausforderungen

Zum 18. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas

Von Helmut Ettinger, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Der 18. Partei der KP Chinas tagte turnusgemäß vom 8. bis 15. November in Beijing. Generalsekretär Hu Jintao legte einen Bericht über den Weg der VR China in den letzten zehn Jahren mit Schwerpunkt auf den fünf Jahren seit dem 17. Parteitag (2007) vor. Auf dieser Grundlage beriet der Parteitag über die nächsten Schritte in der Reform- und Öffnungspolitik sowie Fragen der weiteren Entwicklung der Partei. Die 2307 Delegierten wählten ein neues Zentralkomitee aus 205 Mitgliedern und 171 Kandidaten. Etwa die Hälfte wurde zum ersten Mal in diese Funktion gewählt. Das ZK wählte auf seiner ersten Tagung das Politbüro aus 25 Personen, davon zwei Frauen, den siebenköpfigen Ständigen Ausschuss und den neuen Generalsekretär. Dieser und die Nummer zwei im Ständigen Ausschuss gelten als die Anwärter für den nächsten Staatspräsidenten und den Ministerpräsidenten der VR China, die von der KP als regierende Partei gestellt und auf der nächsten Parlamentstagung im März 2013 gewählt werden.

Die KP Chinas hält ihre Parteitage traditionell ohne ausländische Beteiligung ab. Beim 17. Parteitag wurde die Praxis begründet, nach der Tagung Delegationen in alle Welt zu schicken, die die Partnerparteien und die Öffentlichkeit über Hintergründe, Verlauf und Ergebnisse informieren. Nach dem 18. Parteitag hatte eine Delegation unter Führung des stellvertretenden Leiters des Zentralen Forschungszentrums für das Schrifttum der Partei, Chen Jie, Gespräche mit den politischen Parteien und ihren Stiftungen in Deutschland, darunter der LINKEN und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Informationen daraus und Ausführungen des chinesischen Botschafters Shi Mingde, der als Gast am Parteitag teilnahm, in einem Gespräch mit Gregor Gysi haben in dieses Material Eingang gefunden.

### Zur KP Chinas

Die KP Chinas definiert sich als marxistisch-leninistische Partei, die auf dem demokratischen Zentralismus aufgebaut ist. Ende 2011 zählte sie 82,6 Millionen Mitglieder. Auf dem 17. Parteitag 2007 waren es noch 73 Millionen. Der Zuwachs beträgt trotz hoher Hürden etwa eine Million Mitglieder pro Jahr. Vor allem jüngere Menschen kommen in die Partei. Seit dem 16. Parteitag (2002) sind die bis dahin rigiden sozialen Schranken für die Mitgliedschaft aufgehoben.

Die zehnjährige Berichtsperiode ergibt sich daraus, dass nach einer auf dem 16. Parteitag 2002 beschlossenen Statutenänderung die beiden Spitzenfunktionen nur noch für zwei Wahlperioden ausgeübt werden dürfen. Im Jahre 2002 wurden die jetzigen Funktionsträger Hu Jintao und Wen Jiabao zum ersten Mal nach diesem Reglement vom Parteitag gewählt. Dies war eine tiefe, nicht zu unterschätzende Zäsur, denn in der bisherigen Geschichte der Partei blieben die Parteichefs so lange im Amt, bis sie starben oder infolge gewalt-

samer Auseinandersetzungen gestürzt wurden. Botschafter Shi Mingde bezeichnete diesen Vorgang als den ersten friedlichen und geordneten Machtwechsel in der KP und der Geschichte Chinas überhaupt. Die genannte Regelung (für die obersten Staatsämter Präsident und Ministerpräsident gilt laut Verfassung das Gleiche) und ihre stabile Einhaltung werden als einer der Belege für die schrittweise Entwicklung Chinas von einer Diktatur zu einem Rechtsstaat angesehen. Das bisherige Führungsduo erstattete über seine zwei Amtsperioden Bericht und übergab den Staffstab an die „5. Führungsgeneration“.

Als die politische Führungskraft der Gesellschaft erkennt die KP Chinas, dass sie diese Rolle nur behalten kann, wenn sie Lösungen für akute gesellschaftliche Probleme anbietet und deren Umsetzung organisiert. Daran will sie sich fortan messen lassen – ein demokratisches Element von Legitimation, denn bisher hatte sie diese im Wesentlichen aus ihren Verdiensten im Kampf um die Unabhängigkeit Chinas abgeleitet.

Der Sinologe Falk Hartig charakterisierte die KP Chinas in einem Artikel der Zeitschrift der Friedrich-Ebert-Stiftung Internationale Politik und Gesellschaft (Nr. 2/2008) als eine „Volkspartei chinesischer Prägung“, die aus den Fehlern anderer gelernt habe. „Sie hat den Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks genau so studiert wie den Machtverlust ... der Guomindang auf Taiwan.“

Ein weiterer intimer Kenner Chinas, der langjährige Korrespondent der „taz“ und der „Zeit“, Georg Blume, schreibt: Die KP Chinas „lenkt seit 30 Jahren das größte Modernisierungsprojekt der Menschheitsgeschichte, mit enormen Rückschlägen, ... aber auch mit fantastischen Erfolgen.“ „Natürlich verstehen die KP-Führer nicht das Gleiche unter Demokratie wie wir im Westen ... Aber man muss ihnen zugestehen, dass sie die ... politischen Reformen in keine andere Richtung als die der Demokratie lenken.“ Die KP sei heute damit beschäftigt, „den ersten modernen, wirtschaftlich entwickelten Rechtsstaat der chinesischen Geschichte aufzubauen.“ „China hat seit Dengs Xiaopings Tod den historischen Schritt von der willkürlichen Alleinherrschaft [einer Person] zu einer zunehmend verfassungsgemäß funktionierenden Einparteienherrschaft vollzogen. Das ist alles andere als ein kleiner Unterschied, nur ist er für Politik und Medien in Deutschland leider irrelevant. Sie unterscheiden nur zwischen Diktatur und Demokratie. Für sie bleiben in China die Bösewichte an der Macht.“ In der KP Chinas habe man das Mit- und Gegeneinander mehrerer Strömungen vor sich, das immer mehr an die Konflikte in einem repräsentativen politischen System erinnere, schreibt Blume. (Siehe Georg Blume, China ist kein Reich des Bösen, Edition Körber-Stiftung 2008)

Debatten zwischen einzelnen Strömungen gibt es in der KP Chinas seit langem. Die Positionen sind vielfältig und nicht immer scharf voneinander abgegrenzt. Die älteste ist wohl die sogenannte Shanghai-Gruppe, der die Protagonisten der von 1992 bis 2002 geltenden Orientierung, vorwiegend Vertreter der hochentwickelten, reichen Küstenregionen, angehören. Sie treten ein für:

- ein weiteres hohes Wirtschaftswachstum
- maximale Selbstständigkeit der Provinzen
- eine möglichst geringe zentrale Kontrolle von Investitionen und Krediten
- eine enge Verbindung von Partei und neuer Unternehmerklasse.



Die zweite ist die in China als Tuanpai bezeichnete, d. h., die aus dem Jugendverband hervorgegangene Gruppe, womit man darauf anspielt, dass das jetzt scheidende Spitzenduo der Partei Hu Jintao und Wen Jiabao ihre Laufbahn einst im Jugendverband begonnen haben. Ihr gehören vor allem Vertreter der ärmeren Inlandsprovinzen an. Sie verfechten die Positionen, die sich beginnend mit dem 16. Parteitag 2002 durchgesetzt haben, d. h.:

- ein stabiles, langsames, aber nachhaltiges Wachstum und eine gerechtere Verteilung des Gewinns
- die Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Probleme des Wachstums
- eine Verstärkung der Rolle der Staatsbetriebe
- ein größeres Engagement des Staates bei Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung.

In den letzten Jahren meldet sich eine als Neue Linke bezeichnete Gruppe lautstärker zu Wort. Sie kritisiert scharf die bereits genannten, von der Marktwirtschaft hervorgebrachten negativen Begleiterscheinungen und orientiert auf deren Überwindung durch den Rückgriff auf Mao, auf die revolutionären Traditionen und eine entsprechende Propaganda.

Nach Meinung des Sinologen Falk Hartig wird die Partei selbst zu einem Instrument der Demokratisierung des Landes: „... Chinesische Intellektuelle [sehen] den Weg zu tiefgreifenden politischen Reformen nicht mehr in einem Wandel von unten oder durch die Einführung westlicher demokratischer Institutionen, sondern [sie setzen] zunächst auf den Ausbau der innerparteilichen Demokratie und eine allmähliche Demokratisierung von oben.“ Als Merkmale der Demokratisierung der Partei werden eine verstärkte Anhörung und Einbindung der Mitglieder in die Entscheidungsfindung, mehr Transparenz bei Personalentscheidungen, regelmäßige Rechenschaftslegung der Führungskräfte vor den gewählten Gremien, Wahlen mit Alternativkandidaten bis in die Spitze sowie die Begrenzung der Führungspositionen auf zwei Legislaturperioden genannt.

Alle diese und weitere Themen der Arbeitsweise einer modernen politischen Partei haben Studiendelegation der KP Chinas in den letzten Jahren bei der LINKEN und bei anderen linken Parteien Europas intensiv studiert.

## Zu den politischen Schwerpunkten des Parteitages

Der scheidende Generalsekretär Hu Jintao hat in seinem Bericht von eineinhalb Stunden eine Bilanz seiner zehnjährigen Amtszeit gezogen und Empfehlungen für den weiteren Kurs der Partei gegeben. Die 2000er Jahre sind, was die Gesamtentwicklung Chinas betrifft, eine Erfolgsgeschichte. Bis 2010 hat sich das BIP Chinas vervierfacht. China besitzt heute die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und ist Exportweltmeister. Es hat sich zu einer Weltmacht entwickelt. Die Orientierung des 16. und 17. Parteitages auf die Lösung der vom Kurs des schnellen Wachstums hervorgebrachten sozialen Probleme, der Einkommensunterschiede und ökologischen Folgen hat sich bewährt. Der Anfang ist gemacht. Da es sich aber um tiefgreifende strukturelle, zum Teil seit Jahren schwelende Probleme handelt, können sie nur in einem längeren Prozess überwunden werden. Daher orientierte Hu Jintao auf die Fortsetzung dieser Politik. Dies allerdings unter erschwerten innen- und außenpolitischen Bedingungen: geringere Wachstumsraten der Wirtschaft, Inflation, das Schrumpfen der Exportmärkte, eine höhere Erwartungs-

haltung der Bevölkerung an soziale Gerechtigkeit und an die Bekämpfung der Korruption.

Dabei setzte er eine Reihe neuer Akzente: Er forderte die Umstellung der chinesischen Wirtschaft auf ein neues, nachhaltiges, mehr leistungs- und qualitätsorientiertes Wachstumsmodell mit dem Schwergewicht auf den modernen Industriezweigen, modernen Dienstleistungen, eigener Innovation, sparsamerem Energie- und Ressourcenverbrauch. Botschafter Shi Mingde erläuterte als Ursachen dafür, dass China ca. 50 Prozent seines Bedarfs an Öl und Gas importieren müsse, dass der Energieaufwand pro Stück Industrieproduktion in China heute noch viermal so hoch liege wie in Europa und siebenmal so hoch wie in Japan.

Haupttriebkraft des Wirtschaftswachstums soll nicht mehr wie bisher der Export, sondern die Binnennachfrage sein. Neu ist die Forderung, dass der individuelle Konsum einen höheren Anteil am BIP haben und das Wachstum künftig stärker vorantreiben soll als die Investitionen. In den ersten drei Quartalen 2012 habe sein Anteil zum ersten Mal 55 Prozent erreicht. Botschafter Shi Mingde erläuterte, die Zuwachsraten der Wirtschaft und der Einkommen müssten künftig Hand in Hand gehen.

China muss eine ausgewogene Entwicklung von Stadt und Land sowie aller Regionen erreichen. Besonders gefördert werden müssen laut Hu Jintao Regionen der nationalen Minderheiten, Grenzgebiete und arme Regionen. Dies soll u. a. durch die Verlagerung ganzer Industriezweige in die unterentwickelten Westgebiete des Landes geschehen, erläuterte der Leiter der ZK-Delegation Chen Jin.

Hu Jintao formulierte zugespitzt, die Entwicklung des Dorfes und die Lösung der Probleme der Bauern habe für die Partei erste Priorität. Neu sind die Feststellungen, dass

- der Staat das Recht der Bauern schützen muss, auf ihrem Boden Landwirtschaft zu betreiben und die Vorzüge genossenschaftlicher Zusammenarbeit zu genießen,
- das System der Umwidmung von Boden (für Industrie- und Infrastrukturprojekte) dringend zu reformieren ist und die Bauern (bei der Festlegung der Entschädigung) an der Wertsteigerung beteiligt werden müssen.

Ausführlich und mit großem Ernst legte Hu Jintao dar, dass dem Umweltschutz künftig ein wesentlich höherer Stellenwert einzuräumen ist. Erstmals wurde er mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes auf eine Stufe gestellt. Der Umweltgedanke müsse alle Bereiche durchdringen. China strebe eine grüne Entwicklung mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß und geschlossenen Wirtschaftskreisläufen an. Das Wachstumstempo der Wirtschaft müsse aus ökologischer Sicht unter Kontrolle gehalten werden. ZK-Delegationsleiter Chen Jin sprach von einer „neuen Entwicklungsphilosophie“. Als Grund für die Umorientierung nannte er die bereits eingetretenen großen Umweltschäden und ein daraus gewachsenes höheres Umweltbewusstsein in der Bevölkerung, aber auch bei Parteifunktionären und Wirtschaftsleitern. Auf heftige Protestaktionen der Bevölkerung gegen den Bau mehrerer großer Chemiefabriken, darunter Objekte des 12. Fünfjahrplanes, habe die Regierung mit der Einstellung der Baumaßnahmen und gründlicher, ergebnisoffener Prüfung reagiert.

Zur Zukunft der Atomenergie erläuterte Chen Jin, diese Frage werde seit dem Atomunfall von Fukushima, das nur 1500 km von Beijing entfernt liegt, in China breit diskutiert. Bisher arbeiten 13 Reaktoren in 4 Kraftwerken, die ca. 1 Pro-



zent des Energieverbrauchs des Landes erzeugen. Ursprünglich war bis 2020 eine Steigerung auf 6 Prozent geplant. Gegenwärtig läuft eine Überprüfung aller bestehenden und im Bau befindlichen Reaktoren. Genehmigungen für neue wurden ausgesetzt. Ein rascher Atomausstieg Chinas ist jedoch nicht zu erwarten. Immer noch werden 70 Prozent der Primärenergie aus Steinkohle gewonnen, die in reichen Vorkommen vorhanden ist, deren Verbrennung in riesigen Mengen aber gewaltige Umweltprobleme verursacht. Der jüngste Smog in der Hauptstadt Beijing bei extremer Inversions-Wetterlage hat das Problem noch einmal drastisch vor Augen geführt.

Einen absoluten Schwerpunkt bildete auf diesem Parteitag die Überwindung der inzwischen sehr zugespitzten sozialen Unterschiede in der Gesellschaft. Hu Jintao kündigte an, dass die Partei an dem Ziel eines bescheidenen Wohlstands für alle bis zum Jahre 2020 festhalte. Das bedeutet, das BIP und das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung in Stadt und Land im Vergleich zu 2010 zu verdoppeln. Laut Chen Jin sei das dann ein durchschnittliches Jahreseinkommen von umgerechnet ca. 5 000 Euro in den Städten und ca. 1 500 Euro auf dem Land.

Der Einkommensentwicklung müsse die Partei künftig noch größere Aufmerksamkeit widmen, erklärte Hu Jintao. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Nationaleinkommen sei zu erhöhen. Er formulierte das bisher so nicht verkündete Prinzip, legale Einkommen zu schützen, die niedrigsten anzuheben, die höchsten zu regulieren und illegale strafrechtlich zu verfolgen. Chen Jin kündigte an, dass im Gefolge des Parteitages ein neues Gesamtkonzept zu Verteilungsfragen erarbeitet und in Kürze vorgelegt werde.

Hu Jintao forderte, die Partei müsse durch ihre Politik dafür sorgen, dass alle Menschen das Recht auf Bildung, Arbeit, Gesundheitsfürsorge, Altersversorgung und Wohnung wahrnehmen können. Dabei gehe es vor allem um weitere intensive Arbeit am Aufbau umfassender, differenzierter und nachhaltiger Systeme der sozialen Sicherheit in Stadt und Land. Besonders stellte er den weiteren Aufbau des Bildungssystems heraus, wofür die Mittel vorrangig auf ländliche, abgelegene, arme und von nationalen Minderheiten bewohnte Gebiete konzentriert werden sollen.

Sowohl Chen Jin als auch Botschafter Shi Mingde sprachen das besonders akute Problem der Wanderarbeiter an. Der Botschafter führte die Tatsache, dass inzwischen 250 Millionen ehemalige Landbewohner in städtischen Fabriken arbeiten, als einen Hauptgrund dafür an, dass seit 2011 erstmals in der Geschichte Chinas mehr Menschen in Städten als auf dem Lande leben. Den erreichten Grad der Industrialisierung und Urbanisierung bezeichnete er als eine gewaltige Leistung. Allerdings hätten die Wanderarbeiter für geringe Löhne die schwersten und gefährlichsten körperlichen Arbeiten zu verrichten und genossen nicht die sozialen Errungenschaften der Stadtbevölkerung. Hätten sich die Wanderarbeiter der ersten Generation mit diesem Zwei-Klassen-System noch abgefunden; gelte das für die der zweiten Generation nicht mehr. Sie stellten Forderungen und kämpften für ihre Rechte. Chen Jin kündigte an, dass das Problem der sozialen Gleichstellung der Wanderarbeiter in den nächsten Jahren konzentriert in Angriff genommen werde.

Angesichts zunehmender Auseinandersetzungen in den Betrieben setzte sich Hu Jintao generell für einen stärkeren Schutz von Arbeiterrechten und eine aktivere Vermittlung

bei Arbeitskonflikten ein. Tarifverhandlungen, die bisher noch nicht überall üblich sind, sollen intensiver gefördert werden.

Die härtesten Aussagen traf Hu Jintao zum Kampf gegen die Korruption in der Partei, einem weiteren klaren Schwerpunkt des Parteitages. Das Problem ist nicht neu und auch nicht die Warnung, wenn die Partei es nicht löse, dann könne das zu ihrem Scheitern und zum Zusammenbruch des Staates führen. Chen Jin erläuterte, dies sei das einzige Problem gewesen, das auf dem Parteitag als lebenswichtig für die Zukunft von Partei und Staat herausgestellt wurde. Hu Jintao prangerte mangelnden Elan, Inkompetenz und Entfremdung vom Volk bei gewissen Vertretern der Partei an. Er forderte, jeden, der die Parteidisziplin und staatliche Gesetze verletze, ohne Ansehen der Person zur Verantwortung zu ziehen. Dies und der Aufruf an hohe Funktionäre, besser auf das Verhalten ihrer Familien und engen Mitarbeiter zu achten, kann als Bestätigung dafür dienen, wie ernst die Skandale eingeschätzt werden, die in den letzten Monaten in China ans Licht kamen und dem Ansehen der Partei geschadet haben. Chen Jin kündigte an, man wolle dieses Problem künftig vor allem durch tiefgreifende Kontrollmaßnahmen im System angehen. Sowohl er als auch der Botschafter wiesen auf die Rolle des Internets und seiner 500 Millionen Nutzer bei der Aufdeckung spektakulärer Korruptionsfälle hin. Die Partei wolle dieser Art Transparenz künftig wesentlich größere Beachtung schenken.

Hu Jintaos Mahnung, die einheitliche Führung der Partei müsse gestärkt werden, Statut und Parteidisziplin seien für alle gleich, niemand dürfe sich über die Partei erheben, ist wohl als Aufruf zur Einstellung von Auseinandersetzungen zu verstehen, die es im Vorfeld um den weiteren Kurs und die Zusammensetzung der neuen Führungsmannschaft gegeben hat. Der scheidende Generalsekretär orientierte auf eine theoretische und organisatorische Selbstreinigung und Selbsterneuerung der Partei. Nur als eine erneuerungsfreudige, dem Volke dienende, lernende Partei könne die KP Chinas weiterhin die führende Kraft der chinesischen Gesellschaft bleiben.

Die Aussagen zur Weiterführung der politischen Reformen fielen gegenüber den vorgenannten Schwerpunkten etwas zurück. Hu Jintao erklärte, man lerne aus den politischen Erfahrungen anderer Gesellschaften, werde aber das politische System des Westens keinesfalls kopieren, sondern eigene vielfältige Formen der Demokratie entwickeln. Konkret forderte er, den Anteil der Abgeordneten der Volkskongresse (Parlamente) aller Ebenen aus Kreisen der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen gegenüber dem der Parteifunktionäre und Staatsbeamten zu erhöhen, stärker auf eine hohe Sachkompetenz der Abgeordneten zu achten. Die Partei habe die Aufgabe, die Volkskongresse bei der Ausübung ihrer Funktionen, vor allem ihrer Aufsichtspflicht gegenüber der Regierung, den Gerichten und Staatsanwaltschaften, zu unterstützen.

In der Außenpolitik lässt der Parteitag eine Fortsetzung des auf internationale Zusammenarbeit, politische Konfliktlösungen, keine unilateralen Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Staaten, auf Stärkung der UNO und des Völkerrechts erwarten. Auch hier wird das Umfeld jedoch nicht einfacher. US-Präsident Obama hat vor einem Jahr die erneute Hinwendung der amerikanischen Außenpolitik zum asiatisch-pazifischen Raum verkündet, was von Freund und



Feind als Kurs zur Eindämmung des wachsenden ökonomischen und politischen Einflusses Chinas verstanden wird. Die USA haben bereits in den neu aufgeflamten regionalen Konflikten Chinas mit Japan und im Streit um die Inseln im Südchinesischen Meer einseitig gegen China Partei ergriffen. Im Präsidentschaftswahlkampf haben beide Rivalen versucht, mit harter Rhetorik gegen China zu punkten. Dabei bezeichnete Obama China als „adversary“ – als Feind. China dürfte jedoch mit Obamas Wahlsieg zufrieden sein. Es sieht ihn offenbar als das kleinere Übel.

Den vom Parteitag zu beschließenden Kurs stellte der Redner zusammenfassend unter die Losung, die Partei müsse am Konzept eines Sozialismus chinesischer Prägung festhalten. Dieses beschrieb er als Quintessenz aus der gesamten 90jährigen Geschichte der KP Chinas mit all ihren Höhen und Tiefen. Hu Jintao bekräftigte die Einschätzung, dass China sich nach wie vor in der Übergangsphase zur sozialistischen Gesellschaft befinde und noch lange das größte Entwicklungsland der Welt sein werde. Für letzteres gebrauchte Botschafter Shi Mingde das drastische Bild, in Ostchina herrschten Verhältnisse wie in Europa, im zentralen Landesteil wie in Asien und in den Westgebieten wie in Afrika. Daher bleibt es das vorrangige Ziel der Partei, so Hu Jintao, den größtmöglichen Fortschritt auf ökonomischem, politischem, kulturellem, sozialem und ökologischem Gebiet für das Land zu erreichen. Das Konzept des Sozialismus chinesischer Prägung müsse entsprechend den konkreten Herausforderungen ständig weiterentwickelt werden. Dass auch dies nicht ohne Konflikte abgeht, zeigt der Hinweis, der Partei sei es in den 30 Jahren Reform- und Öffnungspolitik gelungen, das Konzept des Sozialismus chinesischer Prägung erfolgreich zu verteidigen – gegen Versuche, zur alten, erstarrten Politik der geschlossenen Türen (d. h., zur Mao-Ära – H. E.) zurückzukehren, als auch gegen Pläne, vom Sozialismus abzugehen und einen falschen Weg (der Restauration des Kapitalismus – H. E.) zu beschreiten.

### Zur Wahl der neuen Parteiführung

Der 18. Parteitag hat eine beträchtliche personelle Erneuerung aller Führungsgremien der KP Chinas vorgenommen. Die Aufmerksamkeit der in- und ausländischen Beobachter konzentrierte sich vor allem auf den Ständigen Ausschuss des Politbüros, das höchste Entscheidungsgremium der Partei. Dieser wurde von neun auf sieben Mitglieder reduziert. Fünf sind neu, lediglich der neue Generalsekretär Xi Jinping und der als künftiger Ministerpräsident der VR China designierte Li Keqiang gehörten dem Gremium seit dem 17. Parteitag an. Beide sind auch die einzigen, die vom Alter her die Chance haben, ihre Funktionen volle zwei Amtsperioden auszuüben.

Der 59jährige Xi Jinping entstammt der Familie eines Vertreters der ersten Führungsgeneration der KP Chinas. Sein Vater Xi Zhongxun, in den 1960er Jahren stellvertretender Ministerpräsident, wie Deng Xiaoping prominentes Opfer der „Kulturrevolution“, überlebte diese nur knapp. In den 1980er Jahren galt er als Provinzpartei sekretär von Guangdong als einer der Organisatoren der ersten Etappe der Reform- und Öffnungspolitik. Xi Jinping erlitt das Schicksal seiner Familie. Als 15-jähriger wurde er für fünf Jahre zur „revolutionären“ Umerziehung aufs Land verschickt. Ab 1973 studierte er Chemieanlagenbau. Von 1982 bis 2007 arbeitete er sich 25 Jahre lang über zahlreiche Funktionen in den Provinzen He-

bei, Fujian, Zhejiang und zuletzt in Shanghai nach oben. Respekt verschaffte er sich vor allem durch Erfolge dieser Provinzen in der Reformpolitik, wofür Fujian (Taiwan gegenüber gelegen und vorrangiger Empfänger taiwanesischer Investitionen) und Zhejiang Vorreiter darstellen. Außerdem machte er sich wegen des konsequenten Vorgehens gegen die Korruption einen Namen. Auch als Parteisekretär von Shanghai wurde er eingesetzt, weil sein Vorgänger diesen Posten wegen Korruptionsvorwürfen räumen musste. Xi Jinping wird als Kompromisskandidat aller Strömungen in der Führung angesehen. Augenzeugen schildern ihn als ruhig, nachdenklich, umgänglich und kompromissfähig. Im Unterschied zu dem zurückhaltenden, stets offiziell auftretenden Hu Jintao wirkt Xi Jinping mediensicher, lockerer und gelöster. Seine Abschlussrede auf dem Parteitag fiel durch Kürze und Konkretheit auf. Er sprach lediglich zu zwei Fragen: der Notwendigkeit, das tägliche Leben der Menschen in China zu verbessern, und dem Kampf gegen die Korruption.

Der neue Generalsekretär wurde auf dem Parteitag zugleich zum Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission gewählt, der mit dem Oberkommandierenden der Armee gleichzusetzen ist. Das geschah im Unterschied zu seinem Vorgänger Hu Jintao, der dieses Amt erst zwei Jahre später übernahm. Um diese Entscheidung ranken sich vor allem im Ausland viele Spekulationen. Man meint, damit werde die Armee angesichts zu erwartender Rivalitäten und Spannungen mit den USA und anderen Mächten politisch aufgewertet. Ich neige eher zu der Auffassung, mit diesem Signal soll demonstriert werden, dass die Partei das letzte Wort auch in den militärischen Angelegenheiten beansprucht.

Delegationsleiter Chen Jin bezeichnete den 18. Parteitag als den transparentesten in der Geschichte der Partei und verwies auf die anwesenden 2700 in- und ausländischen Berichterstatter, mehr als die Zahl der Delegierten. In der Tat wurden große Anstrengungen unternommen, um die Botschaften des Parteitages ins Land und in die Welt zu kommunizieren. Kritisiert wurde in chinesischen Internetforen indes die mangelnde Transparenz der Entscheidungen, vor allem über das Zustandekommen der neuen Führungsmannschaft.

Chen Jin fasste die Ergebnisse des 18. Parteitages so zusammen: Er habe die Richtung für das weitere Vorgehen bei der Errichtung einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand gewiesen, er habe den Generationswechsel in der Parteiführung vollzogen und er habe festgelegt, wie sich die Partei der gegenwärtig schwierigsten Situation und größten Herausforderung in der Reform- und Öffnungspolitik stellen wolle. Diese wie viele Erklärungen in den Dokumenten des Parteitages sind in dem gewohnten verklausulierten, abstrakten Stil abgefasst. Die Erläuterungen der chinesischen Vertreter in Berlin zeigten jedoch, dass dahinter konkrete Ausführungsideen und Konzeptionen stehen, von denen noch zu hören sein wird. Die nächste Gelegenheit könnte die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2013 sein, wo Xi Jinping und Li Keqiang in die Funktionen des Staats- und des Ministerpräsidenten gewählt werden. Dort wird auch deutlicher werden, welche weiteren eigenen Beiträge China durch seine Politik in den Bereichen Bevölkerung, Entwicklung, Armutsbekämpfung, Wirtschaft oder Finanzen zur Lösung von Existenzfragen der Menschheit zu leisten gedenkt.



# Größtes Entwicklungsland der Erde

*Es geht allen besser, aber noch bleibt viel zu tun: China: ein Land voller Widersprüche. Die westlichen Medien sollten diese objektiver abbilden. Ein Gespräch mit Botschafter Shi Mingde.*

*Aus: Junge Welt, 8. Dezember 2012,  
Interviewer: Sebastian Carlens*

*Shi Mingde wurde 1954 in Shanghai geboren. Nach einem Studium in der DDR von 1972 bis 1975 war er unter anderem in den chinesischen Botschaften in Berlin (DDR) und Bonn tätig. Ab 2006 war Shi Generaldirektor des zentralen Büros für auswärtige Angelegenheiten beim ZK der KP Chinas; 2010 wechselte er als Botschafter der VR China nach Wien. Seit August 2012 ist er Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter in Berlin.*

## ● Herr Shi, Sie sind seit August 2012 Botschafter der Volksrepublik China in Berlin. Was verbindet Sie mit Deutschland, welche Ziele setzen Sie sich?

Zunächst möchte ich meine herzlichen Grüße an die Junge Welt und ihre Leser richten: Ich kenne und lese die Zeitung, seit ich 1972 zum ersten Mal nach Berlin kam. Es ist für mich eine große Freude, nun der jW ein Interview als chinesischer Botschafter geben zu können.

In diesem Jahr feiern wir den 40. Jahrestag der Aufnahme staatlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik (VR) China – das sind auch für mich persönlich genau 40 Jahre im diplomatischen Dienst, seit ich ab 1972 drei Jahre lang in Ostberlin, der damaligen Hauptstadt der DDR, studiert und anschließend fünfmal in den chinesischen Vertretungen in Berlin und in Bonn gearbeitet habe. Es ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, als chinesischer Botschafter tätig zu sein. Ich will meine Kraft für mehr Kooperation, mehr Freundschaft und mehr Verständigung zwischen unseren Völkern und Staaten einsetzen.

## ● China ist in den 40 Jahren seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen immer wichtiger für Deutschland geworden. Wie schätzen Sie die bilaterale Entwicklung ein?

Mit der DDR haben wir schon 1949 diplomatische Beziehungen aufgenommen, die am Tag der Wiedervereinigung endeten. In den 40 Jahren, in denen die Bundesrepublik und die VR China offizielle Kontakte pflegen, haben sich die Beziehungen beider Länder sehr schnell entwickelt. Es herrscht reger Besuchsaustausch auf höchster politischer Ebene; Bundeskanzlerin Merkel war sechsmal in China, unser Ministerpräsident Wen Jiabao hat Deutschland genauso oft einen Besuch abgestattet. Seit 2011 finden Regierungskonsultationen auf der Ministerpräsidentenebene statt, das letzte Mal im August. Außerdem haben wir sehr starke Handelsbeziehungen: Im vergangenen Jahr machte das chinesisch-deutsche Handelsvolumen ein Drittel des gesamten chinesischen Handels mit der EU aus; das ist so viel wie mit Frankreich, Großbritannien und Italien zusammen. Deutschland hat zur Zeit 7 000 Firmen in China, 1 600 chinesische Unternehmen sind in Deutschland tätig. In diesem Jahr findet in Deutschland das chinesische Kulturjahr mit mehr als 500 Veranstaltungen statt.

Außerdem studieren hier rund 30 000 Chinesen, sie sind die größte ausländische Studierendengruppe in Deutschland. Das zeigt die ganze Breite und Tiefe unserer Beziehungen. Gerade in Krisenzeiten brauchen wir mehr Kooperation, damit wir uns neuen Herausforderungen stellen können.

## ● Chinesische Nachrichten berichten viel über Deutschland, die VR China ist ebenso präsent in den deutschen Medien. Finden Sie die Berichterstattung in den beiden Ländern über das jeweils andere Land fair und ausgewogen?

Das ist ein Problem, mit dem ich mich ständig beschäftige: Das öffentliche Bild Chinas ist nicht unbedingt identisch mit dem veröffentlichten Bild. Die Schlagzeilen gehen da manchmal von einem Extrem ins andere: Ich lese in den deutschen Medien sehr viel über Bedrohungen durch China oder Geschichten zum bevorstehenden Zusammenbruch des Landes. Dass es kein vollständiges, objektives Bild in der deutschen Öffentlichkeit gibt, ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass wenige Menschen China kennen. Einmal sehen ist besser als hundertmal hören. Die Touristen, aber auch die Abgeordneten und Politiker, die China besucht haben, sehen das Land ganz anders als diejenigen, die nur aus Zeitungen und dem Fernsehen informiert sind. Es gibt wohl mehr Chinesen, die Deutschland verstehen, als umgekehrt.

## ● Woher kommen diese Unterschiede in der Wahrnehmung?

Im Selbstbild der Chinesen hat unser Land große wirtschaftliche Leistungen und Erfolge zu verzeichnen; aber was den Lebensstandard der Menschen betrifft, sind wir noch weit von den europäischen Ländern entfernt. Wir werden Jahrzehnte brauchen, um diesen Stand zu erreichen. China ist ein Land mit großen Widersprüchen. Beijing, Shanghai und die großen Metropolen gehören zu den modernsten der Welt; viele ländliche Regionen sind dagegen immer noch unterentwickelt. Um China richtig zu verstehen, muss man die verschiedensten Aspekte in Betracht ziehen. Ich bin nicht zufrieden mit der Berichterstattung vieler Medien, weil sie manchmal dazu neigen, aus einer Mücke einen Elefanten zu machen. Aber wir haben Geduld, und wir hoffen, dass immer mehr Menschen, auch immer mehr Journalisten, der Realität Rechnung tragen.

## ● Was müsste der deutschen Öffentlichkeit über China vermittelt werden?

Ich hoffe sehr, dass weniger mit einer ideologischen Brille, dafür aber mehr mit Fakten berichtet wird. Nicht nur über das politische, sondern auch über das gesellschaftliche und kulturelle Leben; nicht nur über die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch über den Wandel in der Einstellung der Menschen, vor allem der Jugend. China ist das Land des Internets, über 500 Millionen Chinesen sind online. Es gibt eine große Meinungsvielfalt im Netz, auch das sollte zur Kenntnis genommen werden. Wer über die Missstände in China berichtet, sollte die Entwicklung des Landes nicht vergessen. Es gibt Erfolge, aber auch Nachholbedarf. Das ganze Bild ist wichtig, nicht nur ein Bruchteil.

## ● Die Bundesregierung hofft auf chinesische Unterstützung bei der Bewältigung der europäischen Rezessionen.



## **sion; China soll Anleihen von EU-Staaten kaufen, die vor der Pleite stehen. Kann die VR China diese Erwartungen erfüllen?**

Es ist, übrigens schon seit den 50er Jahren, unsere Überzeugung, dass ein stärkeres und größer werdendes Europa zur Multipolarität der Welt beiträgt. Europa ist für uns ein großer Markt, umgekehrt ist das ganz genauso. Wir haben Staatsanleihen von hoch verschuldeten Ländern in Europa gekauft, weil wir ein positives Signal geben wollen: China steht auch in schwierigen Zeiten zum Euro und zu Europa. Die Frage, ob Europa gestärkt oder geschwächt aus der Krise hervorgehen wird, hängt allerdings in erster Linie nicht von uns ab, sondern von den Europäern selbst. Wir wollen, dass es Europa besser geht, weil das auch gut für die chinesische Wirtschaft ist – ebenso, wie ein starkes China Europa hilft. Die Hilfe ist eine Selbsthilfe.

## **● Im November dieses Jahres hat der 18. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) eine neue Führung gewählt. Welche Projekte werden in den nächsten Jahren auf der Agenda stehen?**

Der 18. Parteitag hat auch in der deutschen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit gefunden, schließlich geht es um die zukünftige Entwicklung Chinas und um seine Beziehungen zu anderen Ländern. Wir haben einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum der Weltwirtschaft geleistet und spielen eine wichtige Rolle in der internationalen Gemeinschaft. Deshalb geht die Zukunft Chinas alle an.

Der 18. Parteitag hat mehrere Ziele gesetzt. Bis 2021, zum 100. Jahrestag der Gründung der KP Chinas, wollen wir den Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand vollenden. Vor 30 Jahren hatte China noch eine Landbevölkerung von mehr als 80 Prozent, seit wenigen Jahren leben in China zum ersten Mal über 50 Prozent der Menschen in den Städten. Mehr Stadt- als Landbevölkerung, das ist eine historische Wende in der Entwicklung unseres Landes. Wir versorgen ein Fünftel der Menschheit mit Nahrungsmitteln. Dass niemand mehr hungern muss, dass die Menschen einen besseren Lebensstandard erreichen, das bezeichnen wir als Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand. Das zweite Ziel, das sich der Parteitag gesetzt hat, ist der Aufbau eines starken, reichen und demokratischen Landes. Bis 2049, dem 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China, wollen wir dieses Ziel erreichen. Dafür haben wir konkrete Vorgaben beschlossen: Bis 2020 sollen sich sowohl das Bruttoinlandsprodukt als auch das Einkommen der Bevölkerung verdoppeln. Zum ersten Mal überhaupt wurde von einem Parteitag auch die Erhöhung des Einkommens der Bevölkerung festgelegt. Die Entwicklung der Wirtschaft wird Hand in Hand gehen mit der Verbesserung des Lebensstandards.

## **● Der letzte Generalsekretär der KPCh, Hu Jintao, hat in seinem Rechenschaftsbericht vor den Gefahren der Korruption gewarnt. Wieso ist das Problem so schwer in den Griff zu kriegen?**

Korruption ist keine rein chinesische, sondern eine internationale Erscheinung. In China ist das Problem allerdings sehr schwerwiegend; die Korruption ist einer der Gründe für die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Um dagegen vorzugehen, wollen wir die Rechtsstaatlichkeit verstärken und die Befugnisse der Funktionäre unter gesellschaftliche Kontrolle stellen: Durch innerparteiliche Demokratie, durch die Be-

richterstattung der Medien. Keine Person sollte das Sonderrecht haben, sich über die Verfassung und die geltenden Gesetze hinwegzusetzen. Das Problem der Korruption ist eine äußerst wichtige politische Frage, weil es um die Existenz der Partei und des Staates geht. Jeder, unabhängig von seiner Funktion, wird ohne Ausnahme zur Verantwortung gezogen werden, wenn er in solche Fälle verwickelt ist.

## **● Die neue Parteiführung wird zehn Jahre im Amt sein. Welche Probleme müssen in dieser Zeitspanne in Angriff genommen werden?**

Seit Beginn der Reformpolitik in den 70er Jahren konnte China große Erfolge erzielen. Der Anteil des Landes an der weltweiten Produktion ist allein in den letzten zehn Jahren von vier auf zehn Prozent gestiegen, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 1 135 US-Dollar auf rund 6 000 Dollar. Man sollte dabei nicht vergessen, dass wir nur sieben Prozent der weltweiten Ackerfläche zur Verfügung haben, aber 22 Prozent der Weltbevölkerung ernähren müssen. Dieses Ziel haben wir erreicht. Doch in Relation zur Größe der Bevölkerung, zu den 1,3 Milliarden Chinesen, bleiben wir nach wie vor das größte Entwicklungsland der Erde. Deutschland hat ein Inlandsprodukt von 43 000 US-Dollar pro Kopf!

In China geht es zwar allen besser, aber es sind auch viele Probleme aufgetreten. Die sozialen Unterschiede zwischen den Regionen, zwischen den Menschen werden immer größer. Die Umweltverschmutzung nimmt zu, die Ressourcen sind begrenzt. Erdöl, Erdgas und andere Naturressourcen müssen fast zur Hälfte importiert werden. Deshalb hat der Parteitag beschlossen, den sozialen Problemen größte Aufmerksamkeit zu widmen: Die Menschen sollen im Mittelpunkt der Politik stehen. Und die Menschen sollen auch ihren Anteil an den wirtschaftlichen Erfolgen haben. Ein weiteres ganz wichtiges Thema ist die Ökologie. Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien von jetzt neun auf 15 Prozent erhöhen. Die Emissionen sollen im Vergleich zu 2005 um 40 bis 50 Prozent reduziert werden. Früher haben wir in erster Linie auf Wachstum gesetzt. Jetzt heißt das Motto: Statt Quantität mehr Qualität und Effizienz.

## **Vom Außenseiter zum Mitbewerber**

*Chinas Botschafter Shi Mingde sieht sein Land in einem neuen Entwicklungsstadium*

*Aus: Neues Deutschland, 19. Januar 2013,*

*Interviewer: Werner Birnstiel und Detlef D. Pries*

## **● Herr Botschafter, der 18. Parteitag der KP Chinas hat den geplanten Generationswechsel an der Spitze der Partei vollzogen. War das mehr als ein Personalaustausch?**

Wir haben eine neue Mannschaft mit einem neuen Führungsstil – sachkundig, innovativ, pragmatisch –, wir haben aber auch eine neue Zeit. Die Führung mit Generalsekretär Xi Jinping an der Spitze stellt sich den großen Herausforderungen, vor denen China steht: den sozialen Problemen, der Änderung der Entwicklungsformen, der Bekämpfung der Korruption ... An den großen Zielen wird sich wenig ändern,



wir werden weiter den Weg des Sozialismus chinesischer Prägung gehen, die Politik der Reform und Öffnung fortsetzen, dies aber unter neuen Bedingungen. Wir treten also in ein neues Entwicklungsstadium ein. Da geht es um mehr als einen Personalwechsel.

● **Was macht den „Sozialismus chinesischer Prägung“ aus?**

Wir wollen die Kerngedanken des Marxismus-Leninismus mit unseren Gegebenheiten verbinden. China hat zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts – noch unter Sun Yatsen – versucht, das westliche Modell zu kopieren. Das hat nicht geklappt. Als unter Mao Zedong ein neues China gegründet wurde, blieb uns unter den damaligen Bedingungen nichts übrig, als das sowjetische Modell zu übernehmen. Aber wir mussten einsehen, dass es sich nicht für chinesische Verhältnisse eignet. 80 Prozent unserer Bevölkerung lebten damals auf dem Lande, wir hatten eine rückständige Wirtschaft und die absolute Planwirtschaft führte nicht zur erwünschten wirtschaftlichen Entwicklung. Also hat Deng Xiaoping gesagt: Wir wollen auch im Sozialismus marktwirtschaftliche Elemente einführen und den Menschen größeren Freiraum geben.

● **Was den Freiraum betrifft, steht China häufig in der Kritik des Westens. Herrscht in China eine anderes Freiheitsverständnis als hierzulande?**

Wir stehen zu universellen Werten, zu Demokratie, Freiheit, Wahrung der Menschenrechte. Die chinesische Revolution selbst ist ein Kampf um demokratische Rechte, um mehr politische und soziale Freiheit. Wie diese Werte verwirklicht werden, hängt aber von der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen Entwicklung eines Landes ab. Ich erinnere Sie an Brecht: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.“ Wir haben mit 7 Prozent der Ackerfläche 22 Prozent der Weltbevölkerung ernährt, kein Chinese braucht mehr zu hungern und zu frieren. Die Lebenserwartung ist von 36 auf 72 Jahre gestiegen. Das war die größte Leistung zur Verbesserung der Menschenrechte. Diese Phase der Existenzsicherung haben wir gerade abgeschlossen. Jetzt sind wir in der Phase des bescheidenen Wohlstands. Bis 2020 sollen sich sowohl das Bruttosozialprodukt als auch das Einkommen der Bevölkerung verdoppeln. Die Wirtschaftsentwicklung wird Hand in Hand mit der Erhöhung des Lebensstandards gehen. In dieser Phase haben die Menschen auch mehr Bedürfnisse nach politischen und sozialen Rechten.

● **Gerade das Fehlen politischer Reformen wird China jedoch oft vorgehalten ...**

Wir haben inzwischen direkte Wahlen – Basisdemokratie – in mehr als 600 000 Dörfern und Gemeinden eingeführt. Ein Spitzenpolitiker darf bei uns maximal zwei Perioden im Amt bleiben, nicht mehr auf Lebenszeit. Das ist auch eine politische Reform. In Deutschland kann ein Politiker sein Amt 16 Jahre und länger ausüben. Jedenfalls ist es falsch zu behaupten, China betreibe nur wirtschaftliche Reformen. Wir werden die universellen Werte verwirklichen – aber im Rahmen unserer Verhältnisse.

● **Hu Jintao, der scheidende Generalsekretär, hat auf dem Parteitag ein dramatisches Bild in Bezug auf die Korruption gezeichnet. Wie wollen Sie dieses gravierende Problem lösen?**

Korruption ist eine internationale Erscheinung, es gibt sie auch in Deutschland. Jede Regierung hat die Aufgabe, dagegen vorzugehen. Der 18. Parteitag hat gesagt: Wenn wir dieses Problem nicht lösen, fügen wir der Partei und dem Staat großen Schaden zu. Deshalb müssen und wollen wir den Rechtsstaat stärken, die Funktionäre unter stärkere gesellschaftliche Kontrolle stellen. Alle Menschen müssen vor dem Gesetz gleich sein. Die zuletzt aufgedeckten Korruptionsfälle betreffen Funktionäre aller Ebenen bis ins Politbüro. Damit wollen wir der Bevölkerung zeigen, dass die Partei entschlossen ist, energisch gegen das Übel vorzugehen, und dass man Vertrauen zur Partei haben kann. Und ich bin sicher, dass dieses Vertrauen nach dem 18. Parteitag wachsen wird. Die KP Chinas hat zwar in der Vergangenheit viele Fehler gemacht, sie hat daraus aber die richtigen Schlussfolgerungen gezogen.

● **Sie meinen die Politik der Reform und Öffnung?**

Ja, die beiden Wörter sind entscheidend: Reform und Öffnung. Reform heißt, ständig mit der Zeit zu gehen. Das System muss der Entwicklung angepasst werden. Sehen Sie sich den Untergang der Sowjetunion oder der DDR an: Das System war verkrustet und die Bereitschaft zur Reform fehlte. Als man die Notwendigkeit erkannte hatte, war es zu spät. Wer nicht bereit ist, sich ständig zu verändern, wird auf der Strecke bleiben. Deshalb haben wir vor 30 Jahren mit der Reform begonnen. Und was die Öffnung betrifft: Jede Blütezeit in der Geschichte Chinas war eine Zeit der offenen Gesellschaft, jede Zeit der Isolation brachte Rückständigkeit. Heute reisen jedes Jahr 70 Millionen Chinesen ins Ausland, über eine Million junge Leute studieren im Ausland und bringen Erfahrungen und neue Ideen aus aller Welt mit nach Hause. Dafür sind wir offen, Kritik und Vorschläge sind uns willkommen, wir sind allerdings gegen Verleumdungen.

● **Als Botschafter in Deutschland sind Sie für die zweiseitigen Beziehungen zuständig. Wie beurteilen Sie das derzeitige Verhältnis?**

Deutschland ist heute unser größter Handelspartner in Europa, der Handel macht über ein Drittel unseres Warenaustauschs mit der EU aus. Es gibt Regierungskonsultationen auf höchster Ebene, wie wir sie sonst nur mit Russland haben. Die Zusammenarbeit ist weit gefächert: politisch, wirtschaftlich, kulturell, wissenschaftlich ... Neue Möglichkeiten für das Zusammenwirken erwachsen aus der Neuausrichtung Chinas durch den 18. Parteitag. Nach dem sehr schnellen Wachstum in den vergangenen 30 Jahren orientieren wir jetzt mehr auf Qualität und Effizienz. Wir werden mehr energiesparende und umweltschonende Technologien nutzen. Auch deshalb bin ich sehr optimistisch, was die weitere Entwicklung unserer Beziehungen betrifft.

● **Allerdings weckt China bisweilen auch Ängste in Europa. Wie erklären Sie sich das?**

Früher war China ein Außenseiter, jetzt sind wir Beteiligte, Mitbewerber und Mitgestalter des Wirtschafts- und Finanzsystems. Und da sich China schnell entwickelt, wächst die Angst vor der Konkurrenz. Überall liest man: China kauft



Deutschland auf. Ja, wir haben im vergangenen Jahr viel in Europa investiert. Aber Chinas Investitionen in Deutschland machen weniger als 10 Prozent der deutschen Investitionen in China aus. Und in der Rangliste der Investoren in Deutschland nimmt China einen Platz jenseits der 20 ein. Die Angst, die da geschürt wird, entbehrt jeder Grundlage. Wir sind immer noch ein Entwicklungsland. Zwar sind wir nach absoluten Zahlen die zweitgrößte Wirtschaftsmacht. Wenn man das Bruttoinlandsprodukt aber durch 1,3 Milliarden teilt, stehen wir auf dem 90. Platz in der Welt. Wir sind also noch weit davon entfernt, die USA oder Westeuropa zu überholen.

## Der Einfluss der Euro-Schuldenkrise auf China und die Richtung der Zusammenarbeit China – Europa

*Von Chen Shuoying, Institut für Marxismus der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften; aus: Europa-Sonderheft der Zeitschrift ARGUMENT 2013*

Der Ausbruch der Euro-Schuldenkrise 2010 liegt schon über zwei Jahre zurück, doch die Staatsschulden steigen weltweit nach wie vor in rasantem Tempo.<sup>1</sup> Die Lage ist unvermindert düster. Das Voranschreiten der Euro-Schuldenkrise zerrt auch an Chinas Nerven. Vor der Krise war die EU Chinas wichtigster Handelspartner, Exportmarkt, Quelle von Technologietransfer und zweitgrößter Importmarkt. 2011 – die Euro-Schuldenkrise war bereits in vollem Gange – überholte die EU Japan als Chinas wichtigster Importmarkt und hielt auch 2012 alle genannten Spitzenpositionen. Das Gewicht der EU für die chinesische Wirtschaft steht außer Frage. Kurzfristig kann die Euro-Schuldenkrise die chinesischen Exporte in die EU beeinträchtigen und die Gefahr der Abwertung von Chinas Guthaben in Euro erhöhen, so dass es sich wieder stärker auf die USA orientieren muss. Aber mittel- und langfristig wird sie den Fortschritt der chinesischen Industrie vorantreiben und Chinas Vertrauen in die Richtigkeit seines Weges stärken.

Die Euro-Schuldenkrise ist ein Ergebnis der ungleichmäßigen Entwicklung der EU-Mitgliedstaaten, aber auch Europas einerseits und der USA andererseits. Wie sich die Dinge weiterentwickeln, wird davon abhängen, welches Spiel die Mitgliedstaaten der EU, aber auch solche großen Akteure wie die EU, die USA und China miteinander spielen. Europas einziger Ausweg ist die weitere Vertiefung seiner Integration. Wenn es nicht gelingt, aus der Eurozone Euroland zu machen, dann wird Europa die USA nicht daran hindern können, ihm die Folgen der Krise aufzubürden. Um zu einer multipolaren Welt zu gelangen, müssen China und Europa daher ihre Zusammenarbeit allseitig verstärken, Hand in Hand dagegen vorgehen, dass das monopolistische Finanzkapital mit der Wallstreet als Zentrum den ganzen Erdball vereinnahmt, und gemeinsam nach einem auf die Arbeitskraft orientierten wirtschaftlichen und politischen System suchen.

## I. Der Einfluss der Euro-Schuldenkrise auf China

### 1. Der chinesische Export in die EU schrumpft

Mit der Verschärfung der Euro-Schuldenkrise nahm der Zuwachs von Chinas Export in die EU kontinuierlich ab, bis er im Januar 2012 ins Negativwachstum abglitt.

Um den Auswirkungen der Krise auf den Export zu begegnen, erhöhte China seit dem zweiten Halbjahr 2008 sieben Mal in Folge die Exportsteuererstattung. Damit sollten die Kosten der Exportunternehmen gesenkt werden. Da die Krise die Aufnahmefähigkeit der Märkte aber generell schrumpfen ließ, zeigte diese Maßnahme nur geringe Wirkung. Daher senkte China seit 2010 die Exportsteuererstattung für einen Teil der Erzeugnisse wieder. Wenn sich die Euro-Schuldenkrise weiter verschärft, der Euro noch schwächer wird und der Kurs des Yuan entsprechend steigt, kann der Anstieg des Wechselkurses den ohnehin nicht hohen Gewinn aus diesen Exporten ganz zunichtemachen. Sollte China die Exportsteuererstattung noch weiter abbauen, dann müsste eine beträchtliche Anzahl der Exportunternehmen Insolvenz anmelden. Für einen großen Teil der chinesischen Exportindustrie, die ohnehin unter dem Druck des Strukturwandels steht, wäre das nicht zu verkraften.<sup>2</sup> Auf lange Sicht würde eine solche Rosskur die Verbesserung der Struktur der chinesischen Industrie jedoch beschleunigen.

### 2. Chinas Euro-Guthaben könnten abgewertet werden

Dass China Euros aufkauft ist eine wichtige Maßnahme zur Diversifizierung seiner Devisenreserven. Seit dem Ausbruch der Euro-Schuldenkrise hat China seine Unterstützung für die wirtschaftliche Stabilität der Länder der Eurozone und den Euro wiederholt zum Ausdruck gebracht. Der stellvertretende Direktor der chinesischen Zentralbank und Leiter des Devisenamtes, Yi Gang hat im Jahre 2012 bei zwei Gelegenheiten erklärt, dass China am Kurs der Diversifizierung festhalten und weiterhin auf dem europäischen Markt, bzw. dem Markt der Eurozone investieren wird.<sup>3</sup> Die chinesischen Guthaben in Euro sind im Vergleich zum Dollar noch nicht sehr groß; daher haben die Devisenreserven Chinas unter der Euro-Schuldenkrise nur unwesentlich gelitten. Im September 2012 beliefen diese sich insgesamt auf 3,285 Billionen US-Dollar. Der Anteil der Guthaben in US-Dollar betrug 60 bis 70 Prozent, der in Euro und Britischen Pfund circa 20 Prozent.<sup>4</sup> Wenn wir den Anteil des Euros mit 15 Prozent ansetzen, dann hätten die Euro-Reserven einen Wert von 492,7 Milliarden US-Dollar. Sollte China allerdings fortfahren, Euro-Staatsanleihen zu kaufen und der Euro weiter abgewertet werden, dann könnte für seine Devisenreserven beträchtlicher Schaden entstehen. Angesichts dessen, dass sowohl der Dollar als auch der Euro mit einem Abwertungsrisiko behaftet sind, schlagen einige chinesische Experten vor, die Dollar- und Euroreserven abzubauen und statt dessen im Ausland direkt zu investieren oder auf materielle Werte zu setzen. So ist zum Beispiel das Mitglied der Kommission für Geldpolitik der chinesischen Zentralbank Xia Bin der Meinung, China sollte als strategische Maßnahme seine Goldvorräte aufstocken.<sup>5</sup>



### 3. Die Risiken für Chinas Wirtschaftsentwicklung steigen

Da die Euro-Schuldenkrise weltweit das Streben nach Risiko-  
vermeidung verstärkt hat, zieht sich das Kapital zunehmend  
auf den Dollar zurück. Wegen ihrer Abhängigkeit von den  
USA als Exportmarkt und der Stärkung der dominierenden  
Stellung des Dollars leidet die chinesische Wirtschaft jetzt  
noch mehr unter den Schwankungen der Wirtschaft der USA  
und den globalen Finanzregulierungsmaßnahmen. Die Risi-  
ken für seine Wirtschaftsentwicklung nehmen zu. Tatsäch-  
lich gibt es bereits Anzeichen dafür, dass internationales  
Heißes Geld (vagabundierendes Kapital – d. Ü.) aus dem Lan-  
de abfließt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es sich völlig  
aus China zurückzieht. Im Oktober 2012 sind Chinas Gutha-  
ben an ausländischen Devisen nur um 21,625 Milliarden Yu-  
an gewachsen, um fast 110 Milliarden Yuan weniger als im  
Monat zuvor. Aber nach den Angaben des Zolls erreichte  
China im Oktober 2012 einen Positivsaldo seines Außenhan-  
dels von 31,99 Milliarden US-Dollar; zugleich tätigten aus-  
ländische Geschäftsleute in China Direktinvestitionen in Hö-  
he von 8,31 Milliarden US-Dollar. Das ergibt eine Summe  
von 40,3 Milliarden US-Dollar. Allein durch diese beiden Pos-  
ten müsste der Zuwachs zu den Devisenguthaben etwa 250  
Milliarden Yuan betragen haben. Wenn es aber in der Realit-  
tät 230 Milliarden Yuan weniger waren, dann ist das nur da-  
mit zu erklären, dass im Rahmen des Kapitalverkehrs inter-  
nationales Heißes Geld in großem Umfang aus dem Lande  
abgeflossen ist. Sollte diese Tendenz sich verstärken und zu-  
gleich der Yuan weiter aufgewertet werden, dann könnten  
Wechselkursspekulationen mit internationalem Heißem Geld  
den von China in den vergangenen zehn Jahren durch Außen-  
handel und ausländische Direktinvestitionen aufgebauten  
Devisenüberschuss vollkommen zunichtemachen.<sup>6</sup>

### 4. Die Euro-Schuldenkrise hat Chinas Vertrauen in die Richtigkeit seines Weges gestärkt

Die Euro-Schuldenkrise hat bewirkt, dass der seit der US-  
Finanzkrise angeschlagene Einfluss des westlichen Systems  
weiter sinkt und der Weg des Sozialismus chinesischer Prä-  
gung an Überzeugungskraft gewinnt. In einer Rede an der  
Zentralen Parteischule am 5. Januar 2013 hat der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jinping, be-  
tont, welchen Weg die Partei einschlägt, entscheidet in ers-  
ter Linie über Aufstieg oder Fall, Erfolg oder Misserfolg unse-  
rer Sache, über das Schicksal der Partei. Nur der Sozialis-  
mus kann China retten, nur der Sozialismus chinesischer  
Prägung ist imstande, China zu entwickeln. Unseres Weges,  
unserer Theorie und unseres Systems müssen wir uns sicher  
sein.<sup>7</sup> Dessen ungeachtet gilt: Der Westen verliert offen-  
sichtlich an Kraft, aber das ist relativ zu sehen. Bis heute hat  
er in der Weltordnung die dominierende Stellung inne. Doch  
natürlich ist diese Ordnung auch in Veränderung begriffen.

## II. Wie geht es mit der Euro-Schuldenkrise weiter?

Die Euro-Schuldenkrise zeigt wieder einmal, dass Ungleich-  
mäßigkeit ein absolutes Gesetz kapitalistischer Entwicklung  
ist. Ungleichmäßigkeit ist sowohl zwischen den USA als dem  
Kern des kapitalistischen Systems und dessen übrigen Teil-  
en, als auch innerhalb der EU festzustellen. Gegenwärtig

verstärken die unterschiedlichen Maßnahmen von USA und  
EU als Reaktion auf die Krise die Ungleichmäßigkeit noch.

Zur ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den USA und  
Europa ist zu sagen, dass die USA nach Ausbruch der welt-  
weiten Finanz- und Wirtschaftskrise unter Ausnutzung der  
Stellung des Dollars als Leitwährung dreimal in Folge eine  
quantitative Lockerung durchführten und schließlich am  
13.12.2012 zu QE4 griffen. Im Vergleich dazu hat die EU als  
Reaktion auf die Euro-Schuldenkrise zunächst ebenfalls  
mehr Geld editiert, betreibt aber auch eine wirkliche Sparpo-  
litik. In den USA blieb es eher bei einer nominellen Regulie-  
rung (nominal/momentary adjustment), die die Realwirt-  
schaft kaum beeinträchtigte, die EU dagegen nahm eine rea-  
le Regulierung (real adjustment) vor, was sich auf Investiti-  
onen und Verbrauchernachfrage unmittelbar auswirkte. So  
drifteten beide immer weiter auseinander. Seit der kapitalis-  
tischen Krise der 1970er Jahre ist es den USA im Grunde  
nicht mehr gelungen, ihre frühere Profitrate wieder zu errei-  
chen. Um das weitere Absinken der Profitrate aufzuhalten,  
haben die USA die Krisenfolgen immer wieder auf die ande-  
ren Teile des kapitalistischen Systems abgewälzt. Das zeigt  
ein Vergleich der Profitrate der USA mit denen Deutschlands  
und Japans seit den 1970er Jahren. In den Jahren 1970 bis  
1979 und 1980 bis 1990 lagen die Profitraten der Privatun-  
ternehmen Deutschlands und Japans noch leicht über denen  
der USA. In der verarbeitenden Industrie war die deutsche  
von 1970 bis 1979 ein wenig niedriger als die US-amerikani-  
sche, die japanische dagegen weitaus höher. In den 1990er  
Jahren sank die Profitrate in allen drei Ländern, aber in  
Deutschland und Japan wesentlich schneller, so dass die  
USA bei der Profitrate wieder den ersten Platz einnahmen.

Als 2007 in den USA die Finanzkrise ausbrach, lag die  
US-Industrieproduktion noch über der Deutschlands und Ja-  
pans Nach neuesten Zahlen des Economist stieg die Indus-  
trieproduktion der USA 2012 im Vergleich zum Vorjahr um  
2,8 Prozent, während die der EU um 2,3 Prozent und die Ja-  
pans um 8,1 Prozent sank.

Was die ungleichmäßige Entwicklung innerhalb der EU  
betrifft, so führte der rigide Sparkurs dazu, dass die Wirt-  
schaften der ohnehin wenig konkurrenzfähigen Länder am  
Rande Europas in eine langanhaltende Rezession abglitten,  
die ihre finanzielle Lage noch verschlechterte. Das Ausein-  
anderdriften von Zentrum und Peripherie Europas schritt wei-  
ter voran.

Der Ausbruch der Euro-Schuldenkrise hat die Fragen der  
finanziellen und politischen Integration Europas auf die Ta-  
gesordnung gesetzt. Jedoch derartige Ideen stoßen auf zahl-  
reiche Einwände und vielfältige Hindernisse. Die Haushalte  
der Schuldnerstaaten unter die Aufsicht von EU-Gremien  
zu stellen bedeutet einen Eingriff in die Souveränität der  
Staaten und beeinträchtigt die Demokratie innerhalb der EU.  
Die europäische Integration steht vor einem Dilemma: Einer-  
seits bietet der Mechanismus demokratischer Beratung und  
Konsultation innerhalb der EU die Möglichkeit, ungleichmäßi-  
ge Entwicklungen zwischen den Mitgliedstaaten auszuglei-  
chen. Derselbe Mechanismus ist für die Überwindung der  
Ungleichgewichte zwischen USA und EU aber wenig hilfreich.  
Da der EU die Entscheidungskompetenz einer Zentralmacht  
fehlt, da die USA nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa Be-  
satzungsmacht waren, besitzt die EU keine eigenen Streit-  
kräfte. Über die Hälfte der ausländischen Militärbasen der  
USA liegen in und um Europa. So werden die USA noch län-



gere Zeit Krisen auf die Staaten Europas abwälzen, ohne dass Europa sich dem ernsthaft widersetzen kann. Dabei ist festzustellen, dass die Widerstandskraft Europas gegenüber der Zeit ohne Euro gewachsen ist. Als Ausweg bleibt Europa also nur die weitere Integration.

Zur Perspektive der Eurozone gibt es in China sowohl eine pessimistische als auch eine vorsichtig optimistische Sicht: Die Pessimisten meinen, die Eurozone werde über kurz oder lang zusammenbrechen. So erklärte der Ökonom des Forschungszentrums für Wirtschaft Chinas und Weltwirtschaft an der Pekinger Qinghua-Universität Yuan Gangming im November 2011, die Eurozone sei theoretisch machbar, praktisch gesehen aber nicht von Dauer. Daher werde der Euro letzten Endes wieder verschwinden. Der Direktor des Chinesischen Forschungsinstituts für Valuta-Anlagen, Tan Yaling, sagte bereits im April 2009, im Spiel der internationalen Finanzmächte werde eine Währung auf der Strecke bleiben, und das sei der Euro.

Die Optimisten meinen, die Herausbildung neuer globaler wirtschaftlicher und politischer Strukturen sei bei weitem noch nicht abgeschlossen, daher sollte man die Fähigkeit Europas zur Selbstheilung nicht unterschätzen. Der ehemalige Leiter des Europainstituts der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften Qiu Yuanlun wies darauf hin, dass 2014 der Lissaboner Vertrag umfassend in Kraft tritt, wonach durchaus die Möglichkeit besteht, dass sich die Eurozone nach und nach in Richtung Euroland entwickelt.<sup>8</sup> Auch etwas heute vielleicht noch Unvorstellbares sollte man nicht ausschließen: Aus den Prüfungen der weltweiten Finanzkrise, der globalen Wirtschaftskrise, der Euro-Schuldenkrise und der Krise der europäischen Integration könnten die EU und ihre Eurozone auch neu gestärkt hervorgehen.<sup>9</sup>

Aus strategischer Sicht betrachtet China, das für eine multipolare Welt eintritt, Europa als einen überaus wichtigen Pol. China hält nichts von einer Bipolarität der G2 (USA und China als zwei Supermächte).<sup>10</sup> Die derzeit schwierige wirtschaftliche Lage Europas liegt nicht in Chinas Interesse und ist nicht günstig für das Entstehen einer multipolaren Welt. Um dieses Projekt zu befördern, sollte China Handel und Investitionen mit Europa noch entschiedener vorantreiben und bei der Regelung der internationalen Finanz- und Währungsangelegenheiten noch enger mit Europa zusammenwirken.

### III. Die Richtung der weiteren Zusammenarbeit China – Europa

Die Euro-Schuldenkrise wurde durch die Finanzkrise der USA ausgelöst. Sie ist ein Produkt des finanzbestimmten Kapitalismus. Die eigentlichen Verursacher der Krise, die Finanzderivate, wurden seitdem nicht abgebaut, sondern werden sogar noch wesentlich breiter genutzt. Statistische Angaben des US-Finanzministeriums von 2011 belegen, dass die Großbanken der Wallstreet 41 Prozent mehr Derivate hielten als auf dem Höhepunkt der Krise im Jahre 2008. Auch ihr Konzentrationsgrad ist immer weiter angestiegen. Bei den vier Großbanken Goldman Sachs, Morgan Chase, Bank of America und Citibank stieg der Anteil der Derivate von 80 Prozent 2009 auf 95,9 Prozent 2011.<sup>11</sup> China und die EU-Länder stimmen darin überein, dass man dem monopolistischen Finanzkapital mit der Wallstreet als Zentrum, das die Völker der ganzen Welt zu erpressen sucht, entgegenzutreten muss. Sie können in vieler Hinsicht zusammenarbeiten, um

ein friedliches, stabiles Entwicklungsumfeld zu schaffen.

**Erstens:** Was die Makrosysteme betrifft, so liegt es im Interesse Chinas und Europas, den Einfluss des Neoliberalismus zurückzudrängen, voneinander zu lernen und gemeinsam nach einem Weg nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung zu suchen.

In den vergangenen zwanzig Jahren haben alle EU-Mitgliedsländer einen vom Neoliberalismus beeinflussten Entwicklungsweg beschritten, haben Gemeingüter privatisiert und die Finanzbranche in großem Stil entwickelt. Die Wirkung dieser Maßnahmen hinsichtlich einer effizienteren Produktion in der EU war äußerst gering.<sup>12</sup> Was jedoch erfolgreiche Entwicklungsmodelle außerhalb des Westens betrifft, so betrachten Wissenschaftler und Politiker Europas diese nach wie vor durch eine gefärbte Brille. Solche Erfolgsgeschichten vermögen bislang die ideologischen Grundfesten der Sozialwissenschaft des Westens nicht zu erschüttern. Die rasante Entwicklung Chinas überfordert bereits jetzt deren Erklärungsmöglichkeiten. Mit den grundlegenden Hypothesen der neoliberalen Wirtschaftstheorie oder dem Verhältnis von Ursache und Wirkung zwischen Politik – Wirtschaft – Demokratie, wie es westliche Modernisierungstheorien anbieten, ist der wirtschaftliche Erfolg Chinas nicht zu erfassen. Die systemische und theoretische Einzigartigkeit des Falles China hat viele Erklärungsmodelle der klassischen europäischen Sozialwissenschaft über den Haufen geworfen.<sup>13</sup> Aus dem bisher Dargelegten geht hervor, dass die EU im Rahmen des gegenwärtigen kapitalistischen Systems schwerlich in der Lage sein wird, im Inneren die wachsende Ungleichmäßigkeit zwischen den Mitgliedstaaten zu überwinden und nach außen die USA wirksam daran zu hindern, die Folgen der Krise weiterhin auf sie abzuwälzen. Wenn sich also die Länder Europas aus dem Sumpf der Euro-Schuldenkrise befreien wollen, dann sollten sie darüber nachdenken, welche Schäden der Neoliberalismus in den Strukturen ihres Systems angerichtet hat. Die europäische Sozialwissenschaft sollte sich aus ihrer eurozentristischen Befangenheit lösen, von den Modellen Chinas und anderer außereuropäischer Länder lernen, dies mit der Realität ihrer Länder verbinden und Wege ergründen, um das derzeitige kapitalistische System zu verändern oder gar abzulösen.

Was China betrifft, so hat es sich in der Vergangenheit zu sehr auf eine Marktwirtschaft amerikanischen Typs fokussiert und nicht genug getan, um die verschiedenen Arten von Marktwirtschaft, die es heute gibt, zu untersuchen, miteinander zu vergleichen und daraus zu lernen. So muss China zum Beispiel nach einer Phase rasanten Wirtschaftswachstums sein Augenmerk stärker auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit und sozialen Sicherheit richten. In dieser Hinsicht ist von Europa mehr zu lernen als von den USA. Zwar ist die Sozialpolitik seit dem Ausbruch der Euro-Schuldenkrise zur Zielscheibe zahlreicher Angriffe geworden, aber ein hohes Niveau sozialer Sicherheit führt nicht unweigerlich in eine Schuldenkrise. Nur wenn man den Grundwiderspruch des Kapitalismus nicht beseitigt, die Eigentumsverhältnisse nicht verändert und bei der Sozialpolitik nur aufs Geld schaut, büßt sie ihre Grundlage ein und kann bei Ausbruch einer Krise kaum fortgesetzt werden. Die Sozialsysteme einiger europäischer Länder, zum Beispiel das auf Sozialversicherungen beruhende, wie es in Deutschland besteht, sind etwas, wovon China lernen kann. Was jedoch die Finanzaufsicht oder das Verhältnis von Staat und Markt in den USA



betrifft, wo das monopolistische Finanzkapital den Überbau nach wie vor fest im Griff hat, so sollten China und Europa eher miteinander zu einer gemeinsamen Sprache finden als mit den USA.

**Zweitens:** Auf der mesowirtschaftlichen Ebene können China und Europa ihr arbeitsteiliges Zusammenwirken verstärken, um Grundlagen einer internationalen Arbeitsteilung zur Überwindung der Vormachtstellung des Dollars zu schaffen.

Als um Mitte bis Ende der 1970er Jahre die Profitrate der Unternehmen der US-Realwirtschaft im Lande immer mehr sank, verlagerten diese ihre Verarbeitungssegmente nach und nach ins Ausland. Die Organisationsform der kapitalistischen Produktion ging von der vertikalen Integration zur globalen Vernetzung über. Die Organisationsstruktur des globalen Produktionsnetzes entwickelte sich in Form einer aus zahlreichen Etagen bestehenden Pyramide. An deren Spitze stehen die tonangebenden transnationalen Gesellschaften, die das gesamte Netzwerk der Produktion kontrollieren. Deren Zentralstab wird von US-Unternehmen dominiert. Da chinesische Unternehmen nicht selbst Endprodukte herstellen, sondern im Wesentlichen Verarbeitung und Montage betreiben, braucht China Dollar, um von Lieferanten Einzelteile zu beziehen. Sind diese zu Fertigprodukten montiert und werden überall auf der Welt (vor allem in den entwickelten Wirtschaften Nordamerikas) abgesetzt, erfolgt die Bezahlung ebenfalls in Dollar. Dass die chinesischen Devisenreserven in Dollar so stark angewachsen sind, hat mit der Stellung Chinas in der internationalen Arbeitsteilung zu tun. Wenn also seine Devisenreserven diversifiziert werden sollen, dann muss an der gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung etwas verändert werden. Hier ist viel Raum für Zusammenarbeit zwischen China und Europa. Zum einen können sie bei den verschiedenen Segmenten der Produktionskette ihr Zusammenwirken und ihre Arbeitsteilung verstärken, Produktionsnetze mit chinesischen oder europäischen Unternehmen als Kern aufbauen. Zum anderen ist es auch denkbar, bei neuen Energien, neuen Werkstoffen und in anderen fortgeschrittenen Bereichen gemeinsam Schlüsselunternehmen zu entwickeln und in diesen neuen Industrien gemeinsam die Spitze zu übernehmen. Mit der Vertiefung dieser Zusammenarbeit und Arbeitsteilung können China und Europa nach und nach zur Abrechnung in ihren eigenen Währungen übergehen und so zur Überwindung der Vormachtstellung des Dollars beitragen.

**Drittens:** Auf der mikrowirtschaftlichen Ebene der Unternehmen können China und Europa bei der Förderung von Staatsbetrieben, der verstärkten Mitsprache der Beschäftigten und in weiteren Fragen in größerem Umfang gemeinsame Untersuchungen durchführen.

Die im Kapitalismus zyklisch ausbrechenden Krisen demonstrieren den scharfen Widerspruch zwischen der vergesellschafteten Produktion und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Der ist nur wirklich zu lösen, wenn die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln verändert und Unternehmen in Gemeineigentum geschaffen werden. Solange die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht und der Nationalstaat noch besteht, tritt das Gemeineigentum in solchen Übergangsformen wie Staatsunternehmen oder Genossenschaften auf. Doch die Erfahrung des Zerfalls der Sowjetunion lehrt, dass es nicht ausreicht, Staatsunternehmen zu schaffen. Nur wenn die Arbeiter tatsächlich an

der Leitung des Produktionsprozesses teilhaben, ist eine Bürokratisierung der Unternehmen in Gemeineigentum zu verhindern. In solchen europäischen Ländern wie Frankreich oder Deutschland lag der Anteil der staatlichen Unternehmen stets relativ hoch. Gleiches trifft auch auf den Grad der Mitbestimmung der deutschen Arbeiter zu. Daher bestehen für China und Deutschland gute Möglichkeiten, bei der Förderung von Staatsbetrieben und der verstärkten Mitbestimmung der Beschäftigten im Arbeitsprozess gemeinsam tiefergehende Untersuchungen anzustellen und so auf der Mikroebene solide Grundlagen für eine Alternative zum Kapitalismus zu erarbeiten.

## IV. Schlussbemerkung

China und Europa sind zwei Pole der politischen und ökonomischen Weltordnung. Wie sie sich entwickeln ist für Veränderungen dieser Ordnung von großer Bedeutung. Wenn es beiden gelingt, gemeinsam zu verhindern, dass das monopolistische Finanzkapital mit der Wallstreet als Zentrum auf dem ganzen Erdball expandiert, wenn es ihnen gelingt, dass die Waage von Finanz- und Realkapital sich zugunsten des Realkapitals und die Waage von Kapital und Arbeitskraft sich zugunsten der Arbeitskraft neigt, dann kann es in der Welt der Zukunft zu großen Veränderungen kommen. Wirtschaftshistoriker wie Philip C. C. Huang oder Kaoru Sugihara haben bereits vor längerer Zeit darauf hingewiesen, dass die aus der industriellen Revolution in Europa hervorgegangene kapitalintensive und arbeitskraftsparende, evolutionäre Marktwirtschaft in großem Umfang Armut und Umweltzerstörung hervorbringt und daher nicht nachhaltig ist. Dagegen war die ressourcensparende, arbeitskraftintensive, involutionsäre Marktwirtschaft Chinas im 17. und 18. Jahrhundert in der Lage dafür zu sorgen, dass das Wachstum der Produktion der großen Mehrzahl der Menschen zugutekam.<sup>14</sup> Da China nach Reform und Öffnung die evolutionäre Marktwirtschaft in einem bestimmten Grade ebenfalls genutzt hat, wurde es von der kapitalistischen Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen und vom Neoliberalismus infiltriert. Das hat die chinesische Regierung erkannt. Xi Jinping hat in seiner Rede vom 5.1.2013 hervorgehoben, dass man mit Verweis auf die Geschichtsetappe nach Reform und Öffnung nicht die dreißigjährige Geschichtsetappe vor Reform und Öffnung negieren darf. Damit hat ein hoher Vertreter des ZK der KP Chinas die Geschichtsetappe vor Reform und Öffnung seit Jahren zum ersten Mal in einer öffentlichen Rede ausdrücklich positiv erwähnt. Vor dem Hintergrund der Globalisierung der Wirtschaft in einer Welt, in der das Kapital gegenüber der Arbeitskraft allerorten das Übergewicht hat, ist es jedoch gar nicht einfach, eine Orientierung auf die Arbeitskraft durchzusetzen. Ob es China gelingt, eine auf die Arbeitskraft orientierte Strategie zu verfolgen, und ob es Europa gelingt, im Prozess seiner Veränderung weiterhin nach einem gewissen Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeitskraft zu streben – wird ein Prüfstein für die Weisheit der Führungskräfte Chinas und Europas sein. *(Übersetzung aus dem Chinesischen:*

*Helmut Ettinger)*

### Anmerkungen

- 1 Die USA, Japan und die Staaten der Eurozone sind am höchsten verschuldet. Die Schulden der US-Regierung hatten bereits 2010 90 Prozent des BIP überschritten. Anfang 2012 näherten sie sich der 100-Prozent-Marke. Siehe <http://usgovernmentspending.com>. Im Dezember 2012 betrug die Staatsschulden Japans 223 Prozent



- des BIP, die Italiens 120 Prozent, die Großbritanniens 90 Prozent, die Frankreichs 89 Prozent und die Deutschlands 82 Prozent. Alle diese Länder haben die international übliche Warnlinie längst überschritten. Siehe [http://www.economist.com/content/global\\_debt\\_clock](http://www.economist.com/content/global_debt_clock) .
- 2 Siehe <http://finance.ifeng.com/opinion/macro/20111019/4872438.shtml> .
  - 3 Yi Gang: „Was Chinas Investitionen in ausländische Währungen betrifft, so wird es seine Eier nicht nur in einen Korb legen.“ Siehe <http://news.cntv.cn/2012lianghui/20120312/112023.shtml> .
  - 4 Die Zusammensetzung der Devisenreserven Chinas wird bisher nicht öffentlich bekanntgegeben und gilt als Staatsgeheimnis. Nach Schätzungen werden circa 70 Prozent in US-Dollar, circa 10 Prozent in japanischen Yen und circa 20 Prozent in Euro, bzw. Britischem Pfund gehalten. Quellen sind die Berichte von Clearing-Banken weltweit, Meldungen der Nachrichtenagentur Reuter und die Anteile der verschiedenen Währungen an den Einnahmen und Ausgaben des chinesischen Außenhandels.
  - 5 Siehe [http://www.cs.com.cn/hb/08/201012/t20101204\\_2696484.html](http://www.cs.com.cn/hb/08/201012/t20101204_2696484.html)
  - 6 Siehe <http://forum.home.news.cn/detailsearch.jsp?id=110280580>.
  - 7 Die Rede Xi Jinpings siehe [http://www.wenming.cn/djw/syjj/gcsy/201301/t20130107\\_1016236.shtml](http://www.wenming.cn/djw/syjj/gcsy/201301/t20130107_1016236.shtml) .
  - 8 Siehe <http://ies.cass.cn/Article/cbw/ozjj/201007/2727.asp> .
  - 9 <http://ies.cass.cn/Article/cbw/ozjj/201210/5632.asp> .
  - 10 Siehe <http://www.idcpc.org.cn/globalview/sjzh/120705-2.htm> .
  - 11 Siehe Yang Bin, „Ruhe kandai 2012 nian meiguo jingji qianjing yu qianzai fengxian“ [Die Aussichten der US-Wirtschaft im Jahre 2012 und die verborgenen Risiken], in: Dangdai shijie, Nr. 3, 2012.
  - 12 Siehe René Cuperus, Karl A. Duffek, Erich Fröschl, Tobias Mörschel (Hrsg.), Wien, Berlin: LIT, S. 9. [Titel nicht genannt – beim Autor erfragen – d.Ü.]
  - 13 Siehe Li Xing, „Ouzhou mianling ‚guifanli‘ tiaozhan“ [Europa vor der Herausforderung des „Normativen“], in: Zhongguo shehui kexue bao, 21.12.2012.
  - 14 Siehe Giovanni Arrighi, Adam Smith in Beijing: Die Genealogie des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2008, S. 49.

## Kein Beifall für den Hass auf ein geeintes China

*Die Linke in Deutschland sieht sich im Fall der Volksrepublik mit grundlegenden Herausforderungen konfrontiert*

*Von Michael Brie, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, und Stefan Liebich, MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages; aus: Neues Deutschland, 24. November 2012*

Am 14. Oktober wurde der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2012 an Liao Yiwu verliehen, einen chinesischen Dissidenten und Menschenrechtsaktivisten, der sich vor allem für die Aufarbeitung der Geschichte der Opfer der politischen Proteste des Frühjahrs 1989 eingesetzt hat. In seiner Rede forderte der Preisträger unter dem Beifall der Anwesenden das Auseinanderbrechen des „menschenverachtenden Imperiums“ China. Und dies in der Frankfurter Paulskirche, im Beisein von Bundespräsident Joachim Gauck und Vertretern der Bundesregierung. Das vereinigte Großreich selbst, so Liao Yiwu, sei die eigentliche Ursache allen Elends. Deshalb sein Schluss: „Dieser unendlich große Müllhaufen muss auseinanderbrechen. Damit keine unschuldigen Kinder mehr sterben ...“

Natürlich: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“. Dies ist eine Mahnung aus der Geschichte der Bolschewiki, die Rosa Luxemburg ihnen schon 1918 ins Stammbuch schrieb. Aber dies bedeutet nicht, dass wir als Linke jede Position widerspruchslos hinnehmen müssten. Der

Schutz Andersdenkender durch politisches Asyl und die Unterstützung ihrer Positionen sind zwei verschiedene Dinge. Das eine ist ein Muss, auf dem gerade die Linke besteht, das andere ist ein Kann.

Die Linke in Deutschland sieht sich im Fall China mit drei grundlegenden Herausforderungen konfrontiert.

Die erste Herausforderung ergibt sich aus dem Bekenntnis jeder emanzipatorischen Linken zu Demokratie, zu Meinungs-, Religions-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, zur rechtsstaatlichen Bindung staatlichen und unternehmerischen Handelns, zur Unabhängigkeit der Gerichte. Es war vor allem auch die Arbeiterbewegung, die dies unter dem heftigsten Widerstand der herrschenden Klassen in Europa erkämpft hat. Die sozialen Proteste in China von Arbeitern, Bauern, Bewohnern von Umsiedlung bedrohter Gebiete in den Städten oder im Bereich von Großprojekten können sich nur dann wirksam entfalten und zu einer stabilen sozialen Entwicklung beitragen, wenn sie den Schutz des Gesetzes haben. Es gibt dafür in China Ansätze, aber auch noch enorme Hindernisse. Eine teilweise rücksichtslose kapitalistische Ausbeutung, die tiefe soziale Spaltung in Arm und Reich, verbreitete Korruption und die Diskreditierung der Institutionen Chinas sind die Folge. Allerdings, und auch das gehört zur Wahrheit, werden manche Konflikte auch von außen geschürt, um den Aufstieg der Volksrepublik auf der internationalen Bühne zu bremsen.

Wir halten für die Linke in Europa eine Doppelstrategie für sinnvoll: Sie kann aus ihren eigenen Erfahrungen nur raten, dass innerchinesische Kräfte, vor allem die Kommunistische Partei Chinas selbst, mutige Schritte zur Herbeiführung von Rechtsstaatlichkeit und Ausweitung der Demokratie gehen. Der jüngste Parteitag der KP Chinas zeigt, dass sich die Parteiführung dieser Herausforderung einerseits bewusst ist. Ob die neue Führungsgeneration die damit verbundenen Erwartungen des Volkes wird einlösen können, ist hingegen offen.

Die Linke sollte sich ihrerseits aber auch mit allen Versuchen auseinandersetzen, die innerchinesischen Konflikte zu einer Auseinandersetzung zwischen einem Reich des Guten und einem des Bösen zu machen oder den Zerfall des Landes zu befördern. Für Positionen wie die, dass das „chinesische Großreich“ „für den Frieden und die Seelenruhe der ganzen Menschheit“ (Liao Yiwu) auseinanderbrechen müsse, wird es daher von uns keinen Beifall geben. Einem Land wie China, das bis 1949 mehr als ein Jahrhundert der ausländischen Kolonisation, der Bürgerkriege, der fremdländischen Eroberung bis hin zum Massenmord durch die japanischen Invasoren hinter sich hat, sollte niemand den staatlichen Zerfall als Ausweg aus den Problemen in einer globalisierten Welt empfehlen. Es wäre der Weg zu einem neuen Jahrhundert von Bürgerkrieg und Unterwerfung.

Die Linke in Deutschland steht mit Blick auf China vor einer zweiten Herausforderung. China ist durch die Reform- und Öffnungspolitik zur industriellen Werkbank der Welt geworden. Jetzt wurde der Aufstieg in den Bereich der Hochtechnologien erfolgreich begonnen. Chinas Marktwirtschaft verbindet härteste kapitalistische Konkurrenz und starke staatliche Steuerung mit nationalen, sozialen und ökologischen Zielstellungen. Der Strukturumbau unterliegt einer teils direktiven, teils indirekten zentralstaatlichen und regionalen Steuerung. Nackte Ausbeutung insbesondere der Wanderarbeiter und das Entstehen der bald größten nationalen



Mittelschicht der Erde gehen Hand in Hand. Chinas Entwicklungsweg hat für andere Länder teilweise Modellcharakter, vor allem stellt er für sie eine Alternative zum USA-dominierten Neoliberalismus dar. Er ist aber auch die andere Seite der gleichen Medaille der heutigen Globalisierung, wie die Handelsbilanzen der beiden genannten Großmächte zeigen.

Wie aber soll sich die Linke zu dem chinesischen Modell einer staatlich gesteuerten, wettbewerbsorientierten Exportwirtschaft verhalten? Was kann sie daraus lernen, was sind Ansatzpunkte für eine sozialökologische Transformation der heutigen Gesellschaften, wie sie in Europa, Asien oder Amerika eigentlich auf der Tagesordnung stehen?

Eines zumindest zeigt China: Das Potenzial einer gezielten Strukturveränderung ist auch in offenen Wirtschaften viel größer, als es der Mainstream von Neoklassik und Marktradikalismus behauptet. Kann es dazu beitragen, einen wirksamen Richtungswechsel im Verhältnis zur Natur und bei der Förderung gerechter sozialer Verhältnisse und auf dem Weg zu einem „guten Leben“ herbeizuführen? Gibt es darin auch ein über den Kapitalismus selbst hinausweisendes (sozialistisches) Potenzial einer solidarischen Wirtschaft? Dies ist eine ungeklärte Frage, über die nicht zuletzt in der KP Chinas mit wachsender Offenheit diskutiert wird.

Und es gibt eine dritte Herausforderung für die Linke in Deutschland – die Friedens- und Sicherheitspolitik. Die USA haben dem pazifischen Raum eine stärkere Priorität, auch militärisch, zugewiesen. In dieser spannungsgeladenen Region wurde eine neue Runde des Hochrüstens eingeleitet, in deren Zentrum die USA, Japan, die Volksrepublik China und Indien stehen, an der aber auch viele andere in der Region teilhaben. Die Ausgaben für das Militär steigen sprunghaft an. Es gibt größere ungeklärte territoriale Konflikte. Die modernen Waffensysteme lassen den Unterschied zwischen Vorbereitung auf den Angriff und Sicherung einer hinreichenden Verteidigung fast völlig verschwinden.

Die Linke in Deutschland wendet sich gegen eine Militarisierung der internationalen Beziehungen. Dies gilt für alle Seiten. Der wiederholte Bruch von Völkerrecht und das Führen von Angriffskriegen, die militärische Einmischung in innere Konflikte sowie das Streben nach unilateraler Vormacht prägten allerdings vor allem den Westen und seine Politik in den letzten Jahrzehnten. Aber schon die Erfahrungen im Kalten Krieg zwischen 1945 und 1990 zeigen, dass dies die anderen Akteure nicht von der Verantwortung entlastet, in Richtung auf Entmilitarisierung, Entspannung und Schaffung von Beziehungen des Vertrauens zu wirken. Mehr noch: Gerade der friedliche Aufstieg Chinas wird auf Dauer nur möglich sein, wenn er mit einer hohen Sensibilität für die Sicherheitsinteressen der asiatischen Nachbarländer einhergeht. Es gibt gute Gründe für die Linke Europas, sich für einen sicherheitspolitischen Dialog mit der Volksrepublik China einzusetzen und eigene Konzepte einzubringen. Ein neues Gleichgewicht wechselseitiger Bedrohungen und des Schreckens, dieses Mal in Asien, ist kein Beitrag zur Lösung der globalen Probleme.

Ein geeintes, starkes und selbstbewusstes China, das sich seiner Verantwortung stellt, ist eine Grundbedingung für die Lösung der globalen Probleme. Die Chinesen müssen dabei ihren Weg zu einem inklusiven Sozialstaat, ökonomischer Transformation, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie zu kollektiver Sicherheit in Asien und darüber hinaus finden. Kritische Solidarität mit allen, die sich dafür einsetzen, in der

KP Chinas genauso wie in sozialen Protesten und demokratischen Bewegungen, ist das, was die Linke Deutschlands dafür leisten kann. Beifall für den Hass Liao Yiwus auf das geeinte China gehört nicht dazu.

Lateinamerika

## **Bolivien: Bilanz des Veränderungs- prozesses im Jahre 2012 und Herausforderungen für die Zukunft**

*Von Katu Arkonada, Aktivist des Transformationsprozesses;  
aus: Online-Magazin „Rebelión“ vom 17. Dezember 2012*

2012 ist ein Übergangsjahr für den Veränderungsprozess im Plurinationalen Staat Bolivien gewesen, ein Jahr mit vielfältigen Erfolgen, aber auch Problemen und Widersprüchen, vor denen der bolivianische Präsident in den letzten 12 Monaten seiner Regierungstätigkeit stand. Es war ein Jahr des Übergangs in dem Sinne, dass wir die zwei Jahre der Konsolidierung, 2010 bis 2011, nach dem Wahlsieg von Evo Morales mit 64 Prozent der Stimmen im Dezember 2009 hinter uns gelassen haben und nun in eine neue Zweijahresperiode 2013 bis 2014 eintreten, die uns turbulent zu den Präsidentenwahlen im Dezember 2014 führen wird.

### **Eine Bilanz**

Das Jahr 2012 war unbestritten das Jahr der TIPNIS-Befragung<sup>1</sup>, das Jahr, in dem die Regierung wahrscheinlich eine internationale Kampagne gegen eine große Marketing-Strategie verlor, die in den Büros gewisser Oppositionspolitiker und einiger Nichtregierungsorganisationen entworfen wurde; aber sie gewann den Kampf um Legitimität in Bolivien. Das Resultat ist überzeugend und lässt keinen Zweifel: Von 58 Gemeinden (Comunidades), die befragt wurden (84 Prozent der existierenden, 11 verweigerten die Teilnahme an der Konsultation), stimmten 55 (79 Prozent) für den Bau der Autostraße. Dieses Ergebnis widerlegt die postmodernen und von Rousseauschem Geist angehauchten Analysen jener, die sie als gute Wilde beschreiben, die mitten im Urwald leben und weiter nichts brauchen. Aber die Tatsachen zeigen, dass die Mehrheit der Comunidades im Indigenen Territorium und Nationalpark Isiboro Sécure (TIPNIS) mehr Staat fordern, vor allem als Möglichkeit des Zugangs zu Gesundheitseinrichtungen und Bildung. Auf jeden Fall ist aber der Konflikt noch nicht beendet, und in den kommenden zwei Jahren wird die Opposition den Kampf gegen den Bau einer Straße zweifellos zu ihrem Wahlkampfthema machen – in einem so kolonial geschädigten und ausgeplünderten Land, in dem es nicht einmal Verbindungswege zwischen zwei seiner neun Departements gibt.

Aber 2012 ist auch ein Jahr der Wirtschaft gewesen. Bolivien hat ein weiteres Wachstum erreicht, das mit 5,2 Prozent über dem von Brasilien, Mexiko oder Uruguay liegt. Das



Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist 2012 auf 2238 Dollar gestiegen und hat sich damit gegenüber 2006 (1182 Dollar) verdoppelt. Wenn wir den Außenhandel betrachten, so übersteigen die Exporte im ersten Halbjahr 2012 die Exporte im ganzen Jahr 2007: 5068 Millionen Dollar gegenüber 4822 Millionen. Die Valutareerven haben 14 Milliarden Dollar erreicht, praktisch 50 Prozent des BIP Boliviens, das damit zum Land mit den höchsten Reserven im Verhältnis zum BIP in der ganzen lateinamerikanischen Region geworden ist.

Die staatlichen Investitionen haben 2012 die Höhe von 2 Milliarden Dollar überschritten (gegenüber 879 Millionen Dollar 2006), und das alles bei einer Verringerung der Auslandsschulden auf 3,704 Milliarden gegenüber 4,947 Mrd. Dollar im Jahre 2005. Im Juni 2012 kamen drei von zehn Bolivianern in den Genuss von direkten staatlichen Zuwendungen, so dass die Armut innerhalb von fünf Jahren praktisch um 12 Prozent gesenkt werden konnte (2011 betrug sie 48,5 Prozent). Im gleichen Zeitraum ging die extreme Armut um 13 Prozent (auf 24,3 Prozent) zurück. Zu den Faktoren, die den Abbau der Armut bewirkten, gehört die Erhöhung des Mindestlohnes auf 1000 Bolivianos gegenüber 815 im Jahre 2011 und 449 Bolivianos im Jahre 2005, als die MAS an die Regierung gelangte.

Wichtig bei der Betrachtung der Ergebnisse des zu Ende gegangenen Jahres sind auch die Erfolge auf dem Gebiet der Außenpolitik. Besonders bedeutsam ist die Tatsache, dass in die Verhandlungen mit Chile über den souveränen Zugang zum Meer Bewegung gekommen ist und Bolivien in Den Haag Klage einreichen wird. Kürzlich hat Bolivien in Brasilia seinen Beitritt als Vollmitglied zum Mercosur, der fünfgrößten weltwirtschaftlichen Gruppierung unterzeichnet. Hervorzuheben sind auch die Führungsposition Boliviens in der ALBA und der G77 (+China), bei den multilateralen Verhandlungsforen wie der UNO-Konferenz über nachhaltige Entwicklung Rio 20 oder den Konferenzen zum Klimawandel. Nie zuvor hat Bolivien eine so souveräne Außenpolitik betrieben, wobei das Paradigma der neoliberalen Diplomatie durch das der Diplomatie der Völker ersetzt wurde.

Wir können diese kurze Bilanz zum Jahresende nicht abschließen, ohne den vor kurzem aufgedeckten Fall von Korruption im Innenministerium<sup>2</sup> zu erwähnen. Das Ministerium, das gegenüber dem Aufruhr von Polizisten im Juni völlig korrekt reagierte, hat auch jetzt so gehandelt, wie eine Regierung handeln muss, die eine demokratische und kulturelle Revolution leitet. Mit aller Konsequenz wurden die Beteiligten festgenommen und alle Spuren ohne Ansehen der Person weiterverfolgt. Wahrscheinlich sind noch nicht alle Verästelungen des Falles ans Licht gekommen, aber das wird im Interesse unseres Umgestaltungsprozesses geschehen. Die in den Fall Verwickelten werden mit größtmöglicher Härte bestraft werden.

## Die Herausforderungen für 2013/2014

Der Sieg von Chávez in Venezuela für weitere sechs Jahre trotz der jüngsten Ereignisse und der mehr als wahrscheinliche Sieg von Correa in Ekuador im Februar (fast mit Sicherheit im ersten Wahlgang) werden dazu führen, dass sich auch in Bolivien die Angriffe jener verstärken werden, die sich von der antiimperialistischen und antikolonialistischen Politik des Präsidenten Evo Morales bedroht sehen. Zweifellos werden sie viel Mühe und Geld darauf verwenden, ihre Schläge gegen eines der in institutioneller Hinsicht schwächsten

Glieder der ALBA und der Veränderungsprozesse auf dem Kontinent zu führen, indem sie eine Opposition als Alternative zur Regierung der MAS zu konsolidieren versuchen.

Ein erster Schritt, um den Veränderungsprozess weiter zu vertiefen, könnte der Sieg von Jessica Jordan, Kandidatin der MAS bei den Gouverneurswahlen im Departement Beni sein. Ein Sieg in diesem Amazonas-Departement am 20. Januar wäre ein empfindlicher Schlag gegen den „Halbmond“ (die wirtschaftlich starken Tiefland-Departements Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando, die unter starkem Einfluss der Opposition stehen – d.Ü.) und gegen die Bestrebungen, in Bolivien das venezolanische Schema „Tisch der Einheit“ (der Opposition) zu wiederholen. Selbstverständlich ist es nicht leicht, in einer der konservativsten Regionen Boliviens, wo die Großgrundbesitzer noch über große Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit verfügen, einen Sieg zu erringen, aber schon die Tatsache, dass man ihnen den ersten Platz streitig macht, ist ein Sieg an sich und eine Demonstration, dass sich die Dinge im Plurinationalen Staat Bolivien verändert haben.<sup>3</sup>

Ein anderer Faktor, den man nicht vernachlässigen darf, sind die Mittelschichten, denen sich die Partei MSM<sup>4</sup> mit einem gemäßigten Diskurs und gestützt auf ihre Regierungspraxis zu nähern versucht. Allerdings war der Haushalt der Verwaltung der Hauptstadt La Paz, die von dieser Mitte-Links-Partei regiert wird, im Oktober erst zu 26 Prozent umgesetzt, weit unter den 50 Prozent, die im Durchschnitt in den Ministerien erreicht wurden, so dass man schlussfolgern kann, dass die MSM, die offenbar nicht in der Lage ist, eine Stadt zu verwalten, schwerlich die Fähigkeit besitzt, die Geschäfte eines Staates zu führen. Aber in diesem Sektor der Mittelschichten, das werden die Ergebnisse der Volkszählung 2012 zeigen, werden wir Hunderttausende neue Wähler haben, die 2009 noch zu jung waren, um ihre Stimme abzugeben und jetzt gewonnen werden müssen mit einem Diskurs, der über die Losung von der Veränderung hinausgeht. Er muss von einem Programm begleitet werden, das sie dazu bewegt, sich am Aufbau der politischen Verhältnisse in diesem Lande zu beteiligen.

Schließlich darf man auch die Kräfte der Basis nicht vernachlässigen, die den Veränderungsprozess ins Leben gerufen und gefestigt haben. Das soll nicht heißen, dass diese Massenbasis der uns am nächsten stehenden Kräfte gefährdet ist, aber es ist notwendig, sie zu bestärken, den aktiven Kern zu verbreitern – die unteren Schichten des Volkes, die die Seele dieser Revolution sind, ohne die Stück für Stück von ihr abbröckeln würde. Mit ihnen können wir in der Patriotischen Agenda 2025<sup>5</sup> darangehen, die politische und antikoloniale Revolution zu einer postkapitalistischen Revolution auch auf ökonomischem Gebiet weiterzuentwickeln.

*Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko*

### Anmerkungen:

- 1 Das Infrastrukturprojekt der Regierung, eine Verbindungsstraße von Cochabamba in das nordöstliche Departement Beni zu bauen, die in einem Abschnitt durch das Naturschutz- und indigene Siedlungsgebiet TIPNIS geleitet werden soll, führte zu monatelangen Protesten und Unruhen von Teilen der dort lebenden Gemeinden, die ihren Lebensraum bedroht sahen und nicht im Voraus konsultiert worden waren. Dabei kam es auch zu repressiven Übergriffen der Polizei ebenso wie zu Gewaltanwendung von Protestierenden gegen Regierungsanhänger und Auseinandersetzungen von Anwohnern untereinander. Im Lande arbeitende ausländische Organisationen und die internationale Presse nutzten diesen Konflikt überwiegend zur Diffamierung der Regierung Evo Morales. Auch die Erklärung der Unantastbarkeit des



Gebietes für Wirtschaftsprojekte wurde von den Gegnern des Projekts nicht akzeptiert, es erwies sich, dass einige dieser Kräfte eigene Verwertungsinteressen verfolgten, z. B. Holzeinschlag, Luxustourismus oder eigener CO<sub>2</sub>-Ablasshandel. Schließlich beschloss die Regierung, die Zukunft des Projekts durch eine Befragung der im TIPNIS lebenden Gemeinden zu entscheiden.

- 2 Es handelt sich um die Aufdeckung eines Erpresserrings gegen US-amerikanische Investoren, an dem Mitarbeiter des Innenministeriums und der Justiz beteiligt waren, siehe ND, 15.1.2013.
- 3 Die MAS-Kandidatin unterlag jedoch in der Gouverneurswahl am 20. Januar mit 44 Prozent der Stimmen dem Oppositionskandidaten, der 52 Prozent erreichte.
- 4 MSM, Movimiento Sin Miedo (Bewegung „Ohne Furcht“), ist eine demokratische Partei, die im Kampf gegen Diktaturen, gegen den Neoliberalismus und den Ausverkauf der Souveränität des Landes entstanden ist. Sie hat vor allem unter fortschrittlichen Sektoren der städtischen Mittelschichten und Intellektuellen Anklang gefunden und ist gegenwärtig Regierungspartei in der Hauptstadt La Paz; früher Verbündeter der MAS, hat sie sich von dieser distanziert und tritt heute konkurrierend auf.
- 5 Die Patriotische Agenda 2025, die seit Monaten ausführlich beraten und am 21. Januar 2013 von Evo Morales vor dem Parlament dargelegt wurde, ist der Entwicklungsplan der MAS-Regierung bis 2025 (zur Zweihundertjahrfeier der Staatsgründung) mit den 13 wichtigsten Entwicklungszielen, darunter an erster Stelle die Überwindung der extremen Armut, Vergesellschaftung und allgemeine Sicherung der Grunddienstleistungen für die Bürger sowie Ernährungssicherheit, „produktive Souveränität ohne die Diktatur des kapitalistischen Marktes“ und die „Rückkehr ans Meer“.

## Kolumbien: Zur aktuellen Situation im Friedensprozess

*Von Por Jairo González, Referent der Europäischen Plattform für Frieden in Kolumbien*

Das Jahr 2013 hat für Kolumbien entscheidende Bedeutung: Die Zukunft des Friedensprozesses zwischen dem Staat und der FARC-Guerilla, die Möglichkeit, nach Jahrzehnten des Bürgerkrieges eine neue Etappe auf dem Weg in Richtung Demokratie zu eröffnen, steht unerwartet auf der politischen und sozialen Tagesordnung des Landes. Es wird in Kolumbien keine progressiven Reformen geben, aber es zeichnet sich ein Ausweg aus dem langanhaltenden bewaffneten Kampf ab. Drei Anläufe zum Friedensprozesse sind seit 1980 fehlgeschlagen.

### Die Größenordnung des Konflikts

Nach Einschätzung der kolumbianischen Regierung vom September 2012 hat der bewaffnete Konflikt bisher ca. 600 000 Menschen das Leben gekostet. Allein durch die Explosion von Landminen wurden nach dieser Statistik seit 1990 2 000 Personen getötet und 7 900 verletzt. Nach einem Bericht des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UNO sind in Kolumbien im selben Zeitraum 15 000 Menschen „verschwunden“. Vier Millionen wurden durch anhaltende Gewalt in den ländlichen Gebieten aus ihrer Heimat vertrieben.

Die kolumbianische Armee ist mit fast 500 000 Angehörigen der Land-, See- und Luftstreitkräfte eine der größten der Welt. Dazu kommen ca. 170 000 Mann Polizeikräfte.

Die FARC verfügt nach Schätzungen des kolumbianischen Verteidigungsministeriums über gut 9 000 bewaffnete Guerillakämpfer. Nach Schätzungen der NRO Colombianos y Colombianas por la Paz sitzen derzeit zwei- bis dreitausend Guerilleros in den Gefängnissen des Landes.

Im Staatshaushalt Kolumbiens 2013 sind für Sicherheit und Verteidigung 26 Billionen Pesos (14, 45 Milliarden Dollar) vorgesehen. Das entspricht 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das Finanzministerium schätzt, dass ein Friedensabkommen mit der FARC das kolumbianische BIP um ein bis zwei Prozentpunkte anheben könnte.

### Kolumbien im Überblick

Im System der lateinamerikanischen Nationen ist Kolumbien ein wichtiges Land. Nach Argentinien, Brasilien und Peru hat es die viertgrößte Fläche in Südamerika. Hinsichtlich der Bevölkerungszahl ist es das dritte Land nach Brasilien und Argentinien. Es besitzt reiche energetische und mineralische Ressourcen sowie eine große Artenvielfalt. Geopolitisch gesehen ist es in einer privilegierten Lage: Es hat Amazonas- und Andenzonen und ist das einzige südamerikanische Land mit ausgedehnten Grenzen am Pazifik und Atlantik. Aber leider ist es seit Beginn des 20. Jahrhunderts auch eines der Länder mit der größten sozialen Ungleichheit und mit einem politischen System, das durch und durch ausgrenzend, demokratiefeindlich und gewalttätig ist.

Bei einer Bevölkerung von 46 Millionen hat Kolumbien 30 Millionen Arme, von denen 12 Millionen in extremer Armut oder völliger Mittellosigkeit leben. Nach Angaben der NRO Cepal sind 50 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung unterbeschäftigt oder arbeitslos. Mindestens 10 Prozent der Bevölkerung sahen sich zur Auswanderung gezwungen. 6 Millionen Landbewohner wurden von ihrem Grund und Boden vertrieben. Millionen von Hektar Land wurden gewaltsam enteignet, an multinationale Agrar- und Bergbaugesellschaften sowie Großgrundbesitzer verkauft. Kolumbien gilt zwar formal als Demokratie, wird jedoch seit Jahrzehnten im Ausnahmezustand regiert. Gängige Herrschaftsmethoden sind die Kriminalisierung des gesellschaftlichen Protests, die Behinderung und Niederschlagung jeglicher politischer Alternativen zum gegenwärtigen Establishment. So ist Kolumbien zu einem Land mit schwersten Verletzungen der Menschenrechte geworden.

Die Millionen an Vertriebenen, die Ermordung zahlloser Oppositioneller, der gegenwärtige soziale und bewaffnete Konflikt gehen auf strukturelle Ursachen zurück. Diese haben zu einer Folge von Gewaltausbrüchen geführt, die sich gegenseitig überlappen und immer wieder neu anfachen, wodurch in Kolumbien der längste und komplexeste Konflikt der Welt entstanden ist. Es ist der einzige Konflikt, in dem die Außenpolitik der USA mitspielt. Das betrifft alle drei großen US-Außenpolitikstrategien: den Kalten Krieg (1948 – 1989), den Krieg gegen den Drogenhandel (in den 1990er Jahren) und den Krieg gegen den Terrorismus (seit 2001). Während dieses langanhaltenden Konfliktes wurde ständig nach einer politischen Lösung gesucht. In einigen Fällen wurden Waffenruhen und Gespräche mit bewaffneten Gruppen wie M-19, MAQL, PRT und EPL erreicht, die in einer verfassungsgebenden Versammlung mündeten. Diese erreichte zwar einige positive Übergangslösungen, aber die Strukturen der Wirtschaftsmacht blieben unangetastet, und die Verfassung wurde an das neoliberale Modell angepasst. FARC-EP und die ELN setzten den bewaffneten Kampf fort. Hier möchte ich zunächst kurz auf die drei vergangenen Versuche eingehen, die das Ziel verfolgten, mit der ältesten Guerilla des Kontinents Frieden zu schließen.



Die Vorgeschichte des gegenwärtigen Friedensprozesses zwischen Regierung und FARC-EP

### ● Die erste Gesprächsrunde mit der FARC

Während der Regierungszeit von Präsident Belisario Betancur von 1982 bis 1986 wurde ein Gesprächsprozess zwischen dem Staat und der FARC-Guerilla über „eine Waffen-niederlegung, einen Waffenstillstand und Frieden“ eingeleitet, der in den „Vereinbarungen von Uribe“ mündet.

Im Ergebnis dieser Vereinbarungen entstand die Patriotische Union (UP), eine pluralistische politische Bewegung mit demokratischem Charakter, deren Ziel es war, die amnestierten Guerillamitglieder in den legalen politischen Kampf einzubinden. Die Regierung verpflichtete sich, dafür die politische Garantie zu übernehmen. Der Friedensprozess wurde von vielen Kolumbianern begeistert unterstützt. Die UP erzielte bei den Wahlen von 1986 ein bedeutendes Wahlergebnis, das es der neuen alternativen Bewegung der Linken ermöglichte, mit einer Parlamentsfraktion, vielen Regionalabgeordneten, Hunderten von Stadträten und mehreren Bürgermeistervertretern zu sein. In einigen Regionen wurden sie sogar zur führenden politischen Kraft.

Dieser demokratische Öffnungsprozess rief eine gewaltige Gegenreaktion der extremen Rechten hervor. Mit Hilfe israelischer Berater griffen sie zu kriminellen Praktiken des Staatsterrorismus, die vom Plan Condor für Mittelamerika und den Südkegel inspiriert waren. Mehr als 5 000 Mitglieder der UP wurden von Todesschwadronen und Paramilitärs unter dem Schutz und der Vormundschaft der offiziellen Streitkräfte umgebracht, unter ihnen zwei Präsidentschaftskandidaten, Parlamentarier, Bürgermeister und Stadträte.

### ● Die zweite Gesprächsrunde mit der FARC

Von April bis Juni des Jahres 1992 erklärten sich die Regierung des damaligen Präsidenten César Gaviria (1990 – 1994) und die Guerillakoordination Simón Bolívar (FARC-EP, ELN, EPL) in Caracas, Venezuela zu Gesprächen bereit und begaben sich dann nach Tlaxcala in Mexiko. Aber aufgrund von internem Druck auf die Regierung und Irrtümern der Guerilla wurden die Gespräche im Oktober 1992 abgebrochen.

### ● Die dritte Gesprächsrunde mit der FARC

Diese Friedensgespräche wurden von der Regierung des Präsidenten Andrés Pastrana (1998 – 2002) mit der FARC-Guerilla geführt, wofür eine militärfreie Entspannungszone von 42 000 Quadratkilometern geschaffen wurde. Dieser gehörten fünf Gemeinden in den Departements Meta und Caquetá an. Der Gesprächsprozess wurde von den Regierungen mehrerer Länder, multilateralen Organisationen, NRO sowie Teilen der kolumbianischen und internationalen Zivilgesellschaft begleitet. An den öffentlichen Anhörungen nahmen mehr als 30 000 Personen teil, was es ermöglichte, eine recht fortgeschrittene Agenda aufzubauen. Doch es gab Schwierigkeiten bei der Überprüfung der entmilitarisierten Zone, und im übrigen Land tobte der Konflikt ohne Waffenstillstand weiter. Der entscheidende Grund für das Scheitern der Gespräche bestand darin, dass sich sowohl die Regierung als auch die Guerilla auf keinen Zeitpunkt für einen Abschluss festlegten, sondern im Hinblick auf das baldige Ende des Mandats von Präsident Pastrana bestrebt waren, sich militärisch zu stärken. Hier sei daran erinnert, dass während der Regierungszeit von Andrés Pastrana mit der Realisierung

des von den USA finanzierten Plans Colombia der Wiederaufbau der Streitkräfte Kolumbiens eingeleitet wurde. Am 20. Februar 2002 scheitert dieser dritte Anlauf des Friedensprozesses endgültig.

### Leugnung des Konflikts und offene Kriegspolitik

Was danach geschah, ist in Europa hinlänglich bekannt. Von 2002 bis 2010 folgten die beiden Amtszeiten des Präsidenten Álvaro Uribe Vélez. Er war der Vertreter der in politischer Hinsicht reaktionärsten Kreise des Landes – der Großgrundbesitzer und der Finanzoligarchie. Er widersetzte sich jedem Gespräch mit der Guerilla mit dem Argument, in Kolumbien gäbe es keinen Konflikt, es handle sich lediglich um eine terroristische Aggression gegen einen legitimen Staat. Für die Regierung Uribe war jeder, der von Frieden und einer politischen Lösung sprach, verdächtig, ein Guerillero zu sein. Auf der anderen Seite eröffnete Uribe sehr wohl einen „Friedens- und Wiedereingliederungsprozess“ gegenüber den drogenfinanzierten paramilitärischen Gruppen. Während der Regierung von Uribe wurde der Paramilitarismus umstrukturiert, nahm in vielen Regionen neue Formen an, verankerte sich in der lokalen Macht und setzte seine Verbrechen fort.

### Eine Wende innerhalb des Establishments

Seit dem 4. September 2012 eröffnen sich neue Möglichkeiten für Gespräche zwischen der Regierung des Präsidenten Juan Manuel Santos und der FARC-EP über die Beendigung des Konflikts. Die ELN (die zweite Guerillaorganisation des Landes) hat ihr Interesse daran ausgedrückt, sich dem Prozess anzuschließen, ebenso eine kleine Restgruppierung des EPL.

Die Ursache für diese Wende liegt darin, dass Santos die Wirtschaftsgruppen vertritt, die mehr mit Industrie und Handel verbunden sind. Sie wollen eine bessere Eingliederung Kolumbiens in die internationalen Märkte. Den Krieg sehen sie als Hindernis für ihre Interessen an, außerdem ist das Thema der Menschenrechtsverletzungen dem Image des Landes abträglich.

Sowohl für die Guerilla als auch für die Regierung ist die Unterstützung der kolumbianischen Bevölkerung und der internationalen Gesellschaft wie der Union der Südamerikanischen Nationen (UNASUR), der Konföderation der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC), der Vereinten Nationen, der USA und der Europäischen Union eine klare Botschaft. Gleichermaßen begrüßen und unterstützen gesellschaftliche Organisationen und politische Parteien in aller Welt den Prozess in der Hoffnung, dass in Kolumbien eine politische Verhandlungslösung erreicht wird.

### Die Architektur des Friedensprozesses

Sofort mit Beginn seiner Amtszeit leitete Präsident Juan Manuel Santos eine Annäherung an die Guerilla der FARC ein. Nach sechsmonatigen Sondierungsgesprächen (vom 23. Februar bis zum 26. August 2012) unterzeichneten die Regierung und die FARC ein Abkommen, das einen aus drei Phasen bestehenden Prozess festlegt:

Erstens die **Sondierungsphase**, in der die Tagesordnung, einige Regeln und Vorgehensweisen definiert wurden.

Zweitens eine **Phase von Arbeitstreffen**, die seit dem 18. Oktober 2012 in Oslo im Gange sind. Dort wird nach der vereinbarten Tagesordnung über ein Schlussabkommen verhandelt.



Drittens eine **Implementierungsphase**, in der Garantien, Verifizierungs- und Beteiligungsmechanismen für die Vereinbarungen erarbeitet werden.

In nie dagewesener Form enthält das Abkommen die folgenden fünf konkreten Punkte:

1. eine gemeinsam vereinbarte Agrarpolitik,
2. Garantien für die Ausübung politischer Opposition und für Bürgerbeteiligung,
3. ein Ende des bewaffneten Konflikts,
4. die Lösung des Problems illegaler Drogen,
5. die Rechte der Opfer.

### Besonderheiten der aktuellen Friedensgespräche

Der Konflikt rührt aus einer akuten und blutigen Etappe der letzten zehn Jahre her. Diese hat das Scheitern der kriegerischen Politik der Regierungen Kolumbiens mit militärischer Unterstützung der USA klar bewiesen. Der Staat konnte die FARC nicht militärisch besiegen. Aber auch die FARC ist nicht in der Lage, im bewaffneten Kampf einen politischen Sieg zu erringen. Einige Punkte der aktuellen Agenda waren in früheren Dokumenten dieser Art undenkbar. Dazu gehören Gespräche außerhalb des Landes und eine Waffenruhe. Außerdem hat sich die FARC in der ersten Etappe verpflichtet, auf Entführungen als Kriegswaffe zu verzichten. Zum Zeichen ihres guten Willens rief sie einen einseitigen zweimonatigen Waffenstillstand aus. Die Aufständischen in Kolumbien beginnen zu begreifen, dass sich die Zeiten in Lateinamerika geändert haben und dass heute andere Wege und Möglichkeiten bestehen, um Veränderungen zu erreichen.

Was die Militärausgaben betrifft, so ist der kolumbianische Staat an die Grenzen des Möglichen gelangt. Ihrerseits zeigen die USA sich nicht bereit, einen weiteren strategischen Plan vom Typ des Plans Colombia zu finanzieren. Außerdem braucht die kolumbianische Oberschicht, die der gegenwärtige Präsident Santos vertritt, einen Staat, der ein Minimum an Effizienz und Voraussetzungen bietet, sich an die Bedürfnisse des internationalen Marktes anzupassen. Seine Erwartungen in Bezug auf die Beendigung des Konfliktes ermöglichen es ihm, günstigere politische Bedingungen für die Märkte zu schaffen.

Wer sollte besser als der gegenwärtige Präsident diese beiden Logiken verstehen, die des Krieges und die der Märkte? Schließlich war er Außenhandelsminister, Finanzminister, Verteidigungsminister und Vertrauensmann der entsprechenden Institutionen der USA.

Aus lateinamerikanischer Sicht bedeutet die Beendigung des Krieges in Kolumbien, dass den Befürwortern der Rüstungs- und Militärpolitik der USA und ihrer Pläne zur Einrichtung neuer Militärbasen die Argumente ausgehen. Es gibt weniger Vorwände für Provokationen und Interventionen gegen Nachbarländer wie Venezuela und Ecuador. Ein erfolgreicher Friedensprozess in Kolumbien wird die Politik der lateinamerikanischen Integration und Einheit stärken, die die progressiven und linken Regierungen in der Region vorantreiben.

In Kolumbien selbst ist der Frieden nicht nur eine Angelegenheit der an der militärischen Konfrontation unmittelbar Beteiligten. Die kolumbianische Gesellschaft als Ganzes ist des langen Krieges müde. Die Aussicht auf eine politische Lösung des Konflikts würde in der Gesellschaft neue Kräfte mobilisieren. Diese könnten sich verstärkt in den demokrati-

schen Kampf einbringen, um durch die Gewinnung von Regierungseinfluss bessere Lebensbedingungen für die Kolumbianer zu erreichen. Die Erfahrungen auf dem Kontinent zeigen: Wenn es effektive Garantien gibt, ist die Linke in der Lage, die Waffen niederzulegen und aus dem System heraus für Veränderungen zu kämpfen.

### Die internationale Unterstützung

Die demokratischen Kräfte in der Welt dürfen nicht zulassen, dass dieser neue Friedensversuch in Kolumbien von den extremen Rechten und den Feinden des Friedens vereitelt wird.

In diesem Jahr 2013 braucht die Bewegung für den Frieden in Kolumbien alle Unterstützung und Solidarität, um die Mauer des Krieges niederzureißen. Es bedarf eines größeren Engagements der internationalen Gemeinschaft sowohl für die Fortsetzung der augenblicklichen Gespräche als auch für die Kontrolle der Umsetzung eines Nachkriegsszenariums. Zugleich ist es notwendig, eine breite Bewegung für den Frieden in Kolumbien, dessen Vertreter heute die „Europäische Plattform für den Frieden“ ist, in die Wege zu leiten. Außer der Unterstützung durch die Unterschriften ist es notwendig, Veranstaltungen zur Propagierung der Plattform und zur permanenten Diskussion der Schwierigkeiten des Prozesses durchzuführen, den wir von Deutschland aus unterstützen wollen.

## Das Medienspektakel mit den kubanischen „Dissidenten“

*Ein Blick hinter die Kulissen eines schmutzigen politischen Geschäfts*

*Von Jörg Rückmann; aus Cuba Sí-Revista, 1/2013*

Wenn sich die dominierenden Medien des Westens dem Thema Kuba zuwenden, spielen „Dissidenten“ und „politische Gefangene“ in ihren Berichten oft eine Hauptrolle. Wir lesen Meldungen über Hungerstreiks und Demonstrationen, hören, wie „unabhängige Journalisten“ in ihrer Arbeit behindert werden oder wie die freie Meinungsäußerung von „Oppositionellen“ eingeschränkt wird. Merkwürdig dabei ist: Wenn es um Kuba geht, bringen diese Konzernmedien – anders als in ihren eigenen Ländern – für „Dissidenten“ und „politische Gefangene“ eine besondere Zuneigung auf.

Warum ist das so? Wer sind diese Kubaner, die man uns gern als „mutige Kämpfer für die Menschenrechte“ präsentiert? Welche Ziele verfolgen sie? Wie groß ist ihr Rückhalt in der Bevölkerung? Wer unterstützt sie?

Spätestens seit 2003 ist international bekannt, wie dieses Polittheater mit den sogenannten Dissidenten inszeniert wird. Damals enttarnten sich mehrere Mitarbeiter der kubanischen Sicherheitsbehörden, die über eine lange Zeit in solchen Gruppen Informationen zusammengetragen hatten. Sie enthüllten, wie „Dissidenten“ produziert werden, wie die US-amerikanische Interessenvertretung in Havanna (SINA) als Kommandostelle der „Opposition“ fungiert und wie diese Gruppen mit Geld, Technik und Logistik unterstützt werden. Diese Berichte, dazu viele Fotos und Dokumente, sind in dem Buch „The Dissidents“ von Rosa Miriam Elizalde und Luis Baez zusammengefasst – und für jeden zugänglich.<sup>1</sup>



Die westlichen Medien ignorieren diese Informationen jedoch konsequent. Stattdessen werden immer wieder neue Namen und Aktionen präsentiert, die suggerieren sollen, es gebe in Kuba eine starke Opposition, die einen großen Teil des Volkes repräsentiere.

## Verschweigen und lügen

Schon einige Beispiele der jüngeren Vergangenheit zeigen, wie „Dissidenten“ geschaffen werden und wie sich die Konzernmedien dabei zum Handlanger einer aggressiven anti-kubanischen Politik machen.

Im September 2011 veröffentlichten vor allem nord- und lateinamerikanische Medien eine Liste mit „politischen Gefangenen in Kuba“. Angefertigt hatte diese Aufstellung Elizardo Sánchez, einer der Sprecher der „Damen in Weiß“. Eine Gegenrecherche ergab, dass diese Liste falsche Namen enthielt, so z. B. chilenische und bolivianische Fußballer oder den Seefahrer Dionisio Alcalá Galiano, gefallen in der Seeschlacht von Trafalgar (1805). Sánchez erhielt von der „Spanisch-Kubanischen Stiftung“ in Madrid ein Honorar von 2 000 Euro für seine „Arbeit“. Trotzdem musste er wenige Tage später vor der Presse seinen Betrug eingestehen.<sup>2</sup>

Am 19. Januar 2012 verstarb Wilman Villar Mendoza nach einem zweimonatigen Hungerstreik in einem kubanischen Gefängnis. In den westlichen Medien wurde er als „Dissident“ gefeiert. Markus Löning, Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, zeigte sich „tief bestürzt“ über seinen Tod. Mendoza habe sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt. „Für diesen Einsatz hat er nun mit seinem Leben bezahlt. Ich verneige mich vor ihm ...“<sup>3</sup>

Der Journalist Harald Neuber machte das, was ein Journalist machen muss: Er forschte nach und suchte nach einer Spur der Dissidentenkarriere von Villar Mendoza vor seinem Ableben. Sein Fazit: „Recherchiert hatte in dem umstrittenen Fall kaum jemand. Wenn Villar Mendoza ein bekannter Regierungsgegner war und sich, wie nun berichtet wird, seit zwei Monaten im Hungerstreik befand: Wäre darüber nicht zuvor berichtet worden? Und was macht ein politisch motivierter Hungerstreik für Sinn, wenn er nicht öffentlich gemacht wird.“ Neuber belegt, dass der Name des „Dissidenten“ erst um den Tag seines Todes in den westlichen Medien auftauchte.<sup>4</sup>

Im März 2012, kurz vor dem Papstbesuch in Kuba, wurden zahlreiche Berichte über Kirchenbesetzungen in mehreren Städten Kubas veröffentlicht. „Oppositionelle“ wollten angeblich dem Papst eine Botschaft übermitteln. Berichtet wurde auch, dass in Havanna eine Kirche von der Polizei geräumt werden musste. Die vollständige Information lieferten nur einige linke Medien: Der Kardinal von Havanna, Jaime Ortega, hatte sich sehr deutlich gegen diese Kirchenbesetzungen ausgesprochen. Er sagte, die katholische Kirche sei weder der Ort, um politische Konflikte auszutragen, noch eine Institution, um Regierungen zu stürzen. Er bat die staatlichen Stellen, die Besetzung der Kirche in Havanna zu beenden.

Ignoriert von den westlichen Medien wurde auch eine Meldung des kubanischen Fernsehens: Im Sommer 2012 wurden vier Mexikaner von den kubanischen Sicherheitsbehörden verhaftet. Sie enthüllten vor laufender Kamera, wie sie von US-amerikanischer Seite für diese Kirchenbesetzungen angeheuert wurden. Jeder, der dabei war, sollte 10 000 mexikanische Peso (ca. 500 US-Dollar) erhalten.<sup>5</sup>

Ein weiteres Beispiel: Der „Dissident“ Osvaldo Payá Sardiñas starb am 22. Juli 2012 bei einem Verkehrsunfall in Kuba. Familienangehörige und Freunde witterten sofort einen Anschlag kubanischer Sicherheitskräfte. Sie forderten „die kubanische Militärjunta auf, eine transparente Ermittlung des Unfalls einzuleiten“.<sup>6</sup> Vor allem deutsche Medien übernahmen diese Version sofort und ungeprüft.

Dabei hätte schon ein Blick in die spanischen und schwedischen Zeitungen oder in die Meldungen von AP und AFP genügt, um der Wahrheit auf die Spur zu kommen: Der Fahrer des Unfallwagens, der 27-jährige Spanier Ángel Carromero, Mitglied der konservativen Partido Popular (PP), und Jens Aron Modig, Vorsitzender des christdemokratischen Jugendverbandes Schwedens, waren offiziell als Touristen nach Kuba eingereist. Sie sollten u. a. 4 000 Euro an Payás Organisation übergeben. Nach einem Bericht der Madrider Behörden hätte Carromero das Auto gar nicht fahren dürfen. Seit März 2011 hatte er bereits 45 Strafen für Verkehrsdelikte angesammelt, immer wieder auch wegen zu hoher Geschwindigkeit. Am 14. Juli hatten ihm die spanischen Behörden ein Fahrverbot ausgesprochen. Die einfache Wahrheit war: Der Verkehrsrowdy Carromero ist mit einer Geschwindigkeit von 120 km/h in einen Baustellenbereich gefahren und hat die Kontrolle über den Wagen verloren.

Payá wurde durch zwei Aktionen international bekannt: Nach dem Putsch gegen Hugo Chávez im Jahr 2002 gratulierte er in einem Brief dem „heroischen Volk von Venezuela“ zu dieser „staatsbürgerlichen Tat“ und sicherte dem Putschpräsidenten Pedro Carmona seine Unterstützung zu. Im Mai des gleichen Jahres wurde er von der internationalen Presse als der Kopf des sogenannten Varela-Projektes präsentiert, einer Unterschriftensammlung, um „Kuba von einer Ein-Parteien-Diktatur in eine pluralistische Demokratie“ zu verwandeln.<sup>7</sup> Initiiert wurde dieses Varela-Projekt jedoch durch den CIA-Agenten Carlos Alberto Montaner, der mit zahlreichen Terroraktionen in Verbindung gebracht wird.

Für das Europaparlament waren das gute Gründe, Payá 2002 mit dem „Sacharow-Preis für geistige Freiheit“ auszuzeichnen. Ein Jahr später folgte dann noch der Averell-Hariman-Preis des „National Democratic Institute“ der USA.

Die 67-jährige Martha Beatriz Roque begann im September 2012 einen Hungerstreik, um einen „politischen Häftling“ aus dem Gefängnis zu befreien. So meldeten es viele internationale Nachrichtensendungen. Veröffentlicht wurden Bilder, die Roque leidend und bettlägerig zeigten. Das kubanische Fernsehen veröffentlichte daraufhin einen Bericht, in der auch die Ärztin Anabel Cárdenas befragt wurde, die die Hungerstreikende untersucht hatte. Diese Ärztin äußerte erhebliche Zweifel an der Darstellung der „Dissidentin“, da die Herz- und Diabetes-Patientin Roque nach mehrtägiger Nahrungsverweigerung in einem erstaunlich guten Zustand gewesen wäre. Ein kubanisches Kamerteam „erwischte“ zudem einen Nachbarn, der durch ein Fenster an der Rückseite des Hauses Hühnchen und Avocados für die Versorgung der Hungerstreikenden verkaufte.<sup>8</sup>

## Kampagnen aufgedeckt

Im April 2011, als Kuba den 50. Jahrestag des Sieges von Playa Girón feierte und der 6. Parteitag ein umfangreiches Aktualisierungsprogramm für die Ökonomie des Landes beschloss, outeten sich in den kubanischen Medien – ähnlich wie 2003 – mehrere Vertreter der „Opposition“ als Mitarbei-



ter der Sicherheitsbehörden. So beschrieb z. B. der Dozent und Autor Raúl Capote, dessen Texte vorher auch in der US-amerikanischen Zeitung „Miami Herald“ abgedruckt wurden, in der Sendung „Las Razones de Cuba“, wie mit Hilfe der CIA Führungspersönlichkeiten für eine Opposition in Kuba aufgebaut werden.<sup>9</sup>

Oder Carlos Serpa Maceira: Er war einer der „unabhängigen Journalisten“ und ein Sprecher der „Damen in Weiß“. In einem langen Interview in der „Granma“<sup>10</sup> bezeichnet er sich selbst als einen „fabrizierten Dissidenten“ und beschrieb, wie dem Ausland eine „große Opposition“ vorgegaukelt werde. Er charakterisierte die „Dissidenten“ als „Söldner“, denen es lediglich darum gehe, „Kampagnen zu machen und Geld zu erhalten“. Dafür würden z. B. bei Aktionen hohe Teilnehmerzahlen an die US-amerikanischen Auftraggeber gemeldet, auch wenn kaum jemand dabei war. Und die Geldgeber der „Dissidenten“ täten alles, damit diese „Nachrichten“ international verbreitet werden. Er bestätigte auch, dass die „Dissidenten“ sehr gut von diesem Geld leben.

„In den Medienkampagnen gegen Kuba“, sagt Serpa, „kommt das Manuskript immer aus dem Ausland. Es beruht auf vielen Lügen, es wird über falsche Verhaftungen berichtet, über Vorkommnisse, die es nicht gegeben hat.“ Für Serpa selbst wurde ein Blog eingerichtet und von Costa Rica aus verwaltet. Verantwortlich für „seinen Blog“ war Enrique Blanco, Mitglied der „Operación Liborio“, eine Organisation, die vom Ausland aus die kubanische „Opposition“ mitfinanziert. Serpa betonte in diesem Interview, dass in die konterrevolutionären Machenschaften auch Organisationen wie die „Interamerikanische Pressegesellschaft“, die „Reporter ohne Grenzen“ und auch europäische Botschaften verwickelt seien.

Die wichtigste Kontakt- und Versorgungsstelle für die „Dissidenten“, so Serpa, sei die US-Interessenvertretung in Havanna, „die ohne jegliche Skrupel die Wiener Konvention verletzt. Ich wage es zu versichern, dass etwa 80 Prozent der Lieferungen über die diplomatischen Beamten der SINA abgewickelt werden.“ Dieses Abkommen aus dem Jahr 1961 verpflichtet die Diplomaten, „die Gesetze und andere Rechtsvorschriften des Empfangsstaats zu beachten. Sie sind ferner verpflichtet, sich nicht in dessen innere Angelegenheiten einzumischen. ... Die Räumlichkeiten der Mission dürfen nicht in einer Weise benutzt werden, die unvereinbar ist mit den Aufgaben der Mission ...“<sup>11</sup> Trotz dieser internationalen Vereinbarung gewährt die SINA „ihren Lakaien in Kuba Zugang zu ihren Internetdiensten, Computerkursen und Lehrgängen für ‚unabhängige Journalisten‘“, versorgt sie „unaufhörlich mit Gütern aller Art“. Sie stellt für antikubanische Aktivitäten „offizielle Räumlichkeiten sowie die Wohnresidenzen einiger ihrer Funktionäre zur Verfügung ... und setzt sogar ihre diplomatischen Transportmittel dafür ein“.<sup>12</sup>

Eine Information der SINA vom Herbst 2012 bestätigt diese Aussage: Danach hätte in den Räumen der diplomatischen Vertretung im März 2012 eine Videokonferenz mit den Herausgebern der antikubanischen Website cubanet.org, mit Bloggern und „unabhängigen“ Journalisten stattgefunden, und im Juni wären dort 26 „unabhängige Journalismusaspiranten“ zu einer Telefonkonferenz mit Professoren der Internationalen Universität Florida zusammengekommen.<sup>13</sup>

Am 18. November 2012 berichtete der US-Journalist Tracey Eaton<sup>14</sup> über den neuen Job von Ex-CIA-Mitarbeiter Daniel Gabriel. Dieser wurde vom US Broadcasting Board

of Governors (BBG) angeheuert, um „ein Team von mindestens zehn regierungskritischen Journalisten zu koordinieren“. Der BBG untersteht u. a. auch der antikubanische Propagandaser Radio und TV Martí. Diese Journalisten sollten dann in Kuba aktiv werden und ihr Material sollte „in Rundfunk, Fernsehen, über Mobiltelefone und per Internet ausgestrahlt werden“.

## Von Eisenhower bis Obama

Um der Frage nach dem Ziel dieser Kampagnen und dem Rückhalt der „Dissidenten“ in der Bevölkerung auf den Grund zu gehen, sollen zwei US-amerikanische Stimmen zu Wort kommen. Im Jahr 1960 gab Lester D. Mallory, Mitarbeiter im US-Außenministerium, folgende Einschätzung: „Die Mehrheit der Kubaner unterstützt Castro ... Es gibt keine wirksame politische Opposition.“ Aus dieser Feststellung leitete Mallory die Notwendigkeit von „Wirtschaftsmaßnahmen“ gegen Kuba ab: „Kuba müssen Geld und Lieferung verweigert werden, damit die Reallöhne sinken mit dem Ziel, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung hervorzurufen.“<sup>15</sup>

An diesem Ziel halten die USA bis heute fest. Von Eisenhower bis Obama – elf US-Präsidenten haben sich daran schon die Zähne ausgebissen.

Schlagzeilen machte Ende 2010 eine Wikileaks-Veröffentlichung: Jonathan Farrar, von 2008 bis 2011 Leiter der SINA und somit oberster Diplomat der USA in Havanna, schrieb im April 2009 nach Washington, dass die „politische Opposition“ in Kuba kaum etwas unternimmt und fast nur bei den internationalen Diplomaten und Pressevertretern bekannt sei. Kubaner, die sich in der SINA um ein US-Visum bewarben, würden zugeben, dass ihnen die Dissidenten und ihre politischen Programme kaum bekannt seien.

Die hauptsächlichen Ziele der „Dissidenten“ seien, so Farrar, finanzielle Mittel zu erhalten, um das eigene Auskommen zu sichern, oder aber ein Visum für die Vereinigten Staaten zu bekommen. Dabei gebe es viel Konkurrenz und Neid zwischen den einzelnen Gruppen – vor allem zwischen den älteren Regierungsgegnern und den jungen, die durch internationale Medien eine gewisse Bekanntheit erlangt hätten. Auch lieferten diese Gruppen falsche Informationen an ihre Auftraggeber. Farrar empfahl, den Kontakt zu jüngeren Politikern in der KP Kubas zu suchen, da viele der „Dissidenten“ kaum noch Verbindungen zur jüngeren Generation hätten.<sup>16</sup>

## Fallengelassen

Trotz solcher Einschätzungen geben die USA jedes Jahr Millionensummen für antikubanische Aktivitäten aus.<sup>17</sup> Ihnen geht es dabei nicht in erster Linie um eine Demonstration, einen Text oder die Diskussion in einem Blog. Es sollen Persönlichkeiten aufgebaut und auf die politische Bühne gehievt werden, die ein angeblich „freies Kuba“ repräsentieren – ein nichtsozialistisches natürlich. Die Aktionen dieser Leute, die Medienberichte und die internationalen Preise sind dafür nur Mittel zum Zweck.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Viele Kubaner sorgen sich ehrlichen Herzens um die Zukunft ihres Landes und bringen das auch in kritischen Diskussionen zum Ausdruck.<sup>18</sup> Und natürlich gibt es auch Kubaner, die den Sozialismus ablehnen. Die „Dissidenten“ aber haben sich an den politischen Gegner verkauft. Sie legen es an auf Provokation



und überschreiten dabei mitunter auch die Grenze zur Straftat; sie kennen den Unterschied zwischen freier Meinungsäußerung und Verleumdung. Sie lassen sich bezahlen von einer fremden Macht, wollen Kuba destabilisieren, seine Unabhängigkeit und sein Gesellschaftsmodell zerstören. Und natürlich wissen sie, dass es – nicht nur in Kuba – verboten ist, Aktionen zu starten, die auf den Sturz der eigenen Regierung gerichtet sind. Ihre Auftraggeber und Geldgeber brauchen wiederum genau solche Leute, die für Geld alles tun.

Es ist ein schmutziges politisches Geschäft, auf das sich die „Dissidenten“ eingelassen haben. Und weil es ein Geschäft ist, haben sie auch erleben müssen, was passiert, wenn sie die gewünschte Aktion nicht liefern oder Kuba verlassen: Sie sind dann für ihre Auftraggeber nutzlos und werden fallengelassen. So erging es auch den „politischen Gefangenen“, die 2010 und 2011 auf Vermittlung der katholischen Kirche Kubas entlassen wurden und nach Spanien ausgewandert sind. Nach einem Jahr hat die rechtsgerichtete Regierung die Unterstützung für sie beendet und die für ein weiteres Jahr zugesagte Verlängerung verweigert.<sup>19</sup>

#### Nachlesen und angucken:

- 1 Rosa Miriam Elizalde, Luiz Baez: „The Dissidents“, Editora Política, La Habana 2003. Auf der Grundlage dieses Buches haben Renate und Ulrich Fausten ein Buch für den deutschsprachigen Raum geschrieben. Es heißt: „Helden der freien Welt. Dissidenten in Kuba“, PapyRossa Verlag 2007
- 2 Junge Welt, 12.9.2011
- 3 [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de), 23.1.2012
- 4 [www.amerika21.de](http://www.amerika21.de), 30.1.2012
- 5 <http://www.youtube.com/watch?v=DFhvQez4QoA>
- 6 Zitiert nach: Spiegel Online, 23.7.2012
- 7 ntv online, 23.7.2012
- 8 <http://www.youtube.com/watch?v=bdYYAMWG21E>
- 9 <http://www.youtube.com/watch?v=L-sMRRIZIOY>
- 10 auf Deutsch in: Granma internacional, April 2011
- 11 Wiener Abkommen von 1961, Artikel 41
- 12 Erklärung des kubanischen Außenministeriums, 23.4.2008
- 13 zitiert nach „Cuba kompakt“, 15.11.2012
- 14 [www.amerika21.de](http://www.amerika21.de), 4.12.2012
- 15 „Foreign Relations of the United States, 1958–1960, Vol. VI, Cuba“, Dokument 499: Memorandum from the Deputy Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs
- 16 <http://wikileaks.org/cable/2009/04/09HAVANA221.html>
- 17 Ingo Niebel: „Für etwas mehr als eine Handvoll Dollar“, Cuba Sí Revista, 1/2012
- 18 Camila Piñeiro Harnecker: „Sozialismusauffassungen, die den gegenwärtigen Veränderungen in Kuba zugrundeliegen“, auf Deutsch in: DIE LINKE international, 2/2012
- 19 Salim Lamrani: „Das neue Leben der kubanischen Gegner in Spanien“, [www.voltairenet.org](http://www.voltairenet.org)

## Analyse

### Syrien im Strudel politischer und geostrategischer Machtinteressen

Von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Der Krieg in Syrien dauert bereits fast zwei Jahre. Nach UN-Berichten ist die Zahl der Toten zu Jahresbeginn auf 70 000 gestiegen.<sup>1</sup> Die Lage ist auch für Experten unübersichtlich. Die Zahl der darin verwickelten Akteure ist deutlich gestiegen. Islamistische Gruppierungen mischen sich immer stärker ein. Und neben dem Krieg im Land tobt ein Propaganda-Krieg in den Medien, über soziale Netzwerke und Youtube. Verlässliche Informationen zu bekommen ist schwierig, viele Meldungen, die auch in deutschen Medien kursieren, sind widersprüchlich.

Die Zahl der offiziell registrierten Flüchtlinge lag Mitte Februar 2013 bei rund 862 000. Für Juni 2013 wird die Zahl der Flüchtlinge auf über eine Million geschätzt.<sup>2</sup> Zigtausende leben in Flüchtlingslagern in den Grenzregionen im Libanon, in Jordanien, in der Türkei und im Irak, wo sie in überfüllten Lagern ausharren. Die Mehrheit der Flüchtlinge befindet sich jedoch in Syrien selbst, wo viele die umkämpften Städte verlassen haben und zu Verwandten aufs Land oder in ruhigere Gebiete gezogen sind.

Der Strudel der Gewalt greift auch auf die Nachbarländer über und droht, die ganze Region in den Konflikt hineinzuziehen. Die Bemühungen der UNO um einen Waffenstillstand blieben bislang erfolglos. Und auch wenn die internationale Gemeinschaft abgesehen von der Stationierung von Patriot-Raketen an der Grenze der Türkei noch zurückhaltend ist, so mischt sie doch längst mit.

In der folgenden Analyse sollen vor allem die verschiedenen Akteure vorgestellt werden – beginnend mit der zivilen und der bewaffneten Opposition, wenngleich diese Trennung nicht mehr in jedem Fall so klar vollzogen werden kann. Mangels verlässlicher Informationen müssen etliche Fragen offen bleiben und können zu vielen Punkten nur Mutmaßungen geäußert werden. Danach werden die Nachbarländer und der Einfluss des Syrienkrieges auf ihre Situation skizziert. Es folgt eine Aufstellung der internationalen Akteure. Schließlich soll versucht werden, mögliche Szenarien der Intervention in Syrien und ihre Folgen vor dem Hintergrund der Vielfalt der Interessen darzulegen.

#### Die Ausgangssituation

Syrien vor Beginn der Aufstände 2011 ist ein Land mit wirtschaftlichen Problemen und einer repressiven Politik. Die religiöse Zugehörigkeit der syrischen Bevölkerung verteilt sich auf 74 Prozent Sunniten, 11 Prozent Alawiten<sup>3</sup>, 2 Prozent weitere schiitische Strömungen, 3 Prozent Drusen, 10 Prozent Christen, und eine kleine Minderheit Juden. Diese Zahlen sind Schätzungen, die aus älteren Volkszählungen hochgerechnet wurden, und sich je nach Quelle leicht unterscheiden können. Nicht enthalten ist der Anteil säkular eingestellter Syrerinnen und Syrer. Ethnisch gesehen, besteht die Bevölkerung zu circa 90 Prozent aus Arabern, 9 Prozent



Kurden sowie Assyrern, Armeniern, Tscherkessen und Turkmenen. Hinzu kommen circa 440 000 palästinensische und circa 1 Million irakische Flüchtlinge.

Die wirtschaftliche Lage vieler Syrerinnen und Syrer ist prekär. Mieten, Lebensmittel- und Benzinpreise stiegen in wenigen Jahren rasant an. Statistiken zufolge liegt die Arbeitslosigkeit zwischen 10 und 15 Prozent, inoffiziell wird sie auf 20 Prozent geschätzt. Etwa 50 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos. Über 30 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.

Trotz Reformen ist die Baath-Partei faktisch die allein regierende Partei in Syrien. Nach dem Amtsantritt von Baschar al-Assad 2001 keimte Hoffnung auf Veränderung auf. Die Bewegung Damaszener Frühling mobilisierte die Opposition. In Foren und Salons wurden politische und soziale Fragen diskutiert. Doch nach nicht einmal einem Jahr bereitete eine Verhaftungswelle dem ein Ende. 2005 unterzeichneten zahlreiche Oppositionsgruppen die Erklärung von Damaskus, in der friedliche Veränderungen in Syrien hin zu mehr Demokratie und Gerechtigkeit gefordert wurden. Sie galt als Versuch, die syrische Opposition zu einen. Es folgten Verhaftungen der Initiatoren und weitere Repressionen, die verhinderten, dass sich die Opposition über diese Erklärung hinaus gemeinsam organisieren konnte. Bis zum Beginn des arabischen Frühlings gelang es nicht, breite Teile der Bevölkerung zum Widerstand zu mobilisieren.

Der Ausbruch der Revolution in Syrien begann im März 2011, als Jugendliche in Daraa Parolen gegen das Regime an Hauswände sprühten. Sie wurden daraufhin festgenommen und gefoltert. Das löste die ersten größeren Demonstrationen, zunächst in Daraa, bald im ganzen Land, aus. Vereinzelt kam es dabei zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Aufständischen. Das Regime schoss mit scharfer Munition auf Demonstranten. Bis Juni gab es landesweit über 800 Tote. Im Juli wurde die Gründung der Freien Syrischen Armee verkündet. Kurz darauf trieb die Spirale der Gewalt das Land in einen Krieg.

Die Konfessionalisierung des Krieges, seine Entwicklung von einem Krieg der Regierung gegen Aufständische und die eigene Zivilbevölkerung zu einem Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Ethnien und religiösen Strömungen hat sich in den vergangenen Monaten verstärkt. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es nach wie vor eine Opposition gibt, die friedlich demonstriert, und dass der Krieg in seinem Ursprung keineswegs religiös motiviert war. Unter Assad ist die Bevölkerungsgruppe der schiitischen Alawiten besonders gefördert worden. Bei etwa 11 Prozent der syrischen Bevölkerung besetzt sie etwa 80 Prozent der Positionen in Militär- und Sicherheitsdienst. Trotz der ungleichen Verteilung von Privilegien in der Bevölkerung spielte die konfessionelle Komponente bei Ausbruch der Revolution in Syrien keine Rolle. Auch Alawiten hatten unter der Politik des Regimes gelitten und saßen in Gefängnissen. Auch viele Sunniten hatten vom System profitiert. Den Konflikt zu konfessionalisieren und Unfrieden zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu säen lag schon zu Beginn der Revolten im Interesse des Regimes. Doch sowohl politische Oppositionsgruppen, als auch die Freie Syrische Armee haben in ihren Aufrufen und Dokumenten den Pluralismus und die Gleichberechtigung aller Syrer betont und sich gegen Separatismus gewandt. Erst das wachsende Eingreifen von Islamisten in die Kämpfe und damit die vermehrten Angriffe gegen Min-

derheiten und Nicht-Sunniten durch Rebellen stärkten die konfessionelle Komponente in diesem Krieg. Hier sei auf den Beitrag von Bahar Oghalai in diesem Heft verwiesen, die in ihrer Analyse der Konfliktlinie zwischen Sunniten und Schiiten im Irak darlegt, wie die religiösen Spannungen immer wieder durch Machtinteressen auch von außen geschürt wurden. Daher ist es wichtig zu betonen, dass die syrische Opposition vielfältig ist, und sich der Krieg in Syrien nicht auf religiös-ethnische Konfliktlinien reduzieren lässt.

## Die zivile Opposition

Auch wenn durch die mediale Berichterstattung vor allem die Gewalt in Syrien in den Fokus gerückt wird, gibt es nach wie vor die zivile Opposition, die an friedlichen Protesten festhält und nach wie vor, wenn auch seltener als im März 2011, demonstriert. Die zivile Opposition in Syrien und im Exil teilt sich in verschiedene Gruppen und Dachorganisationen auf.

Auffällig sind die Generationenunterschiede. Während vor allem junge Menschen die Proteste auf die Straße trugen und den syrischen Frühling einleiteten, die zuvor zum Teil wenig politisch aktiv waren, schien die organisierte Opposition in Syrien eher überrascht von der Dynamik und begann mit etwas Verspätung sich in den Lauf der Dinge einzumischen. Die überwiegend jungen Straßenaktivisten fühlen sich von den zumeist älteren Oppositions- (und Exil-)Politikern und deren Strukturen oft nicht ausreichend vertreten. Im November 2012 fand in Doha, in Katar, ein Treffen der syrischen Oppositionsgruppen statt, wo der Dachverband „Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte“ gegründet wurde. Die 60 Sitze im Rat der Nationalen Koalition wurden unter den anwesenden Oppositionsgruppen verteilt. Kritiker bemängelten, dass noch immer viele Teile der Opposition nicht angemessen vertreten seien. Inzwischen ist die Nationale Koalition von mehreren Ländern, darunter Deutschland, als einzige legitime Vertretung des syrischen Volkes anerkannt worden.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Akteure in der syrischen Opposition vorgestellt werden.

**Der Syrische Nationalrat (Syrian National Council, SNC).** Er besteht aus verschiedenen Organisationen (Muslimbrüder, Assyrer, Kurden, Bewegung Damaszener Frühling und andere) und Einzelpersonen, die hauptsächlich aus dem Exil stammen. Er verfolgt den Sturz des Assad-Regimes und fordert einen zivilen Staat, Gleichberechtigung und Rechte für Minderheiten. In der in Doha neu gebildeten syrischen Nationalen Koalition erhält der SNC 22 von 60 Sitzen. Der gegenwärtige Präsident des SNC Georg Sabra ist ein Christ mit linken Wurzeln. Hauptziel des SNC ist neben dem Sturz des Regimes die Herstellung nationaler Einheit und die Sicherung nationaler Unabhängigkeit. Der SNC hat versucht, die Aktivitäten der Freien Syrischen Armee (FSA) unter seinem Dach in einem eigenen Militärbüro zu vereinen, was misslang, da die FSA den Nationalrat nicht als Führung anerkennt.

Kritisiert wird der Nationalrat von verschiedenen Seiten wegen des großen Einflusses der Muslimbruderschaft, der Unfähigkeit, die syrische Opposition zusammenzuführen, des großen Einflusses des Westens auf das Gremium, der Akzeptanz militärischer Intervention von außen in Syrien, der zu geringen Berücksichtigung kurdischer Interessen und mangelnder Demokratie innerhalb des Gremiums. Kritik wird



auch daran geübt, dass er mehrheitlich aus Exilpolitikern zusammengesetzt ist, die geringe Verbindung zur Bevölkerung und zu den Protesten im Lande haben. Bis zum Treffen in Doha Anfang November 2012 waren die Lokalen Koordinierungskomitees (LCC) noch im Nationalrat vertreten. Sie verließen das Gremium aus Protest, nicht nur wegen der Dominanz der Muslimbruderschaft, sondern auch weil in das 40köpfige Exekutiv-Gremium des Nationalrates nicht eine einzige Frau gewählt wurde. Seit Herbst 2012 gingen auch die USA zunehmend auf Distanz zum SNC, den sie nicht mehr als die Vertretung der Opposition nach außen ansehen.<sup>4</sup>

**Das Nationale Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel (National Coordination Committee for Democratic Change, NCC).** 13 linke Parteien und drei kurdische Parteien haben sich im September 2011 in Syrien zum NCC zusammengeschlossen. Die Gruppe steht für Dialog statt militärischer Intervention, für den Abzug der syrischen Armee und ein Ende des Regimes. In der ersten Phase der Proteste in Syrien versuchte diese Gruppe mit dem Regime in Verhandlungen zu treten, um eine Eskalation der Gewalt zu verhindern. Die dialogorientierte Haltung brachte dem NCC jedoch von anderen Teilen der Opposition viel Kritik ein. Im September 2012 verabschiedete sich das NCC von der Position, einen friedlichen Übergang unter Beibehaltung der gegenwärtigen Regierung zu fordern. Der Sturz des Regimes wird nun als Grundlage für den Aufbau eines zivilen und demokratischen Staates betrachtet. Anders als der SNC ist das NCC gegen jede militärische Einmischung von außen, und verurteilt auch die Militarisierung des Widerstandes als Gefahr für die Revolution und die Gesellschaft.

Zu den Mitgliedern des NCC gehören unter anderem die Syrian Democratic People's Party (eine Abspaltung von der Syrischen Kommunistischen Partei, die sich 2005 dem Ziel des demokratischen Sozialismus verschrieb), die Democratic Arab Socialist Union (eine nasseristische, sozialistische Partei, ihr Generalsekretär Hassan Abdul Azim ist Hauptkoordinator des NCC), und die im Juni 2011 von Intellektuellen gegründete Bewegung „Für ein freies demokratisches Syrien“. Von den kurdischen Parteien haben zwei inzwischen das Komitee wieder verlassen, um im Kurdischen Nationalrat mitzuwirken.

**Lokale Koordinierungskomitees (Local Coordination Committees, LCC).** Zu Beginn der Proteste in Syrien haben sich in ganz Syrien in Dörfern, Städten und Stadtteilen Koordinierungskomitees zusammengefunden, die die Protestdemonstrationen organisierten, sich um die mediale Aufbereitung ihrer Proteste und die landesweite Vernetzung kümmerten. Im Laufe des Krieges haben sich die Aufgaben der LCCs verändert. In den Gebieten, die unter Kontrolle der Rebellen sind, oder in Regionen, aus denen sich der Staat zurückgezogen hat, übernehmen sie die lokale Verwaltung von der Organisation medizinischer Hilfe, der Verteilung von Lebensmitteln, der Unterstützung und Versorgung von Flüchtlingen bis zur Müllabfuhr. Es gibt über 300 solcher Komitees, die sich in regionalen und landesweiten Netzwerken organisieren. Auch wenn in der deutschen Berichterstattung fast nichts davon zu hören ist, organisieren die Komitees nach wie vor den friedlichen Widerstand und rufen zu Demonstrationen auf. Die LCCs sind weiterhin die tragende Säule der syrischen Opposition. In Deutschland arbeitet das Netzwerk adopt a revolution eng mit einigen der lokalen Koordinie-

rungskomitees zusammen, unterstützt sie mit Spendengeldern und versucht, durch regelmäßige Berichte aus den Komitees dem von der Berichterstattung über die Gewalt in Syrien verzerrten Medienbild etwas entgegenzusetzen. In der Friedensbewegung ist adopt a revolution<sup>5</sup> in die Kritik geraten wegen mangelnder Distanz zur Gewaltfrage und der FSA bei den von ihnen unterstützten Komitees. Das Netzwerk selbst distanziert sich von Gewalt und wendet sich gegen jede Form militärischer Intervention, auch wenn die Meinung dazu in den lokalen Gruppen vor Ort in Syrien anders aussieht. Von den Spendengeldern werden Anwälte für Gefangene, Miete und Lebensmittel für Aktivisten im Untergrund sowie Banner, Flugblätter oder Internetanschlüsse bezahlt.

**Die Kurden.** Im Oktober 2011 wurde der Kurdische Nationalrat (KNC) gegründet, dem inzwischen 17 kurdische Parteien und Bewegungen angehören. Eine der zentralen Forderungen ist der Föderalismus und damit Autonomie für die kurdischen Gebiete in einem neuen Syrien, verbunden mit der Anerkennung der Kurden als Minderheit. In der gegenwärtigen Kriegssituation versuchen Kurden ihre Region mit eigenen Milizen sowohl vor der Syrischen Armee, als auch vor dem Eindringen der Rebellen zu schützen. Nachdem es seit November 2012 mehrfach zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Kurden und syrischen Rebellen kam, einigten sich beide Seiten Ende Februar auf ein Abkommen. Zusammen mit der kurdischen Partiya Yekitiya Demokrat (PYD) verwaltet der KNC die Gebiete, die in syrisch-kurdischer Hand sind. Wegen ihrer Nähe zur PKK wird die PYD aus Gesprächen der Türkei mit der syrischen Opposition ausgeschlossen. Auch hatte der türkische Ministerpräsident Erdogan angekündigt, dass er die Bildung einer „terroristischen Struktur“ im Norden Syriens nicht dulden wird. Ein Eingreifen der Türkei in den Syrienkrieg könnte daher vermutlich auch genutzt werden, gleichzeitig gegen die PYD vorzugehen.

**Die syrische Muslimbruderschaft.** Die sunnitische Muslimbruderschaft bildete sich in den 1940er Jahren in Syrien als politische Formation und gewann bei den Wahlen 1961 zehn Sitze im Parlament. Nach der Machtübernahme der Baathpartei 1963 wurde sie verboten. Der Widerstand gegen die Regierung entwickelte sich zu einem bewaffneten Kampf, in welchem die Muslimbruderschaft zahlreiche Attentate und Bombenanschläge verübte. Tragischer Höhepunkt der Auseinandersetzung war das Massaker von Hama 1982. Syrische Streitkräfte nahmen die Stadt Hama, in der Muslimbrüder zum Aufstand aufgerufen hatten, unter Beschuss, wobei zwischen 20 000 und 30 000 Menschen ums Leben kamen. Die Anhänger der Muslimbruderschaft gingen daraufhin ins Exil oder in den Untergrund. In den letzten Jahren knüpfte die Bewegung Kontakte zu anderen Oppositionsgruppen und unterschrieb unter anderem 2005 die Erklärung von Damaskus. Doch war sie bis zum Ausbruch der Revolte nicht wirklich in Syrien präsent. Nach Beginn der Proteste schloss sie sich dem syrischen Nationalrat an, und gilt nun als einflussreichste Kraft in dem Oppositionsbündnis. Anders als islamistische und salafistische Gruppen unter den bewaffneten Rebellen, plädiert die Muslimbruderschaft für eine militärische Intervention von außen. In den aktuellen Kampfhandlungen unterhält sie eigene Milizen. Die türkische AKP-Regierung gilt als der größte Unterstützer der Muslimbrüder. Die syrische Muslimbruderschaft gibt sich in ihren Forderungen vergleichsweise moderat. In ihrer Vorstellung eines Syrien



nach Assad bekennt sie sich zu einem zivilen, demokratischen und pluralistischen Staat und der Gleichheit aller Bürger, unabhängig von Religion oder Abstammung. Die komplette Abkehr von ihren früheren Positionen ist vielen Syrerinnen und Syrern jedoch suspekt.

## Die bewaffnete Opposition

In deutschen Medien wird oft nur noch von bewaffneten Rebellen allgemein gesprochen. Wer soll sich auch die vielen Namen der Gruppen, Brigaden und Regimenter merken, die inzwischen dort im Einsatz sind? Neben der Freien Syrischen Armee, die als erste das Schlachtfeld betrat, kämpfen inzwischen zahlreiche andere Gruppierungen mit- und nebeneinander gegen die syrische Armee, darunter Islamisten und Salafisten bzw. Dschihadisten. Kurz zur Unterscheidung der unterschiedlichen Strömungen: Islamistische Gruppen wie zum Beispiel die Muslimbruderschaft verfolgen mit dem Islam eine politische Agenda. Ziel ist eine islamische Regierung und Umsetzung eines islamischen Wertesystems in der Gesetzgebung. Dabei erkennen sie das Konzept des Nationalstaates an und sind größtenteils bereit, ihre politischen Ziele innerhalb eines demokratischen Rahmens umzusetzen. Der Salafismus ist eine orthodoxe Strömung innerhalb des Islam, die sich stark an den Ursprüngen des Islam orientiert, und sich wiederum in unterschiedliche Strömungen und Denkrichtungen aufteilen lässt. Im Unterschied zum politischen Islam stehen theologische Auseinandersetzungen um Moral und persönliches Verhalten im Vordergrund. Auch wenn sich Salafisten aus taktischen Gründen als politische Organisationen an demokratischen Prozessen beteiligen wie in Ägypten widerspricht das Konzept des Nationalstaates, der Souveränität des Volkes und eine Gesetzgebung, die nicht eins zu eins der Scharia entspricht, ihren religiösen Vorstellungen. Salafistische Dschihadisten, die extrem gewaltbereite Form des Salafismus, haben sich dem Dschihad, dem heiligen Krieg, zur Durchsetzung ihrer Ziele verpflichtet, den sie als globalen Krieg ohne Grenzen verstehen und der ganz im Fokus ihres Handelns steht. In Syrien sind die unterschiedlichsten Strömungen religiös motivierter Kämpfer zu finden, was die Betrachtung der Lage schwierig macht. Allzu oft werden die Freie Syrische Armee und Al-Qaida in einen Topf geworfen. Für eine sachliche Beurteilung der Lage ist mehr Differenzierung vonnöten.

Unter den Rebellen sind sowohl erfahrene ausländische Kämpfer als auch Zivilisten aktiv. Die ausländischen Kämpfer stammen aus Libyen, wo sie bereits 2011 im Krieg gegen Gaddafi gekämpft haben und nun in den nächsten Krieg weitergezogen sind. Andere kommen aus Tunesien, Ägypten, aus Saudi-Arabien, Tschetschenien oder Bosnien.

Verfügen die Rebellen anfangs nur über wenige leichte Waffen, so haben sie in den vergangenen Monaten stark aufgerüstet. Vor allem Saudi-Arabien und Katar liefern Waffen an die Rebellen, wobei diese Lieferungen oft in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Geheimdienst erfolgen, um sicherzustellen, dass sie nicht den besonders radikalen Kräften in die Hände fallen. Da die Grenzen zu mehreren Nachbarländern Syriens nicht kontrolliert werden, ist es leicht, an illegale Waffen zu gelangen. In mehreren Fällen haben Rebellen Panzer der syrischen Armee in die Hand bekommen. Sie verfügen über Panzerabwehrwaffen und Flugabwehrkanonen. Vielfach sind selbstgebaute Waffen im Einsatz, Fahrzeuge, die mit Maschinengewehren ausgerüstet wurden oder

selbstgebaute Raketen. Dennoch reichen die Rebellen trotz der Aufrüstung militärisch längst nicht an die Möglichkeiten der syrischen Armee heran. Finanziert werden die Rebellen aus den Golfstaaten und durch private Geldgeber aus Saudi-Arabien, Katar oder auch den USA.

Zwei der größten bewaffneten Gruppen sollen im Folgenden exemplarisch dargestellt werden.

**Die Freie Syrische Armee (FSA).** Die Freie Syrische Armee entstand im Juli 2011, als mehrere Offiziere der syrischen Armee desertierten und sich auf die Seite der Protestierenden schlugen. Sie fungiert als Dachorganisation für zahlreiche Kämpfer-Brigaden unterschiedlicher Zusammensetzung und Ausrichtung, darunter islamistische Gruppen, die weitgehend auf sich gestellt agieren. Angaben über die Stärke der FSA gehen weit auseinander: von 10 000 bis zu 60 000 Mann. Wieviele der Rebellen in der FSA tatsächlich Deserteure der syrischen Armee sind, ist unklar. Ein Teil der Kämpfer stammt aus dem Ausland, ein weiterer sind Zivilisten, die sich den Kämpfern angeschlossen haben.

Die Kommandostrukturen sind unübersichtlich und chaotisch. Der Kontakt zwischen der Führung und den einzelnen Einheiten wird immer wieder unterbrochen. Viele Brigaden agieren auf eigene Faust. Manche Gruppen benutzen Namen und Logo der FSA ohne je in Kontakt mit der Militärführung gewesen zu sein.<sup>6</sup>

Die Berichte von Menschenrechtsverletzungen, die durch Anhänger der FSA begangen wurden, häufen sich, darunter Berichte über Folter, Hinrichtungen und Geiselnahmen. Auch in der Oppositionsbewegung wird die FSA zunehmend kritisch gesehen.

**Die Al-Nusra-Front.** Exemplarisch für andere radikal islamistische Gruppierungen, die derzeit in Syrien aktiv sind, soll hier die Al-Nusra Front (AF) vorgestellt werden. Sie zählt zu den salafistischen Gruppen. Ziel der AF ist nicht nur der Sturz des syrischen Regimes, sondern auch die Errichtung eines islamischen Staates. Während weniger radikale Islamisten einen demokratischen Staat mit einer Gesetzgebung auf Grundlage der Scharia akzeptieren würden, gehen die Vorstellungen von Al-Nusra weiter. Sie wollen in der gesamten Region ein islamisches Kalifat errichten und haben bereits angekündigt, solange weiterzukämpfen, bis sie ihr Ziel erreicht haben. Das bedeutet, dass auch nach einem Sturz Assads Dschihadisten wie AF die Waffen sehr wahrscheinlich nicht niederlegen werden, und das Land ähnlich wie der Irak in eine lange Phase der Instabilität gestürzt wird, geprägt von regelmäßig wiederkehrenden bewaffneten Auseinandersetzungen und Terroranschlägen.

Finanziert wird die AF von privaten Spendern überwiegend aus den Golfstaaten. Dass sie aber über weniger effektive Waffen verfügt als die FSA, lässt darauf schließen, dass die Kontrolle der Verteilung der Waffenlieferungen aus Saudi-Arabien unter Aufsicht des CIA durchaus Erfolg hat.

Die AF arbeitet unter tiefer Geheimhaltung. Selbst ihre Anhänger haben das Gesicht ihres Anführers angeblich noch nicht zu sehen bekommen. Verräter werden sofort hingerichtet. Neben den bewaffneten Einheiten gibt es auch eine Wohlfahrtsorganisation, die Lebensmittel und Medikamente an Bedürftige verteilt. Damit kaufen sich die Islamisten Sympathien und Unterstützung in der Bevölkerung. Die Zahl der Kämpfer in der Al-Nusra-Front wird auf 5 000 bis 7 000 geschätzt. Sie setzen sich aus Amateuren und erfahrenen Dschihadisten aus Syrien und aus dem Ausland zusammen.



Die führenden Köpfe der Gruppen kommen überwiegend aus dem Irak, wo es eine direkte Verbindung zu Al-Qaida geben soll.

## Die Nachbarn Syriens

Die Lage in der gesamten Region verschärft sich. Die Nachbarländer Syriens geraten zunehmend unter Druck. Grenzwischenfälle und zunehmend durchlässige Grenzen, bei denen Waffen und Kämpfer nicht nur nach Syrien hinein, sondern auch aus Syrien heraus ihren Weg in die Nachbarstaaten finden, die hohe Zahl der Flüchtlinge sowie innenpolitische Spannungen ergeben eine gefährliche Gemengelage.

**Die Türkei.** Anfang des Jahres begann die NATO mit der Stationierung deutscher Patriot-Raketen in der Türkei. Nach mehreren Grenzwischenfällen, bei denen türkische Zivilisten durch Raketen ums Leben kamen, hatte die Türkei sich an die NATO-Partner gewandt. In der aktuellen Auseinandersetzung in Syrien kommt der Türkei eine Schlüsselrolle zu. Sie unterstützt aktiv die Opposition, bietet an der Grenze syrischen Rebellen Unterschlupf, versorgt sie mit Geld und Waffen, die aus den Golfstaaten kommen. Neben den 183 000 Flüchtlingen, die die Türkei derzeit versorgen muss, sind ihre größte Sorge wohl die Unabhängigkeitsbestrebungen in den kurdischen Gebieten im Norden Syriens. Eine Verschärfung der Auseinandersetzungen mit der PKK ist zu befürchten.

**Jordanien.** Jordanien, das in der Vergangenheit eher eine ausgleichende Rolle in der Region spielte, geht nun zunehmend auf Distanz zu Syrien. Das Machtvakuum im Nachbarland, die zunehmend durchlässige Grenze und die Flüchtlinge bereiten Jordanien Probleme. Laut UN-Angaben leben derzeit 232 000 Flüchtlinge in Jordanien. Sie kommen zu den palästinensischen Flüchtlingen und ihrer Nachkommen, die bereits seit über 50 Jahren dort leben, und den Flüchtlingen aus dem Irak hinzu.

An der jordanischen Grenze fanden bereits mehrfach bewaffnete Auseinandersetzungen statt, sowohl mit der syrischen Armee als auch mit Waffenschmugglern. Jordanische Behörden hatten nach Angaben der Regierung im Oktober 2012 eine Reihe Anschläge mutmaßlicher Al-Qaida-Terroristen vereitelt, die ihre Waffen aus Syrien ins Land geschafft haben sollen. Nach inoffiziellen Angaben liegt die Arbeitslosigkeit in Jordanien bei 30 Prozent. Auch in Jordanien gab es im Zuge des arabischen Frühlings Demonstrationen. Die Monarchie versuchte mit ein paar Reförmchen gegenzusteuern, doch ist das Frustpotential nach wie vor hoch. Die Regierung ist in Sorge, dass die Proteste im eigenen Land wieder gestärkt werden könnten, je länger der Krieg in Syrien anhält.

**Libanon.** Seit März 2011 kam es immer wieder zu Zwischenfällen an der syrisch-libanesischen Grenze. Die Bevölkerung im Libanon ist tief gespalten in Anhänger und Gegner Assads. Im August kamen bei Gefechten in Tripoli 12 Menschen ums Leben. Am 19. Oktober fielen acht Menschen, darunter der Chef des libanesischen Polizeigeheimdiensts, einem Bombenanschlag zum Opfer. Die Spannungen haben sich seitdem verschärft. Im Libanon ist eine von der schiitischen Hizbollah dominierte pro-syrische Regierung an der Macht. Angeblich sollen Hizbollah-Anhänger inzwischen auch in Syrien selbst an der Seite der syrischen Armee für Assad kämpfen.<sup>7</sup> Es besteht berechtigte Sorge, dass die Gewalt in Syrien zu einem erneuten Aufflammen des Bürgerkriegs im Libanon führt. 220 000 syrische Flüchtlinge sollen derzeit im Libanon leben.

**Irak.** Seit dem Krieg im Irak 2003 und der folgenden Besatzung haben sich die Konflikte zwischen Schiiten und Sunniten im Lande verschärft. Vor allem 2006 und 2007 führten sie zu zahlreichen Anschlägen. Die Sorge vor einem erneuten Aufflammen der Gewalt ist groß. Seit dem Ausbruch des Krieges in Syrien hat die Zahl der Anschläge im Irak wieder deutlich zugenommen. Iraks Ministerpräsident Nuri al-Maliki ist vor allem besorgt, dass nach einem Sturz Assads eine sunnitisch-islamisch bis islamistische Regierung in Syrien an die Macht kommen könnte. Zudem ist es wahrscheinlich, dass Kämpfer von Al-Qaida, die sich jetzt in Syrien aufhalten, anschließend in den Irak weiterziehen. Die irakische Regierung sprach sich bislang gegen Sanktionen im Falle Syriens und gegen militärische Interventionen aus. In der Arabischen Liga suchte sie eine vermittelnde Rolle zu spielen. Die irakische Führung ist auch in Sorge, dass Iran nach einem Sturz Assads versuchen könnte, mehr Einfluss im Irak zu gewinnen.

Aktuell befinden sich circa eine Million irakische Flüchtlinge in Syrien. Aus Syrien sind 47 000 registrierte Flüchtlinge im Irak. Seit Monaten werden von den Flüchtlingen, die aus Syrien kommen, nur noch Frauen und Kinder in den Irak gelassen, Männer werden an der Grenze abgewiesen.

**Israel.** Israel ist hin- und hergerissen, welches Ergebnis des syrischen Konflikts aus seiner Sicht das fatalere wäre. Eine der größten Sorgen in Israel sind die chemischen Waffen,<sup>8</sup> die sich im Besitz der syrischen Regierung befinden. Assad hat mehrfach verkünden lassen, dass er diese Waffen nicht einsetzen werde, doch ist fraglich, in wessen Hände diese Waffen geraten, wenn das Regime in Damaskus gestürzt wird. Sollte die Gefahr bestehen, dass diese Waffen zum Einsatz kommen, so hat Israels Außenminister gedroht, werde es zu einem Militärschlag kommen. Die Mehrheit der Bevölkerung Israels ist jedoch gegen ein militärisches Eingreifen, wenn das Land auch längst nicht mehr unbeteiligt ist. Für Spekulationen sorgte ein Angriff Israels auf einen Militärkonvoi, der angeblich Waffen aus Syrien an die Hizbollah im Libanon liefern sollte. Die von Israel besetzten Golan-Höhen, die eigentlich unter UNO-Kontrolle stehen, sind in jüngster Zeit immer öfter Ort von Auseinandersetzungen zwischen syrischen Regierungstruppen und Rebellen geworden. Nach dem Sturz Assads ist eine Bekräftigung des Anspruchs Syriens auf die Golan-Höhen wahrscheinlich.

Die Auseinandersetzung mit dem Iran scheint in Israel eine größere Rolle zu spielen, als der Krieg im Nachbarland. Wenngleich Assad als Garant für Stabilität in Syrien galt, verbindet Israel mit seinem Sturz die Hoffnung, dass die vom Iran unterstützte Hizbollah im Südlibanon und somit auch den Einfluss Irans auf die Region dadurch geschwächt wird.

## Internationale Akteure

Auf der internationalen Ebene lassen sich die Akteure zwar pauschal in zwei Blöcke – für und gegen Assad – einteilen. Doch sind die Verwicklungen in den Konflikt im Detail komplizierter. Klar ist: Die hegemoniale Rolle der USA in der internationalen Politik wird im Fall Syrien deutlich in Frage gestellt, während sich Russland und China stärker positionieren. Auch die sunnitisch-schiitische Konfliktlinie in der islamisch geprägten Welt steht in diesem Zusammenhang zur Debatte. Die Entwicklung in Syrien könnte zum Auslöser einer Neuordnung des Nahen Ostens werden.

**Iran.** Der Iran unterstützt das Assad-Regime. Es gibt Hinweise darauf, dass Iran Syrien dabei hilft, das Ölembargo der



USA und der EU zu umgehen, dass Iran Syrien mit leichten Waffen beliefert und dass Teile der iranischen Revolutionsgarden in Syrien an der Seite der syrischen Armee kämpfen. Syrien war Transitland für die Versorgung der schiitischen Hisbollah im Libanon mit Waffen. Würde Assads Regierung fallen, würde der Iran eine wichtige Einflussmöglichkeit in der Region verlieren.

**Russland.** Russland lehnt eine internationale Einmischung in Syrien bisher strikt ab. Der Mittelmeerhafen Tartus in Syrien ist Russlands einziger Militärstützpunkt am Mittelmeer. Zudem verbinden enge wirtschaftliche Beziehungen Russland mit Syrien, das drittgrößter Abnehmer Russlands bei Rüstungsgütern ist. Syrien stellt einen wichtigen geostrategischen Partner in der Region dar, die Partnerschaft mit Syrien und Iran ist ein Gegengewicht zur amerikanischen Dominanz. Eine ausländische Intervention würde Russlands Interessen in der Region gefährden, zudem könnte ein Sieg der Islamisten in Syrien die Unruhen in Zentralasien befördern. Drei Mal sind bisher Resolutionen im UN-Sicherheitsrat zu Syrien am Veto Russlands und Chinas gescheitert. Seit mehreren Monaten bemüht sich die russische Diplomatie, einen Dialog zwischen dem syrischen Regime und der Opposition zustande zu bringen, und setzte Assad verstärkt unter Druck. Eine militärische Lösung sei aussichtslos, verkündete kürzlich der russische Außenminister Sergej Lawrow.<sup>9</sup> Dennoch setzt Russland seine Waffenlieferungen an die syrische Regierung fort, wie die ZEIT berichtete.<sup>10</sup>

**China.** Ebenso wie Russland ist auch China entschieden gegen die Vormachtstellung des Westens, und somit gegen eine internationale Einmischung. Der Beschluss des UN-Sicherheitsrates zu Libyen war China eine Lehre. China hatte der UN-Resolution zu Libyen zugestimmt, die später von der NATO ausgenutzt wurde. Das Land verfolgt in der Region eigene geostrategische Interessen. China ist stark abhängig von den Ölimporten aus dem Nahen Osten.

**Die „Freunde Syriens“.** Die „Freunde Syriens“ sind ein diplomatischer Zusammenschluss von 100 Staaten, die sich außerhalb des UN-Sicherheitsrates zur Syrienfrage verständigen. Wichtigste Mitglieder sind die USA, die EU und die Arabische Liga. Die „Freunde Syriens“ sind bislang mehrheitlich gegen ein militärisches Eingreifen, wenngleich einige Akteure die syrische Opposition und die Rebellen technisch, finanziell oder mit Waffen unterstützen.

**Die USA.** Im Schatten des Wahlkampfes schien sich Obama in den vergangenen Monaten sehr zurückhalten. Nach seinem Wahlsieg kann nun spekuliert werden, welche Schritte die USA als nächstes im Nahen Osten unternehmen werden. Obama hatte schon im August 2012 betont, dass mit dem Einsatz biologischer oder chemischer Waffen im Syrien-Krieg eine rote Linie überschritten wäre, und die USA in dem Falle militärisch eingreifen würden. Seit dem Ausbruch des arabischen Frühlings und den damit verbundenen Regierungswechseln in Teilen der arabischen Welt fürchten die USA um ihre Vormachtstellung im Nahen Osten. Anders als in Afghanistan oder im Irak wird es ihnen in Syrien aber nicht so leicht gelingen, die Errichtung einer ihnen genehmen Regierung zu befördern. Die zögerliche Haltung der USA zu Syrien hat auch innenpolitische Gründe. Nach Afghanistan und Irak ist die amerikanische Bevölkerung kriegsmüde. Hinzu kommen die Verwicklungen und die Gefahren, die bei einer Regionalisierung des Krieges drohen.

**Europa.** Gemeinsam mit den USA hat die EU Sanktionen

gegen Syrien erlassen und Hilfgelder für Flüchtlinge bereitgestellt. Aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland werden die syrischen Rebellen mit nachrichtendienstlichen Informationen und Nachrichtentechnik unterstützt. Großbritannien und Frankreich plädierten kürzlich für eine Aufhebung des Waffenembargos, um die Bewaffnung der syrischen Opposition zu ermöglichen. Doch verlängerte die EU im Februar auf Druck anderer Mitgliedstaaten das Embargo um weitere drei Monate. Die Lieferung von „nicht-tödlichen“ Mitteln (Nachtsichtgeräte, Schutzwesten, usw.) ist hingegen erleichtert worden. Es ist anzunehmen, dass trotz Waffenembargo illegale Waffengeschäfte zugunsten der Rebellen von EU-Staaten nicht strafrechtlich verfolgt werden. Die EU-Außengrenzen sind nach wie vor für syrische Flüchtlinge verschlossen. Solche, denen die illegale Einreise gelungen ist, werden zum Beispiel in Griechenland in Haft genommen. Frankreichs Präsident Hollande betonte kürzlich, Libanon jede Unterstützung in der Syrien-Krise zukommen zu lassen. Zudem hatte Frankreich angedeutet, dass es bereit sei, auch ohne Beschluss des UN-Sicherheitsrates eine Flugverbotszone oder eine Schutzzone zu errichten.

**Die Golfstaaten.** Saudi-Arabien und Katar unterstützen die Rebellen finanziell und mit Waffen. Dass sie dies tun, um Syrien zu einer Demokratie zu verhelfen, ist mehr als unwahrscheinlich. Das sunnitische Riad und das schiitische Teheran rivalisieren um die Vormachtstellung in der Region. Dabei ist besonders die Rolle Saudi-Aubiens mehr als ambivalent. Der missionarische Wahhabismus aus Saudi-Arabien unterstützt bevorzugt die konservative sunnitische Opposition und die Muslimbrüder, ebenso wie islamistische Gruppen unter den bewaffneten Rebellen. Zugleich sehen die Golfstaaten die wachsende Zahl dschihadistischer Kämpfer in Syrien mit Sorge. Die Zahl junger Männer, die Saudi-Arabien verlassen, um in Syrien zu kämpfen, ist in letzter Zeit deutlich angestiegen. Nun wird befürchtet, dass diese Männer sich gegen die eigene Regierung wenden könnten, wenn sie, durch die Gewalterfahrungen in Syrien aufgeladen, in ihre Heimat zurückkehren.

Militärisch einschreiten würden die Golfstaaten sehr wahrscheinlich aber nur mit Rückendeckung der USA, bzw. zu deren Unterstützung. Regelmäßig erfolgen Appelle an westliche Staaten, sich stärker in Syrien einzumischen. Wichtig in diesem Zusammenhang zu erwähnen: Deutschland liefert Panzer nach Saudi-Arabien und hat die Genehmigung für den Bau einer Fabrik zur Herstellung deutscher Maschinengewehre dort erteilt.

## Möglichkeiten der Intervention in Syrien und deren Folgen

Für DIE LINKE ist klar, dass ein militärisches Eingreifen wie in Libyen nicht in Frage kommt. Auch die NATO und die USA scheinen angesichts der unkalkulierbaren Folgen bislang nicht offensiv vorgehen zu wollen. Auf internationaler Ebene werden jedoch längst verschiedene Möglichkeiten der Intervention in Syrien diskutiert und teilweise umgesetzt, wie zum Beispiel die Lieferung von Waffen an Rebellen. Die möglichen Folgen einer Intervention wären jedoch verheerend.

Die organisierte Belieferung der Rebellen mit schweren Waffen würde den Krieg keinesfalls verkürzen oder gar den Rebellen einen raschen Sieg bescheren. Im Gegenteil, je mehr Waffen es in Syrien gibt, umso größer ist die Gefahr, dass weitere unkontrollierbare lokale Konflikte entstehen.



Die Freie Syrische Armee ist unorganisiert und hat keine Kontrolle über die einzelnen Einheiten, die in ihrem Namen kämpfen. Trotz Kontrolle der Waffenlieferungen durch CIA und andere Geheimdienste kann unter den gegenwärtigen Bedingungen keiner sagen, wer am Ende diese Waffen in die Hände bekommt, und gegen wen sie eines Tages gerichtet werden. Hier sei als Beispiel der jüngste Krieg in Libyen genannt, wo es nicht gelang, die Rebellen nach Kriegsende wieder zu entwaffnen. Ein Jahr nach Gaddafi bedrohen radikale Milizen die Stabilität des Landes oder kämpfen bestens ausgerüstet im Nachbarland Mali weiter. Viele der dschihadistischen Gruppierungen im Syrienkrieg verfolgen nicht nur das Ziel, Syrien von Assad zu befreien, sondern wollen ein islamisches Kalifat in der Levante errichten. Eine Fortsetzung des „Dschihads“ im Libanon oder im Irak, um den schiitischen Einfluss zurückzudrängen, gilt als sehr wahrscheinlich. Jeder, der Waffen liefert, sei es an eine Armee oder eine Oppositionsgruppe, macht sich mitschuldig an den Kriegsverbrechen, die durch diese Organisationen mit den Waffen begangen werden. Die Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch Rebellen in Syrien sollten Beleg genug dafür sein, dass ihre weitere Bewaffnung fatale Folgen hat und jegliche Waffenlieferungen in die Region sofort gestoppt werden müssen. Eine Verlängerung des Waffenembargos der EU reicht als Maßnahme gegen die Aufrüstung Syriens nicht aus.

Von Frankreich und vor allem von der Türkei wird die Errichtung eines sogenannten humanitären Korridors, bzw. einer Schutzzone, gefordert. Dabei geht es darum, ein Gebiet temporär zu einer entmilitarisierten Zone zu erklären, um Hilfsorganisationen die Möglichkeit zu geben, zu Betroffenen zu gelangen, Hilfsgüter nach Syrien zu bringen und zugleich syrischen Zivilisten die Möglichkeit zur sicheren Flucht zu geben. Ebenso steht die Überlegung im Raum, eine Flugverbotszone zu errichten, um die Bedrohung der Bevölkerung durch Bomben und Granaten der syrischen Armee aus der Luft zu verringern. Ein Vorwand auf Kosten der Schutzbedürftigen. Die Sicherung eines solchen Korridors oder einer Flugverbotszone kann nur militärisch erfolgen. Da die Rebellen allein nicht dazu in der Lage wären, die syrische Luftwaffe außer Gefecht zu setzen, müsste diese durch militärisches Eingreifen von außen durchgesetzt werden. Die syrischen Luftwaffenstützpunkte liegen teilweise in der Nähe von Wohngebieten. Eine große Zahl ziviler Opfer wäre die Folge. Auch ist für die Durchsetzung von Schutzzonen ein erheblicher militärischer Aufwand nötig, der nach Schätzungen von Experten die bisherigen Einsätze dieser Art in Bosnien, Kosovo oder Libyen weit übersteigt. Wie die Erfahrungen aus vergangenen Kriegen zeigen, bieten solche Maßnahmen nur minimal mehr Sicherheit, können keine Massaker verhindern und tragen vor allem zur Eskalation der Kampfhandlungen bei. Und wie das Beispiel Libyen 2011 gezeigt hat, wäre sehr wahrscheinlich eine Flugverbotszone ein Vorwand für die NATO-Staaten für größere, völkerrechtswidrige militärische Aktionen. Hinzu kommt, dass im Rahmen militärischer Operationen an der türkisch-syrischen Grenze die Auseinandersetzungen zwischen türkischer Armee und PKK eine neue Eskalationsstufe erreichen.

Mögliche Folgen, wenn es keine Intervention gäbe, wären der Anstieg der Gewalt auch einzelner Gruppen untereinander, eine stärkere Konfessionalisierung und Ethnisierung des Krieges zu einem Bürgerkrieg auch zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Erste Tendenzen in diese Rich-

tung sind bereits zu beobachten. Die Rebellen sind mit ihren Waffen nicht imstande, die gut ausgerüstete syrische Armee zu besiegen. Der Krieg kann also unter den gegenwärtigen Bedingungen noch lange anhalten und zahllose weitere Opfer zur Folge haben. Es besteht die Gefahr der Regionalisierung des Konflikts mit unvorhersehbaren Auswirkungen. Die Islamisten könnten sich noch stärker in den Krieg einmischen und von Syrien aus in andere Länder einsickern, um ihren Dschihad fortzusetzen.

Eine Verhandlungslösung ist nicht in Sicht. Das Assad-Regime spricht nach wie vor von Terroristen, die das Land bedrohen, und ist nicht bereit, zumindest die friedlichen Teile der Opposition als Teil der syrischen Bevölkerung anzuerkennen. Ebenso wenig sieht die bewaffnete Opposition den Weg zu einer Verhandlungslösung. Es bleibt abzuwarten, welche Erfolge die Bemühungen seitens Russlands bringen.

Seit 2011 hat die EU zahlreiche Sanktionen gegen Syrien verhängt. Darunter ein Embargo syrischer Ölexporte in EU-Länder, finanzielle Maßnahmen gegen Unterstützer des Assad-Regimes sowie Verbote für die Einfuhr von Nachrichtentechnik und Luxusgütern. Einige Firmen wurden auf die schwarze Liste gesetzt, die im Verdacht stehen, Waffen oder andere „zur Repression nutzbare“ Güter gekauft zu haben. Da Syrien vom internationalen Finanzsystem weitgehend unabhängig ist und Ölexporte eher im kleinen Rahmen stattfinden, Iran und Russland Syrien nach wie vor beliefern und die Anhänger des Regimes über eigene Schwarzmarktkanäle verfügen, haben Sanktionen dieser Art wenig Einfluss auf das Regime. Die Opposition hat die Sanktionen nicht gerade begrüßt, denn am Ende ist vor allem die syrische Bevölkerung davon betroffen. Eine Verschärfung der Sanktionen hätte vor allem den Effekt, die Unterstützer Assads zu stärken.

Ein mögliches Szenario: Weite Teile der politischen und administrativen Strukturen verweigern Assad die Gefolgschaft und zwingen ihn somit zum Abdanken. Wenn dabei eine kritische Masse erreicht wäre, könnte ein Regimewechsel ohne weitere massive Gewaltanwendung vor sich gehen. Auch wenn die Zahl der Offiziere, die desertiert sind, in den letzten Monaten leicht gestiegen sein soll (die Angaben hierzu sind sehr widersprüchlich), ist eine massenhafte Gefolgschaftsverweigerung derzeit nicht in Sicht.

Bei all den düsteren Prognosen wird klar, dass eine militärische Lösung statt die Lage zu beruhigen nur den Krieg verschärfen und die Ausweitung auf die Nachbarländer befördern könnte. An einer Verhandlungslösung und einem Waffenstillstand führt kein Weg vorbei. Wichtig ist ein sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen in den Nahen Osten, Solidarität mit den Menschen in Syrien, die sich für Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit einsetzen, sowie die Aufnahme syrischer Flüchtlinge in Deutschland und der EU. Es darf keine äußere Einmischung mit Waffen, Geld oder konfliktverschärfenden Bündnissen geben, wie auch der Parteivorstand der LINKEN in seinem Beschluss vom 14. Oktober 2012 festgehalten hat.<sup>11</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Siehe <http://www.reuters.com/article/2013/02/12/us-syria-crisis-un-idUSBRE91B19C20130212>
- 2 „Syria Regional Response Plan – January to June 2013“ der Vereinten Nationen: <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/uploads/SyriaRRP.pdf>
- 3 Die Alawiten sind eine schiitische Strömung des Islam in Syrien, der Türkei und dem Libanon. Auch Baschar al-Assad und viele seiner Anhänger gehören ihr an.



- 4 Siehe <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/syria/9648557/US-withdraws-its-support-for-Syrian-opposition-leadership.html>
- 5 Siehe [www.adoptrevolution.org](http://www.adoptrevolution.org) – Berichte einzelner Komitees können auf der Webseite nachgelesen werden.
- 6 Siehe Aron Lund: Syrian Jihadism, Swedish Institute of International Affair, September 2012. – <http://www.ui.se/upl/files/77409.pdf>
- 7 Siehe <http://www.dw.de/syrian-opposition-accuses-hezbollah-of-fighting-for-assad/a-16605499>
- 8 Aus linker Sicht wird in Bezug auf die Chemiewaffen oft mit dem Beispiel Irak argumentiert, wo Berichte über angebliche Massenvernichtungswaffen der Auslöser für den Krieg der USA gegen Saddam Hussein waren. Hier kursiert die Vermutung, dass die Sorge um die Chemiewaffen einen ähnlichen Zweck erfüllen soll. Im Gegensatz zu den Massenvernichtungswaffen im Irak, die nie gefunden wurden, hat die syrische Regierung die Existenz chemischer Waffen mehrfach bestätigt, aber stets betont, dass es diese Waffen im aktuellen Konflikt nicht gegen die Zivilbevölkerung einsetzen wird. Berichten aus Russland zufolge sollen die chemischen Waffen Ende letzten Jahres in Sicherheit gebracht worden sein, um zu verhindern, dass sie Rebellen in die Hände fallen. Dennoch steht die Bedrohung im Raum, dass Israel und die USA eingreifen könnten, sollte es zu einem Einsatz chemischer Waffen kommen.
- 9 Siehe <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-21528260>
- 10 Siehe <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-02/russland-syrien-waffen>
- 11 Beschluss des Parteivorstandes vom 14. Oktober 2012 – <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20122014/beschluesse/keinoelinsfeuegiessenkeinkrieg-gegensyrien/>

#### Weitere Quellen:

- „Dossier – Syrien zwischen gewaltfreiem Aufstand und Bürgerkrieg“ herausgegeben von der Kooperation für den Frieden, [www.friedenskooperative.de/gifs/dossier5.pdf](http://www.friedenskooperative.de/gifs/dossier5.pdf)
  - SWP – Stiftung Wissenschaft und Politik mit ausführlicher Literaturliste zum arabischen Frühling, [www.swp-berlin.org/de/swp-themen-dossiers/umbruch-in-der-arabischen-welt/aktuellekurzbibliographie/laenderspezifische-analysen-und-kommentare.html](http://www.swp-berlin.org/de/swp-themen-dossiers/umbruch-in-der-arabischen-welt/aktuellekurzbibliographie/laenderspezifische-analysen-und-kommentare.html)
  - Human Rights Watch, [www.hrw.org/de/middle-eastn-africa/syria](http://www.hrw.org/de/middle-eastn-africa/syria)
  - Hintergrundinfos zur Arbeit der Lokalen Koordinierungskomitees gibt es bei [adoptrevolution.org](http://adoptrevolution.org) → [www.adoptrevolution.org](http://www.adoptrevolution.org)
  - International Crisis Group – [www.crisisgroup.org](http://www.crisisgroup.org)
- (Stand: 22. Februar 2013)

## Ist ein Ende des Afghanistan-Konflikts in Sicht?

Vortrag von Prof. Dr. Diethelm Weidemann  
vor dem Linken Asienforum am 30. Januar 2013

Dem aufmerksamen Beobachter des Afghanistan-Problems wird nicht entgangen sein, dass immer, wenn im Afghanistan-Konflikt Entscheidungen scheinbar gefallen sind, dieser sozusagen von den Titelseiten verschwindet – heute so wie bereits 1989, 1992 oder 1996. Dieser Trend wird höchstens kurzzeitig durch spektakuläre Anschläge der bewaffneten Opposition oder PR-determinierte Kabul-Besuche europäischer und Washingtoner Politiker-Prominenz unterbrochen.<sup>1</sup>

### Anmerkungen zur Abzugsfrage

Die Entscheidung, um die es im Kontext der Jahre 2013 bis 2015 geht, ist der Abzug der NATO-Kampftuppen aus Afghanistan, der seit der Chicago-Tagung des Militärpakts (Mai 2012) scheinbar definitiv beschlossen ist, und im Wesentlichen hinsichtlich des „Wie“ – Stichwort „geordneter Rückzug“ – debattiert wird.<sup>2</sup> Die bisherige Position, dass erhebliche Truppenkontingente für Sicherungsaufgaben im Lande verbleiben – was realiter den Abzug zur Farce machen

würde – hat bislang keine größeren Emotionen ausgelöst. Selbst periodische Stimmungstests von US- und NATO-Seite über einen möglichen schnelleren Rückzug der Truppen riefen keine besonderen Reaktionen hervor, obwohl Hamid Karzai für eine solche Variante durchaus Interesse zeigte.<sup>3</sup>

Man hätte jedoch annehmen können, dass die Anfang Januar 2013 gemachte Erklärung des stellvertretenden Sicherheitsberaters von Barack Obama, Benjamin Rhodes, dass die US-Truppen nicht in jedem Falle in Afghanistan bleiben müssten und somit auch vollständig abgezogen werden könnten,<sup>4</sup> eine lebhaft Resonanz finden würden, denn selbst noch bis zum Herbst 2012 wäre eine derartige Position eine Sensation gewesen. Eine ernsthafte Diskussion einer solchen Alternative hat jedoch nicht stattgefunden – vermutlich, weil Rhodes Äußerungen lediglich als taktisches Druckmittel auf Karzai in der Frage der Immunität der US-Truppen betrachtet wurden und weil die Bundesregierung sofort gegensteuerte. Thomas de Maizière erklärte, es gelte weiterhin die Beschlusslage von Chicago: „In der Sache kann es letzten Endes nur um die Höhe der Truppenpräsenz und den Auftrag gehen, nicht um einen Ausstieg.“<sup>5</sup> Das ignoriert erstens die Tatsache, dass Obama die Erklärung von Rhodes nicht dementierte, und zweitens Veränderungen in der Position der USA. Die Regierung sieht sich einem wachsenden Druck zur definitiven Beendigung des Krieges ausgesetzt, da immer größere Teile der Öffentlichkeit bis ins Establishment hinein den Sinn dieser Intervention nach zwölf Jahren offen bezweifeln und zudem angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Situation in den USA selbst, nicht mehr tolerieren, dass für ein gescheitertes Unternehmen wöchentlich zwei Milliarden Dollar verschwendet werden.<sup>6</sup> Sollten die USA 2015 tatsächlich abziehen, ist insgesamt mehr als eine Billion Dollar in Afghanistan im Sinne des Wortes versickert. Der seit vielen Jahren in den USA lebende Journalist Konrad Ege stellt dazu fest: „Das Weiße Haus konnte den sündhaft teuren Krieg nach zwölf Jahren Laufzeit nicht mehr glaubhaft rechtfertigen.“<sup>7</sup>

Aber zugleich wird in der deutschen Debatte häufig übersehen – möglicherweise auch in der Bundesregierung, dass sich die Strategie der USA in einem grundlegenden Wandel befindet und sich keineswegs in einer Verlagerung der geographischen Schwerpunkte – zum Beispiel von Europa nach Asien – erschöpft. Es geht vielmehr langfristig um eine Abkehr von der traditionellen Militärstrategie und Kriegführung und um die Hinwendung zu einer mit technologischen Mitteln betriebenen Machtpolitik und Geostrategie. In diesem Kontext geht es nicht mehr um die Präsenz amerikanischer Landstreitkräfte in möglichst vielen Ländern der Erde und es wird in den USA diskutiert, ob zur Sicherung heutiger und künftiger USA-Interessen die Stationierung solcher Kräfte auf dem Territorium fremder Staaten überhaupt noch sinnvoll und notwendig ist. Vor diesem Hintergrund muss man den Versuchsballon mit dem vollständigen Truppenabzug aus Afghanistan sehen. Und um noch ein Mal Konrad Ege zu zitieren: „Obama ist offenbar zu dem Schluss gekommen, Stabilität gehe auch anders und billiger: Drohnen, Einsätze von Elitekorps und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte reichen aus.“<sup>8</sup> Das Fazit ist schlicht und ergreifend: Eine Fortsetzung des Krieges in Afghanistan dient keinen amerikanischen Interessen mehr und mit der Hinterlassenschaft der Operation Enduring Freedom müssen die Afghanen selbst fertig werden. Das Beharren der Bundesregierung



auf einem gemeinsamen Abzug ist völlig verständlich. Mit Saigon 1975 vor Augen, will die Bundeswehr nicht die den Abzug der Anderen deckende Nachhut der NATO in Afghanistan sein.

## Worum geht es in Afghanistan?

Die Debatten rund um den Abzug der NATO wurden deshalb so pointiert betrachtet, weil der sich andeutende Rückzug in seiner voraussichtlichen Gestalt und auf der Grundlage sich bereits abzeichnender Kompromisse der NATO und auch der Regierungen der Interventionsstaaten sowohl mit dem Karzai-Regime als auch mit der bewaffneten Opposition in völligem Gegensatz – der krasser nicht sein könnte – zu den Begründungen steht, mit denen man 2001 diesen Krieg vom Zaune brach, und zu den damals lauthals verkündeten Zielen der Intervention (Frieden, Demokratisierung, Rechtsstaat, Menschen- und Bürgerrechte). Damit erhebt sich zwingend die Frage, warum und wozu ein derartiger Krieg mit einem hohen Blutzoll, mit der Zerstörung der Existenzgrundlagen der Bevölkerung und einer gigantischen und präzedenzlosen Verschwendung materieller Mittel (allein die deutschen Ausgaben werden bis 2015 etwa 35 Milliarden Euro erreichen) über zwölf Jahre hinweg überhaupt geführt wurde.

Die Aussicht, dass wir nach dem faktischen Scheitern des größten Militärpakts der Welt in Afghanistan sehr wahrscheinlich ab 2015 mit einer Art Taliban-Light-Regime konfrontiert werden, ist nicht nur eine gravierende militärische Niederlage der NATO, sondern zugleich eine Bankrotterklärung der politischen Klasse der Interventionsmächte.

Wenn man die Frage stellt, wie es nach dem Abzug der NATO weitergeht, muss die Antwort unausweichlich davon ausgehen, worum es eigentlich in Afghanistan geht, welche Probleme gelöst werden müssten und was sich überhaupt durch einen Rückzug der Interventionstruppen ändern kann bzw. könnte. Meine Ausgangsthese für diese Problematik besteht darin, dass ein Abzug der NATO, wenn es denn wirklich dazu kommt, den seit 2001 geführten Interventionskrieg beenden würde, aber nicht das Ende des Afghanistan-Konflikts ist – und auch nicht sein kann. Diese Differenzierung ist aus historischen wie aus konfliktanalytischen Gründen notwendig.

Seit dem 19. Jahrhundert sind insgesamt fünf machtpolitisch determinierte Kriege um Afghanistan geführt worden – die drei anglo-afghanischen Kriege zwischen 1840 und 1919, die sowjetische Militärintervention von 1979 bis 1989, und der Interventionskrieg von USA und NATO seit 2001.

Der Afghanistan-Konflikt als solcher ist eine überaus komplexe Konfliktsituation im Lande selbst; ein seit dem Ende der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts andauernder Gesellschafts-, Identitäts- und Modernisierungskonflikt. Dieses Bündel von Interessenkollisionen entlud sich bisher in vier Bürgerkriegen: 1929–1931, 1979–1992, 1992–2001 und erneut seit etwa 2003. Diese lang anhaltende innerafghanische Krise ist der eigentliche Afghanistan-Konflikt, nämlich der Konflikt in Afghanistan.<sup>9</sup>

Das bedeutet, die beiden zeitgenössischen Interventionskriege haben den Afghanistan-Konflikt nicht geschaffen, wie häufig angenommen wird, sondern eine bestehende Konfliktsituation durch den militärischen Eingriff von außen dramatisch verschärft und zwar sowohl hinsichtlich ihrer militärischen und politischen Aspekte als auch in Bezug auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen. Die Träger

dieser Interventionskriege sind zudem dafür verantwortlich zu machen, dass extrem islamistische bewaffnete Kräfte den jeweiligen, um die Erlangung der politischen Macht geführten Bürgerkrieg in einen Anti-Interventionskrieg unter dem Banner des Jihad umwidmen konnten.

Es gibt also nicht den einen Afghanistan-Konflikt. Wir sind mit einem Bündel akuter und latenter Konflikte konfrontiert, die überdies in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen. In unserer Forschungsgruppe Militante Konflikte in Asien haben wir eine solche Gemengelage mit spezifischen Hierarchien als Konfliktkonstellation bezeichnet. Verkürzt formuliert, ist eine Konfliktkonstellation die Stellung in einem gegebenen Umfeld existierender Konflikte zueinander und ihre wechselseitige Interaktion.<sup>10</sup> Solche Konstellationen können sich sowohl auf nationaler Ebene (sehr ausgeprägt in Afghanistan und Pakistan) als auch im regionalen Maßstab formieren, wie Südasien und Zentralasien demonstrieren.<sup>11</sup> Die spezifische Entwicklung Afghanistans in den letzten 80 Jahren hat zu einer sehr komplizierten Lage geführt, die durch die Herausbildung, Evolution und die partielle Perpetuierung zahlreicher Widersprüche, Interessenkonfrontationen und Konfliktpotentiale charakterisiert wird. Es wäre sowohl historisch reizvoll als auch wissenschaftlich mit erheblichem Erkenntnisgewinn verbunden, in den verschiedenen Zeitabschnitten die jeweilige konkrete Konfliktkonstellation zu analysieren, aber das kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Hier und heute stellt sich die Frage, mit welcher Konfliktkonstellation wir es gegenwärtig zu tun haben.

## Die afghanische Konfliktkonstellation und der Abzug der NATO

Die aktuelle Konfliktkonstellation ist durch drei Wirkungsebenen gekennzeichnet, die sich über Jahrzehnte herausgebildet haben – die Ebene der primären inneren Konfliktlagen, die Ebene der Bürgerkriegskonstellation; und die internationale Ebene (die den Interventionskrieg mit einschließt). Ich habe versucht, das in einem die Grundprozesse erfassenden Strukturschema darzustellen.<sup>12</sup> An dieser Stelle soll nur auf einige grundsätzliche Aspekte verwiesen werden. Zugleich möchte ich, so weit möglich, die Folgen des Abzugs für die jeweilige Konfliktsituation benennen.<sup>13</sup>

Auf der ersten Ebene sind die afghanischen Grundkonflikte angesiedelt – also der innerafghanische Gesellschafts- und Modernisierungskonflikt; der historisch begründete Autoritäts- und Legitimationskonflikt zwischen Zentralgewalt und Provinzen sowie zwischen Stammeshierarchien und Staat; das herrschaftsgeschichtlich basierte Konfliktpotential zwischen Paschtunen einerseits und Tadshiken, Usbeken und Hazara andererseits; sowie das religiös und/oder tribal determinierte Konfliktverhältnis zwischen Tradition und Moderne. Aus diesen Grundkonflikten ist eine Reihe anderer konfliktiver Beziehungen erwachsen, deren Bedeutung unter den heutigen Bedingungen erkennbar zunimmt – wie z. B. die Konsequenzen der sich rasch vertiefenden Disparität Stadt-Land, ein sich im Protest gegen Korruption, Misswirtschaft und grassierende Arbeitslosigkeit formierendes soziales Konfliktpotential, oder die zunehmende Konfrontation zwischen staatlicher Rechtsprechung und kollektiver oder individueller Selbstjustiz (siehe den Zulauf zu den Scharia-Gerichten der Taliban).

Wenn wir nun die Frage stellen, was sich an den gesellschaftlichen, politischen, ethnischen und sonstigen inneren



afghanischen Konflikten bei einem Abzug der NATO ändert, dann ist die Antwort: Nichts. Ich möchte das an folgenden Aspekten demonstrieren:

- Die Gesellschaftskrise wird bleiben und sich bei einer Machtbeteiligung der Taliban eher noch verschärfen.
- Die Legitimations- und Autoritätskrise der afghanischen Staatlichkeit wird auf längere Sicht nicht überwunden werden.
- Der herrschaftsgeschichtlich begründete ethnopolitische und ethnokulturelle Konflikt zwischen dem paschtunischen Bevölkerungssegment und den Nicht-Paschtunen wurde seit 1996 so zementiert, dass man schwerlich mit einer qualitativen Abschwächung rechnen kann.
- Ein in Europa weithin unterschätzter Aspekt ist, dass seit 2001 die Unterschiede zwischen Stadt und Land und im Besonderen zwischen der Hauptstadt und der agrarischen Provinz derart dramatisch angewachsen sind, dass sich hier ein künftig brisantes Konfliktpotential aufbaut. Das Gleiche gilt für die soziale Entwurzelung von Millionen Afghanen.

Diese kurze und unvollständige Übersicht macht deutlich, dass ein Abzug der NATO nichts an den afghanischen Kernkonflikten ändert. Das nimmt auch nicht wunder, hat es doch für eine konstruktive Bearbeitung dieser Probleme auf der politischen Entscheidungsebene der Interventionsmächte niemals ein wirkliches Konzept noch kontinuierliche Bemühungen gegeben.

Die zweite Ebene ist gekennzeichnet durch einen Bürgerkrieg in Form eines Anti-Regime-Krieges einer stark differenzierten bewaffneten Opposition gegen die Zentralgewalt. Das war 1979 bis 1992 die DVPA-Regierung und seit Anfang 2002 die Regierung Karzai. Dieser Bürgerkrieg ist durch drei unterschiedliche Determinanten charakterisiert – als Hauptströmung ein islamistisch geprägter Anti-Regime-Krieg, für den exemplarisch die Taliban stehen; ferner eine bewaffnete Opposition gegen die Regierung, die primär aus regionalen bzw. Stammesinteressen resultiert; und nicht zuletzt die zunehmenden bewaffneten Erscheinungsformen des Konflikts Zentrum-Peripherie – also zwischen Kabul und den Randprovinzen. Darüber hinaus existiert ein in seinen Wirkungen nicht zu unterschätzender kriminell intendierter Widerstand gegen staatliche Autorität und staatliche Rechtsprechung überhaupt, der aber faktisch eine moderne Organisationsform des traditionellen Banditenwesens ist (Schmugglerbanden, Drogensyndikate, mafiotische Konstrukte im Transportwesen).

Auf dieser Ebene wird es Veränderungen geben, weil die in Afghanistan agierenden und nach der Macht strebenden bzw. am Machterhalt interessierten Fraktionen sich auf eine neue Lage ohne ein großes Kontingent ausländischer Kampftruppen einstellen müssen. Formal sind vier Optionen möglich:

- die Fortexistenz des gegenwärtigen Regimes bei gleichzeitiger Fortsetzung des islamistischen Anti-Regime-Krieges
- die Vereinbarung eines Waffenstillstands auf der Basis eines machtpolitischen Kompromisses zwischen der gegenwärtigen Regierung und den Taliban, der Übergang der Taliban zum politischen Kampf
- die Beendigung des von den Taliban geführten Bürgerkrieges im Gefolge einer Machtbeteiligung ihres organisierten Flügels

→ die Implosion des Karsai-Regimes nach dem Abzug der NATO und die Installation eines islamistischen Systems durch eine Koalition des konservativ-islamistischen Flügels der regierenden Fraktion mit dem organisierten Flügel der Taliban.

Welche Variante sich durchsetzen wird, ist heute noch nicht zu überblicken. Zweifelsfrei ist jedoch, dass das politische Resultat des Interventionskrieges Lichtjahre von den Zielen und Erwartungen der Interventionsmächte entfernt sein wird.

Die dritte Ebene der afghanischen Konfliktkonstellation ist schließlich die internationale, markiert durch einen Widerstandskrieg gegen die ausländische Intervention, die regionale Dimension des Afghanistan-Konflikts – die übrigens auch den Truppenabzug überleben wird, sowie die internationalen Konsequenzen des Konflikts. Wir haben zu akzeptieren, dass auf afghanischem Boden gegenwärtig zwei Kriege geführt werden – ein Bürgerkrieg gegen das Regime Karzai um die Macht, der zugleich auch ein Krieg gegen alle liberalen und demokratischen Kräfte in Afghanistan ist; und ein Krieg, der sich gegen die militärische Intervention ausländischer Truppen in Afghanistan richtet und der von seinen Akteuren als Widerstandskrieg verinnerlicht wird. Das ist ein Krieg sehr unterschiedlicher Kräfte gegen alle ausländischen Truppen, wenngleich der Hauptstoß gegen die USA gerichtet ist. Dabei haben wir es primär mit folgenden Phänomenen zu tun:

Einem Jihad-orientierten Anti-Interventions-Krieg islamistischer Kräfte mit den Taliban als Kern, dem Haqqani-Netzwerk (Zadran-Paschtunen) im Osten und Südosten als besonders radikalem Faktor, und der Hezb-e Islami Gulbuddin Hekmatyars (HIG) in den Paschtunen-Pockets des Nordens. Von besonderem Interesse ist die Existenz eines bedeutenden nichtafghanischen Faktors in dieser Front. Das ist weniger der angebliche Hauptfeind der Obama-Strategie, die Al Qaida, die in Afghanistan relativ bedeutungslos ist und nur über einige Dutzend Aktivisten verfügt, sondern die aus dem Raum Waziristan (Pakistan) heraus operierenden Tehrek-e Taliban Pakistan, die als besonders brutal berüchtigt sind, und die aus Usbekistan und Tadschikistan verdrängte Islamische Bewegung Usbekistans (IMU), eine Formation mit mehreren Tausend fanatischen Islamisten (Usbeken, Tadschiken, Kirgisen, Uiguren, Tschetschenen), die besonders eng mit Taliban-Chef Mullah Omar kooperieren und vor allem in der Region Kunduz aktiv sind.<sup>14</sup>

Weitaus schwächer als der Jihad-Flügel, aber für die Zukunft durchaus bedeutsam sind Ansätze eines sozial und politisch breit gefächerten, nationalistisch determinierten Anti-Interventionskampfes sowohl traditioneller tribaler Kräfte (lokale Milizen) als auch städtischer Kreise.

Schließlich existiert ein sich relativ schnell entwickelnder Widerstand in Städten wie Kabul, Herat oder Kandahar, z. B. unter Studenten, der noch ohne ideologischen Hintergrund ist, aber die fremden Truppen im Land und die faktische Fremdbestimmung entschieden ablehnt und aus diesem Grund die bewaffnete Irredenta auf verschiedene Weise unterstützt.<sup>15</sup>

Es wurde bereits unterstrichen, dass ein tatsächlicher und längst überfälliger Rückzug der NATO den ebenso zerstörerischen wie letzten Endes sinnlosen Interventionskrieg beenden würde. Das wäre für die Bevölkerung Afghanistans eine ungeheure Erleichterung und zugleich eine notwendige

Voraussetzung für die Bewältigung der dringendsten existenziellen Bedürfnisse im Land, sowie eine Chance dafür, die innerafghanischen Konflikte schrittweise zu entschärfen, zu neutralisieren und eines Tages auch zu regulieren. Das ist aber direkt von der politischen Entwicklung in der Phase nach dem Abzug der NATO abhängig. Auf die mit dieser positiven Entwicklung durchaus verbundenen enormen Risiken wurde bereits verwiesen.

Das bisher Gesagte macht deutlich, dass es in Afghanistan nicht schlechthin nur um eine Beendigung der NATO-Intervention geht, sondern um die Bewältigung einer gleichermaßen komplexen wie komplizierten Konfliktkonstellation. Und ohne Klarheit, worum es in Afghanistan tatsächlich geht, wird jeder Versuch zur Regelung des Afghanistan-Problems nur der Auftakt zu einer neuen Konfliktspirale sein.

## Der afghanische Virus und das regionale Umfeld

Im weiter oben genannten Strukturschema wurde die regionale Dimension des Afghanistan-Konflikts als gewichtiger Faktor ausgewiesen. Auf die brisanten bilateralen Beziehungsverhältnisse, z. B. Afghanistan-Pakistan oder Afghanistan-Iran, kann hier aus Zeitgründen nicht eingegangen werden, aber einige Grundaspekte des regionalen Faktors müssen benannt werden, da sie erhebliche internationale Folgen haben können.<sup>16</sup>

Der aktuelle Afghanistan-Konflikt hat seit 2001 deutlich erkennbare Auswirkungen auf das regionale Umfeld gehabt – am folgenreichsten in Pakistan, Kashmir, Xinjiang und den angrenzenden zentralasiatischen Republiken. Diese Problematik kann hier nur benannt werden, sie besitzt aber ein derartiges Eigengewicht und ein perspektivisches Konfliktpotential, dass sie erheblich größere Aufmerksamkeit verdient, als ihr bisher zuteil wird.

Afghanistan besitzt eine zentrale historische, geopolitische und geostrategische Bedeutung für die angrenzenden Regionen. Es war seit dem Alexander-Zug immer Durchgangsland für Wellen fremder Eroberer, aber auch Gegenstand steten Kulturwandels. Der Norden war seit mehr als tausend Jahren organisch mit den zentralasiatischen Khanaten und Emiraten verbunden, so wie der Westen um Herat mit Iran, während die Paschtunen des Südens und Ostens über den Indus hinweg selbst nach Indien griffen und dort ihren zerstörerischen Fußabdruck hinterließen. Es existieren daher vielfältige enge und keineswegs immer konfliktfreie regionale Verzahnungen.

Gleichzeitig war Afghanistan über Jahrhunderte hinweg ein Bestandteil fremder Reiche und die paschtunische Stammesgesellschaft schuf sich erst im 18. Jahrhundert eine eigene embryonale Staatlichkeit, die im 19. und 20. Jahrhundert einem ständigen Druck von innen und außen ausgesetzt war. Das Resultat dieses doppelten Drucks war ein markantes Zurückbleiben der afghanischen Staatlichkeit hinter den jeweiligen historischen Erfordernissen<sup>17</sup> und die Entstehung einer chronischen und spezifischen Konfliktkonstellation, mit deren aktueller Erscheinungsform wir heute konfrontiert sind. Diese Sachlage weckte seit dem 18. Jahrhundert auch immer territoriale Ambitionen externer Kräfte – so das ständige Streben Irans nach der Annektion Herats, die Expansion des zaristischen Russlands über das Militärgouvernement Turkestan hinaus in Richtung Süden und Britisch-Indien<sup>18</sup> und die parallele „Vorwärtsstrategie“ der Briten aus Indien heraus in Richtung Zentralasien.<sup>19</sup> Diese Konfliktkonstellation,

im 19. Jahrhundert als Eastern Question oder Great Game und heute vereinfachend als Afghanistan-Konflikt bezeichnet, war und ist nicht nur für die Afghanen ein ihre Gesellschaft zerstörendes Element, sondern wirkt heute auch regional destabilisierend, wie in Süd- und Zentralasien deutlich erkennbar ist. Es ist keineswegs übertrieben, von konkreten Auswirkungen des Afghanistan-Konflikts seit den achtziger Jahren auf Konfliktpotentiale und akute Konfliktlagen in angrenzenden Gebieten mit muslimischer Bevölkerung zu sprechen – Beispiele sind Usbekistan, Tadshikistan, Nordwest-Pakistan, Xinjiang, Kashmir und Bangladesh.

Die besondere Brisanz der Wirkungen des Afghanistan-Problems im regionalen Umfeld ergibt sich daraus, dass in zwei Nachbarregionen voll ausgebildete regionale Konfliktsysteme existieren – in Südasien mit den Schlüsselkonflikten Staats- und Legitimitätskrisen in allen Ländern des Subkontinents; ein massives ethno-politisches und ethnokulturelles Konfliktpotential, und nicht regulierte zwischenstaatliche Konflikte; in Zentralasien seit den neunziger Jahren mit den zentralen Konfliktlagen Wasser, Energie, ethnische Konfrontationen und Grenzfragen. Jede direkte Berührung der afghanischen Konfliktmasse mit diesen beiden akuten regionalen Konfliktsystemen kann einen Spannungs- und Krisenherd großen Ausmaßes entstehen lassen, der die islamistische Gefahr auf eine qualitativ neue Stufe heben und sie territorial weitgehend unkontrollierbar machen würde. Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen ein tatsächlicher Rückzug der NATO aus Afghanistan haben wird. Wir dürfen nicht ignorieren, dass sich auch die militanten Islamisten im regionalen Umfeld auf den „Tag X“ vorbereiten. Es sollte in diesem Zusammenhang auch nicht übersehen werden, dass die beiden letzten Afghanistan-Kriege, also die sowjetische und die NATO-Militärintervention, jeweils eine massive politisch-ideologische Mobilisierungswelle in der muslimischen Welt gegen den Westen (zu dem aus islamistischer Sicht auch Russland gehört) ausgelöst haben. Diese Wirkungen werden mit Sicherheit auch ein Ende des Krieges überdauern.

## Internationale Konsequenzen

Was die internationalen Konsequenzen des Krieges in Afghanistan betrifft, so liegen sie nach den bisher erkennbaren Rückwirkungen von Obamas AFGPAK-Strategie klar auf der Hand. Jede weitere Stärkung der Handlungsfähigkeit der Taliban, besonders ein Übergang zum koordinierten operativen Handeln oder die offene Einsetzung einer Gegenregierung in einer „befreiten“ Zone, ganz zu schweigen von einem Kompromiss, der die Taliban wieder an die Macht bringen würde, hat nicht nur elementare Folgen für Afghanistan selbst, sondern führt unausweichlich zu einer qualitativ neuen Bedrohungslage für die innere Sicherheit Pakistans, zu einer neuen Phase des bewaffneten Sezessionskampfes in Jammu und Kashmir. Sie schafft darüber hinaus eine veränderte Sicherheitslage in Xinjiang, Usbekistan, Tadshikistan, und Kirgistan.

Der Bogen möglicher Wirkungen reicht von der organisierten, grenzüberschreitenden Kooperation islamistisch-terroristischer Formationen über die Eskalation bestehender Konfliktlagen bis zu der durchaus zu kalkulierenden Gefahr, dass in einem durch innere Konflikte zerrissenen Pakistan in Panik geratene Machteliten einen ebenso irrationalen wie selbstmörderischen Ausweg suchen könnten. Um es deutlich zu sagen: Trotz zwölf Jahren Krieg und fast 160 000 aus-



ländischen Soldaten im Land auf seinem Höhepunkt 2009 bis 2011, ist der Afghanistan-Krieg im Vergleich zu den möglichen Folgen einer ausländischen Intervention in einen pakistanischen Bürgerkrieg oder gegen eine islamistische Machtübernahme in einem Kernwaffenstaat nur ein lokaler Konflikt. Die jüngsten Vorgänge in Pakistan zeigen nicht nur die hochgradige Fragilität dieses Staatswesens.<sup>20</sup> Sie machen auch deutlich, in welchem Maße die ACPAK-Strategie Obamas das Land sicherheitsmäßig und politisch destabilisiert hat. Die Warnungen Washingtoner „Experten“, dass Pakistan durch einen Truppenabzug in Afghanistan destabilisiert wird, sind ausgesprochen scheinheilig, ist diese Situation doch schon längst eingetreten und zwar durch den über die Grenze getragenen Krieg der USA. Ein Abzug bei Fortsetzung des Drohnenkrieges würde daher grundsätzlich nichts ändern.

Europa hat seit 1991 nicht nur die Entwicklungen in Zentralasien verschlafen und mäßig interessiert dem regionalstrategischen Schlagabtausch zwischen den USA, Russland, China, der Türkei und Iran zugeschaut, es hat aber vor allem seit dem Ende der bipolaren Konfrontation im gesamten hier skizzierten Raum strategisch keine Rolle gespielt und hatte auch keine eigenständige Position zu den zahlreichen akuten Konflikten in dieser regionalen Übergangszone. Die Europäische Union war nur deklaratorisch präsent, und nicht wenige europäische Staaten ziehen es bis heute vor, sich im Windschatten der NATO und im Fahrwasser der US-Politik zu bewegen. Die immer wieder anzutreffende Hochschreibung der militärischen Rolle der EU in Afghanistan ist alarmistisch und wird den tatsächlichen Kräfteverhältnissen in der Interventionskoalition nicht gerecht.

Nüchtern ist festzustellen, dass wir uns eines nicht so ferneren Tages mit einer unkontrollierbar gewordenen Eskalation von Konflikten unterschiedlicher Abkunft, unterschiedlichen Typs und unterschiedlicher Reichweite konfrontiert sehen werden, wenn die europäische und vor allem die EU-Nabelschau fortgesetzt wird. Das heißt, es geht um die Verhinderung eines sicherheitspolitischen GAUs. Wir haben somit jeden Grund, uns ernsthaft mit der regionalen Dimension des Afghanistan-Konflikts auseinanderzusetzen

## Versuch eines Ausblicks

Wenn man über die Perspektiven Afghanistans nachdenkt, zögert man unwillkürlich, einen Ausblick zu formulieren. Zu widersprüchlich sind die vor sich gehenden Entwicklungen und die Aussichten. Meine abschließenden Bemerkungen können daher nur eine vorläufige, auf einige zentrale Aspekte beschränkte, thesenartige Positionsbestimmung sein.

1. In Ansehung der aktuellen Trends ist davon auszugehen, dass die Kampftruppen der NATO bis spätestens Mitte 2015 Afghanistan verlassen haben und dass der Interventionskrieg wahrscheinlich sein Ende finden wird. Letztlich hängt das davon ab, ob die USA bereit sind, ihre geostrategischen Ambitionen an der Verbindungsstrecke zwischen drei asiatischen Regionen zu zügeln oder nicht.

2. Der tiefgreifende Gesellschaftskonflikt in Afghanistan wird die Episode des NATO-Krieges überdauern. Damit wird auch die Legitimitäts- und Autoritätskrise des afghanischen Staates anhalten.

3. Die Perpetuierung der ethnischen Konfliktlage kann unter den herrschenden politischen und ideologischen Bedingungen nicht aufgebrochen werden, ein gesamtafghanisches

Bewusstsein existiert nur in zahlenmäßig schwachen urbanen Schichten. Das von den USA intendierte Nation Building ist angesichts der Untauglichkeit der eingesetzten Mittel zumindest zunächst gescheitert.

4. Die offiziell kolportierte These von der entscheidenden Schwächung der Taliban durch den Interventionskrieg ist im wesentlichen eine Legende. Das werden sowohl die kommenden Abzugsverhandlungen als auch die Entwicklungen in Afghanistan nach dem NATO-Rückzug deutlich machen. Diese These dient vor allem als Argumentation für den Anspruch Washingtons, die „Mission“ erfüllt zu haben und deshalb abziehen zu können.<sup>21</sup>

5. Die afghanische Zivilgesellschaft bleibt in elementarer Weise schwach, nicht zuletzt deshalb, weil sie seit Jahren nicht nur zunehmend in ihren Aktivitäten eingeschränkt, sondern immer stärker vom islamistischen Flügel des Regimes verfolgt wird.<sup>22</sup> Sie hat daher auf absehbare Zeit keine Chance, gestaltend in die afghanische Politik einzugreifen.

6. Der von Afghanistan aus im regionalen Umfeld wirkende Virus eines militanten Islamismus wird auch nach einem Rückzug der NATO-Truppen virulent bleiben, möglicherweise sogar einen größeren Spielraum und eine erweiterte territoriale Basis erhalten. Zugleich ist zu konstatieren, dass sich über den militanten und teilweise bewaffneten Islamismus hinaus im regionalen Umfeld ein neuer, militanter und prononciert antiwestlich orientierter Nationalismus formiert, dessen künftige Konsequenzen noch nicht abzusehen sind.

7. Das gesamte Abzugskonzept der NATO basiert auf der Annahme, dass die afghanischen Sicherheitskräfte ab 2015 in der Lage sein werden, die innere und äußere Sicherheit Afghanistans zu gewährleisten. Das aber ist angesichts des Organisationsgrades, des Ausbildungsniveaus, des Ausrüstungsstandes und der personellen Zusammensetzung der Afghanischen National-Armee (ANA) füglich zu bezweifeln,<sup>23</sup> zumal bis heute keinerlei gesicherte Angaben darüber vorliegen, wie viele Angehörige von ANA und Polizei „Schläfer“ der Taliban sind.

8. Ein Abzug der NATO-Truppen ändert nichts an der Tatsache, dass die USA und ihre NATO-Verbündeten auch für die schwierigen und gefährlichen Prozesse, die ab 2014/2015 auf Afghanistan zukommen und für gravierende Destabilisierungsgefahren im regionalen Umfeld als Aus- und Nachwirkung des Krieges eine historische Mitverantwortung zu tragen haben.

Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass dies kein besonders ermutigender Ausblick ist, aber ich betrachte ihn angesichts der Kompliziertheit des Problems als realistisch. In einer Besprechung mehrerer jüngst erschienener Bücher, die unter dem Eindruck des direkten Erlebens des Krieges in Afghanistan geschrieben wurden, resümiert Stefan Berkholz: „Das Fazit aus allen diesen Büchern aber lautet: Die Zweifel am Sinn des Krieges in Afghanistan überwiegen. Denn dass die politischen und gesellschaftlichen Strukturen im Land nach dem Abzug der Truppen verändert sein werden, das bezweifeln die Kriegsteilnehmer.“<sup>24</sup>

## Anmerkungen

1 Eine Analyse der Berliner Tagespresse macht beispielsweise deutlich, dass das Problem Afghanistan der Berliner Zeitung zwischen dem 10. Dezember 2012 und dem 16. Januar 2013 lediglich eine Kurzmeldung und einen Artikel wert war – beide übrigens ausschließlich zur Abzugsdiskussion, nicht aber zur Lage in Afghanistan. Die Berliner Morgenpost beließ es zwischen dem 10. und dem 26. Januar mit einer Kurz-



- meldung zu einer belanglosen Äußerung von Außenminister Westerwelle über Afghanistan.
- 2 Siehe dazu u. a. Ciesinger, Ruth und Möllhoff, Christine, „Ungeordneter Rückzug“, in: Tagesspiegel, Berlin, 68(19.5.2012)21 336, S. 6; Fras, Damir und Hebestreit, Steffen, „Nato bekennt sich zum Afghanistan-Abzug“, in: Berliner Zeitung, 68(27.5.2012)118, S. 6 (im folg. BLZ); Hebestreit, Steffen, „Geordneter Rückzug“, in: BLZ 68(8-9.12.2012)288, S. 6.
  - 3 Fras, Damir, „Gerüchte um schnelleren Abzug“, in: BLZ 68(15.3.2012) 64, S. 7; Heilig, René, „Rückzug – zu neuen Kriegen“, in: Neues Deutschland, Berlin, 67(24.-25.3.2012)72, S. W. 6 (im folg. ND); Herden, Lutz, „Fluchten und Finten“, in: Der Freitag, Berlin, 23(2012) 13, 29.3., S. 9 (im folg. Freitag).
  - 4 Fras, Damir, „USA erwägen kompletten Rückzug aus Afghanistan“, in: BLZ 69(10.1.2013)8, S. 7.
  - 5 Zitiert nach BLZ, 69(14.1.2013)11, S. 6. Zur Stationierungsproblematik siehe auch Müller, Ingrid, „Afghanistan nach 2015 – Wieviele müssen bleiben?“, in: Tagesspiegel, 68(19.5.2012)21 438, S. 8.
  - 6 Siehe u. a. Dyer, John, „Mehr USA-Bürger fordern Abzug aus Afghanistan“, in: ND, 67(29.3.2012)76, S. 18; Ege, Konrad, „Durch und durch kriegsmüde“, in: Freitag, 24(2013)3, 17.1., S. 2.
  - 7 Ege, a. a. O.
  - 8 Ebenda.
  - 9 Ausführlicher zur Problematik siehe Weidemann, Diethelm, „Der Afghanistan-Komplex. Historische Entwicklungslinien“, in: WeltTrends, Potsdam, November/Dezember 2010, S. 27 – 38.
  - 10 Die vollständige Arbeitsdefinition siehe bei Weidemann, Diethelm, „Anmerkungen zu Ausgangspunkten und Ansatz der Studien zu Süd-asien“, in: Weidemann, Diethelm und Hexamer, Eva-Maria (Hrsg.), Konfliktlage und Konfliktkonstellation in Süd-asien – Grundaspekte, Ansätze und Untersuchungsrichtungen, Berlin Humboldt-Universität zu Berlin 1998, S. 27 (Schriften des LFG Internationale Beziehungen in Asien, Bd. 6).
  - 11 Dazu Weidemann, Diethelm, „Der südasiatische Konflikttherd: Konfliktkonstellation und Staatskrisen“, in: DIE LINKE international, Berlin, 1/2010 (43), S. 79 – 88; Ders., „The Changing International Order and the Central Asian Conflict Constellation. Some Characteristic Aspects“, in: Shams-Ud-Din (ed.), Nationalism in Russia and the Central Asian Republics. Unfinished Democratic Revolution, New Delhi Lancers Books 1999, pp. 223 – 243.
  - 12 Weidemann, Diethelm, „Der Afghanistan-Konflikt als eine komplexe Konfliktkonstellation (Struktur-Schema)“, in: Neumann, Marlene, Schied, Michael und Weidemann, Diethelm (Hrsg.), Afghanistan. Probleme, Konflikte, Perspektiven, Berlin trafo 2012, S. 109ff.
  - 13 Die Erläuterungen zu den Konflikten auf den drei Wirkungsebenen stützen sich auf meinen Konferenzbeitrag: Weidemann, Diethelm, „Die afghanische Konfliktkonstellation und die Chancen auf Frieden nach einem Abzug der NATO-Truppen“, in: Schröter, Lothar (Hrsg.), Zukunft für Afghanistan? Politik und Militär in der Konfliktbewältigung am Hindukusch, Schkeuditz VSB Schkeuditzer Buchverlag 2012, S. 118 – 137 (Beiträge zur Militärgeschichte und Militärpolitik 14).
  - 14 Zur frühzeitigen Einbindung der IMU in den aktuellen Afghanistan-Krieg siehe Beusmann, Marcus, „Afghanistan, Tadshikistan, Usbekistan. IMU ohne Grenzen“, in: INAMO, Berlin, 8(2002)30, S. 26 – 28.
  - 15 Zu einer dieser Strömungen siehe Ahad, Ghaith Abdul, „Alles, was der Bewegung nützt“, in: Freitag, Berlin, 20(2009)2, 9.1., S. 3.
  - 16 Der nachfolgende Abschnitt basiert auf meinem in Anmerkung 13 angeführten Beitrag.
  - 17 Zur Problematik des afghanischen Staates vor 1978 siehe Grevemeyer, Jan-Heeren, Afghanistan. Sozialer Wandel und Staat im 20. Jahrhundert, Berlin WB-Verlag für Wissenschaft und Bildung 1990; Kakar, Hasan, K., Government and Society in Afghanistan, Austin Texas Univ. Press 1979; Tapper, Richard, The Conflict of Tribe and State in Afghanistan, London Croom Helm 1983; Weidemann, Diethelm, „Staat und Nation in Afghanistan – zu einer Grundfrage der weiteren Entwicklung“, in: Neumann, Schied und Weidemann, a. a. O., S. 53 – 63.
  - 18 Siehe u. a. Grulev, M.V., Soperničestvo Rossii i Anglii v Srednej Azii, St. Petersburg 1909; Lebedev, V.T., To India. Military, Statistical and Stregical Memorandum, St. Petersburg 1898.
  - 19 Zum Prozess siehe Andrew, W. P., Our Scientific Frontier, London W. H. Allen & Co. 1878; Boulger, D. C., Central Asian Question: Essays on Afghanistan, China and Central Asia, London T. Fisher Unwin 1885; Bruce, R. I., The Forward Policy and Its Results, London Longmans 1900.
  - 20 Zur existentiellen Krise Pakistans siehe Weidemann, Diethelm, Krisenprozesse in Pakistan und ihre Auswirkungen auf die Region, Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2011 (Standpunkte International) 11/2011. (20)

- 21 Matthias Rüb unterstreicht mit Verweis auf die Taliban-Operation gegen das „Camp Bastion“ in Lashkar Gah (Prov. Helmand), „die wie aus dem Lehrbuch für Kommando-Einsätze für Spezialeinheiten“ war, auf die hohe taktische Anpassungsfähigkeit der Taliban. Rüb, Matthias, „Der Feind passt sich an“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, (4.10.2012)231, S. 10.
- 22 Siehe u. a. Ruttig, Thomas, „Drohung gegen afghanische Linksparte“, in: ND, 67(11.6.2012)134, S.8; ders., „Afghanistans weiblicher Rushdie“, in: ND, 67(7.12.2012)286, S. 3; „Wir Frauen in Afghanistan (Interview mit Samira Hamidi / Afghanistan Women's Network)“, in: Tagesspiegel, 68(28.10.2012)21496, S. S. 3.
- 23 Entsprechend einem im Londoner Guardian zitierten Pentagon-Report vom Dezember 2012 ist von den 23 über ganz Afghanistan verteilten Brigaden der ANA erst eine einzige in der Lage „allein zu kämpfen“, d. h. selbständig zu operieren. Siehe Borger, Julian, „Die Nabelschnur wird getrennt“, in: Freitag, 24(2013)4, 24.1., S. 10 (Nachdruck aus dem Guardian).
- 24 Berkholz, Stefan, „Kein Soldatenglück“, in: Tagesspiegel, 68 (26.11.2012)21525, S. 25. Siehe auch „Gute Aussichten für Afghanistan?“, in: ND, 67(29-30.12.2012)303, S. W. 8.

## Wissen sie, was sie tun? Die bizarre Liaison zwischen Terroristen und Antiterror- kriegern

Von Arne C. Seifert, Botschafter a. D., Mitglied der Initiative „Diplomats for Peace in the Islamic World“; aus: Neues Deutschland, 6. Oktober 2012

Es ist offensichtlich: Im Syrienkonflikt beginnt die vermeintlich moralische Legitimität des nunmehr bereits über zehn Jahre währenden Antiterrorkrieges des Westens wegzubrechen. Zehntausende Menschenleben kostete bislang der „War on Terror“, der für die angebliche Verteidigung der westlichen Zivilisation gegen Islamisten und Dschihadisten, Al-Qaida und die Taliban geführt wird. Inzwischen kämpfen ausländische Dschihadisten in Syrien für den Sturz des Assad-Regimes und der Westen intrigiert mit ihnen, dem bishe- rigen „Erzfeind“.

Tatsächlich erweisen sich im Ringen um die Macht in Syrien auf der Seite der Anti-Assad-Fronde dschihadistische Gruppierungen wie Al-Qaida, die Libysch-islamische Kampfgruppe (LIFG) und die „Front zur Verteidigung der levantinischen Völker“ (Jabhat) als militärisch effektiver denn jegliche westliche Intervention, weshalb die westliche Allianz sie nicht nur toleriert, sondern tatkräftig unterstützt. Investigative Medien wie „Infowars“ fanden heraus, dass die USA und andere NATO-Verbündete Al-Qaida-Kämpfer aus Libyen nach Syrien einfliegen und dort aktiv eingreifen lassen, um den „Job“ zu erledigen, den sie nach ihrer offenkundigen Niederlage in Afghanistan besser nicht selbst tun möchten und könnten. US-Verteidigungsminister Leon Panetta hat deren aktive Präsenz im Syrienkonflikt zugegeben.

### Salto Mortale?

Die britische Zeitung „The Guardian“ schätzt ein, dass Al-Qaida in Syrien zum schlagkräftigsten Verband anwächst. Dessen hauptsächliches Ziel sei nicht nur der Sturz Assads, heißt es in der US-Zeitschrift „Foreign Affairs“, sondern ein islamischer Staat in Syrien. Minimalziel sei die Etablierung einer strategischen Basis für Al-Qaida-Kämpfer im Irak sowie



eines regionalen Hauptquartiers im Osten Syriens. Inoffiziell spekulieren US-Politikverantwortliche darauf, zunächst mit Al-Qaida Assad zu stürzen, um Irans regionale Position zu schwächen, und sich danach Al-Qaida „vorzunehmen“.

Haben wir es hier mit einem „Salto Mortale“ der US-Administration angesichts ihres bisherigen Verhältnisses zum politischen Islam zu tun? Nein, denn solch ein taktischer Schwenk ist in der US-amerikanischen Nahostpolitik nicht neu. Um die eigene Hegemonie zu wahren, ist jedes Mittel recht, werden auch die Partner und Instrumente je nach Zweckmäßigkeit ausgetauscht. Entweder wird ein gewaltsamer Regimewechsel wie in Afghanistan, Irak, Libyen und jetzt Syrien angestrebt, eine Lenkung der Eliten vor Ort versucht oder, angepasst an neue Kräftekonstellationen, eine Mischtaktik zwischen beidem.

In den jüngsten nahöstlichen Umbrüchen, in Ägypten, Tunesien und Marokko haben islamische Parteien beträchtlich an Boden gewonnen. In Algerien und Libyen stehen ihre Chancen nicht ungünstig. In Bahrain, wo die US-Navy ihr Hauptquartier unterhält, sind unter den oppositionellen Kräften schiitisch-islamistische Bewegungen führend. Andererseits hat es der Westen mit einer Legitimitätskrise seiner bisherigen wichtigsten Verbündeten zu tun – den autoritären Regimes in der Region.

All die heute wieder ausprobierten Varianten zur Sicherung von Hegemonialansprüchen hat es bereits gegeben: einerseits ökonomische und ideologische Penetration der arabischen Staaten und Gesellschaften, Beeinflussung ihrer Führungseliten sowie Fremdbestimmung politischer Prozesse und Entscheidungen; andererseits politischer und militärischer Druck sowie offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, wobei die nunmehrige „Antiterrorstrategie“ einen Höhepunkt an externer Gewaltanwendung markiert.

Als die Islamische Revolution 1979 den wichtigsten Verbündeten der USA und Englands in der Golfregion, Schah Reza Pahlavi, stürzte, scherte die erste Erdölmacht aus dem Abhängigkeitssystem des Westens aus. Diese Niederlage haben die USA bis heute nicht verwunden; sie konnten sie nicht rückgängig machen wie noch 1953 durch den Sturz des iranischen Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh, der die „Anglo-Iranische Petrolgesellschaft“ zu verstaatlichen versucht hatte. Im Iran bekamen es die USA und Europa erstmals mit einer staatlich konstituierten Variante islamischer Opposition zu tun, die ihre eigenen Streitkräfte aufbaute. In dieser Zeit kam es dann auch zur „Saur-Revolution“ in Afghanistan sowie dem Einmarsch der Sowjetunion in das Land am Hindukusch. Eine weitere Niederlage bescherten den USA die Befreiungsbewegungen und junge Nationalstaaten in Afrika, deren Führungen sich auf ein Bündnis mit dem sozialistischen Lager orientierten.

## Der Safari-Klub

Als Gegenreaktion hoben die USA zu Beginn der 1970er Jahre einen strategischen „Think Tank“ zur Bekämpfung des Kommunismus und der sozialistischen Orientierung in Afrika aus der Taufe. Ihm gehörten an: Henry Kissinger, Alexander de Marenches (seit 1972 Chef des französischen Auslandsgeheimdienstes SDECE), Ägyptens Präsident Anwar Sadat, Schah Mohammad Reza Pahlavi, der marokkanische König Hassan II. und Kamal Adham, damaliger Chef des saudi-arabischen Geheimdienstes.

Die Geheimdienste der Staaten dieses exklusiven Klubs, den der Herausgeber der ägyptischen Zeitung „Al Ahram“, Mohammad Hasanein Heikal, „Safari-Klub“ taufte, vereinbarten im September 1976 gemeinsame Maßnahmen im Sinne des obigen Ziels, wozu auch die Ausweitung des Einflusses islamistischer Organisationen in Nahost und Afrika als Gegenkraft zum „kommunistischen Modell“ gehörte. Der Klub erkannte dem saudischen Königshaus die Führungsrolle zu. Diese schwerreiche Dynastie unterstützte dann auch die Konsolidierung islamischer Organisationen in siebenzig Entwicklungsländern mit sage und schreibe 80 Milliarden US-Dollar.

Die Herrscherhäuser der arabischen Erdölstaaten in eine Allianz gegen die Sowjetunion und den Warschauer Pakt zu ziehen, war Mitte der 1980er Jahre das hauptsächliche Bestreben der US-Diplomatie am Golf. Sie blieb letztlich erfolglos, weil sich die dortigen Monarchien von einer Politik des gleichen Abstands zu den beiden Blöcken mehr nationale und internationale Spielräume versprachen. Erst mit dem Golfkrieg 1990/1991, in dem es Saddam Hussein mit der Okkupation Kuweits gelungen war, die Golfstaaten in die Enge zu treiben, gelang es Washington, jene in eine Allianz einzubinden. Diesmal allerdings mit anderen Zielen.

Diesmal stand das Bemühen im Vordergrund, die Golfstaaten auf einen Kurs der Normalisierung ihrer Beziehungen mit Israel zu bringen und deren Zustimmung zur Stationierung von bis zu einer halben Million ausländischer, vor allem US-amerikanischer Truppen in der Region zu erreichen – ausgerechnet in Saudi-Arabien, einem Heiligen Land des Islam.

Diese Doppelstrategie provozierte jedoch die islamistischen Gegenkräfte. Jene, welche die USA im ersten Afghanistankonflikt als Hilfstruppe zum Verdrängen der Sowjetunion aus Süd-West-Asien aufgepäppelt und ihnen zum ersten erfolgreichen internationalen Dschihad verhalfen, wandten sich jetzt gegen die Hegemoniepolitik der USA im Nahen und Mittleren Osten, was schließlich in den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 kulminierte. Die „Afghanen“, die nach dem sowjetischen Rückzug 1989 in ihre arabischen Heimatländer zurückkehrten, waren durch die Schule Bin Ladens und Al-Qaidas gegangen. Sie spielen in den heutigen Aufständen in arabischen Ländern mit ihren militärischen Erfahrungen und ihrem Hass auf die USA und den Westen eine ambivalente Rolle. Dass das US-amerikanische Vorgehen nicht weniger ambivalent war, erhellt das Bekenntnis des ehemaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski gegenüber der französischen Zeitschrift „Nouvel Observateur“, die ihn fragte: „Bedauern Sie, islamistischen Fundamentalismus ermutigt, zukünftige Terroristen mit Waffen und Beratern versorgt zu haben?“ Antwort: „Was ist im Kontext von Weltgeschichte wichtiger: die Taliban oder der Zusammenbruch des Sowjetimperiums? Einige islamistische Fanatiker oder die Befreiung Mitteleuropas und das Ende des Kalten Krieges?“

## Khatamis Offerte

Als nach dem Zerfall der Sowjetunion die USA die einzige Supermacht waren, zogen sie selbstsicher in ihren ersten großen Krieg am Golf. Sie befreiten einen der wichtigsten arabischen Erdölstaaten, Kuwait, und strafte den anderen, Irak, für dessen Okkupation ab. Dies geschah nicht um einer neuen sicheren Weltordnung willen, sondern zur Sicherung der Hegemonie der USA.



Es war bemerkenswerterweise die islamische Führung in Teheran, die Konturen einer „neuen Weltordnung“ präsentierte, die zum Wohle aller wäre. „Unsere Welt sieht sich neuen Zwängen und Erfordernissen gegenüber, die eine Neubewertung der Natur und der Zukunft von internationaler Sicherheit verlangen“, sagte Irans Präsident Mohammed Khatami 2002 vor der UN-Vollversammlung. „Die alte Auffassung von internationaler Sicherheit, die auf Macht und militärischen Fähigkeiten von Großmächten beruht, hat einen fundamentalen Wandel durchlaufen. Sicherheit kann nicht mehr allein durch Vereinbarungen zwischen einer Handvoll von Mächten garantiert werden – in Abwesenheit derer, die marginalisiert werden sollen. Die Ereignisse vom 11. September zeigen, dass die Trennung von Zentrum und Peripherie nicht mehr länger die Sicherheitsordnung unserer heutigen Welt festlegen kann, da sogar die marginalisierten Gegenden in der Lage sein könnten, den großen Mächten Schaden zuzufügen.“

Wären die USA und Europa auf diese weitsichtigen Überlegungen eingegangen, so würde ihr heutiges Verhältnis zu Iran ein besseres sein. Hingegen honorierten sie nicht einmal Khatamis Handreichung, dessen Land in einen neunjährigen Krieg mit Irak verwickelt war, in dem etwa eine Million Menschen gestorben sind. Hussein war damals von einigen arabischen Nachbarn Irans und bestimmten Kreisen im Westen zum Sturz des neuen iranischen islamischen Regimes ermuntert worden. Nun also erklärte nach Nine/Eleven die US-Administration Iran zum „Schurkenstaat“. In Teheran ist man davon überzeugt, dass die USA auch heute noch „auf nicht weniger als einen Regimewechsel in Iran aus sind“, wozu ihnen die Nuklearkrise als Vorwand dient.

Was nun bedeutete der „War on Terror“ für die Bundesrepublik Deutschland? Die Antiterrorstrategie erwies sich für die Bundesregierung als ein „Geschenk des Himmels“. Sie öffnete ihr den Weg zu einer militärischen Rückkehr in die Weltpolitik. Um die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer solchen zu überzeugen, war der Schock vom 11. September 2001 weidlich ausgenutzt, das Menetekel eines „Clash of Civilisations“, einer zivilisatorischen Bedrohung durch islamistischen Terror beschworen worden.

## Irreführung

Die Wahrheit jedoch ist: Um den Anschluss an die Vormacht der USA und der alten Kolonialmächte über den Nahen und Mittleren Osten nicht zu verpassen, toleriert deutsche Nahostpolitik erneut ein äußerst gefährliches Spiel mit dem Feuer. Ein Tolerieren von Al-Qaida und Co. als Partner im Syrienkonflikt, mit der Begründung es gehe um Demokratie und Menschenrechte, führt die ideologische Begründung für die öffentliche Akzeptanz der Antiterrorstrategie ad absurdum. Es handelt sich hier um eine faustdicke Lüge und dreiste Irreführung der Öffentlichkeit.

Doch es ist kaum mehr zu leugnen, dass man in Syrien mit Kräften paktiert, die man 2001 vom Sicherheitsrat auf die internationale Terroristenliste setzen ließ und wegen deren „Gefährlichkeit für die Sicherheit Deutschlands“ deutsche Soldaten in Afghanistan sterben. Wer kann und will das noch länger verantworten?

# Der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten im Irak – die Entwicklung von der britischen Kolonialzeit bis heute

Von Bahar Oghalai, Praktikantin im Bereich internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

## Einleitung

Am 20. März 2003 erklärten die USA unter Führung von Präsident George W. Bush dem Irak den Krieg. Der Krieg begann mit einem gezielten Angriff auf den damaligen irakischen Staatschef Saddam Hussein und dessen militärische Führung. Kaum sechs Wochen später, am 2. Mai 2003, erklärte Bush den Krieg für beendet. Dieses Datum bezeichnet das Ende der Diktatur Saddams Husseins. Die Zeit nach dessen Sturz ist geprägt von mehreren innergesellschaftlichen Konflikten mit hohem Gewaltpotenzial. Dazu gehören der ethnische Konflikt zwischen Kurden und Arabern oder die Spannungen zwischen den zwei größten konfessionellen Gruppen des Landes, den Schiiten und Sunniten. Letztere haben faktisch zu einem Bürgerkrieg geführt.

95 Prozent der Iraker sind Muslime. Sie teilen sich in etwa 60 Prozent Schiiten und 35 Prozent Sunniten. Die irakischen Sunniten, die sich in der Minderheit befinden, konnten sich von Anfang an gegenüber der konfessionellen Mehrheit der Schiiten durchsetzen. Durch die Geschichte der beiden religiösen Gruppen zieht sich wie ein roter Faden der Widerstand der Schiiten, der nicht selten mit massiver Gewalt abgewehrt wurde. Ihren Höhepunkt erreichte die Unterdrückung der Schiiten im Irak unter der Diktatur Saddams Husseins von 1978 bis 2003.

Die irakische Gesellschaft, die nur über sehr geringe demokratische Erfahrungen verfügt, ist von der Rivalität und der Feindschaft dieser konfessionellen Gruppen geprägt. Der Mangel an demokratischen Traditionen geht mit einem größtenteils auf ethnischen und religiösen Identitäten basierenden Regierungssystem Hand in Hand. Deshalb ist auch heute das Risiko von Gewaltausbrüchen aufgrund konfessioneller Konflikte hochaktuell.

## Sunniten und Schiiten – ein Konflikt so alt wie der Islam

Die Spaltung des Islam in zwei Hauptrichtungen, den Sunnismus und den Schiismus, hat ihren Ursprung in der Nachfolge des Propheten Mohammed. Mit dessen Tod im Jahre 632 n. Chr. verlor die muslimische Gemeinschaft ihren politischen und religiösen Führer. Die Gefährten Mohammeds beschlossen, selbst einen geeigneten Nachfolger auszuwählen.

Die ersten drei waren Abu Bakr (632 – 634), Omar (634 – 644) und Uthmann (644 – 656). Als Ali, der Schwiegersohn und Vetter Mohammeds, im Jahre 656 das Amt des vierten Kalifen (des Nachfolgers des Propheten) übernehmen wollte, wurde ihm von einem Teil der Muslime die Gefolgschaft verweigert. Schließlich wurde sein Gegner, der Statthalter von Damaskus, Mu'awiyah, zum neuen Kalifen erklärt. Nach der gewaltsamen Ermordung des zweiten Sohnes Alis, Hussein, spaltete sich die muslimische Gemeinde endgültig. Aus der Gefolgschaft Alis entstand eine religiöse Bewegung, die sich „Schia Ali“ (Arabisch für „Anhängerschaft



Alis“) nannte und nur Blutsverwandte Mohammeds als Nachfolger akzeptierte. Daraus entwickelte sich nach und nach der Begriff des Schiismus.

Das bedeutendste schiitische Land ist der Iran. 90 Prozent seiner Bevölkerung sind Schiiten. Er bildet das Machtzentrum der schiitischen Welt. Seit 1979 ist dort ein schiitisches Regime an der Macht. Im Irak stellt die schiitische Gruppe 60 Prozent der Gesamtbevölkerung. Schiiten findet man auch in Libanon, Kuwait, der Türkei und Saudi-Arabien. Unter den Muslimen weltweit bilden die Schiiten eine Minderheit.

## Die britische Kolonialzeit

Im Ersten Weltkrieg besetzten die britischen Truppen 1917 Bagdad. Nach der Auflösung des osmanischen Reiches wurde der heutige Irak 1920 Großbritannien als Völkerbundmandat zugesprochen. Zu seinem Territorium bestimmte man die drei Provinzen Bagdad, Basra und Mosul, ohne auf deren ethnische und konfessionelle Zusammensetzung Rücksicht zu nehmen. 1921 setzten die Briten den ursprünglichen Herrscher Großsyriens, König Feysal I., als König ein. Im Hintergrund hielten sie aber selbst die Fäden in der Hand. Der sunnitischen Minderheit des Irak gelang es, auch nach dem Untergang des osmanischen Reiches ihre privilegierte Position in der Gesellschaft zu bewahren.

Um ihre Kontrolle über die Region zu sichern, griffen die Briten zu der bekannten Methode, konfessionelle und ethnische Gruppen gegeneinander auszuspielen. Sie entschieden sich für die Unterstützung der religiösen Minderheit der Sunniten und setzten damit die jahrhundertelange Diskriminierung der Schiiten unter der osmanischen Herrschaft fort. Nach der Aufnahme in den Völkerbund wurde der Irak 1932 nach außen hin für unabhängig erklärt. Das bedeutete jedoch nicht das Ende der britischen Dominanz. Großbritannien erhielt seine militärische Präsenz aufrecht, und der britisch dominierten „Iraq Petroleum Company“ wurde de facto das Monopol auf die Erdölförderung im Lande zugesprochen. Außerdem hatten die Briten eine politische Klasse von Irakern geschaffen, die von ihrer Anwesenheit profitierte und daher ihre Präsenz im Lande auf jeden Fall beibehalten wollte.

Die 1921 begründete britenfreundliche haschemitische Monarchie wurde am 14. Juli 1958 durch das putschende Militär unter Führung von General Abd-al-Karim Qassim gestürzt. 1959 mussten die Briten ihre letzten Stützpunkte im Irak räumen. Während ihrer Herrschaftszeit hatten sie die Gegensätze zwischen Sunniten und Schiiten weiter verschärft.

## Der Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten unter der Diktatur Saddam Husseins

General Qassim wurde seinerseits im Jahre 1963 durch einen Militärputsch zu Fall gebracht und hingerichtet. Zwar spielte die nationalistische Baath-Partei, der auch Saddam Hussein angehörte, beim Sturz Qassims eine zentrale Rolle, aber das neue Regime wurde von dem nichtbaathistischen Offizier Abdel-Salam Arif begründet. 1968 setzten regimiekritische Armeeeoffiziere mit Unterstützung der Baath-Partei Abdel-Rahman Arif, den Bruder des Regimegründers Abdel-Salam Arif, ab. Zwischen 1968 und 1979 nahm die Baathpartei einen radikalen Umbau der staatlichen Institutionen zu ihren Gunsten vor. Neben massiver Unterdrückung baute sie mehrere Parallelstrukturen auf, um das Land zu regieren.

1979 gelang es dem Sunniten Saddam Hussein schließlich die Position des Staatschefs zu übernehmen. Während seiner Herrschaft verschlechterte sich die Lage der Schiiten weiter. Schlüsselpositionen des Staates wurden von Sunniten, hauptsächlich von Verwandten oder Saddam Husseins engsten Familienangehörigen besetzt. Schiitische Iraker hatten kaum eine Chance, in mittlere oder höhere Gesellschaftsschichten aufzusteigen. Neben der massiven Repression in den 1970er Jahren führte auch der Einfluss der islamischen Revolution im Iran unter Führung des schiitischen Ayatollahs Khomeini im Irak zur Herausbildung einer schiitischen Identität, was die gesellschaftliche Spaltung zwischen Sunniten und Schiiten zuspitzte.

Während des ersten Golfkrieges gegen den Iran wuchsen die Spannungen zwischen den beiden konfessionellen Gruppen beträchtlich. Am 22. September 1979 griff Saddam Hussein den Iran mit 100 000 Soldaten an. Offiziell wurde der Krieg mit dem Streit um Schifffahrtsrechte im Persischen Golf begründet. Der eigentliche Grund für den Angriff Saddam Husseins auf den Iran war jedoch die Befürchtung, das schiitische Regime im Iran könnte versuchen, die Herrschaft der Schiiten auf den Irak auszudehnen. Zu dieser Zeit konnte Saddam Hussein noch mit der Unterstützung des Westens rechnen, der seine Sorge über den Einfluss des neugegründeten iranischen Regimes in der Region teilte. Die Hilfe des Westens, vor allem der USA machte den Angriff auf den Iran überhaupt erst möglich. Das Regime Saddam Husseins, das später von den westlichen Staaten als eine internationale Gefahr hingestellt werden sollte, wurde in den 1980er Jahren von ebendiesen Staaten im Krieg gegen den Iran mit Waffen versorgt. Die USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und auch die Sowjetunion leisteten Rüstungshilfe. An ihrer Unterstützung änderte sich auch nach dem Einsatz von Chemiewaffen gegen den Iran und später gegen die Kurden nichts. Jedoch trotz der internationalen Unterstützung, die Saddam Hussein im Krieg gegen den Iran erhielt, zog sich dieser in die Länge und endete erst am 20. August 1988 mit einem Waffenstillstand.

Sowohl die gesellschaftliche als auch die wirtschaftliche Lage des Irak wurden durch den achtjährigen Krieg stark belastet. Die Schäden waren enorm. Allein die militärischen Verluste lagen Berichten zufolge bei 400 000 Toten im Irak und 70 000 im Iran.

Die gesellschaftliche Kluft zwischen Sunniten und Schiiten wurde nach dem Krieg mit dem Iran noch tiefer. Die im Süden Iraks lebende schiitische Mehrheit war deutlich stärker von dem Krieg betroffen. Nach Beendigung der Kriegshandlungen unternahm die Regierung kaum etwas, um die entstandenen Schäden in den von Schiiten bewohnten Regionen zu beheben. In den 1990er Jahren setzte im Irak eine große Protestwelle der Schiiten ein. Unter Führung von Ayatollah Muhammad Sadiq Al-Sadr, dem höchsten geistlichen Führer und dem irakischen Pendant zur iranischen Geistlichkeit, demonstrierten sie gegen ihren marginalen politischen und gesellschaftlichen Status. Die Demonstrationen fanden hauptsächlich in den heiligen Städten Najaf und Karbala statt. Massenerhebungen, zu denen es im März 1991 kam, wurden von der republikanischen Garde Saddam Husseins blutig niedergeschlagen. Ayatollah Muhammad Sadiq Al-Sadr wurde 1999 vom Regime ermordet.

Im zweiten Golfkrieg, den Saddam Hussein am 20. August 1990 mit einem Angriff auf Kuwait auslöste, stellte sich der

Westen gegen ihn. Ein vom UN-Sicherheitsrat gebilligtes Militärbündnis setzte den Militäraktionen am 15. Januar 1991 ein Ende. Es folgten Wirtschaftssanktionen gegen das irakische Regime. Der internationale Druck fand seinen Höhepunkt schließlich in dem Angriff der USA auf den Irak im Frühjahr 2003 und dem Sturz Saddam Husseins.

## Der Sturz Saddam Husseins und die Besetzung Iraks durch die USA

Die USA und ihr Verbündeter Großbritannien hatten den Irak unter dem Vorwand angegriffen, Saddam Husseins Regime besitze Massenvernichtungswaffen, die für die Weltgemeinschaft gefährlich seien. Zuvor waren auf Druck der USA UN-Inspektoren nach Irak geschickt worden, um die Existenz dieser Waffen vor Ort zu prüfen. Sie konnten die Behauptungen der USA und Großbritanniens nicht bestätigen. Der US-amerikanische Angriff auf den Irak fand dennoch statt. Bis heute wurden im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden.

Als ein weiterer Kriegsgrund wurde die eventuelle Unterstützung der Terrororganisation Al Qaida durch Saddam Hussein angegeben. Auch das stellte sich als völlig unbegründet heraus, denn der säkular eingestellte Saddam Hussein war ein erbitterter Gegner des Islamismus und hatte diesen acht Jahre lang im Krieg gegen die Islamische Republik Iran bekämpft.

Drei Wochen vor Kriegsbeginn nannten die USA einen weiteren Grund als Rechtfertigung für die kommende Besetzung Iraks: Sie wollten dem irakischen Volk Freiheit und Demokratie bringen. Als nach und nach alle anderen Gründe für den Einmarsch entfielen, blieb die Demokratisierung schließlich als einzige Rechtfertigung des Krieges übrig. Daher blickte die ganze Welt auf die Demokratieentwicklung im Irak. Millionen Iraker waren aufgrund der Erfahrungen mit dem Kolonialismus im 20. Jahrhundert erbitterte Gegner der US-Präsenz in ihrem Land. Ihrem Widerstand begegneten die USA nicht gerade mit demokratischen Methoden. Millionen Iraker wurden täglich kontrolliert und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Viele wurden getötet, verwundet, verhaftet und misshandelt, unzählige Häuser beschädigt und zerstört.

Der ursprüngliche Plan der USA, das Land nach dem Sturz Saddam Husseins Exilpolitikern anzuvertrauen, die jahrelang in Washington gelebt hatten, ging nicht auf. Daraufhin übernahm von April 2003 bis Juni 2004 die zivile Übergangsbehörde „Coalition Provisional Authority“ (CPA) unter Führung Paul Bremers die Macht im Irak. Da die Amerikaner auf die zivile Verwaltung des Landes nicht vorbereitet waren, setzten sie auf enge Zusammenarbeit mit den Briten, den einstigen Herrschern des Landes. Die Entscheidung, die britische Politik des Teils und Herrsche aus den 1920er Jahren auf die ethnischen und konfessionellen Trennlinien in der irakischen Gesellschaft anzuwenden, legte den Keim für ein langfristig wirkendes Dilemma. Die erste irakische Selbstverwaltungsbehörde der „Iraqi Governing Council“ (IGC) wurde nach einem strengen ethnisch-konfessionellen Proporz zusammengesetzt. Säkular und national orientierte Gruppierungen erhielten dabei kaum Entfaltungsmöglichkeiten. Das Vorhaben der Amerikaner, durch das Ausspielen der verschiedenen ethnischen und konfessionellen Gruppen gegeneinander ihre eigene Kontrolle über das Land zu sichern, scheiterte im Gegensatz zur Kolonialzeit grandios. Die Sunni-

ten hatten das soeben von den USA gestürzte Baath-Regime getragen und waren daher an einer Zusammenarbeit mit den Amerikanern nicht interessiert. Die Schiiten waren aufgrund ihrer demographischen Dominanz nicht auf die Kooperation mit den Besatzern angewiesen.

Mit ihrem Vorgehen spitzten die USA die innergesellschaftlichen Spannungen weiter zu und verstärkten das latent vorhandene Gewaltpotenzial. Religiöse und ethnische Faktoren gewannen im politischen und gesellschaftlichen Leben immer mehr an Bedeutung. Die Menschen beriefen sich immer weniger auf Programme und Ideen, um ihre Interessen zu artikulieren. Immer wichtiger wurde, welcher Herkunft man war oder welcher Glaubensrichtung man angehörte. Widerspruch gegen den eigenen Standpunkt wurde als Angriff auf die eigene Herkunft und den eigenen Glauben aufgefasst. Dies führte zwangsläufig zu einer enormen Verschärfung der politischen Lage. Religiöse Symbole und Zeremonien des Gegners wurden gewaltsam attackiert. Höhepunkt war der Angriff auf die schiitische Moschee von Samarra am 22. Februar 2006, zu dem sich die Anhängerschaft Al-Qaidas öffentlich bekannte. Die Zerstörung der Moschee löste eine bürgerkriegsähnliche Situation aus. Im Jahre 2006 forderten die gewaltsamen Auseinandersetzungen nach UN-Angaben 36 000 Opfer unter der Zivilbevölkerung. Die rivalisierenden Kräfte suchten ihre Ziele mit Waffengewalt durchzusetzen und sich in organisierter Form zu verteidigen. Beide Seiten bauten zu diesem Zweck eigene Milizen auf.

Ende 2006 war der irakische Staat faktisch nur noch eine Summe miteinander rivalisierender, religiös motivierter politischer Organisationen und ihrer bewaffneten Kräfte. Da man nach 2003 alle funktionierenden staatlichen Strukturen zerschlagen hatte, besann sich die sunnitische Bevölkerung auf ihre traditionellen Institutionen, die in und nördlich von Bagdad lebenden sunnitischen Stämme. Sie boten Schutz, Sicherheit und die Möglichkeit, sich gegen die US-Truppen und die Schiiten zur Wehr zu setzen.

Dieser Widerstand wurde von Al Qaida begleitet und unterstützt. Deren Präsenz in der Region war zwischen 2003 und 2006 so stark, dass große Teile Bagdads für die Amerikaner verloren schienen. Als die Gefolgschaft Al Qaidas im Sommer 2006 jedoch ihren Einfluss auf das Gebiet immer weiter zu verstärken suchte, wurde den Stämmen klar, dass diese die transnationalen Ziele der Organisation über ihre nationalen Interessen stellte. Es kam zum Bruch mit den Terroristen. Da Al Qaida darauf wie erwartet mit Terror reagierte, suchten die Stammesmilizen „Sons of Iraq“ (SOI) immer häufiger die Zusammenarbeit mit ihren bisherigen Gegnern, den US-Truppen. Davon erhofften sie sich zum einen Schutz vor Al Qaida und zum anderen einen erweiterten Spielraum gegenüber ihren schiitischen Rivalen. Da sich ihre Hauptgegner entzweit hatten, nahmen die US-Generäle das Angebot der SOI-Milizen nur zu gern an.

Die neue Kräftekonstellation wurde am 10. Januar 2007 unter der Bezeichnung Operation Surge von US-Präsident Bush bekanntgegeben. Von nun an arbeiteten US-Truppen und SOI-Milizen zusammen. Letztere wurden jetzt hauptsächlich von den USA finanziert und ausgerüstet. Durch diese Kooperation verbesserte sich die Sicherheitslage in Bagdad und in den hauptsächlich von Sunniten bewohnten Provinzen spürbar. Im Jahre 2008 sank die Zahl der zivilen Opfer in der Region gegenüber 2006/2007 um 75 Prozent.

Bedenkt man, unter welchen Bedingungen Operation Sur-



ge stattgefunden hat, und welche Folgen sie mit sich brachte, verlieren die Erfolge jedoch an Glanz. Von der verbesserten Sicherheitslage profitierten nur konfessionell homogene Gebiete. In den konfessionell heterogenen Regionen veränderte sich die Situation kaum. Da außerdem nicht alle Stämme gleichermaßen mit den USA kooperierten, taten sich 2007 tiefe Gräben zwischen den sogenannten Gewinnern und Verlierern auf. Operation Surge führte also zu einer weiteren Aufsplitterung der politischen und gesellschaftlichen Landschaft Iraks. Außerdem wurde durch die Wiederbelebung archaischer Ordnungselemente wie der Stämme die Entwicklung politisch moderner Organe wie zum Beispiel politischer Parteien, die für den Aufbau eines modernen Nationalstaates erforderlich sind, gebremst. Aus Operation Surge ging der Irak im Juli 2008 in Teilen sicherer, aber insgesamt noch gespalten hervor.

Am 19. August 2010 verließ schließlich die letzte US-Kampfbrigade den Irak. Die verbleibenden Truppen, die die irakischen Sicherheitskräfte ausbilden sollten, haben das Land am 18. Dezember 2011 verlassen.

### Die neue Regierungsbildung im Irak

Bereits am 28. Juni 2004 war die Besetzung Iraks formal für beendet erklärt worden. Danach sollte die Souveränität des Landes wiederhergestellt werden. Die ersten freien Wahlen zu einer provisorischen Nationalversammlung fanden am 30. Januar 2005 statt.

Da ein Großteil der sunnitischen Gemeinschaft die Wahlen boykottierte, lag die Wahlbeteiligung bei etwa 59 Prozent. Bereits bei diesen ersten freien Wahlen wurde deutlich, dass Wahlentscheidungen aufgrund der ethnischen und konfessionellen Zugehörigkeit getroffen werden und viel weniger auf politischen Sacherwägungen basieren. Das schiitische Wahlbündnis Vereinigte Schiitische Allianz gewann mit absoluter Mehrheit und bildete zusammen mit der Kurdenallianz und einzelnen Sunniten eine Übergangsregierung. Auch die Ressortaufteilung folgte vorwiegend einem ethnischen und religiösen Proporz. Die Schiiten durften den Ministerpräsidenten Al-Dschaafari und 16 Minister stellen, während die Kurden 8 Minister, die Sunniten 6, Christen und Turkmenen je einen Minister bestimmten. Außerdem wurde der Kurde Dschalal Talabani im Frühjahr 2005 zum Staatspräsidenten gewählt. Am 15. Oktober 2005 wurde dann auch die irakische Verfassung durch ein Referendum angenommen.

Nach dieser Verfassung definiert sich der Irak als eine islamische, demokratische, föderal organisierte parlamentarische Republik. Die Wahlen im Januar 2005 wurden von vielen konfessionell motivierten Überfällen begleitet, die hauptsächlich auf das Konto von Sunniten gingen und einen blutigen Bürgerkrieg im Irak nach sich zogen.

Am 15. Dezember 2005 wurde das irakische Volk wieder an die Urnen gerufen, dieses Mal, um ein reguläres Parlament zu bestimmen. Trotz erneuter Boykottaufrufe hatte der Großteil der sunnitischen Organisationen aus dem Desaster vom Januar Lehren gezogen. Sie beteiligten sich an der Wahl und bildeten Koalitionen nach dem Vorbild der Schiiten. Das sunnitische Lager wurde vor allem von der Irakischen Konsensfront (al-tawafuq) und der Iraqi Islamic Party (IIP) repräsentiert. Die Stimmen der Sunniten in den von ihnen bewohnten Regionen nahmen deutlich zu. Das führte dazu, dass der Einfluss der Gewinner der Wahlen im Januar, besonders der Kurden, zurückging. Aber keine Liste konnte mehr

als 20 Prozent der Stimmen für sich gewinnen, was die starke Fragmentierung der politischen Landschaft des Irak vor Augen führt. Trotz allem siegte die Schiitenallianz. Am 20. Mai 2006 wurde Nuri Al-Maliki von der schiitischen Dawa-Partei zum Ministerpräsidenten gewählt. Seinem Kabinett gehörten 20 Schiiten, 8 Kurden, 8 Sunniten und 4 säkular orientierte Minister an. Al Maliki hat mehrere Jahre im iranischen Exil verbracht und symbolisiert in gewissem Maße den neu gewonnenen Einfluss Irans auf die Gemeinschaft der Schiiten des Irak. Bald kam es zum Zerwürfnis mit den sunnitischen Vertretern, die das Kabinett daraufhin im Sommer 2007 verließen.

Am 31. Januar 2009 fanden in vierzehn der achtzehn Provinzen Iraks Wahlen zu den einflussreichen Provinzräten statt. Die starke Unterstützung konfessionell und ethnisch geprägter Parteien bei den Wahlen von 2005 hatte zu einer Eskalation der Gewalt geführt und das Land in einen Bürgerkrieg gestürzt. Das ließ das Ansehen der Parteien sinken und die Unterstützung einer nationalistischen Zentralregierung wachsen. Der Premierminister und seine im Schiismus verwurzelte, aber für einen nationalen Diskurs eintretende Dawa-Partei gewannen nun auch bei den Sunniten an Ansehen und gingen erneut als Sieger aus den Wahlen hervor. Dagegen mussten der ISCI (Islamic Supreme Council of Iraq), die größte schiitische Partei im Parlament, und die von dem radikalen Schiitenkleriker Muktada al Sadr geführte Sadrist Movement erhebliche Rückschläge hinnehmen. Ähnlich erging es der Iraqi Islamic Party, der größten sunnitischen Partei im Parlament. Der relativ friedliche und reibungslose Verlauf der Provinzwahlen 2009 verführte manche Optimisten dazu, den Irak bereits auf dem richtigen Weg in die Demokratie zu sehen. Einige positive Tendenzen waren zweifellos erkennbar. Aber die Trennlinien in der irakischen Gesellschaft blieben bestehen. Ein erneuter Ausbruch religiös motivierter Gewalt war nicht auszuschließen.

Am 7. März 2010 gab es wieder Parlamentswahlen. Der Trend, für die Stärkung des Nationalstaates zu werben und sich bei ethnisch-konfessionell geprägter Politik zurückzuhalten, setzte sich fort. Auch diesmal gewannen die Wahlbündnisse die meisten Stimmen, die sich am deutlichsten für Stabilität und die Stärkung des irakischen Nationalstaates einsetzten. Im Widerspruch dazu stand jedoch die anhaltende ethnische und konfessionelle Grundausrichtung der Wahlblöcke. Die meisten Wähler folgten bei der Stimmabgabe ihrer konfessionellen Ausrichtung oder ihrer ethnischen Herkunft. Die von Iyad Allawi geführte schiitische Iraqia-Partei gewann 91 der 325 Sitze. Dichtauf folgte Malikis Rechtsstaatskoalition mit 89 Sitzen. Die Irakische Nationalallianz erhielt 70 Mandate, während die Kurdische Allianz 43 Mandate erzielen konnte. Die restlichen 32 Sitze gingen an Unabhängige, Splitterparteien und Vertreter von Minderheiten.

Durch diese Wahlergebnisse wurde die Regierungsbildung enorm erschwert. Auch die Nachbarstaaten und die USA mischten sich erneut in die inneren Angelegenheiten Iraks ein. Sowohl Syrien, Saudi-Arabien und die Türkei als auch die USA gaben zu verstehen, dass ihnen Allawi und seine Partei mit ihren säkularen, nationalstaatlichen Positionen näherstünden, und setzten sich für einen Wechsel auf dem Posten des Regierungschefs ein. Diese Forderung hatte auch mit dem engen Verhältnis Malikis zu Teheran zu tun. Die iranische Führung sprach sich eindeutig für die Fortsetzung der Regierung Maliki aus. Nach einer langen Verhand-



lungsphase einigten sich die politischen Verantwortungsträger auf eine Regierung unter der erneuten Führung Malikis. An der Verhinderung einer Regierungsbildung unter der Führung Allawis, dem eigentlichen Wahlsieger, war der Iran maßgeblich beteiligt. Hier zeigte die Islamische Republik Iran ihren enormen Einfluss auf die Entwicklung im Irak und festigte diesen für weitere vier Jahre. Als Maliki schließlich am 19. Dezember 2010 seine 42-köpfige Regierung vorstellte, waren noch nicht einmal alle Schlüsselposten besetzt, was für neue Konflikte Raum bot.

### Der Abzug der US-Streitkräfte und die Zeit danach

Nach dem Abzug der US-Truppen im Winter 2011 hieß es für die Regierung Al Maliki die Sicherheit des Landes allein in die Hand zu nehmen und für Recht und Ordnung im Lande zu sorgen. Die Regierung war auch zuvor nicht in der Lage gewesen, die nötigsten Dienstleistungen für die Bevölkerung in Gang zu setzen. Die meisten irakischen Haushalte sind sehr schlecht mit Elektrizität und Trinkwasser versorgt. Die Infrastruktur ist nach wie vor in einem katastrophalen Zustand. Außerdem hat die Korruption, vor allem die Veruntreuung von Staatsgeldern durch hohe Beamte, stark zugenommen.

Aus diesen Gründen hatte eine neue Generation politisch engagierter junger Iraker für den 25. Februar 2011 im ganzen Land Demonstrationen organisiert. Obwohl diese offiziell genehmigt waren, wurden 25 Iraker von den Sicherheitskräften getötet und viele weitere schwer verletzt. Auch in den darauffolgenden Wochen hörte die Repression nicht auf. Zwei kleine Parteien, die die Demonstrationen unterstützten, wurden aus ihren Büros vertrieben, Journalisten angegriffen, Demonstranten verhaftet und misshandelt. Maliki setzte seiner Regierung eine Frist von einhundert Tagen, um die öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern und die Korruption zu bekämpfen. Aber auch nach dem Ablauf dieser Frist am 7. Juni änderte sich kaum etwas. Die einzige Veränderung, die Maliki tatsächlich zu gelingen schien, war die Konzentration der Macht auf seine eigene Person.

Die Lage im Irak hat sich nach dem Abzug der Amerikaner, wie erwartet, weiter verschlechtert. Der Machtkampf zwischen Premierminister Maliki und seinen politischen Gegnern hat eine neue gefährliche Dynamik angenommen. Nur Stunden nachdem die letzten US-Kräfte am 15. Dezember 2011 feierlich verabschiedet waren, umstellte irakisches Militär die Häuser von Vizepräsident Tariq al-Hashimi, Finanzminister Rafi al-Issawi sowie dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Saleh al-Mutlaq und nahmen sie in Haft. Diese hochrangigen Politiker bilden die wichtigste Gefahr für Malikis Machtposition.

Die Niederschlagung der Demonstrationen im Februar 2011 und die Unterdrückung der Opposition sind eindeutige Zeichen dafür, dass Maliki mit allen Kräften versucht, seine Macht zu festigen. Aus dem zunächst nur mit geringen Befugnissen ausgestatteten Ministerpräsidenten wurde nach und nach ein übermächtiger Politiker mit persönlicher Befehlsgewalt über die Spezialkräfte der Armee, die Kommandostrukturen des Militärs und über die Geheimdienste. Nach Beginn seiner zweiten Amtszeit ging Maliki sofort gegen alle unabhängigen Kommissionen und die Zentralbank vor. Seine Gegner werfen ihm eine autoritäre, zentralisierte und sogar diktatorische Amtsführung vor. Das von ihnen mehrfach angeforderte Misstrauensvotum wird nicht stattfinden. Zum ei-

nen weil die Opposition die für einen Erfolg notwendige Zahl von 163 Abgeordneten nicht zusammenbringt, und zum anderen weil der Iran die Absetzung Malikis mit aller Kraft zu verhindern weiß. Maliki gibt sich siegessicher und hat intern angekündigt, notfalls vorgezogene Neuwahlen zu organisieren. Die heterogene, aus Sunniten und Schiiten zusammengesetzte Iraqia-Liste ist sehr anfällig für seine Machenschaften. Nach mehreren Austritten verfügt sie schon jetzt nur noch über etwa 85 ihrer bei den Wahlen 2010 gewonnenen 91 Abgeordneten. Weitere vor allem schiitische Parlamentarier könnten mittelfristig zu Malikis Rechtsstaatskoalition überlaufen, was die Angst vor der Entstehung einer schiitischen Diktatur verstärken würde.

Die persönlichen Konflikte zwischen Al-Maliki und seinen Gegnern haben dazu geführt, dass die zentralen Konflikte der irakischen Gesellschaft nicht gelöst wurden, sondern sich weiter zugespitzt haben. Der Proporz und die Partnerschaft zwischen Kurden, Sunniten und Schiiten existieren im Grunde genommen nicht mehr. Die Festlegungen der Verfassung werden ständig verletzt. Mehrere Faktoren verhindern eine Stabilisierung Iraks. Vor allem ist dies die unproduktive Wirtschaftsstruktur. 95 Prozent der Staatseinnahmen kommen aus dem Verkauf des Öls, und nicht aus produktiver Arbeit. Der Staat fühlt sich für das Volk nicht verantwortlich. Es existiert kein transparentes Finanz- und Parteiensystem. Dass Maliki seine Machtposition in den sechs Jahren seiner Amtszeit enorm erweitern konnte, hat auch mit dem Versagen der Opposition zu tun. Ein zutiefst fehlerhafter politischer Prozess hat sich mittlerweile zu einer chronischen Krise ausgewachsen, die die bestehende politische Struktur zum Einsturz bringen kann.

### Der neu gewonnene Einfluss Irans und die Krise in Syrien

Iran ist sicherlich einer der Hauptnutznießer des Sturzes von Saddam Husseins Regime und der Machtübernahme schiitischer Parteien in Irak. Ein einst feindlicher starker Nachbar wurde freundlich, schwach und seine Führung kooperationsbereit. Zwischen Bagdad und Teheran bestehen mittlerweile enge Arbeitsbeziehungen, insbesondere bei der Sicherheitsplanung, beim Handel und beim religiösen Tourismus. Immer mehr Schiiten im Irak sehen die Islamische Republik Iran als ihren Patron und Beschützer. Ein Phänomen, das die iranischen Regimeträger zu nutzen wissen, während sie gleichzeitig für die Einheit der muslimischen Gemeinschaft werben, um auch die Sympathie und Unterstützung moderater Sunniten für sich zu gewinnen. Der Iran macht den Westen für die gewaltsame Austragung der Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten im Irak verantwortlich. Die Islamische Republik vertritt die Meinung, dass die Differenzen zwischen den beiden konfessionellen Gruppen nichtig seien. Sie wirft dem Westen, insbesondere den USA und Israel vor, diese gegeneinander auszuspielen, um ihre eigenen Machtpositionen in der Region zu stärken. Auch wenn ein Teil dieser Aussage zutreffen mag, wird schnell klar, dass dies zur iranischen Strategie gehört, ihre sunnitischen Partner, wie zum Beispiel die palästinensische Hamas, zu beschwichtigen. Die sunnitische Minderheit im Iran selbst wird massiv diskriminiert. Es gibt dort keine einzige sunnitische Moschee.

Die Unterstützung des Iran für Assads Regime in Syrien bei der blutigen Unterdrückung der Aufstände und die bedingungslose Unterstützung für Maliki in den sechs Jahren sei-



ner Amtszeit zeigen, dass es der Führung des Iran um den Erhalt der Macht der Schiiten im Irak und um eine schiitische Machterweiterung in der Region geht. In der eskalierenden Krise Syriens hat sich Maliki klar auf die Seite des Regimes in Syrien gestellt. Er sorgt sich vor allem darum, wer das Assad-Regime im Falle eines Wechsels ersetzt. Ein sunnitische Sieg in Syrien könnte die irakischen Sunniten ermutigen und zu einem konfessionellen Krieg im Irak führen. Die neu gewonnene schiitische Vorherrschaft im Irak wäre in akuter Gefahr.

## Fazit

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Kluft zwischen Sunniten und Schiiten seit Jahrhunderten besteht und keineswegs von außenstehenden Mächten initiiert wurde. Der Konflikt wurde aber von diesen Mächten, ob nun den britischen Kolonialherren, einem einheimischen Diktator, den amerikanischen Besatzern oder den Nachbarstaaten Iran und Türkei, sehr wohl verstärkt und in seiner fatalen Entwicklung unterstützt. Damit ein friedliches und demokratisches Miteinander zwischen den verschiedenen konfessionellen und ethnischen Gruppen im Irak möglich ist, braucht das Land demokratische Institutionen wie eine gerechte Verfassung, an die sich die politische Gemeinschaft auch hält, und ein stabiles Parlament, mehr politische Bildung und eine aufrichtige, umfangreiche Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Die Identitätsgemeinschaften im Irak sollten als gegebene Größen anerkannt und als solche in den politischen Prozess integriert werden. Gleichzeitig muss eine institutionell verankerte Strategie entwickelt werden, die Anreize und Institutionen für eine Kooperation zwischen den Gemeinschaften fördert.

## Wundersame Wandlungen? Myanmar: Wie Phönix aus der Asche

Vortrag von Dr. Uta Gärtner,  
Linkes Asienforum, 27. Februar 2013

Wundersames ist geschehen in den letzten zwei Jahren: Ein Land, verurteilt als einer der sechs weltweiten Vorposten der Tyrannei, durfte zurückkehren in die heiligen Reihen der „internationalen Gemeinschaft“. Und das, obwohl alles, was zu der Regierung geführt hatte, die am 31. März 2011 ihr Amt antrat, noch mit heftiger Kritik bedacht worden war: die Vorbereitung der Verfassung durch die „handverlesene“ National Convention zwischen 1993 und 2007 mit einer achtjährigen Unterbrechung, das manipulierte Referendum im Mai 2008, das eine Zustimmung zur Verfassung von 92,48 Prozent brachte, die Wahlen vom 7. November 2010, mit deren zielgerichteter Vorbereitung die militärischen Eliten sicherten, dass ihre Union Solidarity and Development Party (USDP)<sup>1</sup> haushoch gewann. Einen Tag danach hatte Präsident Barack Obama in seiner Rede vor dem indischen Parlament bezüglich „Burma“ noch gewettert, es sei inakzeptabel, die Hoffnungen eines ganzen Volkes zur Geisel der Gier und Paranoia eines bankrotten Regimes zu machen und dem Volk die Wahl zu stehlen.

Jetzt überwiegt die Euphorie. Obwohl oft noch als quasi-zivil tituliert, hat die Regierung Myanmars den Paria-Status verloren. Im März 2012 ging Präsident Obama so weit, anderen autoritären Regimen den Weg Myanmars als nachahmenswert zu empfehlen, wenn sie gute Beziehungen mit den USA wünschen. Das Foreign Policy Magazin setzte Präsident U Thein Sein gemeinsam mit Daw Suu Kyi auf Platz 1 der Liste der 100 Global Thinkers 2012. Skepsis wird verhaltener geäußert. Ich kann weder die Euphorie noch die Skepsis teilen, es gibt zu viel „sowohl – als auch“. Das Folgende ist ein Versuch, diese Komplexität zu fassen. Vieles Wichtige bleibt dabei ungesagt, und ich hoffe, dass die Diskussion Gelegenheit zur Ergänzung gibt.

Man wundert sich: „Wie können brutale Diktatoren auf einmal Demokraten sein?“ Weder – noch, möchte ich antworten. Was in den letzten 20 Jahren verkannt wurde, ist, dass es im Militär zwar unterschiedliche Richtungen gibt, aber ein Motiv alle eint: Patriotismus, wie auch immer er verstanden und praktiziert wird. Sein Nährboden ist das tradierte Bewusstsein, dass die Streitkräfte die Unabhängigkeit nicht nur errungen, sondern in der Folgezeit auch bewahrt haben. Das sei ihr historischer Auftrag. Als Unterpfand gilt der Erhalt der Union. Ablehnung von Fremdbestimmtheit ist einer der Wesenszüge der Politik des ab 1948 wieder selbstständigen Staates. Sie nahm extreme Formen an, als der Revolutionäre Rat ab 1962 versuchte, unter Ausschluss internationaler Kontakte zu den eigenen Wurzeln zurückzukehren und das Land in Anlehnung an sozialistische Ideen von oben her rational zu strukturieren. Das misslang, und der Militär rat, der nach dem Aufbegehren des Volkes gegen Verelendung und Unterdrückung am 18. September 1988 die Macht ergriff, versuchte es bei gleichem Selbstverständnis mit einem neuen Konzept: den diskreditierten Sozialismus aufgeben und die siegreiche Marktwirtschaft zum Heilmittel erheben, dem Verlangen des Volkes nach demokratischen Formen wie Mehrparteiensystem und Wahlen Rechnung tragen, die Türen zur Welt öffnen, aber alles in eigener Regie. Die Macht zivilen Politikern zu überlassen, wie es die Wahlergebnisse 1990 geboten, muss den militärischen Eliten wie Verrat an ihrer Mission erschienen sein, hatte doch der Zwist politischer Parteien das Land Ende der 1950er Jahre und 1962 an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Versuche, den Machtverzicht zu erzwingen, ließen sie nur ihre Reihen über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg um so fester schließen. Sie werteten die internationalen Strafmaßnahmen gegen sie als Angriffe auf die Unabhängigkeit des Landes und beantworteten die Boykotte mit Abschottung gegen westliche Einflussnahme sowie Kampf gegen „destruktive elements“ im Innern. 1994 hatte mir der damalige Botschafter Myanmars in Deutschland U Win Aung erklärt: „Myanmar möchte mit allen Ländern der Welt gute Beziehungen unterhalten, aber wenn die Welt nicht will – wir können es auch allein“ Von ihm stammt auch der Ausspruch aus seiner Zeit als Außenminister: „Man hält uns die Banane hin und sagt: ‚Spring!‘ Aber wir sind keine Affen.“

Auf die Dauer wurde diese stolze Haltung unhaltbar, auch wegen der beängstigenden Bindung an die VR China. Als Ausweg, ohne Kniefall vor dem Westen den internationalen Stand Myanmars zu normalisieren, wurde der 7-Punkte-Plan zur Demokratie – die Road Map – entworfen und am 30. August 2003 vom damaligen Ministerpräsidenten General Khin Nyunt verkündet. Er sah vor: Wiederaufnahme der Arbeiten



an der Verfassung, die nach dem Auszug der NLD-Delegierten aus der National Convention seit 1996 unterbrochen war, Ratifizierung durch ein landesweites Referendum, allgemeine Wahlen, die Formierung der Parlamente und Regierungsorgane, schließlich Schaffung der „entwickelten myanma<sup>2</sup> Gesellschaft mit geordneter Demokratie“. Allen Kritiken und Anfeindungen zum Trotz setzte die Regierung diesen Plan im Verlauf von sieben Jahren Punkt für Punkt um. Was seit März 2011 passiert, ist die Verwirklichung von Punkt 7. Es war eine bewusst angestrebte Entwicklung, die den Spagat zwischen der vom In- und Ausland geforderten Demokratisierung und dem Kontrollbedürfnis der militärischen Eliten meistern sollte und zugleich den langjährigen verhassten Führern den geordneten Rückzug ermöglichte – auf dass sie nicht wie Gaddafi massakriert oder wie Mubarak vor Gericht gestellt würden.

Es hat funktioniert. Zugleich mit dem Antritt der Regierung U Thein Sein erklärte der State Peace and Development Council (SPDC) sich und seine nachgeordneten Organe für aufgelöst. Seine Gallionsfiguren – die Generalissimi Than Shwe und Maung Aye – verschwanden im Ruhestand, viele Entscheidungsträger aber blieben in führenden Positionen präsent: Präsident U Thein Sein, als General Mitglied des SPDC bis 2007, danach Premier bis zur Übernahme des neuen Amtes, im April 2010 demobilisiert; Thura U Shwe, einst als General drittmächtigster Mann im SPDC, jetzt Präsident einer der beiden Kammern, aus denen sich das Unionsparlament zusammensetzt; U Khin Yi, einst als Generalleutnant Polizeichef, jetzt Minister für Immigration und Bevölkerungsentwicklung; U Kyaw San, einst als Brigadegeneral Informationsminister, behielt diese Funktion bis zur kürzlichen Versetzung auf den weniger einflussreichen Posten des Genossenschaftsministers; U Aung Kyi, ehemaliger Offizier, einst Arbeitsminister und ab 2007 Verbindungsmann zu Daw Aung San Suu Kyi, seit kurzem Informationsminister; U Khin Aung Myint, jetzt Präsident des Unionsparlaments, vormals Generalmajor und Kulturminister ... und viele andere in zentralen und regionalen Positionen.

Obwohl dies alles bekannt ist, obwohl die vorige Regierung nicht gestürzt, nicht durch eine völlig neue ersetzt wurde und der Präsident wiederholt betont hat, auf ihren Errungenschaften aufzubauen, haben die westlichen Staaten, allen voran die USA, den Palmzweig angenommen, diese Entwicklung als völlig neue Bedingungen akzeptiert, die Normalisierung der Beziehungen eingeleitet und die Politik der Erpressung durch eine Politik der Ermutigung ersetzt, wie sie auch früher schon von Kennern des Landes empfohlen worden war und sicher eher Erfolg gebracht hätte.

Auf den ersten Blick erscheint dieser Sinneswandel noch wundersamer als die innere Entwicklung. Aber er erklärt sich: In seiner Rede vor dem australischen Parlament am 17. November 2011 anlässlich der Eröffnung des Militärstützpunktes hatte Präsident Obama unverblümt und mit Seitenblick auf die VR China verkündet, dass die USA eine größere und langfristige Rolle im asiatisch-pazifischen Raum spielen werden unter Wahrung ihrer Kernprinzipien und in enger Zusammenarbeit mit den Freunden und Verbündeten.<sup>3</sup> Die strategische Bedeutung Myanmars für die USA wuchs mit dem Machtanstieg der VR China. An deren über 2000 km langen Südgrenze mit Myanmar eine befreundete Regierung zu wissen, war eines der Motive, den Regimewechsel zugunsten von Daw Aung San Suu Kyi erzwingen zu wollen.

Die Entwicklungen in Myanmar erleichterten der Obama-Administration den Übergang zu einer neuen Variante der Zuckerbrot- und Peitsche-Taktik: politische Kontakte bei Aufrechterhaltung der Sanktionen. Die Kenntnis dringender amerikanischer Interessen mag realistischeren Kräften der militärischen Eliten Myanmars erleichtert haben, den langjährigen Forderungen so weit entgegenzukommen, dass beide Seiten die verbliebenen Kröten schlucken und den Schein wahren konnten. Massive Zeichen waren der Besuch von Hillary Clinton am 30.11./1.12.2011 und der sechsstündige Zwischenstopp von Präsident Obama am 19. November 2012 mit einer Aufsehen erregenden Ansprache an die myanma Zivilgesellschaft in der Convocation Hall der Yangon University.

Noch wundersamer erscheint der Wandel von Daw Aung San Suu Kyi, weltweit als Verkörperung der myanma Demokratiebewegung vergöttert. Bedenkt man ihr konfrontatives Verhalten nach 1990 – Forderung nach Übergabe der Macht, Verlangen nach Boykotten und Sanktionen, Verweigerung von Kooperation – ist schon erstaunlich, dass sie nach der Aufhebung ihres letzten Hausarrestes am 13. November 2010 nicht als Opposition in Erscheinung trat, im August 2011 mit Präsident U Thein Sein gemeinsames Wirken zum Wohle des Landes unter Zurückstellung von Differenzen vereinbarte und seither eine kooperative Politik betreibt. Ein Gesinnungswandel? Das Rätsel klärt sich auf, wenn man es im Kontext mit der amerikanischen Strategie sieht: Daw Suu Kyis konstruktivere Politik korrespondiert perfekt mit der Strategie der Obama-Administration, die sich ihrerseits auf sie beruft. Solange sie eine Beibehaltung der Sanktionen als Druckmittel befürwortete, blieben die USA in dieser Frage zögerlich, ja verlängerten die Maßnahmen noch mit der unsäglichen Begründung einer „außerordentlichen Bedrohung der nationalen Sicherheit“. Als aber Präsident Obama während des Besuches von Präsident U Thein Sein im September 2012 Erleichterungen ankündigte, fand auch Daw Suu Kyi, dass das myanma Volk solcher Hilfe nicht mehr bedürfe. Nachdem sie 2010 ihrer Partei den Boykott der Wahlen wegen der undemokratischen Gesetzgebung empfohlen hatte, genügte ein Jahr später die geringfügige Veränderung einer Formulierung im Parteienbildungsgesetz, die Registrierung als Partei zu beantragen mit dem Ziel, an den Nachwahlen vom 1. April 2012 teilzunehmen. Die waren notwendig, um die durch Berufungen auf staatliche Positionen frei gewordenen Mandate zu besetzen, durchweg Mandate der Union Solidarity and Development Party. Schon ihr Wahlkampf war ein Siegeszug, offenbar gut gesponsert durch Unternehmen, die unter der vorigen Regierung reich geworden waren. Der alte Geist flackerte noch einmal auf, als sie nach dem Triumph der NLD in diesen Wahlen – sie gewann 43 der 45 Mandate – die gleiche geringfügige Veränderung in der Eidesformel verlangte und auf Granit biss, weil das eine Verfassungsänderung erfordert hätte. Diese Halsstarrigkeit brachte ihr nicht nur Kritik bei ihren Wählern ein, sondern lag auch nicht im Interesse der USA – der reibungslose Einzug der NLD ins Parlament war wichtig für ihre Strategie des vorwärtstreibenden Engagements, und ich bin überzeugt, dass Daw Suu Kyis Einlenken vor allem dem Rat ihrer westlichen Freunde zu danken ist. Als Mitglied der Legislative und seit Mitte 2012 Vorsitzende des Ausschusses für Rechtsstaat und inneren Frieden agiert sie im Einvernehmen mit der Regierung. Ich war nie ein Fan der Lady und



hatte Zweifel an ihrem politischen Format, muss ihr allerdings jetzt politische Klugheit zugestehen, wenn sie Parteinahmen vermeidet, die sie zerreiben würden. Mit ihrer Forderung nach rechtsstaatlichen Lösungen und dementsprechendem Agieren nimmt sie eine Position oberhalb der Konfliktebenen ein, was zur Lösung beitragen kann. In ihrer Rede auf dem kürzlichen Workshop zu Rechtsstaatlichkeit gemeinsam mit der EU hat sie angemahnt, dass die Bürger nicht nur ihre Rechte, sondern auch ihre eigene Verantwortung kennen und wahrnehmen müssen. Obwohl noch keine Erfolge erkennbar sind und es auch Kritik von Kampfgefährten gibt, ist die Verehrung seitens der Massen bisher ungebrochen – „Wir lieben Mama Suu! Sie ist unsere Heldin!“ Schließlich hat sie den Myanma die Welt wiedergegeben. Sie bleibt Lichtgestalt, während alles Negative der früheren Regierung angelastet wird. Der Fahrer, mit dem ich im Delta unterwegs war, brachte die Volksstimmung auf den Punkt: „Was die Militärregierung vortrefflich konnte, war, nichts zu schaffen.“ Und er vergaß dabei wohl, dass die Straßen und Brücken, über die er fuhr, weitgehend unter dieser Regierung entstanden waren, nicht erst nach dem verheerenden Zyklon „Nargis“ 2008.

Die inneren Entwicklungen, die Erstaunen auslösten, betreffen vor allem den Bereich der politischen Freiheiten, die immer Zentrum der Forderungen an die myanma Regierung waren.

An erster Stelle stand die bedingungslose Aufhebung des Hausarrestes von Daw Suu Kyi, deren völlige Freizügigkeit und die Normalisierung der Beziehungen mit ihr im August 2011. Im September 2012, als sowohl sie als auch Präsident U Thein Sein in den USA waren, gratulierte er ihr in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung zur Goldmedaille des amerikanischen Kongresses, die ihr 2008 für ihren friedlichen Kampf um Demokratie verliehen worden war. Auf eine entsprechende Pressefrage antwortete er, dass sie durchaus Präsidentin werden könne, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind<sup>4</sup> und das Volk das wünscht. An zweiter Stelle folgte die Freilassung politischer Gefangener, deren Existenz zuvor grundsätzlich bestritten wurde – es waren „Gesetzesverletzer“ (stimmt, hängt aber von der Art des Gesetzes ab). Im Januar 2012 kamen alle prominenten Gegner der früheren Regierung frei, darunter die Führer der Gruppe 88 Generation Students, am bekanntesten der mit dem Pseudonym „Min Ko Nain“ (der den König besiegt). Eine weitere Amnestie erfolgte kurz vor dem Besuch von Präsident Obama. Ob überhaupt noch politische Gefangene in Gewahrsam sind, wird derzeit geprüft.

Ein anderer Schwerpunkt ist die Informationsfreiheit. Freude löste die Freigabe des Internets aus, verbunden mit einer drastischen Senkung der Preise und Gebühren, so dass weit größere Teile der Bevölkerung sich einen eigenen Anschluss leisten können. Die Zahl der öffentlichen Zugänge ist gewachsen, und sie werden weidlich genutzt. Handys werden zunehmend Allgemeingut; Ziel der massiven Preissenkung ist, dass besonders die ländliche Bevölkerung, wo das Festnetz schwach ist, sich damit versorgen kann. Die Medien wurden schon von der vorigen Regierung als wichtige „vierte Säule“ hofiert, allerdings für die Schulung der Bevölkerung in ihrem Sinne. Jetzt werden sie staatlicherseits zunehmend als Korrektiv anerkannt, das unverzichtbar ist für die Realisierung von Transparenz und Kontrolle. Schritt um Schritt, immer prüfend, ob die Stabilität gefährdet wird, wur-

de die seit 1962 verfügte Zensur aufgehoben: erst für harmlose Bereiche wie Modezeitschriften usw., dann auch für politisch-ideologisch relevante Schriften, im August 2012 wurde die Vorzensur abgeschafft und im Januar dieses Jahres die Zensurbehörde gänzlich aufgelöst. Parallel entstanden subtilere Führungsinstrumente: Diskussionen um die Ethik der Journalisten und Schriftsteller, um ihre Verantwortung für die Effekte ihrer Information. Ein vorläufiger Presseerat wurde ins Leben gerufen, dem vor allem Literaten angehören, Vorsitzender ist ein Jurist. Zu den Aufgaben des Presseerats gehört, die Qualität der journalistischen Arbeit zu kontrollieren und zu fördern, die Journalisten zu schützen und zu schulen sowie Verletzungen der journalistischen Ethik zu ahnden. Ein Mediengesetz wurde erarbeitet und verworfen, weil keine Journalisten hinzugezogen worden waren und die zentrale Kontrolle überwog. Ein neues Gesetz unter Beteiligung von Medienarbeitern ist in Vorbereitung. Private Zeitungen, die auch schon vorher existierten wie die Myanmar Times und das News Journal Weekly Eleven durften ab 2011 auch politische Informationen verbreiten – nicht gegen die Regierung, aber ergänzend zu deren Medien mit durchaus kritischen Elementen. Die seit langem geforderten privaten Tageszeitungen sollen ab April erscheinen. Ausländische Schulung und Beratung wird gesucht und angenommen: Im Dezember 2012 hat eine Delegation unter Leitung des stellvertretenden Informationsministers U Ye Htut – jetzt auch Sprecher des Präsidenten – als Gast der Deutschen Welle die Arbeitsweise der öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten studiert. Dabei war eine besonders interessierende Frage, wie frei der Journalist in seiner Berichterstattung wirklich ist. Diverse Workshops in Myanmar finden statt, in denen neben technischem Knowhow auch journalistische Verantwortung thematisiert wird. In konfliktensensiblem Training, das Ende vergangenen Jahres von der in Dänemark stationierten Organisation International Media Support gemeinsam mit der nationalen NGO Myanmar Peace Center veranstaltet wurde, dienten die seit Juni 2012 grassierenden Gewaltausbrüche im Rakhine-Unionsstaat als Beispiel, wie gefährlich emotional parteiische Berichterstattung sein kann.

Ein weiteres Kriterium, an dem die westlichen Länder die Ernsthaftigkeit des Reformwillens messen, ist die Beendigung der Bürgerkriege, die den Staat seit seiner Geburt plagen und ein schweres Entwicklungshindernis sind. Dass ihre langjährige Unterstützung für die ethnischen „Freiheitskämpfer“ besonders in den letzten 20 Jahren wesentlich zur Verhärtung beigetragen hat, ist ihnen wohl nicht gegenwärtig. Schon dem Militärat ab 1988 war es gelungen, mit 17 großen und etlichen kleinen bewaffneten Gruppen Waffenstillstände abzuschließen. Wie brüchig sie waren, zeigt die Rückkehr der Kachin Independence Organisation (KIO), die 1994 einen Waffenstillstand vereinbart hatte, Mitte 2011 zum bewaffneten Kampf. Ausgelöst war das durch die Forderung der Zentralregierung, ihren bewaffneten Arm Kachin Independence Army (KIA) in Border Guard Forces umzuwandeln und damit dem Oberkommando der Streitkräfte zu unterstellen, wie die Verfassung bestimmt. Das hätte den Nicht-Staat-Status ihres Terrains beendet und beträchtliche Einbußen nicht nur an politischer Macht, sondern vor allem wirtschaftlicher Unabhängigkeit bzw. Einkünften mit sich gebracht. Der Handel mit Teakholz und Bodenschätzen über die Grenze zur VR China ist sehr einträglich. Zugleich hat der Zugriff der Zentralregierung auf die Reichtümer des Unions-



staates Unmut bei dessen Eliten und Volk gefördert. Die politische Lösung, die die KIO verlangt, ist vermutlich eine hochgradige Autonomie ähnlich dem Status Hongkongs in China, Genaues ist nicht verlautbart. Jetzt scheint sich dank Vermittlung durch die VR China eine Lösung anzubahnen, mal sehen, um welchen Preis.

Ansonsten hat die Friedensinitiative der Regierung vom August 2011 dazu geführt, dass mit allen anderen bewaffneten Gruppen Anfangsvereinbarungen geschlossen werden konnten, deren Kernpunkt Festlegungen zum Waffenstillstand sind. Das sichert noch nicht den Frieden. Das, was die früheren Vereinbarungen brüchig gemacht hat, war das Fehlen weiterführender Festlegungen, die die politischen und wirtschaftlichen Rechte der dortigen Eliten gesichert hätten. Darum geht es auch jetzt. Oft beziehen sich die Sprecher ethnischer Gruppen, insbesondere die Shan, auf das Abkommen von Panglong vom 12. Februar 1947, das festlegte, unter welchen Bedingungen die Shan, Kachin und Chin bereit waren, mit den Bama zusammen eine Union zu bilden, um schneller die Unabhängigkeit von England zu erreichen. Von der Notwendigkeit eines zweiten Panglong ist die Rede. Aber die historischen Bedingungen sind völlig andere.

Hauptgegenstand muss heute sein, was damals noch nicht auf der Tagesordnung stehen konnte: Wie soll die Union gemeinsam gestaltet werden? Eine Grundvoraussetzung ist, dass die tief verwurzelte Arroganz der Mehrheitsbevölkerung der Bama gegenüber den anderen Ethnien und ihr Selbstverständnis als Herren des Landes überwunden wird. Bezeichnenderweise werden die Unionsminister einschließlich Stellvertreter von Bama gestellt, einzige Ausnahme ist Vizepräsident Sai Mauk Kham, ein Shan, Arzt aus dem Shan-Staat, der für die USDP kandidiert hat. Das setzt faktisch die Situation fort, die die Eliten anderer Ethnien schon in den 1950er Jahren kritisierten: nämlich dass die Bama über die anderen Gebiete herrschen. Insofern könnte die Einbeziehung von Vertretern anderer Ethnien in das zentrale Ministerkollegium ein symbolischer Akt sein. Dauerhafte Vertrauensbildung aber kann nur im Prozess gemeinsamer Arbeit an unionsweiten Projekten gelingen wie z. B. Drogenbekämpfung, Unterbindung von Menschenhandel und Schmuggel, Reduzierung der Armut, Erhöhung des Bildungsniveaus, notwendig sind auch Regelwerke zur Nutzung der Naturreichtümer.

Einen groben Rahmen für die örtliche Selbstbestimmtheit kann die Verfassung liefern, wenn sie durch Durchführungsbestimmungen, ggf. auch Verfassungsänderungen präzisiert wird. Dass kürzlich die Zentralregierung auf die langjährige Forderung eingegangen ist, mit dem United Nationalities Federal Council UNFC<sup>5</sup>, in dem sich 12 Gruppen verbündet haben, zu verhandeln statt mit den einzelnen, kann einen Fortschritt bedeuten. Nicht mehr angeheizt durch ausländische Interessengruppen kann tatsächlich eine Chance für Frieden entstehen. (Die Konfliktzone Rakhine ist hier ausgeklammert, da dort noch andere Dimensionen wirken.)

Weniger im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen die stillen Veränderungen, doch scheinen gerade sie mir wichtig für die Nachhaltigkeit:

So die Staatsgewalt: Beendet ist ihre Konzentration an nur einer Stelle – im Militärat, konkret in der Person des Generalissimus Than Shwe. Jetzt ist eine Verfassung Grundlage allen staatlichen Handelns. So viele Schwachstellen sie auch enthält – sie ist ein Fortschritt. Nach einem langen komplizierten Entstehungsprozess im Mai 2008 durch eine

umstrittene Volksbefragung ratifiziert, trat sie Anfang 2011 mit der ersten Sitzung der Parlamente in Kraft. Sie schreibt die formalen Elemente parlamentarischer Demokratie fest: Legislative, Exekutive und Judikative als getrennte Säulen und eine Struktur für Dezentralisierung, indem erstmals Legislativen auf regionaler Ebene geschaffen sind. Sie ist ein Spagat: Nur so viel Befugnis delegieren, dass die Kontrolle über die Prozesse bei der Zentrale bleibt. Oberstes Organ ist das Unionsparlament, bestehend aus der Volkskammer (440 Abgeordnete, davon 330 gewählt nach Kreisen plus 110 Militärs), oft als Unterhaus bezeichnet, und der Nationalitätenkammer, nicht ganz zutreffend Oberhaus genannt, (224 Abgeordnete, d. h. 12 pro Region bzw. Unionsstaat gewählt plus 56 Militärs). Eine viel kritisierte Besonderheit ist, dass in allen Legislativen ein Viertel der Sitze für vom Oberkommandierenden der Streitkräfte zu ernennende Delegierte reserviert ist. Sie sind als stabilisierender Faktor gedacht und nach Aussagen führender Militärs überflüssig, wenn keine Gefahr der Destabilisierung mehr besteht. Entgegen den Erwartungen sind diese Delegierten bisher nicht als befehlssteuerter Block in Erscheinung getreten, sondern verhalten sich bei Abstimmungen und Diskussionen meist individuell. Die Listen wurden in der Regierungszeitung veröffentlicht. Vorwiegend sind es mittlere Offiziere, meist Majore. Zu denken gibt der häufige personelle Austausch.

Bei der Exekutive hat offenbar das amerikanische System Pate gestanden, ohne voll kopiert zu werden: Regierungschef und zugleich Oberhaupt des Staates ist der Präsident mit weitreichenden Vollmachten. Er und seine zwei Stellvertreter werden von den Abgeordneten gewählt (1 Volkskammer, 1 Nationalitätenkammer, 1 Militär). Sie können nicht abgewählt oder durch Misstrauensantrag gestürzt, sondern nur im Falle schwerer Verfehlungen durch das Parlament des Amtes enthoben werden. Zu den persönlichen Qualifikationen des Präsidenten gehört, dass er mit den politischen, wirtschaftlichen, administrativen und militärischen Verhältnissen des Landes vertraut sein, also nicht, wie oft fehlinterpretiert, selbst Militär gewesen sein muss. Der Präsident steht dem Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrat vor, von dessen 11 Mitgliedern 5 Militärs sind. Drei Ministerien sind grundsätzlich durch die Streitkräfte zu besetzen: Verteidigung, Inneres, Grenzgebiete. Das Präsidialsystem, wie es hier angewandt wird, scheint dem traditionellen Regierungsverständnis entgegengekommen: pyramidenförmig mit einer starken befugnisreichen Persönlichkeit an der Spitze, wie es schon Aung San vorschwebte. Das mag in der Anfangsphase nützlich sein, begünstigt aber auf Dauer den Zentralismus, wie er von jeher herrscht.

Beispiel: Der Präsident wählt die Minister aus und beruft sie nach Billigung durch das Unionsparlament, das aber nur im Falle nachweislicher Inkompetenz das Recht hat, den Vorschlag abzulehnen. Als jetzt der Chef der Luftstreitkräfte – ein General – zum Minister für Telekommunikation (eine zivile Position, deshalb wurde er mit der Ernennung automatisch Zivilist) berufen wurde, konnten Gegenmeinungen im Parlament u. a. deshalb nicht zum Tragen kommen, weil nicht ausreichend informiert worden war. Dass vor einem halben Jahr im Präsidialamt mit Billigung des Parlaments vier neue Ministerposten eingerichtet wurden, mag in der gegenwärtigen Situation der Stärkung des Präsidenten zur Verwirklichung der Reformvorhaben dienen, birgt aber die große Gefahr neuer Machtkonzentration außerhalb parlamentari-



scher Kontrolle in sich. Bedenklich sind Eingriffe in regionale Angelegenheiten, wie unlängst in der Region Ayeyawady (Deltagebiet) geschehen: Der einstimmig gewählte und von der Bevölkerung geachtete Landtagspräsident wurde vom Unionspräsidenten zum zentralen Religionsminister berufen, ohne dass der Landtag Einspruch geltend machen konnte. Seine eigene Bitte, ihn in der Funktion des Landtagspräsidenten zu belassen, und Protestaktionen bewirkten nichts. In einer Sondersitzung wurde dann im Landtag die Nachfolge durchgezogen – ohne weitere Kandidaten und ohne Diskussion. Alte Gewohnheiten sind zählebig, hier die Übermacht der zentralen Exekutive.

Zugleich gibt es hoffnungsvolle Entwicklungen in der Legislative. Zunächst für Potjomkinsche Dörfer gehalten und in der ersten Sitzungsperiode als „15-Minuten-Parlament“ verspottet, haben sich die beiden Kammern in der Folgezeit als arbeitende Körperschaften mit zunehmender Kompetenz bewiesen. Eine völlig neue Erfahrung war, dass die Exekutive, d. h. die Minister, den Abgeordneten Rede und Antwort stehen muss. Oft ging es besonders am Anfang um Fragen eher örtlichen Charakters – warum eine Straße nicht geteert wurde, ob eine Schule auf dem Land aufgewertet werden kann, Ufer befestigt, kleine Brücken repariert werden, auch ein Ausdruck der bisher nur zentralistischen Erfahrungen. Zunehmend aber kamen auch unionsweite Probleme zur Sprache z. B. nach der Reformierung des Bildungswesens, Herstellung des inneren Friedens, Bekämpfung der Korruption, Landbesitz u. a. Sozusagen freigeschwommen hat sich die Volkskammer in der 3. Sitzungsperiode Anfang 2012, in der erstmals in der Geschichte Myanmars das Budget öffentlich verhandelt wurde. Eine höchst ungewohnte Situation für die Minister: Sie mussten ihren Finanzplan den Abgeordneten offenlegen und hinnehmen, dass sie kritisiert und Mittel gekürzt wurden. Die Streichungen betrafen vor allem ehrgeizige Projekte, deren Nutzen nicht absehbar war, und erfolgten zugunsten der Aufstockung der Ausgaben für Bildung und Gesundheit auf das Drei- bzw. Vierfache, wenn auch von sehr niedrigem Niveau aus.

In der derzeitigen 6. Sitzungsperiode geht es wieder um das Budget, und die Stimmen, die für die Wünsche des Volkes als maßgebliches Kriterium der Planung sprechen, sind lauter und bestimmter als zuvor. Der Minister für Planung und Wirtschaftsentwicklung hat zugesagt, die Posten überprüfen zu lassen. Eine Debatte gab es z. B. über den Kostenplan des Verteidigungsministeriums, der zwar ein Fünftel weniger vorsieht als im vergangenen Jahr, aber immerhin noch 20 Prozent des Gesamthaushalts. Eingefordert haben die Abgeordneten vor allem mehr Transparenz der geplanten Ausgaben. Im Bereich des Gesundheitswesens haben die Abgeordneten den Bau weiterer Krankenhäuser in NayPyi-Taw abgelehnt mit der Maßgabe, dass zuerst die Auslastung der vorhandenen zu prüfen und die Ausstattung besonders ländlicher Medizinstützpunkte und Krankenhäuser mit Personal und Medikamenten sicherzustellen ist.

Die 3. Sitzungsperiode offenbarte auch den latenten Konflikt zwischen der langjährig etablierten Exekutive mit ihren Ämtern und Besoldungen und den Abgeordneten der jungen Legislative, die sich, obwohl höchstes Organ, keiner institutionellen Unterstützung erfreuen – keine Finanzierung von Hilfsmitteln und -kräften. Ihnen stehen bestenfalls externe ehrenamtliche Berater zur Seite. Konkret entflammte der Streit auf zwei Problemfeldern: Erhöhung der Gehälter im

öffentlichen Dienst, um der Korruption das Wasser abzugraben, und Amtsenthebung des Verfassungsgerichts, das in der Geschichte Myanmars erstmals existiert. Im ersten Fall blieb es bei dem Plan der Regierung, nur die Gehälter der Angestellten in Gebieten mit schwierigen Lebensbedingungen spürbar zu erhöhen, im zweiten Fall aber siegten die Abgeordneten. Streitpunkt war, dass das Verfassungsgericht auf Anfrage des Präsidenten beschieden hatte, die Parlamentsausschüsse sollten nicht zu den unionsweiten Gremien gehören, denen in der Verfassung weitreichende Kompetenzen mit finanziellen Vorteilen zugeordnet sind. Nach Einschätzung der International Crisis Group wurde der Zorn der Abgeordneten von der Diskriminierung gespeist, die in der unzureichenden materiellen Sicherstellung und in der Art und Weise, wie ihnen das Verdikt des Verfassungsgerichtes mitgeteilt wurde, zum Ausdruck kam.<sup>6</sup> Angesichts der großen Mehrheit im Parlament für die Amtsenthebung trat das Verfassungsgericht geschlossen zurück, und eine Novelle entsprechender Gesetze im Parlament wies den Ausschüssen entgegen dem Einspruch des Präsidenten unionsweiten Status zu. Über die praktischen Konsequenzen ist mir nichts bekannt; ein neues Verfassungsgericht ist jetzt vereidigt worden.

Bemerkenswert an der Parlamentsarbeit ist, dass sie parteiunabhängig erfolgt. Das ist auch dadurch bedingt, dass bei den Zahlenverhältnissen eine Fraktionsbildung nicht effektiv ist – über 70 Prozent der gewählten Sitze gehören der USDP, der Rest verteilt sich auf 15 Parteien. Vor allem aber zählt hier das Verständnis, dass die Abgeordneten nicht als Vertreter ihrer Partei, sondern ihrer Wähler – als Stimme des Volkes – im Parlament sind. Deshalb wird bei der Berichterstattung stets der Wahlkreis genannt, nie die Partei. Aus verschiedenen Quellen lässt sich folgern, dass die meisten Anträge und Anfragen von den Abgeordneten der kleinen, als demokratisch bezeichneten Parteien kommen, von USDP-Mitgliedern und sogar Militärs oft unterstützt. Das bestätigt Erwartungen, dass die kleinen Parteien trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit etwas ausrichten können. Dieses problembezogene Zusammenwirken berichtet auch die NLD-Abgeordnete im Landtag Ayeyawady: Sie hat gut mit dem bisherigen Präsidenten zusammenarbeiten können, der ein ehemaliger Armeeoffizier und Mitglied der USDP ist, da er volksnah um Problemlösungen kämpft. Viele der USDP-Mitglieder, die die Masse der Landtagsabgeordneten bilden, sind zur Zusammenarbeit bereit, wagen sie aber nicht aus Furcht vor der Obrigkeit. Der Ministerpräsident, auch USDP, hingegen sei ein alter Kader und in Korruptionsfälle verstrickt – ein Beispiel dafür, dass die Fronten nicht zwischen zivil und militär oder den Parteien verlaufen, sondern quer durch alle Lager.

Bei der Lösung der gewaltigen Aufgabe, den Gesetzesdschungel zu bereinigen und notwendige neue Gesetze zu erlassen, haben die Abgeordneten schon wichtige Entscheidungen getroffen, z. B. Peaceful Assembly and Procession Law (12/2011), Labour Organization Law (03/2012), Farmland Act (03/2012). Oft wird dabei das Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit von mehr Handlungsfreiheit und der Sorge vor Destabilisierung spürbar, die auch in dem schrittweisen Vorgehen zum Ausdruck kommt. So war das Gesetz über Versammlungsfreiheit bahnbrechend, wenn auch mit Einschränkungen durch Festlegungen zu Anmeldung, Durchführungsart usw., besonders aber durch die



mögliche Willkür der Entscheidung. Auf der anderen Seite beschließen die Antragsteller bei Ablehnung eben, die Maßnahme trotzdem durchzuführen. So geschehen betreffs der Aktionen für Frieden im Kachin-Staat, nicht zugelassen durch die Behörden mit der Begründung, dass der innerstädtische Verkehr behindert würde, trotzdem realisiert und dann durch gesetzlich begründete Strafmaßnahmen bedroht. Das sind Lernprozesse.

Sehr viel Diskussion gibt es um das neue Investitionsgesetz, das im September 2012 vom Unionsparlament gebilligt wurde, aber noch nicht in Kraft ist. Ausländische Investoren zu gewinnen war eins der treibenden Motive zur Reform, um die Wirtschaft voranzubringen. Das 1988 erlassene Gesetz für Auslandsinvestitionen galt damals als eines der besten, kam allerdings wegen der Sanktionen nicht zum Tragen. Jetzt sind weitreichendere Anreize für Investoren verankert, doch die Geister scheiden sich an der Frage, ob damit Tür und Tor für die „feindliche Übernahme“ der myanma Wirtschaft durch ausländische Unternehmen geöffnet wird, eine Sorge, die von Anfang an die Außenpolitik Myanmars beeinflusst hat. Der Militärrat nach 1988 hatte das in seinen ökonomischen Zielen klar formuliert: Privatkapital aus dem Ausland einwerben, aber die Initiative muss im Land bleiben. Die Crux ist, die Investitionen so zu lenken, dass sie zugleich der Lösung von Schwerpunktaufgaben dienen. Jetzt steht noch immer die extraktive Industrie im Vordergrund – Erdöl, Erdgas, seltene Metalle, Edelsteine. Der Ausverkauf des Landes bleibt eine große Gefahr. Sie geht nicht nur von ausländischen Firmen aus, sondern auch von den inländischen reichen Geschäftsleuten, den sogenannten „Cronies“, die sich nicht minder skrupellos die Filetstücke aneignen. Ihre Kooperation mit Firmen besonders aus asiatischen Ländern, namentlich China, Vietnam, Japan, Thailand, könnte verhängnisvoll werden. Dass sie die Mittel dafür haben, danken sie nicht zuletzt auch der Sanktionspolitik, die die Herrschenden bestärkte, Pfründe nur „loyalen“ Personen zukommen zu lassen, um die Herausbildung von ihnen unabhängiger Machtzentren zu unterbinden und natürlich auch sich selbst ein „Auskommen“ zu sichern.

Ein wesentlicher Faktor für dauerhaften Wandel ist der Rückhalt der Regierung im Volk, jetzt noch beeinträchtigt durch das Erbe. Vertrauen in die Regierung hängt davon ab, wie es ihr gelingt zu beweisen, dass sie zum Wohle des Landes und seiner Bevölkerung arbeitet. Die Einstellung des von der Firma China Power Investment Corporation betriebenen Staudammprojektes Myitson<sup>7</sup>, mit der Präsident U Thein Sein am 30. September 2011 der breiten Protestbewegung Rechnung trug, hat der Öffentlichkeit seine Bereitschaft gezeigt, den Volkswillen zu respektieren. Es ist ein schier unlösbarer Konflikt: Einerseits ist die ausreichende Versorgung mit Elektroenergie ein wesentlicher Faktor für die Akzeptanz der Regierung durch das Volk und unerlässliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung, andererseits führen die damit verbundenen Eingriffe in Umwelt und Lebensgrundlagen zu Auseinandersetzungen, mitunter auch bewaffnet ausgeglichen.

Schon in seiner Rede vor den Regierungsmitgliedern bei Amtsantritt am 30. März 2011 hatte U Thein Sein saubere Regierung, demokratische Arbeitsweisen und Effektivität angemahnt. Aus Sicht des Volkes allerdings hat sich in der Verwaltung noch nicht viel geändert. Wohl um dem abzuhelfen, wurde jetzt eine Regierungskommission geschaffen, die seit

dem 25. Februar 2013 auf lokaler Ebene die Tätigkeit des öffentlichen Dienstes überprüft und die Bevölkerung zur Mitarbeit aufgerufen hat.

Unter den Schwerpunkten der Regierungspolitik nimmt die Verbesserung der Lebensbedingungen der einfachen Leute einen vorderen Platz ein: Bereits zwei Monate nach Regierungsantritt fand unter der Leitung des Präsidenten ein Workshop zur ländlichen Entwicklung statt, in dem erstmals die Armutsreduzierung als vorrangige staatliche Aufgabe definiert wurde; früher durfte man gegenüber offiziellen Stellen das Wort „Armut“ gar nicht in den Mund nehmen – es war ehrenrührig. Aus ihm ist eine Reihe von Programmen hervorgegangen, die vor allem auf die Erschließung von Einkommensquellen orientieren. Zur Unterstützung ihrer Umsetzung sind jetzt Komitees auf Kreis- und Gemeindeebene geschaffen worden. Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und im Zusammenhang damit die Qualifizierung des Bildungswesens als Quelle der jetzt noch zu dünn gesäten „menschlichen Ressourcen“ wurden vom Präsidenten wiederholt als Kernaufgaben benannt und auch von Aung San Suu Kyi gefordert.

Das Gesetz über landwirtschaftliche Nutzflächen, das am 30. März 2012 in Kraft trat, ist ein Schritt zur dringend notwendigen Schaffung eines zuverlässigen Systems der Landrechte, da es die Registrierung des bearbeiteten Landes als Besitz sowie Verfügungsrechte vorsieht, wenn auch noch Änderungen nötig sind, um die Gefahr großräumiger Aneignung durch in- und ausländische Unternehmen zu bannen. Das „Landraffen“ ist ein zentrales Problem der ländlichen Bevölkerung, teils ererbt aus der Vergangenheit und derzeit häufiger Grund von Protestaktionen. Meist wird der Rechtsweg benutzt, um Entschädigung zu erzielen, aber in jüngster Zeit sind auch gewaltsame Aktionen aufgetreten. Die Regierung versucht, mit Hilfe einer im Juli 2012 gebildeten Kommission des Parlaments die tatsächlichen Sachlagen zu klären. In diesen Konflikten werden Probleme sichtbar, die den Reformprozess gefährden: der Expansionsdrang und die Profitinteressen großer kapitalkräftiger Wirtschaftsunternehmen. Aung San schwebte ein starker Staat vor, der den Reichtum des Landes im Interesse des Volkes verwaltet und durch weitgehende Kontrolle individuelles eigennütziges Wirtschaften unterbindet.<sup>8</sup> Gegenwärtig hat es den Anschein, dass die Regierung noch kein Konzept hat, um den weltweiten „Run“ auf Myanmar zum Wohle der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes wirksam zu lenken. Neoliberale Privatisierung, wie jetzt vielfach empfohlen, ist wohl nicht das Allheilmittel.

Was seit zwei Jahren in Myanmar vor sich geht, ist kein arabischer Frühling und keine orangene Revolution, es ist auch keine Metamorphose einer Diktatur zur Demokratie. Es ist „nur“ ein Aufbruch, der möglicherweise in kein politikwissenschaftliches Modell passt. Der Prozess ist sehr kompliziert und widersprüchlich, auch, weil das Alte nicht gelöscht ist, sondern im Voranschreiten ständig überwunden werden muss. Neben engagierten Kämpfern für Fortschritt versuchen viele „Altkader“ ihre Pfründe zu retten und alles zu belassen wie gehabt. Es ist keine Revolution der unterdrückten Massen, sondern eine angesichts unvermeidlicher Notwendigkeiten von oben eingeleitete Reform. Gerade deshalb finde ich so wichtig, dass die Betroffenen an der Basis begonnen haben, sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren und zu diesem Zweck zu organisieren. Es begann mit Streiks bei thailändischen und chinesischen Firmen für mehr Lohn und



bessere Arbeitsbedingungen, ermutigt durch das Gesetz über Arbeitskonflikte und ihre Regelung. Die Protestbewegung gegen die Konfiszierung von Land nimmt an Umfang und Kraft zu. So strengen derzeit 48 Einwohner von Salingyi in der Region Sagaing einen Prozess gegen die mächtige Union of Myanmar Economic Holding Ltd. (UMEHL)<sup>9</sup> an, weil sie sich bei der Übernahme ihres Reislandes übervorteilt fühlen. Meist geht es nicht um Rückgabe, sondern um höhere Entschädigung.

Exemplarisch für die Art der Konflikte und die daraus erwachsenden Probleme ist der Protest gegen die Kupfermine am Letpadaun-Berg westlich von Mon-ywa in Obermyanmar, der sich seit Mitte 2012 entwickelt: Auf der einen Seite steht die chinesische Firma Wan Bao, ein Subunternehmen der China North Industries Corporation (Norinco), die in Kooperation mit der UMEHL seit 2010 das in den 1980er Jahren begonnene Mon-ywa Copper Mine Project betreibt, zu dem auch die Lagerstätte Letpadaun gehört. Auf der anderen Seite stehen Bauern aus 26 Dörfern, deren Land für dieses Projekt in Anspruch genommen wurde mit einer Entschädigung von 644 US-Dollar pro acre, wobei ihnen nicht klar war, dass sie es auf Dauer verlieren. Zu ihren Verlusten gehören auch Klöster und Stupas. Ihre Forderung nach Schließung der Mine untermauerten sie mit der Blockierung der Zugänge zum Betriebsgelände. Um dem Verlangen der chinesischen Seite nach Gewährleistung der Produktionstätigkeit zu entsprechen, wurden die Lager am 29. November gewaltsam aufgelöst, wobei es zu einer beträchtlichen Anzahl von Verletzten durch Verbrennungen kam. Wenn die Regierung „auf die Stimme des Volkes hört“, wie ihr Vorsatz ist, der Forderung der Bauern nachkommt und die Mine schließt, ist es ein Vertragsbruch und kann Kompensation in Milliardenhöhe an Dollars nach sich ziehen, ganz zu schweigen vom Vertrauensverlust bei potentiellen Investoren. Darauf hat auch Daw Aung San Suu Kyi in ihrer Rede vor den Einwohnern des betroffenen Ortes unmittelbar nach dem Crackdown hingewiesen. Wenn die Regierung das nicht tut, verliert sie viel Kredit bei der Bevölkerung, den sie dringend für die Reformagenda braucht. Die von Präsident U Thein Sein berufene Untersuchungskommission unter Leitung von Daw Suu Kyi steht vor der schweren Aufgabe, bei ihrer Suche nach rechtsstaatlichen Lösungen zugleich Gerechtigkeit zu finden, d. h. den Interessen beider Seiten angemessene Rechnung zu tragen. Das ist wohl der Grund, warum der für 31. Januar 2013 angekündigte Bericht noch immer nicht vorliegt und auch Zwischenergebnisse nicht veröffentlicht wurden. Das ist nur ein Beispiel. Ähnliche Situationen können bei all den Großprojekten mit in- und ausländischen Wirtschaftskräften entstehen, die im Gange und noch vorgesehen sind: die Staudammprojekte am Ayeyawady und Thanlwin, die Wirtschaftszonen Dawae und Thilawa, die Gas- und Erdölleitung diagonal durch Myanmar von Kyaukhpyu ins chinesische Kunming und viele andere.

Für wirklichen dauerhaften Wandel sind die Mobilisierung breiter Kreise der Bevölkerung und ihre Befähigung zur aktiven Mitwirkung eine entscheidende Bedingung. In hiesigen Medien stellt es sich so dar, als ob die NLD die einzige oder wenigstens die entscheidende politische Kraft ist, die das vermag. Aber ihre Ausstrahlung basiert vor allem auf der Popularität von Aung San Suu Kyi. Nach eigenen Angaben zählt sie heute 1,2 Millionen Mitglieder. Innerlich ist sie jedoch zerrissen; erst kürzlich sind ca. 500 Mitglieder im Delta

aus Unzufriedenheit mit dem innerparteilichen Zentralismus ausgeschieden. Eine unionsweite Konferenz Anfang März soll die Umgestaltung zu einer basisorientierten Partei bewirken, aber schon die undemokratische Auswahl der Delegierten hat massive Proteste in mehreren Städten ausgelöst. Parteibüros kann man überall sehen, inwieweit sie die Bevölkerung zu organisieren vermögen, ist abhängig von den konkreten Persönlichkeiten. Problematisch ist das Verhältnis zu anderen Kräften, da die NLD einen Führungsanspruch erhebt und die anderen marginalisiert, wie die Nachwahlen vom April 2012 zeigten: Fast kein Kandidat einer anderen Partei kam auch nur in die Nähe eines Mandats. Besonders ablehnend steht sie Parteien gegenüber, die sich an den Wahlen 2010 beteiligt haben, in Missachtung der Tatsache, dass die Abgeordneten dieser Parteien im Parlament sehr wirksam sind.

Basisarbeit leistet eine zwar kleine, aber einflussreiche Gruppe: die 88 Generation Students, jetzt Damen und Herren um die 50. Die meisten haben lange Gefängnisstrafen hinter sich, zuletzt, weil sie im August 2007 die ersten waren, die den Unmut über die Erhöhung der Treibstoffpreise zu Protestdemonstrationen nutzten, die später in den Mönchs demonstrationen gipfelten. Ihr Ziel ist, die breite Bevölkerung für ihre Rechte zu mobilisieren, und sie praktizieren es, indem sie vor Ort Aufklärung leisten. Ihr Prinzip ist kollektive Führerschaft. Ob sie eine Partei werden und sich an Wahlen beteiligen wollen, ist noch offen.

Insgesamt gibt es inzwischen über 50 politische Parteien. Über ihre Basisarbeit gibt es kaum Informationen, gelesen habe ich lediglich, dass die 2011 zugelassene Farmers Development Party zusammen mit der Myanmar Farmers and Agricultural Labourers Association in den Aktionen zur Aufdeckung von Landraub engagiert ist.

Zivilgesellschaftliche Gruppen gab es schon vor 2011, aber beschränkt auf soziale Belange. Jetzt sind sie offiziell als eine treibende Kraft der Transition anerkannt, und zwar im Rahmen der „neuen politischen Kultur“, die die Lösung der Probleme durch Beratung und Dialog betreibt, wie der Präsident in seiner Rede vor kommunalen Gruppen am 20. Januar betonte. Dadurch haben sich ihre Aktionsräume beträchtlich erweitert. Wie sie an der Basis genutzt werden, bleibt zu erkunden. Bekannt sind Aktivitäten zentraler NGOs wie des Myanmar Peace Center.

Der Weg ist lang und von vielen Gefahren bedroht – das traditionelle Verständnis von Macht als unteilbar, das in allen Lagern herrscht, Rückfall in alte Muster, enger Ethnonationalismus bei allen Beteiligten, Begehrlichkeiten in- und ausländischer Geschäftemacher, ungeeignete Konzepte selbst wohlmeinender Ratgeber, Illusionen und Unerfahrenheit, Sorge bei denen, die die Reformen eingeleitet haben, dass ihnen die Kontrolle entgleitet und das Land destabilisiert wird, Angst vor dem Verlust der Selbstbestimmtheit und Unabhängigkeit der Union. Das kann den Aufbruch bremsen, aber nicht mehr umkehren, die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre haben tiefe Spuren hinterlassen.

Deshalb scheint mir die Hoffnung realistisch, dass die Völker Myanmars letztendlich in Pyidawtha ankommen, dem Land, in dem sich gut leben lässt.

#### Anmerkung

- 1 Am 26.3.2010 aus der Union Solidarity and Development Association gegründet, die 1993 als zivile Massenorganisation zur Unterstützung des Konzepts des Militärrats geschaffen worden war und deren er-



wachsene Mitglieder vorwiegend Angehörige des zivilen und militärischen öffentlichen Dienstes waren, denen sonst Mitgliedschaft in politischen Parteien verboten war. Keine Information über den Verbleib der jugendlichen Mitglieder. Vorsitzender wurde der damalige Premier U Thein Sein.

- 2 Auf das Anfügen einer deutschen Endung wie in „myanmarisch“ wird verzichtet, um dem Wort besser gerecht zu werden, denn das „r“ existiert nicht und dient in der Umschrift lediglich zur Anzeige eines langen „a“. Dasselbe gilt für die ethnische Bezeichnung: Myanma für die Bürger des Landes statt Myanmare oder gar Myanmarese, Bama für die ethnische Mehrheit (früher Burmese-Birmane-Burmane usw.).
- 3 Haarsträubend übrigens, was er in diesem Zusammenhang über die Rolle der USA im asiatischen Raum sagte: „Von der Bombardierung Darwins bis zur Befreiung der Pazifischen Inseln, von den Reisfeldern Südostasiens bis zur kalten koreanischen Halbinsel haben Generationen von Amerikanern gedient und sind hier gestorben – so konnten Demokratien Wurzeln schlagen, so konnten Wirtschaftswunder Millionen Menschen Wohlstand bringen.“ Übersetzt aus: The White House, Office of the Press Secretary, November 17th, 2011.
- 4 D. h., die Klausel in der Verfassung geändert ist, dass der Präsident kein Verwandter 1. Grades ausländischer Staatsbürger bzw. einer anderen Macht verpflichtet sein darf. Siehe Constitution of the Republic of the Union of Myanmar (2008), § 59f.
- 5 Sekretär: Nai Hongsa (Generalsekretär der NMSP); Mitglieder: Karen National Union (KNU), New Mon State Party (NMSMP), Kachin Independence Organization (KIO), KNPP (Karenni National Progressive Party), Chin National Front (CNF), Shan State Progress Party (SSPP), Arakan National Council (ANC), PaO National Liberation Organization (PNLO), Palaung State Liberation Front (PSLF), Wa National Organization (WNO).
- 6 International Crisis Group, Myanmar: Storm Clouds on the Horizon. Asia Report N°238, 12 November 2012, p. 9 – 10.
- 7 Myitson = Zusammenfluss: Vereinigung der Quellflüsse Maykha und Malikha zum Ayeyawady im Kachin-Staat. Bei Fertigstellung des Staudamms wäre nicht nur ein Gebiet von ca. der Fläche New Yorks mit Dörfern, Plantagen, Feldern überflutet, sondern es hätte auch negative Auswirkungen auf Ökologie, Wirtschaft und Schifffahrt bis ins Delta hinein gegeben.
- 8 Nach Susanne Prager (1998), Nationalismus als kulturelle Reproduktion. Aung San und die Entstehung des postkolonialen Birma. Unveröffentlichte Inauguraldissertation, Heidelberg, S. 322.
- 9 UMEHL ist ein Joint Venture von Staat und Privatunternehmen, das 1990 zur Sicherung von Ruhestandseinkommen von Armeeveteranen geschaffen wurde, später seine Geschäftstätigkeit auf alle wichtigen Bereiche der Volkswirtschaft ausdehnte und den Markt auf vielen Gebieten beeinflusst. 1999 gehörten fast 50 Joint Ventures mit ausländischen Firmen dazu. Der Boykott hat seine Macht nicht gebrochen. Vgl. Maung Aung Myoe (2009), Building the Tatmadaw. Myanmar Armed Forces since 1948. ISEAS Singapore.

Die hier verwendeten Informationen wurden aus folgenden Materialien gewonnen und durch eigene Erfahrungen ergänzt:

- Berichte der International Crisis Group
- Regierungsamtliche Tageszeitungen
- The Myanmar Times
- Weekly Eleven News
- The Irrawaddy

## Geschichte

### Vergesst niemals die Leistung der Roten Armee und der sowjetischen Menschen bei der Zerschlagung der faschistischen Gefahr

*Erklärung der FIR zum 70. Jahrestag des Sieges in der Schlacht von Stalingrad, 22. Januar 2013*

Am 27. Januar wird weltweit der Befreiung des faschistischen Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee 1945 gedacht. In diesem Jahr erinnert die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten an ein weiteres Datum: Am 2. Februar 2013 jährt sich zum 70. Mal der welthistorische Sieg der Roten Armee bei Stalingrad. An diesem Tag kapitulierten die deutsche 6. Armee unter Generalfeldmarschall Paulus und ihre Verbündeten vor den Verbänden der 62. und 64. Roten Armee unter General Tschuikow. Dieser Sieg war ohne Zweifel die militärische Wende im Zweiten Weltkrieg.

Der vom deutschen Faschismus angezettelte imperialistische Krieg zielte von Anfang an auf Mord, Totschlag, Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung. Coventry, Rotterdam, Warschau und Belgrad sind die Symbole des Luftterrors, den die Wehrmacht über die Städte Europas trug. Auschwitz, Buchenwald, Majdanek, Sobibor haben sich in die Erinnerung der Menschheit eingegraben als Orte, an denen die Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus stattfand. Babi Jar, Oradour, Lidice sind Stätten des faschistischen Mordens, die keiner Erklärung bedürfen.

Die Schlacht von Stalingrad stellte hingegen den historischen Wendepunkt im Kampf der Anti-Hitler-Koalition mit dem expansionistischen Anspruch des deutschen Faschismus dar. Militärisch wurde hier zum ersten Mal der faschistische Vormarsch gestoppt und der „unbesiegbaren“ Wehrmacht eine vernichtende Niederlage beigebracht.

Für die Widerstandsbewegung in allen okkupierten Ländern und in Deutschland symbolisierte die Schlacht von Stalingrad die kommende Niederlage des Faschismus. Die Frauen und Männer im Widerstand zogen daraus Kraft, Motivation und Optimismus für die Fortführung ihres antifaschistischen Kampfes.

Die Schlacht von Stalingrad wurde dank der Standhaftigkeit und des Heldenmuts der sowjetischen Truppen und der Bevölkerung gewonnen. Wir erinnern an die Toten und gedenken all derjenigen, die sich mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit für die Befreiung ihres Landes von der faschistischen Okkupation und die Zerschlagung der faschistischen Bestie eingesetzt haben. In der Stadt Wolgograd erinnern heute mehr als 200 Orte an diese Geschichte. Die FIR grüßt die Einwohner der Stadt und dankt ihnen für die Bewahrung des Andenkens.

Für alle antifaschistischen Organisationen bleibt der Sieg von Stalingrad ein Gedenktag. Wir verbinden unseren Dank an die Kämpfer mit dem Versprechen, diese Erinnerung an die heutigen Generationen weiterzugeben.



## Schlacht von Stalingrad „Keinen Schritt zurück!“

*Neue Dokumente schildern die Schlacht um Stalingrad vor 70 Jahren erstmals aus sowjetischer Sicht. Ein Gespräch mit dem Historiker Jochen Hellbeck.*

**Anmerkung der Redaktion:** Hier sollte das gesamte Gespräch folgen. Da dies aus Copyright-Gründen nicht möglich ist, empfehlen wir die Lektüre unter folgendem Link: [www.zeit.de/2012/47/Stalingrad-Jochen-Hellbeck](http://www.zeit.de/2012/47/Stalingrad-Jochen-Hellbeck)

## Deutschland und China: Vielspurige Geschichte und unklare Zukunft

*Von Wolfram Adolphi, Politikwissenschaftler; derzeit Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (LINKE); aus: Raimund Krämer/Yu-ru Lian (Hrsg.): „Verstehen und Gestalten“ Texte zu den deutsch-chinesischen Beziehungen, Potsdam 2012*

Es sieht alles sehr schön aus. Die Website der Botschaft der Volksrepublik China spiegelt, was im Jahre 2012 offizielle deutsche Politik ist: „40 Jahre Deutsch-chinesische Beziehungen“, „Deutschland und China – 40 Jahre diplomatische Beziehungen“ und „De Zhong jian jiao sishi zhou nian“. Aber das Schöne wirft Fragen auf. Warum nur vierzig Jahre? Die Volksrepublik China ist 63 Jahre alt. Was war vorher? Wo war Deutschland 1949?

### Welches Deutschland?

Dass man diese Fragen überhaupt aufwerfen muss, gründet sich in der verwirrenden Unentschlossenheit, mit der das seit 1990 vereinigte Deutschland mit seinem Erbe umgeht. Oder deutlicher: Die Unfähigkeit des offiziellen Deutschland, die deutsch-chinesischen Beziehungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in ihrer Gesamtheit zu würdigen, ist konzentrierter Ausdruck seiner allgemeinen Unfähigkeit, die Deutsche Demokratische Republik als Teil ihres Erbes anzuerkennen. Sie ist die Fortschreibung des Alleinvertretungsanspruchs der alten Bundesrepublik Deutschland und somit die Fortschreibung eines wichtigen Prinzips des Kalten Krieges. Dass dies zu einer bedeutsamen Verarmung der heutigen deutschen Außenpolitik geführt hat und weiter führt, ist schon auf verschiedenen Potsdamer Kolloquia – etwa zu den deutsch-polnischen Beziehungen oder zur deutschen Nahostpolitik – herausgearbeitet worden. Mit den deutsch-chinesischen Beziehungen klärt sich das Bild um ein Weiteres. Vierzig Jahre diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China: In solchem Verständnis spielt der Epochenbruch des Jahres 1990 offensichtlich keine Rolle. Die Wiedervereinigung ist dann nicht die Entstehung eines neuen Staates, sondern eine Fußnote in der Geschichte eines fortdauernden. Das Hinzukommen der DDR erscheint als ein Beitritt wie weiland der des Saarlandes, nicht mehr. Das ist die seltsame Auflösung eines Epochenkonflikts. Sie bewahrt freilich davor, schmerzhaft Fragen an die Vergangenheit stellen zu müssen. Zum

Beispiel die, warum die Bundesrepublik Deutschland die Volksrepublik China erst vor 40 Jahren anerkannt hat. Warum sie erst 1972 den Realitäten der Entwicklung in Ostasien und in der Welt Rechnung getragen hat. Und was vorher gewesen ist. Und wenn die Anerkennung der VR China eine so bedeutsame Angelegenheit war, dass man guten Grund sieht, sie vierzig Jahre später ordentlich zu feiern – wieso war dann der Vollzug dieses so wichtigen Schrittes durch den anderen deutschen Staat, die Deutsche Demokratische Republik, 23 Jahre zuvor, im Oktober 1949, etwas, das man heute lieber vergessen sollte?

Die deutsch-chinesischen Beziehungen waren und sind keine zentrale Achse der Weltpolitik. Sie hatten und haben auch weder im Gesamtgeflecht der jeweiligen deutschen noch der chinesischen Außenpolitik Priorität. Dennoch haben einige Entwicklungen in diesen Beziehungen weltpolitische Dimension. Zum Beispiel 1950 bis 1953. Damals sprach man in Europa und im atlantischen Raum vom „Kalten Krieg“, aber in Ostasien begann der Koreakrieg, und das war ein opferreicher und materialintensiver heißer Krieg, der zeitweilig das Potenzial in sich trug, zum Ausgangspunkt eines Dritten Weltkrieges zu werden. In diesem Krieg standen die beiden deutschen Staaten auf der je anderen Seite. Die Seite der DDR war die der VR China und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der KVDR. Das war, weil die DDR Bestandteil des sowjetischen Machtblocks war, logisch und bei Strafe ihres Untergangs alternativlos. Die Positionierung ihres Staates hat die Bevölkerung der DDR teuer bezahlt. Oft wird vergessen, dass dem Aufstand vom 17. Juni 1953 eine scharfe Erhöhung der sowjetischen Forderungen nach rüstungsrelevanten Wirtschaftsleistungen der DDR für die Sowjetunion vorausgegangen war. Bedenkt man, dass der Koreakrieg seitens der USA in Verfolg ihrer Containment-Strategie vor allem als ein Krieg gegen die als Hauptfeind apostrophierte VR China geführt wurde, so ist die Leistung der DDR sowohl in ihrer politischen Positionsnahme als auch in ihrer wirtschaftlichen Anstrengung zugunsten der die VR China unterstützenden Sowjetunion zweifellos als gewichtige Solidaritätsleistung zu werten. Die Seite der Bundesrepublik Deutschland im Koreakrieg war die andere, die der USA. In der Folgerichtigkeit ihrer Bündniseinbindung hatte die Bundesrepublik sich gegen eine Anerkennung der VR China entschieden, sah Taiwan als das eigentliche China an und unterstützte die USA auch im Koreakrieg. Ganz anders als die DDR wurde sie aber durch ihre Positionsnahme wirtschaftlich nicht geschwächt, sondern im Gegenteil enorm gestärkt. Unter den Bedingungen der nahezu unbeschränkten Zahlungsfähigkeit der USA wurde der Koreakrieg für die bundesdeutsche Wirtschaft zu einer Konjunkturspritze großen Ausmaßes, zur Initialzündung für all das, was später als „deutsches Wirtschaftswunder“ weltweit Aufmerksamkeit erregte. Im Resultat des sogenannten Korea-Booms – das heißt im Klartext: im Resultat eines Krieges gegen die VR China – wuchs die Wirtschaftsleistung von 96 Prozent des Standes von 1939 im Jahre 1950 auf 174 Prozent dieses Standes 1954. – Zwei deutsche Chinapolitiken, wie sie unterschiedlicher nicht sein können.

In den folgenden Jahren bis in den Beginn der 1960er Jahre hinein wurde die VR China für die DDR in einer bis dahin in den deutsch-chinesischen Beziehungen nicht gekannten Weise ausdrücklich Freundesland. Das spiegelte sich in allen Bereichen des Lebens: in der Bildung und Erziehung, in den



Künsten, in den Medienberichten. Die Gemeinsamkeit des Sozialismus von Magdeburg bis Beijing, Shanghai – und darüber hinaus gehend bis Pyonyang – das war für nicht wenige Menschen tatsächlich ein Lebensgefühl. Deutsche aus der DDR weilten in jener Zeit nicht nur als Diplomaten oder Außenhändler in China, sondern auch als Chemiker, Monteure, Werkseinrichter, Tierärzte oder Mechaniker und als Studenten. Schriftstellerinnen und Schriftsteller wie Anna Seghers, Bodo Uhse und andere reisten nach China und berichteten darüber. Weit verbreitete Kinderbücher wie „Das eiserne Büffelchen“ von Alex Wedding vermittelten ein Bild von China und den Chinesinnen und Chinesen, das ganz auf die Gleichheit aller Menschen, auf Freundschaft, gegenseitiges Verständnis und Solidarität gerichtet war. Bildbände dokumentierten die Ähnlichkeit der Anstrengungen bei der Gestaltung einer neuen Gesellschaft. Und es gab in diesen 1950er Jahren erstaunliche Ansätze gesellschaftspolitischer Zusammenarbeit. Der Unterrichtstag in der Produktion für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse in der DDR – ein alle zwei Wochen in den Schulrhythmus eingefügter Tag der praktischen Ausbildung in Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben mit dem Ziel der Lehre und des Kennenlernens unterschiedlicher Berufe und Produktionsbedingungen – sowie die Organisation halbstaatlicher Betriebe gingen auf chinesische Anregungen zurück. Und man lese die aus dem Jahre 1953 stammenden Betrachtungen von Anna Seghers zur Rolle der beiden Reden zur Literatur, die Mao Zedong in den 1940er Jahren in Yan'an gehalten hat, für die Entwicklung der Künste im Sozialismus, um einen Eindruck davon zu erhalten, in welcher Weise damals Momente eines tatsächlich pluralen Sozialismus aufschienen.

Dies alles endete in den 1960er Jahren, als die DDR in den Streit zwischen der Sowjetunion und China hineingezogen wurde. Für ein eigenständiges Handeln der DDR fehlten alle Voraussetzungen. Da die Bundesrepublik an ihrer an die USA gebundenen Feindseligkeit gegenüber der VR China und an ihren Beziehungen mit Taiwan festhielt, war die VR China in den 1960er Jahren mit zwei unterschiedlichen deutschen Feindseligkeiten konfrontiert: mit der der DDR und der der Bundesrepublik.

Anfang der 1970er Jahre begannen die USA umzusteuern, und in ihrem Gefolge tat es auch die Bundesrepublik. Im Oktober 1972 nahm sie diplomatische Beziehungen mit der VR China auf. Diesem Schritt voraus gegangen waren im Jahre 1971 die Einsetzung der VR China in ihre UNO-Rechte, die bis dahin von Taiwan wahrgenommen worden waren, und im Februar 1972 der Besuch des Präsidenten der USA Richard Nixon in China. 1973, ein Jahr nach der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und China, wurden beide deutsche Staaten Mitglied der UNO. Mit diesem Schritt der Anerkennung der Herrschaft der Gongchandang (der KP Chinas, KPCh) vollzog die Regierung der Bundesrepublik einen Paradigmenwechsel. Sie überschritt die bis dahin in den deutsch-chinesischen Beziehungen stets geltende Klassengrenze. 1972 war die chinesische Kulturrevolution noch immer im Gange. Sowohl von ihren Ideen wie auch von ihren wirtschaftspolitischen Grundsätzen her waren die Bundesrepublik und die VR China in dieser Zeit noch weiter voneinander entfernt als ohnehin. Aber das war kein Hindernis. Jede der beiden Seiten verfolgte ein weltpolitisches Kalkül, hinter dem alles andere zurücktrat. Aus je eigenem Interesse war beiden Seiten an einer Schwächung

der Sowjetunion gelegen, und dazu trat ein ebenso je eigenes Interesse an einem größer werdenden globalen Spielraum insgesamt. Die DDR geriet in diesem Prozess in ein nie mehr aufholbares Hintertreffen. Ihre Beziehungen zur VR China waren in der Kulturrevolution zwar nicht abgebrochen worden, lagen aber auf Eis, und eine Chance zum Herauskommen aus dieser Eiszeit eröffnete sich erst nach dem 3. ZK-Plenum der KP Chinas im Dezember 1978.

Als deren Führung ihre Konzepte der wirtschaftlichen und politischen Reform in den 1980er Jahren ausbaute und verstetigte, kam es zu einer immer „normaler“ werdenden Gleichzeitigkeit zweier ebenso immer „normaler“ werdenden deutsch-chinesischen Beziehungen. Aber die Tendenz dieser beiden Beziehungen war gegenläufig: Während die DDR im Zuge des allgemeinen Niedergangs der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten osteuropäischen Länder auch in ihren Beziehungen zur VR China keine Zukunftsperspektiven mehr zu entwickeln vermochte, gelang es der Bundesrepublik immer besser, ihre wirtschaftliche Kraft für den rasanten Aufschwung der chinesischen Wirtschaft interessant zu machen. Zugleich wurden in beachtlicher Qualität Wissenschafts- und Kulturbeziehungen entwickelt. Darüber hinaus pflegte die Bundesrepublik mit zunehmend entspannter Duldung durch die VR China ihre nun nicht mehr diplomatischen, aber auf anderer Ebene funktionierenden Beziehungen zu Taiwan.

Bevor sich am 3. Oktober 1990 mit dem Ende der DDR auch das Kapitel der Beziehungen der DDR zur VR China schloss, bildete der 4. Juni 1989 noch einmal einen markanten Kulminationspunkt in diesen Beziehungen. Die Führung der VR China zerschlug gewaltsam die Proteste auf dem Platz am Tiananmen, und die DDR-Führung stellte sich demonstrativ hinter diese Gewaltanwendung. Das war Teil ihres Grundverständnisses vom Sozialismus als einer von Opposition freien Gesellschaft, und es war Ausdruck ihrer Hoffnung, mit solch einem Bekenntnis die Entwicklung oppositioneller Gruppen in der DDR aufhalten zu können. Dies gelang ihr bekanntlich nicht; der Zusammenbruch der SED-Herrschaft war nicht mehr aufzuhalten. Stellt man die Frage, warum sich in den Umbrüchen des Herbstes 1989 in der DDR trotz der Position der SED-Führung vom Juni das Prinzip der Gewaltfreiheit durchzusetzen vermochte, so ist heute, im Rückblick, Raum für die Vermutung, dass die Dramatik der Bilder, die Deutschland und Europa aus Beijing erreichten, und die Vehemenz, mit der sie öffentlich diskutiert wurden, einen Beitrag dazu leisteten.

## Zwei Linien schon früh

Das Erbe der „vierzig Jahre“ auszuloten braucht selbstverständlich auch den Blick in die noch weiter zurück liegenden Epochen. Denn so, wie das Erbe der DDR in den deutsch-chinesischen Beziehungen trotz seiner ideologisch und tagespolitisch begründeten Ausblendung und Missachtung auf diese und jene Weise in die Zukunft fortwirkt, so wirkt auch das Erbe der deutsch-chinesischen Beziehungen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und im Zweiten Weltkrieg in diesen Beziehungen fort, und bei dessen näherer Betrachtung zeigt sich, dass es auch in dieser Zeit – und nicht nur in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit – zwei ganz unterschiedliche, ja entgegengesetzte deutsche Chinapolitiken gab. Und: Es gab auch unterschiedliche Chinas.

Der Beginn der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und China wird allgemein auf das Jahr 1861



datiert. Damals entsandte Preußen, bis dahin nur Zuschauer der vor allem von England, Frankreich und Russland betriebenen Ausplünderung Chinas, eine Mission nach Beijing, um aus dieser Zuschauerrolle herauszukommen. 1871 übernahm das nun gegründete Deutsche Reich die diesem Vorhaben günstigen Verträge, und 1897 erhob es sich mit der Unterwerfung des „Pachtgebietes“ Jiaozhou (Kiaotschou) zur Kolonialmacht. Damit nicht genug, machte Kaiser Wilhelm II. in den Folgejahren China zum Prüfstein und Testfeld seiner Weltmachtambitionen. Als 1900/1901 die acht imperialistischen Mächte Großbritannien, Frankreich, USA, Russland, Österreich-Ungarn, Italien, Japan und Deutschland die Yihetuan yundong, die „Boxer“-Bewegung, mit militärischer Gewalt niederschlugen, stellte sich Deutschland mit 20 000 Mann an die Spitze der Truppenkontingente. Kaiser Wilhelm II. hielt in Bremerhaven zur Verabschiedung der deutschen Soldaten seine berühmte „Hunnen-Rede“. Sie ist seither oft zitiert worden als unseliges Beispiel deutschen Chauvinismus‘ und deutscher Überheblichkeit. Es möge, so hatte der Kaiser ausgerufen, durch die militärische Gewalt seiner Soldaten „der Name Deutschlands in China in einer solchen Weise bekannt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen“. Die Soldaten handelten entsprechend und praktizierten, nachdem die „Boxer“ militärisch längst geschlagen waren, an chinesischen Dörfern eine Strategie der „verbrannten Erde“. Es fand hier erstmals statt, was später im Zweiten Weltkrieg von deutschen Armeen an tausenden Städten und Dörfern in der Sowjetunion und anderswo in Ost- und Südosteuropa wiederholt wurde.

Gegen diese Politik des Kaisers und der ihn stützenden Industriellen und Militärs stellte der Sozialdemokrat August Bebel im Reichstag sein Konzept des entschiedenen Antikolonialismus. Im Gegensatz zur überwältigenden herrschenden Auffassung sah er in den Aufständischen chinesische Patrioten, die allen Grund hatten, sich gegen die Unterwerfung ihres Landes durch die imperialistischen Mächte zur Wehr zu setzen. Zwei Chinapolitiken, wie sie gegensätzlicher nicht sein können. Und diese Gegensätzlichkeit setzte sich in den späten 1920er Jahren fort. Im von japanischer Aggression und Bürgerkrieg zerrissenen China stellten sich deutsche Offiziere an die Seite von Tschiang Kai-schek und spielten eine wichtige Rolle im Kampf der von ihm geführten Armee der Guomindang (der National-Partei) gegen die Rote Armee der Kommunistischen Partei. Deutsche Kommunisten wiederum stellten sich an deren Seite. Zwei deutsche Chinapolitiken in zwei unterschiedlichen Chinas.

Die Dinge spitzten sich weiter zu, als 1933 in Deutschland die Nazis die Macht übernahmen. 1935, als Hitler und Tschiang Kai-schek sich gegenseitig als Verbündete suchten und fanden, prophezeite auf der anderen Seite der deutsche Kommunist Heinz Grzyb, der in China als Xi Bo und in Deutschland als Asiaticus bekannt ist, von China aus in der im antifaschistischen Exil erscheinenden „Neuen Weltbühne“, dass der Lange Marsch zum Ausgangspunkt des Triumphes der chinesischen Revolution werde und diese Revolution die Welt zu verändern vermöge. Was für eine Voraussicht! Es ist dieses die Welt verändernde China, über das wir heute reden. Im November 1936 wurde Deutschland mit dem Antikominternpakt direkter Verbündeter Japans in dessen Krieg gegen China. Im Februar 1938 stellte Hitler diplomatische Beziehungen mit Japans Marionettenstaat „Manzhouguo“ in

Nordostchina her und begründete seine Entschlossenheit zum Zusammengehen mit Japan damit, dass China nicht stark genug sei, um allein mit der kommunistischen Bedrohung fertig zu werden. Das war seine Antwort auf die Zusammenarbeit von Guomindang und KP, wie sie sich seit dem Beginn der umfassenden japanischen Aggression am 7. Juli 1937 entwickelt hatte.

Aber diese Zusammenarbeit blieb immer eine zerbrechliche, und das spiegelte sich auch in der Haltung zu Deutschland wider. Während die KP Chinas unter Mao Zedong 1938 die deutsche Aggressionspolitik in Europa mit der Besetzung Österreichs und der Okkupation der Tschechoslowakei verurteilte und sich dann erst recht gegen den Überfall auf Polen am 1. September 1939 wandte, spekulierte Tschiang Kai-schek im Sommer 1940, als im Ergebnis des sowjetisch-chinesischen Nichtangriffsvertrages vom August 1937 und des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom August 1939 – des Hitler-Stalin-Pakts – die alte, von Sun Yatsen stammende Idee eines deutsch-sowjetisch-chinesischen Kontinentalbündnisses noch einmal aufschien, offen mit einer erneuten Annäherung an Deutschland. Aber die Dinge waren nicht mehr aufzuhalten. Deutschland verstärkte seine Bindungen mit Japan – und Italien – durch den Dreimächtepakt. Mit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 klärten sich endgültig die Fronten. Mao Zedong erkannte in diesem Überfall den Anfang vom Ende der faschistischen Herrschaft. Hitler stellte am 1. Juli 1941 diplomatische Beziehungen mit der von den Japanern auf dem von ihnen okkupierten Territorium Chinas eingesetzte Regierung unter Wang Jingwei her. Und Tschiang Kai-schek erklärte am 8. Dezember 1941 im Zusammenhang mit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour Deutschland den Krieg.

China wurde zum Bestandteil der Antihitlerkoalition und gehörte 1945 zu den Siegermächten. Es steht außer Frage, dass der Widerstandskampf der chinesischen Armeen gegen die japanische Aggression von globaler Bedeutung war und auch zur Niederlage des faschistischen Deutschland beitrug. Wäre Japan in der Lage gewesen, so, wie es in Berlin einmal gedacht war, eine zweite Front gegen die Sowjetunion zu eröffnen, hätte die Geschichte zweifellos einen anderen Verlauf genommen. Die Stärke des chinesischen Widerstandes hat diese zweite Front verhindert.

## Weiter Weg zur Zukunftsfähigkeit

Dies hier in aller Kürze in Erinnerung zu rufen ist notwendig, weil es die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit ist und in den dann entstandenen beiden deutschen Staaten natürlich unterschiedlich bewertet und gewichtet wurde. Es entstanden in beiden deutschen Staaten zwei unterschiedliche Erzählungen der deutsch-chinesischen Geschichte. Dies ist kein Nachteil, sondern ein Vorteil – der aber von der herrschenden deutschen Außenpolitik nicht als solcher begriffen wird. Deutschland hat – und das zeigt sich eben auch und besonders in seiner Chinapolitik – die Herstellung der deutschen Einheit 1990 nicht zu einem Neuanfang genutzt, sondern ist in den Geleisen der alten Bundesrepublik weitergefahren.

Das aber ist ein Kurs, der sich konträr zur Lebensfrage des 21. Jahrhunderts verhält. Diese Lebensfrage ist Frieden. Frieden der Völker untereinander und Frieden aller Völker mit der Natur. Nur dann, wenn mit den knapper werdenden



Ressourcen an Luft, Wasser, Boden, Öl, Erzen, seltenen Erden usw. in globaler Kooperation umgegangen wird, hat die Menschheit eine Chance. Hingegen wird alles, was auf Krieg und Konfrontation hinausläuft, diese Chance verringern. An dieser Frage muss sich alle Außenpolitik, müssen sich alle internationalen Beziehungen messen lassen.

Das klingt so einfach. Fast kindlich sogar. Und was – zu allem Überfluss – soll da noch der Verweis auf 40 Jahre Beziehungen zwischen der VR China und der DDR? Als ob nun ausgerechnet die Beziehungen eines solch kleinen Staates, wie es die DDR nun einmal war, von irgendeiner Vorbildlichkeit gewesen sein könnten. Aber das Problem ist: Es wird ja gar nicht erst die Frage gestellt nach einer solchen möglichen Vorbildlichkeit. Oder danach, was auch aus den Niederlagen zu lernen wäre. Eine Bilanz des 20. Jahrhunderts in den deutsch-chinesischen Beziehungen sagt doch eines sehr eindeutig: Zeiten der Konfrontation sind stets zu Ungunsten des jeweiligen deutschen Staates ausgegangen. Es ist also viel gründlicher als bisher danach zu fragen, wie Konfrontation durch Zusammenarbeit ersetzt werden kann. Und dabei, selbstverständlich, spielen alle Erfahrungen des 20. Jahrhunderts eine Rolle. Auch die der gesellschaftspolitischen Nähe, wie sie die DDR in den 1950er Jahren zur VR China gehabt hat.

Die gegenwärtige Situation in der deutschen Chinapolitik ist eine sehr vielschichtige. In Zahlen ausgedrückt, nehmen die wirtschaftlichen Beziehungen eine gute Entwicklung. Aber es sind Beziehungen im „klassischen“ kapitalistischen Sinne, das heißt: Beziehungen der Konkurrenz, Beziehungen des harten Kampfes um die jeweils günstigsten Preise, um den jeweils größten Profit. Sie bergen daher auch immer enormen Konfliktstoff. Die wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen haben einen wenig Aufsehen erregenden Charakter. Projekte, die über das Alltägliche hinausgehen, sind nicht zu erkennen. Und in den weltpolitischen Fragen scheint sich eine neue Lagerbildung eher zu verschärfen denn abzumildern. Formeln, wie sie um den Bürgerkrieg in Syrien geschlungen werden nach dem Duktus „Weltgemeinschaft hier – China (und Russland) da“, sind wenig geeignet, tatsächlich gangbare Lösungswege aufzuzeigen. Genau zu prüfen ist, in welcher Weise die traditionelle deutsche Arroganz gegenüber China auch heute immer wieder eine Rolle spielt und auf welche Weise sie den Weg hin zu neuen Formen der Zusammenarbeit versperrt. Noch gut in Erinnerung ist vielen die unerträgliche Entscheidung des öffentlich-rechtlichen deutschen Fernsehens, die Eröffnung der Olympischen Spiele in Beijing 2008 mit einem von Sarkasmus triefenden Kommentar zu begleiten, und auch das Titelblatt der Zeitschrift „Der Spiegel“ mit dem knalligen Aufmacher „Die gelben Spione“ war keinesfalls ein zufälliger Ausrutscher, sondern hatte eher Trend setzenden Charakter. Die Stimmungen der Völker auf Konflikt zu stellen hat sich in der Vergangenheit immer als verhängnisvoll erwiesen, und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies künftig anders sein könnte.

Wo also sind die Ansätze in den deutsch-chinesischen Beziehungen, es einmal anders zu probieren? Sich etwa der drei Volksprinzipien des Sun Yatsen zu erinnern und sie, die auf Frieden hinauslaufen, visionär ins Heute zu übertragen? Oder gemeinsam zu prüfen, ob die Grundsätze der „harmonischen Gesellschaft“ nicht auf die internationale Politik zu übertragen wären? Wo sind gemeinsame deutsch-chinesi-

sche Vorschläge an die UNO zum Klimaschutz, zum schonenden Umgang mit den Ressourcen, zur kooperativen und friedlichen Nutzung der seltenen Erden? Wo sind gemeinsame Stellungnahmen dazu, dass es an der Zeit ist, anzuerkennen, dass wir alle uns um das „Gemeinsame Haus Welt“ kümmern müssen und heraus müssen aus den konfrontativen Strukturen der Vergangenheit? Die Sun-Yatsen-Idee vom Kontinentaldreieck China-Sowjetunion-Deutschland war zwangsläufig konfrontativ gedacht, denn die Verhältnisse in den 1920er Jahren waren konfrontativ. Sie kann daher auch nicht einfach wiederbelebt werden. Sie zu denken kann dennoch helfen, sich aus der konfrontativen Logik, die nach wie vor der NATO innewohnt, zu befreien. Oder anders: Sie zu denken kann helfen, sich wieder stärker in Richtung UNO und universaler Sicherheits- und Kooperationskonzepte zu bewegen.

Die deutsch-chinesischen Beziehungen sind in der Welt keine zentralen Beziehungen, aber sie sind auch nicht Beziehungen irgendwo am Rande. Sie müssen aufs Ganze, aufs Globale gerichtet sein und finden ihre Bewährung in der Friedens- und Zukunftssicherung. Nur das kann im 21. Jahrhundert der Maßstab sein.

## Lenin in Wuhan

*Ein Konferenzbericht von Holger Politt; aus: [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)*

Lenin wird anders wahrgenommen in China, anders in Europa. Selbst in Russland gilt er heute als Symbol einer abgeschlossenen, gescheiterten Epoche, einer Epoche, die nicht wiederkehren wird. Wozu, so bliebe zu fragen, braucht es in dem vor wirtschaftlicher Kraft nur so strotzenden China eigentlich noch dieses Mannes aus Russland? Denn immerhin lud die Philosophische Fakultät der Universität Wuhan im Oktober 2012 zu einer internationalen Tagung unter dem Titel „Lenins Denken im 21. Jahrhundert. Deutung und Wert“. Als unmittelbare Träger fungierten die beiden Fakultätsinstitute für marxistische Philosophie bzw. für westliche marxistische Philosophie. In den Hoheitsbereich welches dieser beiden Marxismus-Institute aus chinesischer Sicht nun Lenin falle, wäre fast schon eine ketzerische Frage. Salomonische Antwort in Wuhan – die gemeinsame Ausrichtung der Konferenz durch beide Institute. Wenn in China heute vom Marxismus gesprochen wird, gilt Lenin neben Marx und Engels als einer der europäischen Gründerväter. Gut zu sehen übrigens im Marxismuseum der Hauptstadt, welches weltweit fast schon einmalig sein dürfte. Unterstützung für die Initiative einer Lenin-Tagung fand die Fakultät bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Bleiben wir zunächst bei der westlichen marxistischen Philosophie. Denn dieser Ausdruck hat seit langem eine Konnotation, in der Lenin in Bezug auf das Marxsche Denken sehr ambivalent wahrgenommen wird. Zwar bleibt er als Revolutionär unbestritten einer der großen politischen Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts, doch wird sein Denken nicht ohne weiteres oder gar kritiklos in die Tradition des marxistischen Denkens eingereiht. Und so spannt sich der Bogen des westlichen Marxismus von den Versuchen, Lenins Denken unter veränderten Bedingungen durchaus als schöpferische Weiterentwicklung der Marxschen Lehre verstehen zu wollen – genannt sei hier stellvertretend Georg Lukács –, bis



hin zum Gegenteil, Lenin nämlich ausschließlich als Leninisten zu sehen und ihn damit mehr oder weniger konsequent aus der Tradition des originären Marxschen Denkens auszuschließen – hier sollte vielleicht Theodor W. Adorno erwähnt werden. Die Entwicklungen in Europa seit 1989 kommen jener Auslegung entgegen, nach der Lenin vor allem mit grundlegenden Axiomen des Marxschen Denkens gebrochen habe oder habe brechen müssen.

Als wichtigster philosophischer Kopf der an Lenin festhaltenden Richtung unter den westlichen Marxisten kann Lukács gelten. Auf der Konferenz in Wuhan kam er dennoch nur am Rande vor, als nämlich auf das 1968 geschriebene und nicht abgeschlossene Manuskript „Demokratisierung heute und morgen“ verwiesen wurde. Es ist ohne Zweifel ein aufschlussreiches Dokument für die Lenin verteidigende Richtung im späten westlichen Marxismus. Nach den Erfahrungen in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) und den revolutionären Unruhen unter der studentischen Jugend Westeuropas zog Lukács den Schluss, dass die existierende sozialistische Gesellschaft nicht mehr an einer grundlegenden Demokratisierung ihrer Strukturen vorbeikomme. Er suchte nach einem Ausweg, der sich betont abgrenzte einerseits von dem „volksdemokratischen“ Modell der Stalinzeit und andererseits von der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie. Er empfahl die Rückbesinnung auf die Rätebewegung, die Räte Demokratie – und schloss den Kreis zu Lenin. Bei ihm existierte zwischen dem Räte Modell in der Auffassung Lenins und dem „volksdemokratischen“ Modell bei Stalin ein grundlegender, grundsätzlicher Unterschied. Er unterschlug allerdings konsequent, dass Lenin, vor die Alternative zwischen Räte Demokratie und Machterhalt gestellt, jedes Mal und konsequent alles dem Machterhalt unterordnete – die Aufgabe der Räte Demokratie eingeschlossen. Ein Grundprinzip der Bolschewiki, mit dem Lenin bereits 1903 begann, sich von der europäischen Sozialdemokratie abzunabeln.

Rosa Luxemburg schrieb in ihrem Gefängnismanuskript über die russische Revolution (1918) den Bolschewiki und damit Lenin zu, jene Frage nach der „Mehrheit des Volkes“ gelöst zu haben, die den Sozialdemokraten seit jeher wie ein Alp auf der Brust gelegen habe: um etwas durchzusetzen müsse man erst die Mehrheit haben. Indem die Bolschewiki in der Revolution die Macht eroberten, hätten sie sozialistische Politik gemacht. So die klare Einschätzung Rosa Luxemburgs – sie nannte es: durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit gelangen. Und sie sah bei Lenin und Genossen die „ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebracht“. Doch sie mahnte aus eigener politischer Erfahrung: ein „Stillstehen, ein Trippeln auf dem Fleck, ein Selbstbescheiden mit dem ersten einmal erreichten Ziel gibt es in der Revolution nicht“. Sie meinte die sozialistische, die Weltrevolution, die dann ausblieb. Sie wusste, die eigentliche Gretchenfrage für die sozialistische Revolution wird neben der Machtfrage dann immer mehr die Frage der Ausbildung demokratischer Verhältnisse sein, in denen Sozialismus überhaupt erst zu gestalten wäre.

Lukács Suche von 1968 kam zu spät. Immerhin dokumentiert sie eine entscheidende Leerstelle im Leninschen Weg. Der nämlich gründete sich vom Anfang bis zum Schluss auf die selten in Frage gestellte Überzeugung, über Machtfragen nicht abstimmen zu lassen. Und die Frage der Mehrheitsverhältnisse in der Gesellschaft war von Anfang an eine ent-

scheidende Machtfrage. In Umkehrung wird der parlamentarischen Demokratie in den bürgerlichen Gesellschaften vorgeworfen, sie sei nichts weiter als ein demokratisches Mäntelchen, mit dem die Ausbeutungsverhältnisse verschleiert würden, also ein probates Mittel des ausschließlichen Machterhalts bürgerlicher Verhältnisse und damit ein Instrument zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung. In Rosa Luxemburgs Arbeiten hingegen findet sich die tiefe Überzeugung von der demokratischen Substanz, die durch Klassenkämpfe in der bürgerlichen Gesellschaft ausgebildet wurde, und die als wichtiges Erbe auf den Weg zum Sozialismus mitgenommen gehöre.

Auf der Konferenz in Wuhan wurden diese Dinge diskutiert und berührt, nämlich immer dann, wenn Teilnehmer aus Europa, Nordamerika und Japan, aber auch aus China über das Verhältnis von Lenin und Luxemburg, über Gramscis Sicht auf Lenin oder die Haltung Otto Bauers sprachen. Die von Lenin geleitete Revolution war erfolgreich. Sie gründete unter komplizierten Verhältnissen ein neues staatliches System, welches sieben Jahrzehnte Bestand hatte. Dann allerdings fiel es wie ein Kartenhaus zusammen. Als bald wurde nach der Revolution den neuen Verhältnissen das Adjektiv „sozialistisch“ zugeschrieben, schnell wurde eine Staatsideologie geformt, die dann nach Lenins Tod einfach Marxismus-Leninismus genannt wurde. Stalin, der diesen Marxismus-Leninismus als rücksichtsloses Mittel für den Machterhalt einzusetzen verstand, warf als erste Rosa Luxemburg aus diesem neuen Kanon. In der Sache zu Recht, wie hinzugefügt gehört. Auch das erleichterte ihm den ungehemmten Zugriff auf die Denktradition von Marx, bei deren Auslegung er sich zeitlebens als unumschränkter Herr im Hause zu bewegen suchte.

Und das Land entwickelte, die Sowjetunion industrialisierte, modernisierte sich – weitgehend ohne bürgerliches Eigentum, ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln. Sie bildete unter schwierigsten Bedingungen ein leistungsfähiges Bildungswesen, ein Gesundheitswesen aus, die der Gesamtheit der Bevölkerung zur Verfügung standen. Kurzum: eine Entwicklungsdiktatur, der Erfolg nicht abzusprechen war, die mit unglaublich brutalen Mitteln ihren Weg suchte. Rosa Luxemburg sah seinerzeit die Geburt einer sozialistischen Gesellschaft noch als Ergebnis einer Weltrevolution kommen, nach einer Erhebung des Industrieproletariats zumindest in den höher entwickelten Ländern. Der Sozialismus in der Sowjetunion kam anders zur Welt, in einer Gesellschaft, in der die große Mehrheit der Bevölkerung bäuerlich geprägt war, in der die demokratischen Traditionen nicht fest verwurzelt waren. Seit der Revolution von 1905 war Luxemburg überzeugt, dass Russland dennoch reif für den Weg zum Sozialismus sei, allerdings innerhalb eines weltrevolutionären Prozesses.

Nicht ohne tiefe Gründe wurde Lenins Weg später häufig zu den national- oder befreiungsrevolutionären Prozessen in der kolonialisierten oder halbkolonialisierten Welt in Beziehung gesetzt. In dieser Perspektive kann Lenin ohne Zweifel als einer der erfolgreichsten und folgenreichsten Revolutionäre des 20. Jahrhunderts angesehen werden. Während sein Weg zum Sozialismus in einer Sackgasse endete, darf er als jener gelten, der das Tor für Entwicklungsdiktaturen im 20. Jahrhundert am weitesten aufgestoßen hat. Darin eingeschlossen war ein gewaltiges Befreiungspotenzial, welches dem 20. Jahrhundert vielfach seinen Stempel aufdrückte.



In Wuhan wurde in Beiträgen aus China, Russland, Indien und Nordamerika auf verschiedene Weise an diesen Lenin erinnert.

China gilt heute als eines der sich am dynamischsten entwickelnden Länder der Erde. Die Einbindung in die weltweiten und durch kapitalistische Eigentumsstrukturen geprägten Wirtschaftskreisläufe ist weit fortgeschritten. Dennoch wird in der Volksrepublik großer Wert auf den Sozialismus chinesischer Prägung gelegt. Der Marxismus besitzt somit immer noch den Rang einer Staatsideologie, auch wenn versucht wird, alle überflüssige Vordergründigkeit zurückzunehmen. Lenin zählt zu den drei großen nichtchinesischen Mitbegründern des Marxismus, nimmt so die Rolle eines Klassikers ein, dem vor aller Kritik ein Höchstmaß an Wertschätzung zukommen müsse. Da das Land Lenins allerdings nicht mehr besteht, relativiert sich auch hier vieles. Im Grunde wird er als Revolutionstheoretiker und Revolutionär gesucht und gewürdigt, als jemand, der in einem vergleichsweise rückständigen Land mit einer an chinesische Verhältnisse erinnernden Bevölkerungsstruktur jenen revolutionären Prozess entscheidend geprägt, der das Land vom Kopf auf die Füße gestellt habe. Er habe konsequent im Rahmen der marxistischen Theorie gedacht und dem Manifest der Kommunistischen Partei in der Theorie mit „Staat und Revolution“ (1917) und in der Praxis mit der Gründung der kommunistischen Weltbewegung einen gültigen Ausdruck für das 20. Jahrhundert gegeben.

Zuvor – in der Zweiten Internationale – sei Marxens Denken allzu sehr ausschließlich durch die Brille des 19. Jahrhunderts und des europäischen Westens gesehen worden, beispielsweise unter Ausschluss der zur Befreiungsaktion drängenden kolonial- oder halbkolonial unterdrückten Völker. Diese seien nicht als neue revolutionäre Subjekte wahrgenommen worden, dank derer sich der weltrevolutionäre Prozess von der ausschließlichen Bindung an das Industrieproletariat lösen und erweitern werde. Im Grunde habe erst Lenin diese kommende Situation bei den „Völkern des Ostens“ antizipieren können.

Neben der Schrift „Staat und Revolution“ hat vor allem die Theorie vom Imperialismus als dem höchsten Stadium des Kapitalismus in der Lenin-Rezeption in China eine große Rolle gespielt. Auch deshalb stehe Lenins radikale Abkehr von der bürgerlichen Gesellschaft nach wie vor im Mittelpunkt der Leninbeschäftigung. Lenins Begründung vom tiefen, endgültigen Bruch mit der alten, der bürgerlichen Gesellschaft, habe, so auf der Tagung in Wuhan viele Referenten, deutliche Spuren in der Marxismus-Entwicklung in China hinterlassen. Lenins Überzeugung, der bürgerliche Staat sei vor allem Ausdruck „unversöhnlicher Klassegegensätze“ und nicht „voller Freiheit“, sei ein wichtiger Kompass in der Geschichte vieler Völker, darunter Chinas, im 20. Jahrhundert gewesen. Die Forderung, die Schwatzbuden des bürgerlichen Parlamentarismus in arbeitende Körperschaften umzuwandeln, habe die Spur zur Volksdemokratie, zu der Herausbildung tatsächlicher, den werktätigen Menschen dienender Mehrheiten in der Gesellschaft eröffnet.

Mit Lenin wird so ein großer elastischer Bogen geschlagen in die Gegenwart und mitten hinein ins 21. Jahrhundert. Ein revolutionäres Prinzip, mit dem einst der gordische Knoten aus Unterdrückung, Verelendung und Rückständigkeit breiter Volksmassen zerschlagen werden konnte, und eine Entwicklungsperspektive, die auf konsequenter Sicherung der Machtfrage beruht, wobei das darauf gründende ideologische Gebäude von der Zustimmung durch eine Bevölkerungsmehrheit ausgeht und Legitimation so als von vornherein gegeben ansieht. Keine Frage, dass in vielen Beiträgen chinesische Teilnehmer auf diese Weise Saiten aus der eigenen höchst widersprüchlichen jüngeren Geschichte anklingen ließen. Lenin hilft folglich, dem oft genug verwirrenden Knäuel chinesischer Geschichte im 20. Jahrhundert erkennbare oder nachvollziehbare Konturen zu geben, er steht für wichtige Koordinaten in der chinesischen Marxrezeption. Und insofern galt der russische Revolutionär sehr vielen chinesischen Konferenzteilnehmern sehr wohl als eine politische Gestalt, deren Bedeutung keineswegs abgeschlossen, dessen Weg keineswegs gescheitert sei.



# Notizen



## Impressum

DIE LINKE International wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

**Redaktion:** Helmut Ettinger (V.i.S.d.P. Oliver Schröder)

Telefon: (030) 24 009 300, Fax: 24 009 425

E-Mail: [fip@die-linke.de](mailto:fip@die-linke.de), Web-Site: <http://die-linke.de>

**Redaktionsschluss:** 6. März 2013

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Helma Chrenko und Hilde Ettinger.

**Gestaltung:** Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

